



Internationale wissenschaftliche  
Korrespondenz zur Geschichte  
der deutschen Arbeiterbewegung

10. JAHRGANG, September 1974, HEFT 3

ALEXANDER DECKER:

Die Novemberrevolution und die Geschichtswissenschaft in der DDR

HENRYK KATZ:

Arbeiter, Mittelklasse und die NSDAP.  
Randbemerkungen zu zwei amerikanischen Studien

HELGA GREBING:

Was ist „legitim“, was „illegitim“ „im Lichte der  
Marxschen Theorie“?  
Bemerkungen zu dem Aufsatz von Gunnar Stollberg  
über die Faschismusschriften Rosenbergs, Serings  
und Sternbergs

MINORU KURATA:

Rudolf Hilferding. Bibliographie seiner Schriften,  
Artikel und Briefe

PETER VEDDELER:

Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im  
Staatsarchiv und Personenstandsarchiv Detmold

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONS-  
VORHABEN \* NEUE LITERATUR







# Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

|               |                                                                                                                                                                                                                                  |        |
|---------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>Inhalt</b> | <b>ALEXANDER DECKER:</b> Die Novemberrevolution und die<br>Geschichtswissenschaft in der DDR . . . . .                                                                                                                           | S. 269 |
|               | <b>HENRYK KATZ:</b> Arbeiter, Mittelklasse und die NSDAP.<br>Randbemerkungen zu zwei amerikanischen Studien. . . . .                                                                                                             | S. 300 |
|               | <b>HELGA GREBING:</b> Was ist „legitim“, was „illegitim“ „im<br>Lichte der Marxschen Theorie“? Bemerkungen zu dem<br>Aufsatz von Gunnar Stollberg über die Faschismus-<br>schriften Rosenbergs, Serings und Sternbergs . . . . . | S. 314 |
|               | <b>MINORU KURATA:</b> Rudolf Hilferding. Bibliographie seiner<br>Schriften, Artikel und Briefe . . . . .                                                                                                                         | S. 327 |
|               | <b>PETER VEDDELER:</b> Quellen zur Geschichte der Arbeiter-<br>bewegung im Staatsarchiv und Personenstandsarchiv<br>Detmold . . . . .                                                                                            | S. 347 |
|               | <b>FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN</b><br>zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und an-<br>grenzender Gebiete XXI. Bearbeitet von Rita Klunkert. . . . .                                                            | S. 364 |
|               | <b>NEUE LITERATUR</b><br>Arbog for Arbejderbevaegelsens Historie, Bd. 3, Kopen-<br>hagen 1973 ( <i>Gerhard Beier</i> ) . . . . .                                                                                                 | S. 373 |
|               | August Thalheimer, Einführung in den dialektischen Ma-<br>terialismus, Bremen 1973 ( <i>Paul Mattick</i> ) . . . . .                                                                                                             | S. 374 |
|               | Otto Brenner, Aus den Reden und Aufsätzen, Frankfurt/M.<br>1973 ( <i>Gerhard Beier</i> ) . . . . .                                                                                                                               | S. 375 |
|               | David B. Rjazanov, Marx und Engels nicht nur für An-<br>fänger, Westberlin 1973 ( <i>Paul Mattick</i> ) . . . . .                                                                                                                | S. 376 |
|               | Ernest Mandel und Georges Novack, The Marxist Theory<br>of Alienation, New York 1973;                                                                                                                                            |        |
|               | Paul Craig Roberts, Alienation in the Soviet Economy,<br>Albuquerque 1971 ( <i>Paul Mattick</i> ) . . . . .                                                                                                                      | S. 375 |
|               | Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge.<br>Hrsg. von Heinrich A. Winkler, Göttingen 1974<br>( <i>Gunnar Stollberg</i> ) . . . . .                                                                               | S. 378 |

|                                                                                                                                                                                                                                                            |        |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Lutz Köllner, Wirtschaftswissenschaft versus politische Ökonomie, Berlin 1973 ( <i>Paul Mattick</i> ) . . . . .                                                                                                                                            | S. 382 |
| Heinz Monz, Karl Marx. Grundlagen der Entwicklung zu Leben und Werk, Trier 1973 ( <i>Walter Grab</i> ) . . . . .                                                                                                                                           | S. 383 |
| Gustav Mayer, Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M. 1969; ders. Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Bonn-Bad Godesberg 1972 ( <i>Shlomo Na'aman</i> ) . . . . . | S. 384 |
| Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973 ( <i>Frank Dingel</i> ) . . . . .                                                                                                                                                      | S. 387 |
| George Grosz, Das Gesicht der herrschenden Klasse & Abrechnung folgt, Frankfurt/M. 1973; ders., Der Spießerspiegel & Das neue Gesicht der herrschenden Klasse, Frankfurt/M. 1973 ( <i>Helgard Neumann</i> ) . . . . .                                      | S. 393 |
| Rainer Kalbitz, Die Arbeitskämpfe in der BRD. Aussperung und Streik 1948–1968 ( <i>Gerhard Beier</i> ) . . . . .                                                                                                                                           | S. 396 |
| Günter Bartsch, Anarchismus in Deutschland, Bd. 2/3 1965–1973, Hannover 1973 ( <i>Peter Lösche</i> ) . . . . .                                                                                                                                             | S. 398 |
| Karl Flanner, Widerstand im Gebiet Wiener Neustadt 1938–1945, Wien 1973 ( <i>Ernst K. Herlitzka</i> ) . . . . .                                                                                                                                            | S. 403 |
| Carl Madsen, Flygtning 33, Kopenhagen 1972 ( <i>Gerhard Beier</i> ) . . . . .                                                                                                                                                                              | S. 404 |

---

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)

ISSN 0046-8428

Redaktion: Rita Klunkert, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper unter ständiger Mitarbeit von Hans H. Biegert.

**Anschrift von Redaktion und Vertrieb:** 1 Berlin 45, Tietzenweg 79, Tel.: 030/833 30 61.

Die mit dem Verfasseramen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen sowie der fotomechanischen Wiedergabe.

Gerichtsstand: West-Berlin.

Die IWK ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).

Preis: Einzelheft DM 7,— (Studenten DM 5,—), Jahresabonnement DM 28,— (Studenten DM 20,—) zuzüglich Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 215515 - 105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 1, 5, 7, 11/12 - 19/20 und 1 und 2 (1974). Weitere Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kostenlos ab.

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Kunst, Berlin.

Satz: Compositorsatz Marschall, Berlin 46, Arnstädter Str. 1.

Druck: Kleinoffset Dressler, Berlin 36, Oranienstr. 10/11.

---



# DIE NOVEMBERREVOLUTION UND DIE GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN DER DDR\*

Von Alexander Decker

Die verschiedenen gesellschaftlichen Grundverhältnisse in den beiden deutschen Staaten bedingten nicht nur unterschiedliche methodische Grundlagen für die Geschichtswissenschaft, sondern beeinflussten auch die jeweiligen Forschungsschwerpunkte. So stellt die Novemberrevolution als eine der wenigen revolutionären Massenbewegungen der deutschen Geschichte schon immer ein zentrales Thema für die Historiker in der DDR dar, zumal da Verbindungen zwischen den revolutionären Ereignissen von 1918 und der Gründung und Entwicklung der DDR gesehen werden. Die Intensität der Auseinandersetzung mit der Novemberrevolution läßt es interessant erscheinen, an diesem Beispiel die Arbeitsweise der Geschichtswissenschaft in der DDR herauszuarbeiten.<sup>1</sup>

In der Bundesrepublik wurde die Novemberrevolution erst in den sechziger Jahren durch neu ansetzende Forschungen aus der Peripherie des historischen Interesses gerückt; bis heute ist eine mit der Forschung in der DDR vergleichbar umfassende Aufarbeitung nicht geleistet.<sup>2</sup> Dennoch werden Verweise auf die Problemstellungen der westdeutschen Forschungen hier eingearbeitet, denn gerade bei einem zeitgeschichtlichen Thema werden kontroverse Auffassungen aus DDR und BRD gut kennbar und befragbar sein, und die Konfrontation der divergierenden Einschätzungen mag zur besseren Erkenntnis der Probleme, die sich bei der Erforschung der Novemberrevolution stellen, beitragen.

Nach der kurzen Darstellung einiger theoretischer Grundlagen der Geschichtswissenschaft in der DDR wird der besondere Stellenwert der Novemberrevolution für die DDR erörtert und ein Überblick der Publikationen zur Revolution aus der DDR gegeben. In den folgenden Abschnitten werden der Entwicklungsprozeß und die Ausprägung der Interpretation der Novemberrevolution beschrieben. Einer Übersicht über die westdeutschen Forschungen schließt sich die Darstellung der unterschiedlichen Beurteilung der Räte und der Arbeiterparteien in BRD und DDR an. Im Schlußteil werden die besonderen Ausprägungen der Geschichtswissenschaft in der DDR nochmals auf ihre Ursachen hin befragt und mögliche Perspektiven angedeutet.

## 1. Die Geschichtswissenschaft in der DDR nach ihrem Selbstverständnis

Die Historiker in der DDR gehen davon aus, daß es eine weltanschaulich und politisch neutrale, quasi 'wertfreie' Wissenschaft nicht geben kann. Die eigene theoretische Position wird

\* Dieser Aufsatz entstand aus einer bei Professor Eberhard Kolb, Würzburg, eingereichten Examensarbeit. Für die Förderung dieser Arbeit bin ich Professor Kolb zu Dank verpflichtet.

1 Gleich zu Beginn sei verwiesen auf die Arbeit von Lutz Winckler, *Die Novemberrevolution in der Geschichtsschreibung der DDR*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (künftig zitiert: *GWU*), Jg. 21 (1970), H. 4, S. 213–234.

2 Einen Überblick über den Stand der Erforschung der Novemberrevolution in der Bundesrepublik bietet der von Eberhard Kolb besorgte Sammelband: *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik* (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 49), Köln 1972. Zur Einführung besonders geeignet ist der Literaturüberblick, den Helga Grebing in diesem Band gibt: *Konservative Republik oder soziale Demokratie?*, a.a.O., S. 386–403.

von ihnen klar herausgestellt; ebenso wird die politische Funktion der Geschichtswissenschaft in der Gesellschaft der DDR ausgewiesen. Da diese umfassende Einordnung der gesellschaftlichen Funktion von Geschichtsschreibung verbindlich ist <sup>3</sup> für alle Historiker in der DDR, kann ein immanenter Maßstab für Position und Funktion der Geschichtswissenschaft gewonnen werden. Inwieweit die Praxis der Wissenschaftler ihrer Theorie entspricht und ob der Anspruch, historisches Geschehen unverzerrt zu erfassen, eingelöst wird, soll hier am Beispiel der Novemberrevolution erprobt werden.

Als ihre weltanschauliche und methodische Grundlage bezeichnen die Historiker in der DDR den dialektischen und historischen Materialismus. Im folgenden werden einige für die Einordnung und die Arbeitsweise der Geschichtswissenschaft wichtige Aspekte des historischen Materialismus, so wie er in der DDR verstanden wird, angedeutet: das Verhältnis von Basis und Überbau, der Begriff des Fortschritts und die Beziehung zwischen Theorie und Praxis.

In einer Einführung in das Studium der Geschichte aus der DDR werden *Basis und Überbau* definiert als „die gegebene historische Gesamtheit der Produktions-, der ökonomischen Verhältnisse als Grundlage des gesellschaftlichen Lebens einerseits und die Gesamtheit der Ideen, Anschauungen, Theorien und Institutionen und die in ihnen verkörperten gesellschaftlichen Verhältnisse als Abbild und Produkt dieser ökonomischen Basis andererseits“.<sup>4</sup>

Das Verhältnis von Basis und Überbau wird als dialektisch aufgefaßt, d.h., mit dem Begriff der Basis wird ein objektiv durch die Produktionsmittel gegebener Rahmen für durchaus unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten der Menschen bezeichnet. Die in bestimmten historischen Situationen je gegebene Handlungsfreiheit auszuloten, ist eine Aufgabe der Geschichtswissenschaft, und zwar nicht aus abstraktem antiquarischen Interesse, sondern um für die Gegenwart zu lernen. Da der historische Materialismus von der Erkenn- und Veränderbarkeit der Welt ausgeht, gewinnt eine auf ihm basierende Geschichtswissenschaft eine neue, praktische Qualität und Notwendigkeit: „Ohne die ununterbrochene wissenschaftliche Analyse des Geschichtsverlaufs kann die Ideologie, der subjektive Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht zielstrebig aktiv in das gesellschaftliche Geschehen eingreifen, und das Geschichtsbewußtsein der Gesellschaft wird inadäquat und falsch“.<sup>5</sup>

Mit dem Basis-Überbau-Modell versuchen die Historiker in der DDR, die Gesellschaftsstruktur zu erfassen. Mit dem Begriff *Fortschritt* wird die historische Entwicklung gekennzeichnet als Abfolge der ökonomischen Gesellschaftsformationen. Ursache des Fortschritts ist der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung, der in den Klassenkämpfen seinen wichtigsten Ausdruck findet. Weil ein Beeinflussen des Geschichtsverlaufs durch die Menschen als möglich angesehen wird, kann sich Fortschritt

3 Bei der Erforschung der Novemberrevolution in der DDR ist Verbindlichkeit nicht nur von methodischen Grundlagen, sondern auch bei bestimmten Einschätzungen historischer Ereignisse durch die SED demonstriert und durchgesetzt worden (siehe Abschnitt 3 dieser Arbeit).

4 Peter Bollhagen, *Grundlagen, Gegenstand und Aufgaben der marxistischen Geschichtswissenschaft*, in: Walther Eckermann und Hubert Mohr (Hrsg.), *Einführung in das Studium der Geschichte*, Berlin 1966, S. 49.

5 A.a.O., S. 89.



nicht naturwüchsig entfalten, sondern wird in einem widersprüchlichen Prozeß vorangetrieben. Wenn der Grundwiderspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen aufgehoben ist, d.h., nach dem Übergang zum Sozialismus, verliert Fortschritt den auf Umwälzung der Produktionsverhältnisse und politische Revolution hindrängenden Charakter. Dieses Stadium in der DDR erreicht zu haben, wird in „der von der SED vertieften Theorie des Sozialismus“<sup>6</sup> beansprucht.

Als Teil des Überbaus wirkt die Wissenschaft in einem dialektischen Basis-Überbau-Modell selbst auf die Basis zurück; für die Historiker in der DDR heißt das, parteilich im Sinne des Fortschritts zu arbeiten. Konkret wird als Aufgabe formuliert, im sozialistischen Staat DDR das sozialistische Bewußtsein zu vertiefen: „Ein wissenschaftliches Geschichtsbild hat grundlegenden Anteil an der Formung des Klassenbewußtseins. Das gesellschaftliche Bewußtsein erhält durch das Geschichtsbewußtsein wissenschaftliche Tiefe und Stabilität. Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft hat die bewußtseinsbildende Funktion der Geschichtswissenschaft zugenommen, da das sozialistische Bewußtsein zu einer wichtigen Triebkraft unserer Entwicklung geworden ist“.<sup>7</sup>

Die Geschichtsschreibung in der DDR hat also vor allem zwei Aufgaben: das Ausloten des Handlungsspielraums der Menschen für das Vorantreiben des gesellschaftlichen Fortschritts (strategiebildende Funktion) und das Einwirken auf die Menschen im Sinne dieses Fortschritts (bewußtseinsbildende Funktion).<sup>8</sup> Diese Aufgaben kann die Historiographie nicht abstrakt erfüllen, sondern nur in dialektischem Verhältnis zur Praxis selbst: „Richtiges Geschichtsdnken und umgestaltende revolutionäre Praxis bedingen einander“.<sup>9</sup>

Inwieweit die Realität der Geschichtsschreibung in der DDR der theoretischen Selbsteinschätzung entspricht, hängt vor allem davon ab, wie die „umgestaltende revolutionäre Praxis“ zum Ausdruck kommt, d.h., ob das Theorie-Praxis-Verhältnis tatsächlich dialektisch ist. Schon einige der bisher zitierten Formulierungen stimmen diesbezüglich skeptisch: Durch das umstandslose Konstatieren des Siegs des Sozialismus in der DDR werden mögliche Widersprüche im Gesellschaftssystem sofort zu nicht grundsätzlichen deklariert; die fundamentale Voraussetzung theoretischer Arbeit, die Möglichkeit, sich *kritisch* zur jeweils herrschenden Praxis zu verhalten, wird durch solche Harmonisierung eingeschränkt. Eine strategiebildende Funktion wäre ja – wenn keine grundsätzlichen Widersprüche im Gesellschaftssystem mehr auftreten können – auch nur für das Außenverhältnis dieser Gesellschaft notwendig. Stutzig macht ebenfalls, daß strategiebildende und bewußtseinsbildende

6 Ernst Hoffmann, *Zwei aktuelle Probleme der geschichtlichen Entwicklungsfolge fortschreitender Gesellschaftsformationen*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (künftig zitiert: *ZfG*), Jg. 16 (1968), H. 10, S. 1277.

7 Werner Berthold, Gerhard Lozek, Helmut Meier und Walter Schmidt (Hrsg.), *Unbewältigte Vergangenheit – Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung* –. Hier zitiert nach der westdeutschen Lizenzausgabe mit dem Titel: *Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung*, Köln 1970, S. 5.

8 *A.a.O.*, S. 4.

9 Lothar Berthold und Ernst Diehl, *Einige Probleme der Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung im Lichte des 7. Parteitages der SED*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (künftig zitiert: *BzG*), Jg. 9 (1967), H. 4, S. 574.

Funktion überhaupt getrennt werden, denn plausibel wäre Bewußtseinseinbildung durch die Diskussion von Strategien am historischen Material; sozialistisches Bewußtsein kann nicht als vorfabriziertes angeboten werden.

Abgesehen von solchen Zweifeln ist auf die Verknüpfung von Wissenschaft und Gesellschaft zurückzukommen: Im Marxismus Leninscher Prägung ist die Existenz einer revolutionären Kampfpartei als Führer der gesamten Arbeiterklasse notwendige Bedingung und Garant für revolutionäre Praxis. Die führende Rolle der Partei erstreckt sich aber auch auf den theoretischen Bereich: „Die marxistische Geschichtswissenschaft betrachtet sich als einen Bestandteil der sozialistischen Ideologie und erkennt auch für ihre Entwicklung die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse an“. <sup>10</sup>

Die SED hat diese führende Rolle in Beschlüssen zur Geschichtswissenschaft und – wie im Falle der Novemberrevolution – in konkreten Thesen wahrgenommen. Dieses aktive Eingreifen der Partei beschneidet die Möglichkeit kritischer Distanz der Theorie und birgt die Gefahr der Überbetonung aktueller Perspektiven, da wegen des starken Praxisbezuges, aber auch wegen Legitimationsinteressen der Parteiführung, kurzfristige Einschränkungen und nicht ausgewiesene 'Notwendigkeiten' dominieren können. Es wird allerdings nicht genügen, am Beispiel der Novemberrevolution zu fragen, inwieweit das Theorie- Praxis-Verhältnis in der DDR verzerrt ist; einzubeziehen sind die konkreten Bedingungen, unter welchen sich die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR vollzog und vollzieht und die Perspektiven, die sich für diese Entwicklung – damit auch für die Geschichtswissenschaft – andeuten.

## 2. Die besondere Bedeutung der Novemberrevolution für die Geschichtswissenschaft in der DDR

Für die Historiographie in der DDR ergibt sich die besondere Bedeutung von Revolutionen aus ihrem Begriff des Fortschritts: „Der marxistische Begriff des Fortschritts orientiert die marxistische historische Forschung auf die Untersuchung der großen revolutionären Prozesse und macht sie fähig, in ihnen die Knotenpunkte der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen“. <sup>11</sup> Die Novemberrevolution insbesondere verdient ein intensives Interesse da sie die erste Revolution in einem hochindustrialisierten Land war, in dem der revolutionäre Übergang zum Sozialismus „auf der Tagesordnung“ <sup>12</sup> stand. Die zeitliche Nähe zur Oktoberrevolution, mit der als Beginn der Umsetzung des Sozialismus in die Praxis 'die Vorgeschichte der Menschheit' abgeschlossen wurde, fordert Vergleiche und eine Erklärung für das Scheitern der deutschen Revolution, für deren Gelingen die objektiven Voraussetzungen doch als gegeben konstatiert werden.

Falls die aus der marxistischen Theorie abgeleitete Annahme einer objektiv revolutionären Situation in Deutschland Ende 1918 nicht revidiert wird, bleibt als Erklärung für das Scheitern der Revolution eine falsche Politik der revolutionären Kräfte. In diesem Fall verlangt

10 Peter Bollhagen, *Grundlagen, Gegenstand und Aufgaben* . . . , S. 37.

11 *A.a.O.*, S. 53.

12 Die in der DDR gängige Formulierung von einer Revolution, die „auf der Tagesordnung steht“ (z.B. Walter Ulbricht: *Über den Charakter der Novemberrevolution*, in: *ZfG*, Jg. 6 (1958), H. 4, S. 720) zeigt, wie marxistische Theorie undialektisch gehandhabt wird.



der Anspruch marxistischer Geschichtswissenschaft, Erscheinung und Ursache solcher falschen Politik zu analysieren und so die historische Erfahrung für die Praxis der Gegenwart nutzbar zu machen. Gerade ihr Scheitern müßte die Novemberrevolution also zu einem zentralen Thema für die Historiker in der DDR machen.

Außerdem bietet sich in der Novemberrevolution eines der wenigen Ereignisse der deutschen Geschichte, auf das sich eine Tradition, ein nationales Geschichtsbild der DDR berufen kann. Neben der Kontinuität von der in der Novemberrevolution gegründeten KPD zur SED wird eine zweite Beziehung hergestellt: Die DDR wird als Vollendung dessen ausgegeben, was 1918 angestrebt wurde.

Der Versuch, durch die Berufung auf die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung ein nationales Geschichtsbild der DDR zu schaffen, hat die Erforschung der Novemberrevolution forciert und intensiviert. Schon anläßlich des 30. Jahrestages hatte die SED 1948 mit einer Entschließung des Parteivorstandes zur Novemberrevolution Stellung genommen.<sup>13</sup> Die intensive Erforschung begann 1955 in der Folge des Beschlusses „Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft“ der SED,<sup>14</sup> mit dem der Aufbau der marxistischen Geschichtswissenschaft in der DDR systematisch angegangen und die Historiographie auf Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung orientiert werden sollte.

Die Bedeutung, die der Novemberrevolution zugemessen wird, spiegelt sich in der Vielzahl von Veröffentlichungen.<sup>15</sup> So existieren allein drei Gesamtdarstellungen<sup>16</sup> der Ereignisse von 1918: die ausführliche und nuancierte Monographie von Nimtz, der erste Teil des dritten Bandes der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und die „Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution“ von 1968. Hinzu kommt das Werk des sowjetischen Historikers Drabkin.<sup>17</sup> Auch zu vielen Einzelthemen gibt es Monographien und Aufsätze; hervorzuheben sind hier die Sammelbände über das Verhältnis zur Oktoberrevo-

- 13 *Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung* (Entschließung des Parteivorstandes vom 16.9.1948), in: *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. 2, Berlin 1950, S. 100–116. Hier werden schon die Markierungen für die spätere Bewertung der Novemberrevolution in der DDR sichtbar: der Verrat der SPD-Führer an der Revolution und das Fehlen einer revolutionären Kampfpartei des Proletariats – hier wird auf die Errungenschaft der Gründung der SED verwiesen – ließen eine Entwicklung der Novemberrevolution zu einer sozialistischen Revolution nicht zu.
- 14 *Die Verbesserung der Forschung und Lehre in der Geschichtswissenschaft der DDR*, in: *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. 5, Berlin 1956, S. 337–368.
- 15 In den folgenden Fußnoten kann kein Gesamtüberblick über die Literatur zur Novemberrevolution aus der DDR gegeben werden; es werden nur die wichtigsten Titel zu den einzelnen Bereichen angeführt. Im übrigen sei auf die ausführliche Bibliographie bei Kolb, *Vom Kaiserreich . . .*, verwiesen.
- 16 Walter Nimtz, *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland*, Berlin 1962, 2. erweiterte Aufl. Berlin 1965; *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, 8 Bde, Bd. 3, Berlin 1966; *Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin 1968.
- 17 J. S. Drabkin, *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland*, Berlin 1968.



lution, 18 die Studien über die Politik der Gewerkschaften und über die Kämpfe zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung, 19 die Darlegungen über positive und negative Ansätze auf dem militärischen Sektor, 20 sowie eine ausführliche Entstehungsgeschichte der KPD 21. Präziser als mit einer Aufzählung der Forschungsschwerpunkte läßt sich das Studium der Novemberrevolution in der DDR mit einer Negativabgrenzung charakterisieren: In der DDR ist die Revolution in all ihren Aspekten ausführlich analysiert, mit Ausnahme der Darstellung von Struktur und Entwicklung der USPD und – trotz einer breiten Diskussion vor 1958 – einer *angemessenen* Würdigung der Räte. Diese Lücken resultieren aus der unnachgiebigen Ablehnung eines pauschal so bezeichneten 'dritten Weges' durch die Historiographie in der DDR und werden noch zu bewerten sein.

Die 1955 begonnene intensive Auseinandersetzung mit den Problemen der Novemberrevolution wurde 1968 im wesentlichen abgeschlossen. Eine Schwerpunktverschiebung in dieser Zeitspanne ist – vermutlich, weil das starke Engagement der SED bei der Bewertung der Revolution massive Neuansätze nicht zuließ – vor allem in Rezensionen und Aufsätzen erkennbar. Bis 1958 dominierten die Diskussionen um die Rolle der Räte und um den Charakter der Revolution; später – vor allem um 1968 – die auf die je aktuelle politische Situation – insbesondere die Rolle der SPD – bezogenen Arbeiten.

Der besondere Stellenwert der Revolution hatte auch eine kaum übersehbare Vielzahl von der wissenschaftlichen Forschung nachgeordneten Publikationen zur Folge. Die lokale Geschichte der Revolutionszeit wurde von den Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung intensiv durchforstet; dies und eine Fülle von Memoiren, populären Darstellungen, Bildbänden und vielen Gedenkartikeln in der Presse zeigen wiederum das Bestreben, die Novemberrevolution als ein herausragendes Ereignis in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung für das nationale Bewußtsein in der DDR zu verinnahmen. – Nicht zuletzt sind die Schulbuchdarstellungen der Revolution in der DDR nicht nur um ein vielfaches umfangreicher, sondern in diesem Falle auch in der Gesamt-

- 18 *Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18*, hrsg. von Albert Schreiner, Berlin 1957; *Die Oktoberrevolution und Deutschland* – Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR – Protokoll einer wissenschaftlichen Tagung in Leipzig vom 25. bis 30. November 1957, 2 Bde, hier Bd. 1, hrsg. von Albert Schreiner, Berlin 1958; *Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland*, 2 Bde, hrsg. unter der Leitung von Ernst Laboor, Berlin 1967.
- 19 Vor allem: Werner Raase, *Die freien deutschen Gewerkschaften in den Jahren des ersten Weltkrieges – Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und die freien Gewerkschaften in der Novemberrevolution*, Berlin 1968. Wichtig und aufschlußreich die beiden Arbeiten: Heinz Habedank, *Um Mitbestimmung und Nationalisierung während der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919*, Berlin o. J. (1968) und Günther Schmidt, *Zur Staats- und Machtfrage in der Novemberrevolution – Wirtschaftsexperimente des Demobilisierungsamtes*, in: *Jahrbuch für Geschichte*, Jg. 2, Berlin 1967, S. 249–283, sowie der Sammelband *Beiträge zur Geschichte der Novemberrevolution*, hrsg. von Heinz Habedank, Berlin 1960.
- 20 Lothar Berthold und Helmut Neef, *Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918. Eine Dokumentation*, Berlin 1958; Erwin Könnemann, *Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems November 1918 – April 1920*, Berlin 1970; Heinz Oeckel, *Die revolutionäre Volkswehr 1918/19*, Berlin 1968.
- 20 Lothar Berthold und Helmut Neef, *Militarismus und Opportunismus SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918 Eine Dokumentation*, Berlin 1958; Erwin Könnemann, *Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems November 1918 – April 1920*, Berlin 1970; Heinz Oeckel; *Die revolutionäre Volkswehr 1918/19*, Berlin 1968.
- 21 Heinz Wohlge-muth, *Die Entstehung der KPD 1914–1918*, Berlin 1968.



einschätzung nicht so stark verzerrend wie die teilweise skandalösen Auslassungen in west-deutschen Geschichtsbüchern. 22

### 3. Die Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution und ihre Folgen

In einem Leitartikel der „ZfG“ von 1956 werden selbstkritische Impulse des 20. Parteitages der KPdSU aufgenommen und auf die Geschichtswissenschaft in der DDR bezogen. 23 Neben dem Dogmatismus, der „die eigene schöpferische Arbeit des Wissenschaftlers durch Berufung auf Autoritäten“ 24 ersetze, wird auch die Überbewertung der Partei in der Geschichtsschreibung vorsichtig kritisiert: „Nicht selten wurde in den Arbeiten über die Geschichte der Arbeiterbewegung eine eindringliche Darstellung der Rolle der Massen vernachlässigt. Der wichtige Leitsatz des Marxismus–Leninismus, daß die Partei der Arbeiterklasse nicht nur die Massen lehrt, sondern auch von ihnen lernt, wird in vielen Darstellungen nicht genügend beachtet“. 25 Auch die Haltung zur Sozialdemokratie scheint elastisch: Es wird betont, daß – bei aller notwendigen Auseinandersetzung – der Hauptgegner der Imperialismus sei. Insgesamt kann der Artikel als vorsichtiger Versuch gewertet werden, Ansätze zur Kritik, die üblicherweise mit dem Begriff „Entstalinisierung“ umschrieben werden, auch auf die Historiographie in der DDR zu beziehen.

In diesem Kontext begannen die Diskussionen um den Charakter der Novemberrevolution und die Rolle der Räte. 26 Für die Einschätzung der Revolution in der kommunistischen Literatur früherer Jahre ist die unterschiedliche Bewertung der deutschen und russischen Revolution charakteristisch. In der 1929 von der KPD herausgegebenen „Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution“ 27 wird die Novemberrevolution auch aus Gründen der eigenen Tradition als proletarische Revolution gekennzeichnet, mit der Einschränkung, daß das Proletariat zunächst die bürgerliche Revolution vollstreckt habe. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als nach der Erfahrung des Faschismus das Scheitern der revolutionären Bewegung in Westeuropa besonders evident war, dominierte die in der „Geschichte der KPdSU (B)“ vertretene Auffassung von der bürgerlichen Novemberrevolution, im Schatten der sozialistischen Revolution in Rußland. 28 Diese Interpretation wurde auch in einem Beschluß des ZK der SED von 1948 vertreten 29 und bis 1957 nicht angezweifelt. In den Jahren

22 Vgl. zu diesem Thema: Erich Lemberg, *Darstellung und Beurteilung von Revolutionen in Geschichtsbüchern*, in: Helmut Hoffacker und Klaus Hildebrandt, *Bestandsaufnahme Geschichtsunterricht*, Stuttgart 1973, S. 106–120, und: *Geschichte und Ideologie. Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher*, hrsg. von Reinhard Kühnl, Reinbek 1973, S. 107–114. In den beiden Analysen wird m.E. der rein quantitativen Vernachlässigung der Novemberrevolution in den Schulbüchern noch zu wenig Beachtung gewidmet.

23 *Über die wissenschaftliche Behandlung der Geschichte der Arbeiterbewegung*, in: ZfG, Jg. 4 (1956), H. 4, S. 665–677.

24 A.a.O., S. 670.

25 A.a.O., S. 671.

26 Bei dieser Diskussion ging es um die Frage, ob die Räte Machtorgane der Revolution oder Stützen der Konterrevolution waren. Die Differenzen beruhten hier eher auf der Verallgemeinerung von auf begrenzter Quellenbasis erarbeiteten Ergebnissen denn auf unterschiedlichen politischen Einschätzungen (siehe auch Abschnitt 6 dieser Arbeit).

27 *Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1929, z.B. S. 511.

28 *Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang*, Berlin 1950, S. 288.

29 *Die Novemberrevolution und ihre Lehren . . .*, S. 109.

1957/58 griffen vor allem Robert Leibbrand und Roland Bauer die These vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution wieder auf. Als bestimmendes Kriterium zur Erfassung des Charakters einer Revolution sieht Leibbrand – neben den objektiven Bedingungen – die „Haupttriebkkräfte und deren allgemeinen Zielsetzungen“ an.<sup>30</sup> Von dieser Prämisse her kommt er zu der These vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution, da sie von den Arbeitern vorangetrieben wurde und diese von – wenn auch unklaren – sozialistischen Zielvorstellungen geleitet waren.

Roland Bauer kommt in seiner ausführlichen Arbeit auf andere Weise zu dem gleichen Schluß. Sein Kriterium für den Charakter einer Revolution ist – bei gegebenen objektiven Bedingungen – „der objektive Klasseninhalt, der Klassencharakter des Machtkampfes der betreffenden Revolution“.<sup>31</sup> Dieser Klasseninhalt steht für Bauer bei der Novemberrevolution eindeutig fest: „Nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv war sie eine Revolution des Proletariats gegen das kapitalistische System“.<sup>32</sup> Der konkrete Verlauf und die Ergebnisse der Revolution sind nach Bauer für den Charakter der Revolution nicht relevant, aber sie werden nicht ignoriert: „Obwohl die Novemberrevolution, abgesehen von den Räterepublik in Bremen und Bayern, in ihrem objektiven Ergebnis nicht über den Rahmen einer bürgerlich-demokratischen Umwälzung hinausging, ist es vollauf gerechtfertigt, sie, entsprechend ihrem grundlegenden Klasseninhalt, nach ihrem Charakter als proletarische Revolution einzuschätzen.“<sup>33</sup> Die entgegengesetzte Position der Einschätzung der Revolution als bürgerlich wurde nachdrücklich von Walter Nimtz<sup>34</sup> vertreten. Nimtz wirft Bauer vor, daß sich seine Kriterien zur Bestimmung des Charakters einer Revolution auf eines reduzieren lassen, nämlich das der objektiven Bedingungen, und daß er damit von der Machtfrage, vom tatsächlichen Verlauf der Klassenkämpfe, abstrahiere. Eine proletarische Revolution ist nach Nimtz nur dann gegeben, wenn entweder das Proletariat die Reife zur Hegemonie hat, d.h. wohl, wenn eine revolutionäre Kampfpartei besteht, oder aber wenn es, sei es auch nur vorübergehend, die Macht tatsächlich ausübt. In der Novemberrevolution sieht Nimtz keine dieser Bedingungen gegeben, obwohl er auch proletarische Triebkräfte und Kampfmittel nicht leugnet. Deshalb kommt er zu dem Ergebnis: „Die Revolution war eine breite revolutionäre, demokratische Massenbewegung gegen den Krieg und das monarchistische Regime, die den bürgerlich-demokratischen Rahmen nicht überschritt“.<sup>35</sup>

30 Robert Leibbrand, *Zur Diskussion über den Charakter der Novemberrevolution*, in: *Einheit*, Jg. 12 (1957), H. 1, S. 107.

31 Roland Bauer, *Zur Einschätzung des Charakters der deutschen Revolution 1918–1919*, in: *ZfG*, Jg. 6 (1958), H. 1, S. 150.

32 *A.a.O.*, S. 158.

33 *A.a.O.*, S. 167.

34 Walter Nimtz, *Über den Charakter der Novemberrevolution von 1918/19 in Deutschland*, in: *ZfG*, Jg. 6 (1958), H. 3, S. 687–715 ders., *Zur Frage des Charakters der Novemberrevolution*, in: Albert Schreiner (Hrsg.): *Die Oktoberrevolution und Deutschland*, Berlin 1958, S. 205 ff.

35 Walter Nimtz, *Über den Charakter . . .*, S. 712.



Diese Auffassung von Nimtz zeichnet sich, wie Winckler schreibt, im Vergleich zu der Bauers durch eine „realistischere Einschätzung der erreichten Phase der revolutionären Entwicklung aus“. <sup>36</sup> Nimtz setzt bürgerliche und proletarische Revolution nicht als Alternativen, sondern sieht die bürgerliche als mögliche Vorstufe zur sozialistischen Revolution an. Bis Mitte 1958 wurde der Charakter der Novemberrevolution in der Historiographie der DDR in Publikationen und auf wissenschaftlichen Tagungen <sup>37</sup> lebhaft diskutiert, zeitweise schien sogar die Ansicht vom sozialistischen Charakter der Revolution zu dominieren.

Die unterschiedlichen Beurteilungen des Charakters der Novemberrevolution sind eine Folge der Diskrepanz zwischen den objektiven Bedingungen für den revolutionären Übergang zum Sozialismus – sie waren Ende 1918 nach dem Urteil aller Historiker in der DDR für Deutschland gegeben – und dem tatsächlichen Scheitern bzw. Nichtzustandekommen der sozialistischen Revolution, bedingt durch die mangelhafte Entwicklung des subjektiven Faktors. Diese Diskrepanz wird in der marxistisch-leninistischen Literatur im allgemeinen durch das Fehlen einer revolutionären Kampfpartei erklärt. Wer allerdings in der Novemberrevolution das Scheitern einer sozialistischen Revolution sieht, behauptet damit die Möglichkeit einer solchen, ohne daß eine marxistisch-leninistische Kampfpartei vorhanden ist. <sup>38</sup> Diese Perspektive der Diskussion wurde als politischer Gesichtspunkt bei der Bestimmung des Charakters der Novemberrevolution klar angesprochen:

„... wenn nämlich der subjektive Faktor, also im Falle der Novemberrevolution vor allem der ideologische und organisatorische Reifegrad der Partei der Arbeiterklasse mitbestimmend ist für den Charakter der Revolution, diese Partei aber damals unausgebildet war, dann unterschätzen diejenigen, die den sozialistischen Charakter der Novemberrevolution vertreten, die führende Rolle der Partei neuen, Leninschen Typus“. <sup>39</sup>

In dieser Weise wurde die Diskussion auch von der Parteiführung der SED interpretiert. <sup>40</sup> 1958 aber war die SED nicht mehr bereit, den Ansatz eines Zweifels am Primat der revolutionären Kampfpartei hinzunehmen. Die Ursache für die Verhärtung in der Linie der SED hing mit einigen Ereignissen in der Folge des 20. Parteitages der KPdSU zusammen, die sich auf den dort begonnenen – auch in der DDR wirksamen – Prozeß der Selbstkritik hemmend auswirkten. Das war zum einen der Aufstand in Ungarn im Oktober/November 1956, zum anderen die Furcht vor innenpolitischen Konsequenzen der neuen Außen-

<sup>36</sup> Lutz Winckler, *Die Novemberrevolution* . . . , S. 219.

<sup>37</sup> So z.B. auf der wissenschaftlichen Tagung der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR vom 25.–30.11. 1957 in Leipzig. Der von Albert Schreiner herausgegebene Sammelband, *Die Oktoberrevolution und Deutschland*, Berlin 1958, ist das Protokoll dieser Tagung.

<sup>38</sup> Diese Möglichkeit wird sonst nur für den Fall einer – wenigstens vorübergehenden – Machtausübung des Proletariats gesehen. So führt Nimtz die Pariser Commune als Beispiel einer sozialistischen Revolution ohne revolutionäre Kampfpartei an: Walter Nimtz, *Über den Charakter* . . . , S. 698.

<sup>39</sup> Ernst Engelberg, *Über Partei und Geschichtswissenschaft. Zum 70. Geburtstag von Walter Ulbricht*, in: *ZfG*, Jg. 11 (1963), H. 4, S. 661.

<sup>40</sup> Z.B. Walter Ulbricht: „Es zeigte sich, daß manche Genossen an den Instituten unserer Partei die Rolle der Partei unterschätzten. Das war eine der Kernfragen der ganzen Diskussion“. Walter Ulbricht, *Begründung der Thesen über die Novemberrevolution*, in: *ZfG*, Jg. 6, (1958), Sonderheft, S. 32.

politik der friedlichen Koexistenz und schließlich der Verlauf der Entdogmatisierung selbst.

Der Aufstand in Ungarn und der Führungswechsel in Polen hatten gezeigt, welch geringen Rückhalt die Regierungen in Osteuropa in der Bevölkerung hatten und ließen für die anderen Ostblockländer innenpolitische Vorsicht geraten scheinen. Die Tendenz der Entdogmatisierung schien mit ihrer Dynamik den Regierenden zu unkalkulierbar. Ein innenpolitischer Kurswechsel deutete sich für die Geschichtswissenschaft in der DDR in einem Leitartikel der „ZfG“ 1957 an.<sup>41</sup> Die Redaktion entschuldigte sich für den Abdruck von mittlerweile heftig angegriffenen Artikeln von Joachim Streisand und Jürgen Kuczynski.<sup>42</sup> Zwar wird die Kritik am Dogmatismus nach wie vor als notwendig betrachtet, doch die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus tritt wieder stärker in den Vordergrund; dies mit dem Hinweis, daß die Politik der friedlichen Koexistenz sich nur auf die Zusammenarbeit zwischen Staaten, nicht auf ideologisches Gebiet beziehe. Inhaltlich ähnlich, nur in der Tonart ungleich schärfer sind ein Artikel von Ernst Hoffmann,<sup>43</sup> und ein ohne Verfasserangabe publizierter Tagungsbericht,<sup>44</sup> in dem von negativen Erscheinungen des Liberalismus die Rede ist, mit denen „entschieden Schluß gemacht“<sup>45</sup> werden müsse.

In diesem Klima blieb das indirekte Infragestellen des Führungsanspruchs der Partei in der Diskussion des Charakters der Novemberrevolution nicht ohne Folgen. Nachdem es auch in der von der SED zur Vorbereitung von Thesen zum 40. Jahrestag der Revolution eingesetzten Kommission zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten gerade in dieser Frage gekommen war,<sup>46</sup> gab das Politbüro der SED der Kommission Interpretationshinweise. Der Vorsitzende der Kommission, Walter Ulbricht, hielt einen Vortrag über den Charakter der Novemberrevolution, der die Arbeit an den Thesen maßgeblich beeinflusste. Darin unterstützte Ulbricht die Auffassung von Nimtz. Die Frage der Macht steht als Kriterium für den Charakter einer Revolution im Mittelpunkt: „Eine Revolution nimmt erst dann einen proletarischen Charakter an, wenn es der Arbeiterklasse gelingt, und sei es auch nur vorübergehend, die Hauptfrage der Revolution, die Frage der politischen Macht zu lösen“.<sup>47</sup> Nach dieser Festlegung muß eine sozialistische Revolution also zumindest vorübergehend erfolgreich sein. Niederlagen sozialistischer Revolutionen sind so per definitionem weitgehend ausgeschlossen. Damit ist aber auch die Möglichkeit der Analyse fehlerhafter Strategie und Taktik der Organisationen der Arbeiterklasse stark eingengt.

41 *Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft in der DDR*, in: *ZfG*, Jg. 5 (1957), S. 449–455.

42 Es handelt sich um folgende Arbeiten: Jürgen Kuczynski, *Parteilichkeit und Objektivität in Geschichte und Geschichtsschreibung*, in: *ZfG*, Jg. 4 (1956), H. 5, S. 873 ff. und ders., *Der Mensch, der Geschichte macht*, in: *ZfG*, Jg. 5 (1957), H. 1, S. 1 ff. sowie Joachim Streisand, *Kategorien und Perspektiven der Geschichte*, in: *ZfG*, Jg. 4 (1956), H. 5, S. 889 ff.

43 Ernst Hoffmann, *Über Tendenzen, die den weiteren Fortschritt unserer Geschichtswissenschaft hemmen*, in: *Einheit*, Jg. 12 (1957), H. 9, S. 1146–1163.

44 *Für die Festigung der sozialistischen deutschen Geschichtswissenschaft*, in: *ZfG*, Jg. 6 (1958), H. 3, S. 457–467.

45 *A.a.O.*, S. 463.

46 Vgl. dazu Walter Ulbricht, *Über den Charakter der Novemberrevolution. Rede in der Kommission zur Vorbereitung der Thesen über die Novemberrevolution*, in: *ZfG*, Jg. 6 (1958), H. 4, S. 717.

47 *A.a.O.*, S. 724.



Die Lösung der Machtfrage hängt in erster Linie vom Reifegrad des subjektiven Faktors ab. Ulbricht mißt diesen vor allem an der Ausbildung der marxistisch-leninistischen Kampfpartei und lehnt so – ohne Rosa Luxemburg ausdrücklich zu erwähnen – die Spontaneitätstheorie ab: „Wer die Bedeutung des subjektiven Faktors in der gesellschaftlichen Entwicklung, die Rolle der revolutionären Partei schmälert und nur den objektiven Faktor betrachtet, muß immer zu der bürgerlich-objektivistischen Theorie der Spontaneität kommen. Wer die Novemberrevolution als eine sozialistische charakterisiert, negiert hierbei bewußt oder unbewußt die Rolle der Partei“. <sup>48</sup> Mit der Zuordnung der Spontaneitätstheorie zur bürgerlichen Ideologie <sup>49</sup> durch den Parteivorsitzenden wurde die Diskussion über verschiedene Strategien des Weges zum Sozialismus abgeschnitten.

Für den Charakter der Novemberrevolution ergibt sich aus den dargestellten Kriterien vor allem wegen des Fehlens einer revolutionären Kampfpartei, daß es sich um eine bürgerlich-demokratische Revolution handelte. Um diese Ansicht zu stützen, beruft sich Ulbricht auf die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945, wo die 'antifaschistisch-demokratische Revolution' wegen der mangelnden Reife des subjektiven Faktors für den Sozialismus auch von der SED – als Vorstufe zur sozialistischen Revolution – vorangetrieben wurde. Vom Verlauf der Entwicklung nach 1945, wie er sie sieht, folgert Ulbricht recht apodiktisch für 1918: „Wir sehen also, daß die These vom sozialistischen Charakter der Novemberrevolution nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt und den praktischen Erfahrungen der Politik unserer Partei widerspricht“. <sup>50</sup>

Hier wird der Novemberrevolution ein Modell aufgepropft, das sinnvolle Fragestellungen nicht zuläßt, weil die für das Modell bestimmenden spezifischen Bedingungen außer acht gelassen werden. Gerade die Frage der Macht war 1948 im Gegensatz zu 1918 in den jeweiligen Besatzungszonen und so auch in der sowjetischen durch die Siegermächte mit ihren divergierenden gesellschaftlichen Zielvorstellungen schon entschieden. – Diese Art, aus der Gegenwart für die Vergangenheit zu lernen, ein solches Theorie-Praxis-Verhältnis, verstellte der Geschichtswissenschaft die Möglichkeiten, strategische Funktionen wahrzunehmen.

Walter Ulbrichts Bestimmung des Charakters der Novemberrevolution wurde ohne Abstriche in die Thesen <sup>51</sup> zum 40. Jahrestag der Revolution übernommen. Für die Erforschung der Novemberrevolution war mit dem Engagement der Parteiführung nicht nur die Frage des Charakters der Revolution entschieden, sondern die Thesen zum 40. Jahrestag wurden zum Leitfaden der gesamten wissenschaftlichen Behandlung der Revolution. Das Eingreifen der Parteiführung und die Art und Weise, wie sie ihrer Position Geltung verschaffte, führten dazu, daß die Thesen in der Folgezeit zwar erweitert und ausgeschrieben, aber kaum modifiziert wurden.

48 Ebd.

49 Noch schärfer drückt Ulbricht das in der Begründung der Thesen aus: „Jeder Versuch, der Spontaneität zu huldigen, die Rolle der Partei aber außer acht zu lassen, führt zur Stärkung der bürgerlichen Ideologie“. in: Walter Ulbricht, *Begründung der Thesen* . . . , S. 34.

50 A.a.O., S. 46.

51 *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Thesen anläßlich des 40. Jahrestages*, in: ZfG, Jg. 6 (1958), Sonderheft zum 40. Jahrestag der deutschen Revolution 1918, S. 1–7. In einer Fußnote zum Titel heißt es: „Die vorliegenden Thesen wurden von einer Kommission des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgearbeitet und auf der 2. Tagung des Zentralkomitees vom 18. und 19. 9. 1958 beraten und beschlossen“.

#### 4. Eckpunkte der Interpretation der Novemberrevolution in der Geschichtswissenschaft der DDR

Mit den Thesen von 1958 war also eine Rahmeninterpretation der Novemberrevolution geschaffen, deren Schemata sich in der gesamten Literatur zur Novemberrevolution nach 1958 verfolgen lassen. Die grundlegenden Komponenten dieser Einschätzung sind im folgenden referiert.

1. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts beginnt in Europa die Epoche des *Imperialismus*, die gekennzeichnet ist<sup>52</sup> durch die Verschärfung aller Widersprüche des Kapitalismus: durch die ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte verschärft sich der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung; die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hören auf, der Entfaltung der Produktivkräfte zu dienen, sie werden zu ihrer Schranke. Aus dem aufstrebenden wird der verfallende Kapitalismus; damit hat das Bürgertum aufgehört, Träger des gesellschaftlichen Fortschritts zu sein. Es verschärfen sich die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, zwischen imperialistischen Staaten und Kolonien, aber auch zwischen den imperialistischen Staaten selbst, deren Kampf um die Aufteilung der Welt schließlich zum Weltkrieg führt. Obwohl der Kapitalismus im Stadium des Imperialismus erstmals die ganze Welt umfaßt – Geschichte damit zur Weltgeschichte wird – ermöglicht und bedingt die Verschärfung der Widersprüche die Überwindung des Kapitalismus: „Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war ein unausbleibliches Ergebnis der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus hatten sich in der Epoche des Imperialismus auf das äußerste verschärft und die sozialistische Revolution objektiv auf die Tagesordnung gesetzt“.<sup>53</sup>

2. Mit der *Oktoberrevolution* siegt die sozialistische Revolution zum ersten Male; die Vorgeschichte der Menschheit ist damit abgeschlossen. Doch nicht nur als epochemachendes Ereignis erhält die Oktoberrevolution ihre große Bedeutung, sondern auch, weil sie als exemplarisch für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gewertet wird: „Die Grundfragen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution sind Grundfragen der sozialistischen Revolution in jedem Land und von allgemeingültiger Bedeutung für die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung“.<sup>54</sup> Die Oktoberrevolution hatte auch unmittelbare Auswirkungen auf die Situation in Deutschland: „Es gehört heute zur gesicherten Erkenntnis, daß sich der revolutionäre Prozeß in Deutschland unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vollzog“.<sup>55</sup> Die Oktoberrevolution war somit einer der Faktoren, die zur gesetzmäßigen Niederlage des deutschen Imperialismus im Herbst 1918 beitrugen.

3. Der Träger des gesellschaftlichen Fortschritts, die Arbeiterklasse, erlitt in der Novemberrevolution eine Niederlage. Diese Niederlage beruht in erster Linie auf dem *Verrat der rechten MSPD – und Gewerkschaftsführer*: „Die Hauptverantwortung dafür [das Scheitern der Revolution] trugen die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften, die die Arbeiter-

52 Vgl. Walter Nimtz, *Die Novemberrevolution 1918* . . . , S. 5 ff.

53 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, S. 15.

54 Walter Nimtz: *Die Novemberrevolution 1918* . . . , S. 8.

55 Heinz Küster, *Zur Novemberrevolution 1918 in Deutschland*, in: *Kritik der bürgerlichen* . . . , S. 392.



klasse spalteten, sich mit den imperialistischen und militaristischen Kräften verbanden und direkt im Lager der Konterrevolution standen. Darin trat der gesetzmäßige Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus während der Novemberrevolution in Erscheinung".<sup>56</sup> Daß diese Politik der rechten Führer der Arbeiterbewegung erfolgreich sein konnte, lag daran, daß sie eine Massenbasis hatte; Verrat wird diese Politik deshalb genannt, weil die Geschichtswissenschaftler in der DDR eine Diskrepanz zwischen dem revolutionären Willen der Massen und der Politik der SPD und Gewerkschaftsführer annehmen, die aufgrund 'kleinbürgerlich-opportunistischer' Vorstellungen bei den Massen von ihren Führern überspielt werden konnte.

4. die Kehrseite des mangelnden gesellschaftlichen Bewußtseins der Massen ist das *Fehlen einer revolutionären Kampfpartei*: „Der Verlauf der Novemberrevolution und die Niederlage der revolutionären Kräfte bestätigen die allgemeingültige Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß die Arbeiterklasse ihre nationale und demokratische Aufgabe, die Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus und Militarismus, nur lösen kann, wenn sie von einer revolutionären Kampfpartei geführt und der Einfluß des Opportunismus in ihren Reihen überwunden wird".<sup>57</sup> Trotz der Niederlage der Arbeiterklasse wurden auch einige Erfolge erzielt: der Sturz der Monarchien, die Errichtung einer bürgerlichen Republik, einige soziale Errungenschaften und die Entlastung der 'jungen Sowjetmacht'. Das wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution war allerdings die Gründung der KPD, die eine Perspektive für die Zukunft aufzeigt: „Mit der Bildung der KPD entstand ein entscheidender Faktor für die geschichtliche Entwicklung der deutschen Nation, die marxistisch-leninistische Partei, die fähig ist, die Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk im Kampf für die Befreiung von imperialistischer Kriegspolitik und kapitalistischer Knechtschaft zu führen".<sup>58</sup>

5. Aus der Analyse der Novemberrevolution zieht die Historiographie in der DDR *Lehren*, die diese Analyse für die Raxis wirksam machen sollen. Sie lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:<sup>59</sup>

- Die Grundfrage jeder Revolution ist die Machtfrage.
- Träger des Fortschritts in Deutschland kann nur die Arbeiterklasse sein.
- In Krisenzeiten bedient sich der Imperialismus des Opportunismus, der Sozialdemokratie, um seine Macht zu behaupten.
- Eine sozialistische Revolution kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Arbeiterklasse von einer revolutionären Kampfpartei geführt wird.
- Die Novemberrevolution und die ihr folgenden Jahrzehnte haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse nur in engstem Bündnis mit der Sowjetunion erfolgreich den Sozialismus aufbauen kann.

56 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, S. 195.

57 *A.a.O.*, S. 196 f.

58 *A.a.O.*, S. 180.

59 Vgl. dazu IML beim ZK der SED, *Die Novemberrevolution in Deutschland und ihre aktuellen Lehren*, in: *Neues Deutschland*, vom 29.9.1968.

Die Geschichtswissenschaft in der DDR bemüht sich intensiv, nachzuweisen, daß diese Lehren der Novemberrevolution in der DDR beherzigt wurden und daß infolgedessen die Forderungen der Revolutionäre von 1918 „lebendige Wirklichkeit“<sup>60</sup> geworden seien. Dieser Nachweis wird vor allem anhand der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945 geführt. Die Revolution wurde damals, da die Novemberrevolution gelehrt hatte, daß der Sozialismus in einem Sprung nicht erreichbar ist, in zwei Etappen aufgegliedert: Erst als die antifaschistisch-demokratische Revolution erfolgreich durchgeführt war, wurde der Aufbau des Sozialismus mit der 2. Parteikonferenz der SED (1952) eingeleitet. Die SED hatte inzwischen als Partei 'neuen Typus' die Einheit der Arbeiterklasse wiederhergestellt. Aufgrund dieser Entwicklung kann triumphierend verkündet werden: „Mit Stolz können wir sagen: *Bei uns sind alle Lehren der Novemberrevolution gezogen worden!*“<sup>61</sup> Im Gegensatz dazu, so wird herausgestellt, steht in der Bundesrepublik der Nachvollzug der Erfahrungen aus der Novemberrevolution noch aus.

Die Periodisierung der Novemberrevolution folgt in der Historiographie in der DDR – gemäß der in ihrer Allgemeinheit unbestreitbaren Erkenntnis, daß die Hauptfrage einer Revolution die der Macht ist – den Verschiebungen der Machtlage während der Revolution. Durchgehend<sup>62</sup> werden drei Phasen unterschieden:

1. Vom Ausbruch des Matrosenaufstandes bis zur Installierung des Rates der Volksbeauftragten am 9.11.1918 war die Lage gekennzeichnet durch die rasche Ausbreitung der revolutionären Ereignisse über Deutschland und durch die Reaktionsunfähigkeit der herrschenden Klasse.
2. Vom 9.11. bis zum Abschluß des Reichsrätekongresses am 21.12.1918 ging es um die Frage, „Rätemacht oder Nationalversammlung“; die ehemals herrschende Klasse konnte durch das Bündnis mit SPD- und Gewerkschaftsführern wieder an Boden gewinnen.
3. Vom 21.12.1918 bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919 erleidet die Arbeiterklasse im Kampf gegen das weitere Vordringen der Konterrevolution eine Niederlage (Januarkämpfe); die Gründung der KPD (31.12.1918) bezeichnet jedoch einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte.

Die Zeit nach den Wahlen zur Nationalversammlung wird nicht mehr der Novemberrevolution zugerechnet; der Einschnitt, den der Wahltermin bildete, wird sehr stark bewertet. Bestimmte übergreifende Elemente wie der Kampf um die Rechte der Räte geraten (auch) durch diese Periodisierung etwas aus dem Blickfeld.

60 Ernst Diehl, *Die Bedeutung der Novemberrevolution 1918* in: *ZfG*, Jg. 17 (1969), H. 1, S. 14.

61 *Ebd.*

62 Die einzige Ausnahme ist Roland Bauer. Er unterscheidet die ersten beiden Etappen der Revolution zwar wie allgemein üblich, benannte die dritte aber als die des offenen Bürgerkriegs; sie endet nach Bauer nicht mit den Wahlen zur Nationalversammlung, sondern erst mit dem Niederschlagen der Räterepublik in München. Roland Bauer, *Zur Einschätzung des Charakters . . .*, S. 168.



Wie schon angedeutet, sind im weiteren Verlauf der Geschichtsschreibung über die Novemberrevolution keine substantiellen Änderungen gegenüber den Thesen von 1958 auszumachen. Dennoch gibt es Nuancierungen, insbesondere in der Einschätzung der Arbeiterparteien und in der Rezeption der westdeutschen Literatur über die Räte, die – gerade weil eine recht starre Gesamteinschätzung vorliegt – nicht unterbewertet werden dürfen und die auf ihre Ursachen hin zu untersuchen sind. – Um die besondere Bedeutung, die der Novemberrevolution in der DDR beigemessen wird, abwägen zu können, soll jedoch zunächst auf die westdeutschen Forschungen über die Revolution eingegangen werden.

##### 5. Westdeutsche Forschungen zur Novemberrevolution

Einen umfassenden Überblick der westdeutschen Literatur zur Revolution hat Helga Grebing verfaßt;<sup>63</sup> hier soll daher nur der Stellenwert der Novemberrevolution für die westdeutsche Geschichtswissenschaft im allgemeinen erörtert werden.

Als ein Hauptmotiv für die ausgiebige Betrachtung der Revolution in der DDR haben wir den Versuch ausgemacht, eine auf den ersten 'Arbeiter- und Bauern-Staat' hinführende Tradition der deutschen Arbeiterbewegung festzulegen. Auch für die Bundesrepublik, in der 1949 ebenso wie in der DDR zumindest ideologisch ein vollkommener Bruch mit dem Faschismus anstand, läßt sich ein Bedarf an staatsbewußtseinsbildenden Kontinuitätslinien und Traditionen unterstellen. – Es ist hier nicht der Ort, die Anwendbarkeit bzw. die konkrete Ausfüllung des Basis-Überbau-Modells und die Verschränkungen von Politik und Wissenschaft für die Bundesrepublik zu diskutieren, doch bezüglich der Geschichtswissenschaft kann unterstellt werden, daß sie in den fünfziger Jahren in die großen ideologischen Leitlinien für die Bundesrepublik, Antikommunismus einerseits und westlich orientierte Europa-Idee andererseits, voll integriert war und sie verfestigen half.

Aus der Erfahrung des Faschismus sowie der neu entstandenen politischen Situation der Abhängigkeit Westdeutschlands vom westlichen Lager resultierte aber auch eine klare Distanzierung von bestimmten Zügen der deutschen Geschichte auch vor 1933, wie z.B. von der Politik des deutschen Reiches, insbesondere Ludendorffs, im Ersten Weltkrieg. Die These von der Novemberrevolution als Dochstoß gegen diese Politik, in rechtsstehender Publizistik und einem Teil der geschichtswissenschaftlichen Literatur in der Weimarer Republik ein geläufiger Topos,<sup>64</sup> fand daher, nicht zuletzt weil kein innenpolitischer Gegner mehr mit damit identifizierbar war – keine ernstzunehmenden Vertreter. Weder positiv noch negativ war die Novemberrevolution ein für die Ideologiebildung in der Bundesrepublik besonders attraktives Thema.

Im Zuge der Hervorhebung parlamentarisch-demokratischer Traditionen in Deutschland bestand sogar eher die Neigung, die Novemberrevolution zu bagatellisieren; dazu bietet ihr Scheitern und damit ihre relative Irrelevanz für die geschichtliche Entwicklung in Deutschland allerdings auch eine gute Chance. – Als Indiz hierfür mag neben der geringen Zahl der

63 Helga Grebing, *Konservative Republik oder soziale Demokratie?* in: Eberhard Kolb, *Vom Kaiserreich . . .*, S. 349–368.

64 Siehe dazu Karen Fries–Thiessenhusen, *Politische Kommentare deutscher Historiker 1918/19 zu Niederlage und Staatsumsturz*, in: Eberhard Kolb, *Vom Kaiserreich . . .*, S. 349–368.

Veröffentlichungen in den fünfziger Jahren (hervorzuheben ist eigentlich nur die Studie von Walter Tormin)<sup>65</sup> die Erscheinungsweise der Quelleneditionen gewertet werden: die auf parlamentarische Tradition abhebende Edition der Protokolle des interfraktionellen Ausschusses erschien 1959, die Regierung des Prinzen Max von Baden wurde 1962 dokumentiert; die 'Gegenstücke', nämlich die Quellen zur Regierung des Rats der Volksbeauftragten und die Protokolle des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik wurden erst 1969 und 1968 ediert.<sup>66</sup> Insgesamt wurde Artur Rosenbergs wunderliches Diktum<sup>67</sup> von den Massen, die 1918 gegen sich selbst rebellierten<sup>68</sup>, d.h. Revolution um solcher Ziele willen machen, die mit der Parlamentarisierung im Oktober schon erreicht waren, Allgemeingut. Die Novemberrevolution wurde überwiegend als eine überflüssige Störung der kontinuierlichen Entwicklung zum Parlamentarismus betrachtet.

In einer aufschlußreichen Studie hat Wolfgang Sauer<sup>69</sup> die Richtigkeit von Rosenbergs Auffassung bestritten und dargelegt, daß nur durch die revolutionäre Initiative die parlamentarische Demokratie in Deutschland installiert werden konnte, da Krone und Militär bei jeder sich nur bietenden Chance zur Änderung der Machtlage sich über ihre Konzessionen der Oktoberreformen hinwegsetzten. Das Scheitern der Weimarer Republik legt darüber hinaus die Auffassung nahe, daß schon in ihrer Anfangsphase die Demokratisierung, die Zerschlagung der Positionen der bis 1918 herrschenden Gruppen, nicht hinreichend durchgesetzt worden ist.

Da die MSPD in der Novemberrevolution sich unbestritten in der Schlüsselrolle befand, lautet die Frage nach Versäumnissen 1918 präzise, ob in der Revolution ein Handlungsspielraum für die Führer der MSPD, also andere Möglichkeiten als die verwirklichte Koalition mit OHL und der kaiserlichen Bürokratie, gegeben waren. Der eher konservativ ausgerichtete Teil der westdeutschen Publikationen zur Novemberrevolution, für den hier Erdmanns Abhandlung im Gebhard'schen Handbuch als einigermaßen repräsentatives Beispiel dient, verneint diese Frage: „Es ist eine entscheidende Tatsache, daß das aus dem Zusammen-

65 Walter Tormin, *Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19*, Düsseldorf 1954.

66 *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 1. Reihe: *Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik*, hrsg. von Werner Conze und Erich Matthias, Bd. 1: *Der interfraktionelle Ausschuß 1917/18*, bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Düsseldorf 1954; *Band 2: Die Regierung des Prinzen Max von Baden*, bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962; Bd. 6/I,II: *Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19* eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1969; *Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19*, hrsg. vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam und von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn, Bd. 1: *Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19. 12.1918–8.4.19*, bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup, Leiden 1968.

67 Für wunderbar halte ich diese Einschätzung Rosenbergs, weil ihn sein präzises Gespür für Machtfragen, das an seiner Darstellung der Weimarer Republik so besticht, hier, wie Sauer demonstriert hat, im Stiche ließ.

68 Artur Rosenberg, *Entstehung der Weimarer Republik*, neu herausgegeben von Kurt Kersten, Frankfurt/M. 1961, S. 224. Allerdings wurde Rosenberg nur in diesem Punkt auch von den konservativen Historikern akzeptiert.

69 Wolfgang Sauer, *Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie*, in: Eberhard Kolb; *Vom Kaiserreich ...*, S. 77–99.



bruch am 9. November hervorgegangene Regime in seiner Geburtsstunde von links her, nicht von rechts mit Gewalt in seiner Existenz bedroht wurde. . . Mehrheitsozialisten und Offizierskorps waren auf der politischen Bühne Deutschlands damals die beiden wichtigsten Elemente, die noch aus der alten Ordnung übriggeblieben waren. So sehr sie sich mit ihrem fiktiven Monarchismus und fiktiven Marxismus widersprachen, so sehr waren die beiden realen Gebilde aufeinander angewiesen in der Solidarität gegenüber der Revolution". 70

Die hier konstruierte Symmetrie zwischen MSPD und Offizierskorps ist recht anfechtbar: So real der Monarchismus des Offizierskorps war, so fiktiv war seine Machtposition, bis die MSPD-Führung (!) sich mit ihm verbündete. Gravierend an Erdmanns Interpretation ist aber die Selbstverständlichkeit, mit der er eine Bedrohung von links und ein Agieren der MSPD gegen die Revolution ansetzt; diese vermag er nur als Zusammenbruch des Alten, nicht als einen möglichen Neuanfang zu sehen. Es ist dies ein Standpunkt bürgerlicher Sekurität, die revolutionäre Vorgänge nicht anders denn als Störungen notieren kann. Die Voraussetzungen für eine dauerhaft demokratische Ordnung werden hier nicht reflektiert.

An eben diesen Voraussetzungen machten sich die Neuansätze der Interpretation der Novemberrevolution in der Bundesrepublik fest. Anknüpfend an die Darstellung Rosenbergs rückten Kolb und von Oertzen 71 die Rätebewegung ins Blickfeld und kritisierten die von den MSPD-Führern verfolgte starre Politik des Paktes mit Bürokratie und Militär und deren Ignoranz den Räten gegenüber. Kolb konzediert – wenn auch vage im Begriff der Korrespondenz – durchaus ein Verhältnis dieser kritischeren geschichtswissenschaftlichen Betrachtung der Novemberrevolution mit der aktuellen politischen Situation: „Maßstab dieser Kritik, dies darf nicht übersehen werden, war die Zielvorstellung einer solider fundamentierten demokratischen Republik, als es der Staat von Weimar tatsächlich war. Die Bereitschaft, einen solchen Maßstab anzulegen, korrespondierte der „Öffnung nach links“, die sich in der westdeutschen Politik während der sechziger Jahre vollzog. . . ” 72

Die aktuelle Brisanz der Diskussion der Novemberrevolution liegt in der Frage, wie eine demokratische Republik 'solider fundamentiert' werden kann, denn diese Frage ist ohne weiteres für die Bundesrepublik zu stellen. Die Brisanz ist bisher eine potentielle geblieben, da die zumindest zur Zeit ihres Erscheinens – in dieser aktuellen Hinsicht – provozierenden Arbeiten von Kolb und vor allem von Oertzens nur nebenher rezipiert wurden. Der Berliner Historikertag von 1964, auf dem diese Arbeiten diskutiert wurden, war ja beherrscht von der Kontroverse um die Kriegsschuld von 1914. Daß die bisher vehementeste Diskussion in der westdeutschen Geschichtswissenschaft um eine außenpolitische Frage, quasi um

70 Bruno Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 4, *Die Zeit der Weltkriege*, von Karl-Dietrich Erdmann, Stuttgart 1959, S. 89 und S. 90.

71 Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*, Düsseldorf 1962; Peter von Oertzen, *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Studie über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19*, Düsseldorf 1963.

72 Eberhard Kolb (Hrsg.), *Vom Kaiserreich . . .*, Einleitung, S. 25. Rezensenten in der DDR vermuteten in einer bestimmten Phase sogar eine initiale politische Absicht Kolbs und von Oertzens in ihren Arbeiten zur Novemberrevolution: „Soweit man erkennen konnte, tendierte die Konzeption der beiden Göttinger Historiker dahin, eine 'Öffnung nach links' in der Innenpolitik der Bundesrepublik anzubahnen". So Helmut Bock und Adolf Laube, *Westdeutscher Historikertag in Westberlin*, in: *ZfG*, Jg. 13 (1965), H. 1, S. 101.

einen nationalen Ehrenpunkt ausgetragen wurde (und zwar ohne besondere methodologische Implikate auf beiden Seiten) und nicht um politisch eher greifende innenpolitische Probleme, ist ein Indiz für deren Rückständigkeit.

Man kann heute von zwei verschiedenen, nebeneinander herlaufenden Interpretationen der Novemberrevolution in der Bundesrepublik sprechen: der hinsichtlich der MSPD-Politik kritischen Literatur steht die andere, oben durch Erdmann repräsentierte Linie gegenüber, die für 1918 nur die Alternative: Bolschewismus oder Bündnis der SPD mit Militär und Bürokratie sieht. Auch jüngere Historiker, wie z.B. Helmut Heiber, vertreten die letztgenannte Auffassung, wobei für Heiber eine Ähnlichkeit zu Erdmanns Position in der Selbstverständlichkeit der Ablehnung 'linker' Alternativen charakteristisch ist: „Wer im Rückblick die bürgerliche Republik von Weimar schlechthin oder wer das Ende, das sie genommen hat, beklagt, hat in der Regel hier [in der Bündnispolitik der MSPD] den Ausgangspunkt des Unglücks gesehen. Wer freilich die Alternative einer sozialistischen Republik, sei es nun nach russischem Muster, sei es auch – utopisch oder nicht, das konnte nicht bewiesen werden – in deutscher Neugestaltung, ablehnt, muß wohl oder übel zu der Überzeugung gelangen, daß eine andere Lösung als die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen, teils sogar noch feudalen Stützen des alten Regimes kaum denkbar war”.<sup>73</sup>

Die einzige etwas regere Diskussion der Novemberrevolution und insbesondere der Rolle der Räte wurde bezeichnenderweise nicht von der Geschichtswissenschaft initiiert. Aus aktuellem Anlaß der Studentenunruhen 1968 und der von den Studenten diskutierten radikaldemokratischen Konzepte wurde auf der Tagung der „Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft“<sup>74</sup> über die Räte in der Novemberrevolution und die Tauglichkeit von Räte-systemen für eine Erneuerung oder Ablösung der parlamentarischen Demokratie diskutiert. Der Tenor der meisten Diskussionsbeiträge bzw. der Publikationen im Umfeld dieser Diskussion lief auf eine Ablehnung des Räte-modells als Organisationsmuster für die Bundesrepublik hinaus.

Wie unentwickelt die Diskussion der Novemberrevolution in der Bundesrepublik insgesamt nach wie vor ist, läßt sich an dem Resümee ersehen, das Helga Grebing an den Schluß ihres Literaturberichts gestellt hat (die hier angesprochene Fragestellung wurde bereits vor zehn Jahren aufgeworfen): „Das Material liegt bereit, die Perspektiven sind aufgezeigt, um die Rolle der deutschen Sozialdemokratie in der Revolution von 1918/19 neu einzuschätzen, das nach 1945 revidierte Geschichtsbild erneut zu revidieren. Auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist noch nicht politisch aufgearbeitet; die Frage konservative Republik oder soziale Demokratie bleibt aktuell”.<sup>75</sup>

73 Helmut Heiber, *Die Republik von Weimar* (= DTV – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 3), München 1966.

74 Siehe *Politische Vierteljahresschrift* (künftig zitiert: *PVS*), Jg. 11 (1970), Sonderheft 2 'Probleme der Demokratie heute' – Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Berlin, Herbst 1969.

75 Helga Grebing, *Konservative Republik . . .*, S. 400.



## 6. Die Beurteilung von Funktion und Chance der Rätebewegung

Die Räte als ein zentrales Phänomen der Novemberrevolution stehen im Mittelpunkt derjenigen westdeutschen Interpretationen, die einen dritten Weg zwischen 'Bolschewismus' und der instabilen Republik von Weimar als möglich beschreiben.

Kolb sieht die Räte vor allem als ein *Instrumentarium*, das der Rat der Volksbeauftragten für das Durchsetzen einer stärkeren Demokratisierung hätte benutzen sollen. Demokratisierung wird dabei verstanden als das Erringen von Machtpositionen in der Verwaltung. Infolgedessen ist die Frage der möglichen Weiterentwicklung des Rätesystems in der Praxis für ihn zweitrangig; Kolb ist vor allem bestrebt, zu belegen, daß die Räte, die sich in der ersten Phase der Revolution bildeten, in der Lage gewesen wären, mit Unterstützung der Zentralregierung die Verwaltung unter Kontrolle zu bekommen.<sup>76</sup>

Von Oertzen deutet weitergehende Perspektiven für die Rätebewegung an. Er sieht den vom Rat der Volksbeauftragten 1918/19 beschrittenen Weg wie Kolb nicht als den einzig möglichen an und spricht darüberhinaus einem Rätesystem Tragfähigkeit für eine demokratische Gesellschaftsordnung nicht generell ab. Er übersieht dabei nicht die Schwächen der Rätebewegung in der deutschen Revolution: „Die deutsche Rätebewegung und gleich ihr die englische und die italienische nach 1918, scheiterte sowohl an dem praktischen Problem, in der Gegenwart die zentralisierte Staatsmacht zu erobern, als auch an dem theoretischen Problem, wie in Zukunft das politische und wirtschaftliche Leben der Gesellschaft zentral zu organisieren sei“.<sup>77</sup> Ob jedoch Rätebewegungen – sei es in den Ostblockstaaten, sei es in den westlichen Demokratien – zwangsläufig an diesen Problemen scheitern müssen, läßt von Oertzen ausdrücklich offen.<sup>78</sup> An anderer Stelle bestätigt er aus rechtlicher Sicht die Vereinbarkeit von Rätesystem und freiheitlich demokratischer Grundordnung.<sup>79</sup>

Von Oertzens theoretische Grundlage zur Diskussion des Räte Modells ist der Dahrendorfsche Herrschaftsbegriff. Herrschaft wird bei Dahrendorf als der menschlichen Gesellschaft notwendig eigen begriffen; die ökonomischen und traditionellen Grundlagen von Herrschaft werden von ihm ausgespart. Herrschaft bedingt nach Dahrendorf zwei Klassen: Herrschende und Beherrschte, und da die Beherrschten ihre Lage zu ändern versuchen, ist eine weitere Folge von Herrschaft der soziale Wandel. Eine klassenlose Gesellschaft kann Dahrendorf nur in der 'Klassenlosigkeit kraft Mobilität', nicht in der Aufhebung der Klassengesellschaft selbst sehen. Doch auch die Klassenlosigkeit kraft Mobilität formuliert er nur als theoretischen Grenzwert seines Systems des sozialen Wandels; er hält sie nicht für realisierbar.

In diesem Punkte unterscheidet sich von Oertzen von Dahrendorf; er sieht gerade in der Rätebewegung eine Möglichkeit, sich dem Grenzwert Klassenlosigkeit kraft Mobilität anzunähern, indem Herrschaftsautorität durch Auftragsautorität ersetzt wird. – Dennoch verliert von Oertzens Arbeit durch die Übernahme des Dahrendorfschen, auf das sehr allgemeine

76 Eberhard Kolb, *Die Arbeiterräte* . . . , insbesondere die Zusammenfassung S. 404 ff.

77 Peter von Oertzen, *Betriebsräte* . . . , S. 343.

78 *A.a.O.*, S. 345.

79 Ders. *Freiheitliche demokratische Grundordnung und Räte system*, in: Udo Bernbach (Hrsg.), *Theorie und Praxis direkter Demokratie*, Opladen 1973, S. 173–185.

Kriterium von 'Herrschaft' beschränkten Klassenbegriffes an analytischer Schärfe bei der Durchdringung vor allem der Antriebskräfte des 'sozialen Wandels'. 80

In der durch den aktuellen Anlaß wachsender Unzufriedenheit mit der Funktionsweise parlamentarischer Demokratie begründeten Räte-debatte von 1969 setzten sich vor allem Udo Bernbach<sup>81</sup> und Peter Lösche<sup>82</sup> kritisch mit der von von Oertzen konzedierten Funktionsmöglichkeit des Räte-systems auseinander; das Scheitern der bisherigen Rätebewegungen sehen sie nicht als historisch, sondern als systembedingt an. Bernbach, dessen differenzierter Aufsatz als Musterbeispiel der Abwehr systemverändernder Strategien durch äußerste Flexibilität im Rahmen des Systems sehr instruktiv ist, sieht in den Räten allenfalls – ähnlich wie Kolb für 1918 – eine Komponente im Rahmen einer Bewegung zur Reform des Parlamentarismus. Lösche und Bernbach bestreiten, daß die Räte die Probleme der Bürokratie, des Zentralismus und der Fraktionierung bewältigen, d.h. sich der Alternative: Aufgabe des radikaldemokratischen Anspruchs oder Inkompetenz in der Organisation einer modernen Industriegesellschaft – entziehen können. Dem ist entgegenzuhalten, daß die Annahme eines 'unzureichenden institutionellen Geflechts' des Räte-systems der Phantasie für unausgeschöpfte Möglichkeiten dieses Systems ermangelt: Eine Bewältigung der Organisation einer Gesellschaft ohne Abstriche am emanzipatorischen Anspruch ist z.B. durch dem Räte-system integrierbare längerfristige Planung oder auch durch jetzt noch gar nicht vorwegzunehmende, politisch begründete technische Weiterentwicklungen auf dem Medien-sektor denkbar; über diese Perspektive hat Hans Magnus Enzensberger anregende Spekulationen angestellt. 83

Weniger auf systembezogenen Überlegungen als auf dem Abwägen der historischen Situation von 1918 gründen sich die Bedenken gegen die a.a.O. formulierten Chancen der Rätebewegung, die Heinz Hürten und wiederum – an derer Stelle – Peter Lösche vortragen. Lösche, dem Helga Grebing hierin zustimmt, sieht die Plastizität der politischen Situation 1918 eingeschränkt durch die objektiv unbegründete, aber dennoch sehr wirksame Bolschewismusfurcht in der MSPD-Führung sowie durch die potentielle außenpolitische Gefähr-

80 Udo Bernbach bezeichnet in einer Besprechung selbst diesen eingeschränkten Klassenbegriff als "empirisch widerlegbar", da „mit der historisch verfolgbaren, zunehmenden Differenzierung der modernen Gesellschaft die Herausbildung eines pragmatisch orientierten Interessenpluralismus parallel geht mit der ideologischen Verschleifung von bislang existenten 'Klassengegensätzen' " (!). Udo Bernbach, *Das Scheitern des Räte-systems und der Demokratisierung der Bürokratie 1918/19*, in: *PVS*, Jg. 8 (1967), H. 3, S. 453.

81 Siehe *PVS*, Jg. 11 (1970), Sonderheft 2, Auf die sehr instruktiven Beiträge von Oskar Anweiler, Wilfried Gottschalch und vor allem Bernd Rabehl und Jürgen Fijalkowski, die auch die Produktionsverhältnisse in ihre Überlegungen miteinbeziehen, wird hier nicht eingegangen, da vor allem die Kernpunkte der Kritik am Räte-system, damit indirekt an von Oertzens Ansatz, dargelegt werden sollen.

82 Peter Lösche, *Räte-systeme im historischen Vergleich*, in: *PVS*, Jg. 11 (1970), Sonderheft 2, S. 70–85; Udo Bernbach, *Räte-system als Alternative? Zum Repräsentationscharakter direkt demokratischer Organisationsprinzipien*, in: *a.a.O.*, S. 110–138.

83 Hans Magnus Enzensberger, *Baukasten zu einer Theorie der Medien*, in: *Kursbuch 20*, Frankfurt/M. 1970.



dung eines ansatzweise 'bolschewistischen' Deutschlands.<sup>84</sup> Während diese außenpolitische Argumentation die innenpolitisch ja ebenfalls brisante Situation in den westlichen Siegerländern vernachlässigt, weist der Aspekt der Bolschewismussfurcht auf die für die Entscheidungen in der Revolution ohne Zweifel sehr folgenreiche innerparteiliche Entwicklung der SPD vor 1918 hin, die für die Analyse der Novemberrevolution bisher noch nicht genügend beachtet wurde. Allerdings fragt es sich, ob die politischen Entscheidungen primär von den ideologischen Entwicklungen bestimmt waren. – Hürten betont die Rolle der Soldatenräte; er sieht das Bündnis Ebert-Groener in der 'Stimmung weiter Teile des Heeres bestätigt und stellt daher an den Schluß seines Aufsatzes die Frage, „ob die Disjunktion hie sozialdemokratisch-bürgerliche *Ordnungskoalition* – da 'von den Arbeiter- und Soldatenräten getragene Massenbewegung' realistisch so geschlossen ist, wie sie sich idealtypisch formulieren läßt".<sup>85</sup>

Von Ulrich Kluge dagegen werden – und er stützt sich dabei auf eine solide Quellenbasis – auch die Soldatenräte als demokratisches Potential angesehen; er bewertet die Rätepolitik der MSPD-Führung und ihre Folgen ähnlich wie von Oertzen: „In den teilweise von den Regierungen ab Frühjahr 1919 bewußt angesteuerten Konflikt mit den Soldatenräten ging ein starkes demokratisches Potential unter, womit der Weg frei wurde für eine Reichswehr, die zu einer immer stärker werdenden Belastung für die deutsche Republik wurde".<sup>86</sup> Die Diskussion um die Rätebewegung und um die Rolle der Räte 1918/19 ebte zwar nach 1969 – parallel zum Nachlassen der Verunsicherung durch die Studentenbewegung – allmählich wieder ab; dennoch wurde aufgewiesen, welch großes aktuelles Gewicht die Interpretation der Novemberrevolution noch beinhalten kann.

Die Bemühungen westdeutscher Historiker um eine Neubewertung der Räte blieben in der DDR nicht ohne Echo. Die Kritik der 1962/63 veröffentlichten Arbeiten Kolbs und von Oertzens ist eines der bisher seltenen Beispiele für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Thesen von Geschichtswissenschaftlern aus dem jeweils anderen deutschen Staat. Die erste Rezeption dieser Studie fiel in eine Phase offenerer und elastischerer Politik der DDR, die hier kurz skizziert werden soll. – Durch den Bau der Mauer 1961 entlastete sich die

84 Peter Lösche, *Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920*, (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 29), Berlin 1967, S. 281 f.

85 Heinz Hürten, *Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution 1918*, in: *Historisches Jahrbuch*, Jg. 90 (1970), S. 328.

86 Ulrich Kluge, *Das „württembergische Volksheer“ 1918/19. Zum Problem der bewaffneten Macht in der deutschen Revolution*, in: *Festschrift für Ernst Fraenkel*, Hamburg 1973, S. 120; ders. *Die Militär- und Rätepolitik der bayerischen Regierungen Eisner und Hoffmann 1918/1919*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen*, Jg. 7 (1973), H. 1, S. 7–58; ders. *Essener Sozialisierungsbewegung und Volkswehrbewegung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet 1918/19*, in: *IWK*, Jg. 8 (1972), H. 16, S. 60: „Es gab seit dem Rätekongreß in innenpolitischer Hinsicht nur zwei Möglichkeiten: entweder den Sozialisierungs- und Demokratisierungsprozeß: vorantreiben oder die Revolutions- und Rätebewegung um den Preis eines Bürgerkrieges mit Hilfe der überkommenen militärischen Kräfte abbauen". – Ulrich Kluges in der Bibliographie des Kolb'schen Sammelbandes auf 1972 datierte Dissertation, *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19*, Phil. Diss., FU Berlin 1972, war über die Fernleihe der Universitätsbibliothek noch nicht erhältlich und daher für mich nicht verfügbar. Das ist bedauerlich, da sich ein Vergleich mit entsprechenden Arbeiten aus der DDR (von Oeckel und Könnemann (siehe Anm. 20) anbietet.

DDR vom ungeheuren Druck der Massenflucht und konnte sich sowohl ökonomisch als auch innenpolitisch allmählich konsolidieren. In der Bundesrepublik bewirkte der Mauerbau nach der ersten Reaktion eine realistischere Sicht der Machtverhältnisse in Europa; es begann die Diskussion um Alternativen zur Politik des Kalten Krieges.

Solche Änderungen im innenpolitischen Klima der Bundesrepublik, vor allem die Denksätze für ein neues Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander, wurden in der DDR sorgfältig registriert; die ideologische Auseinandersetzung trat gegenüber den außenpolitischen Interessen der DDR etwas in den Hintergrund. So wurde das Kriterium für die Zuweisung zu den imperialistischen bzw. antiimperialistischen Kräften in der Bundesrepublik die „Einstellung pro oder kontra friedliche Koexistenz gegenüber den sozialistischen Staaten im allgemeinen und im Hinblick auf die DDR im besonderen“. <sup>87</sup>

In dieser Situation war die Aufnahme der kritischeren westdeutschen Darstellungen der Novemberrevolution in der DDR ungewöhnlich sachlich und differenzierend. Wohlgemuth referiert in einem Literaturbericht <sup>88</sup> die Grundzüge der genannten Arbeiten unverfälscht und kommt – bei Vorbehalten besonders bezüglich der Rolle des Spartakusbundes und der Möglichkeiten des dritten Weges – zu dem Ergebnis, daß die Auffassungen von Kolb und von Oertzen „interessant und in vielem richtig“ seien. <sup>89</sup> Noch weiter geht Baudis in seiner sehr ausführlichen Auseinandersetzung mit von Oertzen. <sup>90</sup> Baudis kritisiert zwar von Oertzen in vielen Punkten, ebenfalls insbesondere wegen der Unterschätzung des Spartakusbundes und wegen der Alternative des dritten Weges. Er schreibt der Arbeit aber aufgrund ihres Eintretens für Mitbestimmung und der Einschätzung der 'antiimperialistischen Kräfte' in der Novemberrevolution einen „objektiv antiimperialistischen Gehalt“ zu. <sup>91</sup> In seiner abschließenden Bewertung wagt sich Baudis mit der Andeutung einer bis dahin in der DDR-Literatur kaum ernsthaft erwogenen Konzeption, die einem dritten Weg nicht unähnlich ist, weit vor: „Das Problem struktureller Reformen innerhalb der gegebenen kapitalistischen Ordnung als Stufen auf dem Wege des friedlichen Übergangs zum Sozialismus gewinnt gegenwärtig an Bedeutung“. <sup>92</sup> Trotz der deutlichen Reserven ist die Baudissche Einschätzung von Oertzens nach dem Maßstab sonstiger Beurteilungen westdeutscher Autoren in der DDR außerordentlich positiv: „Wenn Oertzens Position daher zwar als reformistisch bezeichnet werden muß, wenn er als Anhänger einer sozialen Reform ohne weitergehende Ambitionen zu bezeichnen ist, so sollten wir zwar die Inkonsequenz seiner Auffassungen keineswegs übersehen, sie andererseits aber auch als Symptom einer realistischeren Haltung gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Erfordernissen werten“. <sup>93</sup>

87 Werner Berthold, Gerhard Lozek und Helmut Meier, *Entwicklungstendenzen im historisch-politischen Denken in Westdeutschland*, in: *ZfG*, Jg. 12 (1964), H. 4, S. 586.

88 Heinz Wohlgemuth, *Neue westdeutsche Publikationen zur Novemberrevolution 1918 in Deutschland*, in: *ZfG*, Jg. 14 (1966), H. 5, S. 827–833.

89 *A.a.O.*, S. 832.

90 Dieter Baudis, *Zur Problematik der Rätebewegung 1918/19 in Deutschland. Bemerkungen zu Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution*, Düsseldorf 1963, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Jg. 1967, T. 3, S. 394–420.

91 *A.a.O.*, S. 419.

92 *A.a.O.*, S. 420. Damit formuliert Baudis ansatzweise die Prämisse der in der Praxis längst nicht mehr revolutionären Politik der kommunistischen Parteien Westeuropas.

93 *Ebd.*



In krassem Gegensatz dazu steht die durchgehend negative Bewertung der Arbeiten Kolbs und von Oertzens nach 1967. Während Baudis der Arbeit von Oertzens einen 'objektiv antiimperialistischen Gehalt' zubilligte, kommt Heinz Habedank ein Jahr später zu folgender Bewertung: „... mit seiner proimperialistischen Theorie stützt er objektiv das staatsmonopolkapitalistische System“. <sup>94</sup>

Daß die Einschätzung Habedanks nach 1967 zum Allgemeingut der Geschichtswissenschaft in der DDR wurde, <sup>95</sup> macht es unwahrscheinlich, daß diese Unterschiede allein auf differierenden Ansichten der Autoren Baudis und Habedank beruhen. Habedank verwirft insbesondere von Oertzens Konzeption des dritten Wegs, den er als eine Spielart des Imperialismus betrachtet, und attackiert den wertfreien Herrschaftsbegriff, weil damit die Klassegegensätze eskamotiert würden. <sup>96</sup> Hiermit trifft er zweifellos eine konzeptionelle Schwäche an von Oertzens Werk. V. Oertzens Konzeption der Räte als Mittel zur Kontrolle und zum Abbau von Herrschaft mißt Habedank eine doppelte Funktion zu: „Räte und Mitbestimmung werden damit [indem die Klassegegensätze ignoriert werden] von vornherein als Mittel zur Integration der Arbeiterklasse in das gegebene kapitalistische System untersucht und behandelt. Neben der eben genannten weltanschaulichen Funktion erfüllt der theoretische Versuch Oertzens noch eine besondere praktisch-politische Aufgabe. Er schafft der aggressiven Außenpolitik des westdeutschen Imperialismus, die vor allem auf Unterminierung und Beseitigung der Deutschen Demokratischen Republik zielt, konzeptionelle Grundlagen für einen Mißbrauch der Räte-Idee für imperialistische Diversion“. <sup>97</sup>

Die unterschiedliche Bewertung der neueren westdeutschen Literatur zur Revolution hängt damit zusammen, daß der theoretische Ansatz dieser Literatur bis 1967 auf die Bundesrepublik, später auf die DDR bezogen wurde: So wurden dieselben Arbeiten einmal als Konzepte zum Abbau von Herrschaft im Kapitalismus aufgefaßt und begrüßt, dann aber als gegen die sozialistischen Länder gerichtete 'imperialistische Diversion' abgelehnt.

Die harte ideologische Linie resultierte offenbar aus der Defensive, in die sich die SED sowohl durch die flexiblere Ostpolitik der Großen Koalition und deren Auswirkungen auf die innere Stabilität der DDR als auch und vor allem durch die neue Alternative des demokratischen Sozialismus in der CSSR gedrängt sah. Beobachten läßt sich ein Umschwenken der

94 Heinz Habedank, *Um Mitbestimmung und Nationalisierung während der Novemberrevolution und im Frühjahr 1919*, Berlin 1968, S. 25.

95 So z.B. bei Heinz Küster und Roland Grau, *Über die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte in der Novemberrevolution*, in: *BzG*, Jg. 10 (1968), Sonderheft zum 50. Jahrestag der Novemberrevolution, S. 61–78, sowie die aufschlußreiche Arbeit von Erwin Titze, *Auseinandersetzungen mit den Grundzügen der historisch-politischen Konzeption führender imperialistischer und rechtssozialdemokratischer Historiker und Publizisten Westdeutschlands bei der Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der revolutionären Nachkriegskrise 1923*, Diss. am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1969. Titze macht sich im übrigen die Schwammigkeit des Begriffs vom dritten Weg zunutze, um ihn mit der gescheiterten SPD-Politik in der Weimarer Republik zu identifizieren: „Die Geschichte selbst hat längst alle Spekulationen auf einen 'dritten Weg' ad absurdum geführt. Das erwies sich vor allem am Schicksal der rechtssozialdemokratischen Konzeption in der Weimarer Republik“, A.a.O., S. 156.

96 Heinz Habedank, *Um Mitbestimmung* . . . , S. 25 ff.

97 A.a.O., S. 29.

DDR-Führung schon an der Geschichte des nicht zustande gekommenen Redneraustauschs zwischen SED und SPD von 1966. An der Rezeptionsgeschichte der westdeutschen Arbeiten über die Räte in der Novemberrevolution wird erkennbar, wie stark die Einschätzungen der Historiker in der DDR mit der jeweiligen Politik der SED synchronisiert sind, wie sehr Praxis dominiert und die Geschichtswissenschaft Legitimationsfunktionen für anderwärts getroffene politische Entscheidungen erfüllt.

In der Beurteilung der Werke Kolbs und von Oertzens nach 1968, wie sie oben gezeigt wurde, tritt das Charakteristikum bei der Einschätzung der Räte durch die Historiker in der DDR hervor: Räte werden begriffen als ein Mittel in den Händen von Fraktionen; eigenständige politische Perspektiven werden für sie nicht angesetzt und die Konzeption eines dritten Weges wird nicht diskutiert. Damit kehrt – mit umgekehrten Vorzeichen – in der DDR-Literatur die rigide Alternative: Bolschewismus – oder der Staat von Weimar, so wie er war – wieder. Durch die starr auf die revolutionäre Kampfpartei gerichtete Optik werden die tatsächlichen Aktionen und vor allem die Organisationsformen der Massen nur verzerrt oder unzureichend wahrgenommen.

Die Räte werden praktisch für die Anfangszeit den revolutionären, später den konterrevolutionären Kräften zugerechnet. Repräsentativ für die nachgeordnete Rolle, die die Historiker in der DDR den Räten zumessen, ist das Abheben auf das Vorbild der Oktoberrevolution und das Fehlen einer revolutionären Partei bei Nimtz: „Charakteristisch war, daß überall sofort Arbeiter- und Soldatenräte als Kampforgane der Arbeiterklasse entstanden. Darin zeigte sich der mächtige Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterklasse. In vielen Orten und Betrieben übten die Räte anfangs reale Macht aus. Ihnen fehlte aber die Führung durch die revolutionäre Partei, die den Kampf sofort auf die konsequente Säuberung des Staatsapparates, die Vernichtung des Militarismus und die Bestrafung und Entmachtung der Kriegsverbrecher, der Monopolherren und Junker, orientiert hätte. Deshalb geriet die Mehrzahl der Räte unter die Leitung sozialdemokratischer Funktionäre und bewegte sich im wesentlichen in reformistischen Bahnen“. <sup>98</sup> Belegt wird die Unterbewertung der Räte durch den vergleichsweise geringen wissenschaftlichen Aufwand, der zu ihrer Erforschung getrieben wurde. Wohl gibt es viele lokalgeschichtliche Studien über die Räte, aber keine relevanten zusammenfassenden Erörterungen über ihre Funktion und vor allem über ihre Perspektiven. Die vor 1958 geführte Diskussion um die Frage, ob die Räte Organe der Revolution oder der Konterrevolution waren, beruhte eher auf der unterschiedlichen Quellenbasis als auf politischen Gesichtspunkten der Kontrahenten; mit den Thesen von 1958 war auch diese Diskussion abgeschlossen. Das zentrale Phänomen der Novemberrevolution, die Rätebewegung, wird somit, bedingt durch den starren Primat der Partei, von der Geschichtswissenschaft in der DDR bislang kaum angemessen erfaßt.

### 7. Die Einschätzung der Arbeiterparteien

Durch das Betonen einer Tradition der repräsentativen Demokratie war die westdeutsche Geschichtswissenschaft lange Zeit sehr stark auf die Erforschung der 'Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien' orientiert. Die dadurch bedingte Unterbewertung

98 Walter Nimtz, *Die Novemberrevolution* . . . , S. 90. Wörtlich übernommen in: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, S. 105.



der Novemberrevolution führte dann allerdings auch zu einer Vernachlässigung der Analyse des Agierens der Parteien in der Revolution. Gerhard A. Ritters Aufsatz über das Parteiensystem 1918–1920 ist zwar informativ für die Kontinuität des Parteiwesens vom Kaiserreich zur Republik, gibt aber wenig Aufschluß über das Verhalten der Parteien in der Revolution.<sup>99</sup>

Bei den Exkursen über die Parteien in den Forschungen über die Revolution stehen in der westdeutschen Geschichtswissenschaft die Arbeiterorganisationen im Mittelpunkt, insbesondere in den schon charakterisierten positiven oder negativen Voten zur Politik der MSPD-Führung. Spartakusbund bzw. KPD werden dagegen sehr marginal und durchweg mit sehr viel weniger psychologischer Bemühung um die Motive ihrer Führer für ihre Entscheidungen abgehandelt; meist werden nur die Schwächen dieser Gruppierung mit mehr oder weniger Befriedigung konstatiert.<sup>100</sup> Die von der Geschichtswissenschaft in der DDR vertretene These, daß für den Erfolg der Revolution eine revolutionäre Kampfpartei notwendig gewesen wäre, wurde bislang in der BRD nicht ernsthaft genug aufgegriffen und diskutiert.

Die nur beiläufige Erforschung der Parteien findet teilweise eine Berechtigung in der Tatsache, daß die Räte als ein neues revolutionäres Element das Charakteristikum der Novemberrevolution ausmachten. Umgekehrt ist die Unterbewertung der Räte bei den Historikern in der DDR, wie oben ausgeführt, auf den Primat der Partei zurückführen, dessen Ursache sich mit aktuellen Legitimationsinteressen der sich auf die Tradition des Spartakusbundes berufenden SED grob umschreiben läßt.

Über Entwicklung und Rolle des Spartakusbundes ist in der DDR neben Aufsätzen von Kolbe und Nimtz<sup>101</sup> als einzige umfassende Darstellung der Entstehungsgeschichte der KPD in der Zeit von 1914–1918 die Arbeit Heinz Wohlgemuths erschienen.<sup>102</sup> 1972 folgte schließlich noch der – unlizenzierte – Nachdruck des von Hermann Weber herausgegebenen Protokolls des Gründungsparteitags der KPD.<sup>103</sup> Das Vorwort der DDR-Ausgabe des Protokolls, eine übersichtliche Zusammenfassung der Einschätzung der Revolution in der DDR, bietet gegenüber dem Werk Wohlgemuths inhaltlich nichts Neues. – Auch in Ar-

99 Gerhard A. Ritter, *Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920*, in: Eberhard Kolb: *Vom Kaiserreich . . .*, S. 244–275.

100 An dieser Stelle sei auf den sehr sachlichen und informativen Aufsatz von Ottokar Luban verwiesen: *Die Auswirkungen der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zur Führung der Spartakusgruppe*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg. 11 (1971), S. 185–224.

101 Hellmuth Kolbe, *Die Herausbildung der Kommunistischen Partei Deutschlands unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution*, in: *ZfG*, Jg. 6 (1958), Sonderband, S. 84–100. Walter Nimtz, *Die historische Bedeutung der Oktoberkonferenz der Spartakusgruppe*, in: *Einheit*, Jg. 13 (1958), H. 9, S. 1327–1339.

102 Heinz Wohlgemuth, *Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands 1914–1918*, Berlin 1968.

103 Hermann Weber (Hrsg.), *Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien*, Frankfurt/M. 1969; *Protokoll des Gründungsparteitags der kommunistischen Partei Deutschlands 1918*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, eingeleitet von Günter Hortschansky und Horst Naumann, Berlin 1972.

beiten, die die Rolle des Spartakusbundes und der KPD nicht unmittelbar thematisieren, werden diese Organisationen ausführlich gewürdigt.

Obwohl das Scheitern der Revolution gemeinhin in der DDR mit dem Fehlen einer revolutionären Kampfpartei begründet wird, wird die Rolle der Vorläufer dieser Partei sehr betont. Schon die Quantität der Würdigung der Aktivitäten des Spartakusbundes suggeriert eine ausschlaggebende Bedeutung dieser Gruppierung. Ist die Hervorhebung der klaren ideologischen Perspektive des Spartakusbundes („Nur die Spartakusgruppe war in der Lage, dem Kampf der Arbeiterklasse Ziel und Richtung zu geben“), <sup>104</sup> noch plausibel, so fehlen für die folgende Charakterisierung seines praktisch-politischen Einflusses: „In Deutschland war die vorwärtstreibende Kraft der revolutionären Bewegung die Spartakusgruppe“, <sup>105</sup> schlicht die Belege.

Im allgemeinen werden Falschaussagen zugunsten vager Formulierungen, die verschiedene Interpretationen zulassen, vermieden; je konkreter die Behauptung einer führenden Rolle des Spartakusbundes jedoch wird, desto offensichtlicher ist sie als Verzerrung der historischen Tatsachen erkennbar: „Dem Aufruf der Spartakusgruppe und des Vollzugsausschusses der revolutionären Obleute folgten am 9. November Hunderttausende“. <sup>106</sup> Über solcher Konstruktion einer führenden Rolle vor allem des Spartakusbundes wird eine Analyse der Gründe für die Erhebung in Berlin und deren Spontaneität unterlassen.

Trotz der in der DDR-Literatur allgemeinen Überbewertung des Spartakusbundes gibt es wichtige Nuancen in der Beurteilung der Taktik von Spartakus und KPD; in den sechziger Jahren setzte sich – gleichzeitig mit der differenzierteren Einschätzung der westdeutschen Forschungen – eine nuanciertere Einstellung durch. In der ersten Publikationsserie zur Novemberrevolution 1958/59 wurde die führende Rolle des Spartakusbundes sehr stark akzentuiert und kaum Kritik an seiner Taktik geübt. Im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von 1962, einer Vorstufe zur „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, wird der Einfluß des Spartakusbundes ebenso – und in charakteristisch schwammiger Formulierung – überbewertet: „Entsprechend den Losungen des Spartakusbundes übten vielerorts in Deutschland Arbeiter- und Soldatenräte reale Macht aus.“ <sup>107</sup> In der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ wird zwar von der führenden Rolle des Spartakusbundes nicht abgegangen, aber sein praktischer Einfluß wird realistischer abgewogen: „Die politisch-ideologische und organisatorische Kraft und die revolutionären Erfahrungen des Spartakusbundes reichten noch nicht aus, um die Mehrheit in den Räten zu gewinnen“. <sup>108</sup>

104 *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Thesen . . .*, in: *ZfG Jg. 6* (1958), Sonderheft . . . , S. 8.

105 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, S. 116.

106 Heinz Wohlgemuth, *Die Entstehung . . .*, S. 271.

107 *Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Einheit*, Jg. 17 (1962), Sonderheft, S. 102.

108 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, S. 157

Noch deutlicher ist in dieser Hinsicht des Vorwort zum Protokoll des Gründungsparteitags: „Im November und Dezember 1918 wurde immer sichtbarer, daß der Spartakusbund, der mit dem Aufbau von Organisationen in den wichtigsten Städten erst begonnen hatte, nicht imstande war, den Einfluß der rechten Führer der SPD und der USDP auf die Mehrheit der Arbeiter und Soldaten zu raralisieren.“ *Protokoll . . .*, S. 38.



Der Unterschied in der Beurteilung der Taktik der KPD wird am deutlichsten bei der Behandlung der Januarkämpfe. In den früheren Arbeiten wurde die Beteiligung von Liebknecht und Pieck als KPD-Vertreter am Beschluß zum bewaffneten Kampf gegen die MSPD-Regierung einfach unterschlagen und durch den Hinweis auf die spätere Distanzierung der KPD von diesem Beschluß überspielt: „Der Bourgeoisie gelang es, mit Hilfe von Provokateuren der revolutionären Vorhut vorzeitig unvorbereitete bewaffnete Kämpfe im Berliner Zeitungsviertel aufzuzwingen. Sowohl die Führung der KPD wie die revolutionären Obleute waren sich damals nicht klar über die Taktik in der demokratischen Revolution . . . Obwohl die KPD sich gegen den Aufruf zum Aufstand gewandt hatte, weil sie ihn für verfrüht hielt, kämpfte sie heroisch . . . ” 109

Schon im „Grundriß“, der bezüglich der realistischen Einschätzung von Spartakus und KPD eine Zwischenstufe darstellt, wird die Taktik der KPD in den Januarkämpfen als falsch eingestuft; in der „Geschichte“ wird zwar die zweifelhafte Provokationstheorie aufrechterhalten, aber die Beteiligung der Kommunisten am Beschluß zum bewaffneten Aufstand wird nicht beschönigt und nicht nur vage kritisiert: „Der Beschluß, den Kampf um die Macht aufzunehmen, war jedoch ein schwerer Fehler, denn für diese Zielsetzung waren bei dem gegebenen Kräfteverhältnis der Klassen, wie der Reichsrätekongreß deutlich gezeigt hatte, die Voraussetzungen nicht vorhanden“. 110

Die hier aufgezeigten Unterschiede mögen geringfügig erscheinen; trotzdem sind sie bei der großen Homogenität in der Geschichtswissenschaft der DDR hoch zu bewerten, zumal sich die Einschätzung auf eine kommunistische Organisation bezieht. Die realistischere Beurteilung der Rolle des Spartakus und der KPD dominierte auch in den nach der „Geschichte“ erschienenen Werken wie dem Protokoll des Gründungsparteitages. Dies ist vermutlich auf das durch die Konsolidierung der DDR gewachsene Selbstbewußtsein der SED zurückzuführen, das es eher ermöglichte, Fehler der Vorläufer der eigenen Organisation einzugestehen.

Als Gesamtergebnis bleibt freilich die Überbewertung des Einflusses der Organisationen des linken Flügels der Arbeiterschaft. Der präzisen Analyse dieses Einflusses wird ausgewichen durch wuchernde Pathetik, die in fast allen Publikationen begegnet, oft verknüpft mit Zitaten aus Memoiren von Veteranen der Arbeiterbewegung: „Unter den roten Fahnen der Arbeiterklasse zogen riesige Demonstrationzüge mit Trupps bewaffneter Arbeiter und Soldaten an der Spitze entschlossen und kampfbereit zum Zentrum der Hauptstadt. Ein Teilnehmer dieser Ereignisse berichtet: ‘Überall war festzustellen, daß die Arbeiter uns mit Begeisterung folgten. . . .’ ” 111 Die Funktion solcher Schilderungen ist ein Überbrücken des Gegensatzes: Stärke des Spartakus – Scheitern der Revolution – auf Kosten der angezielten strategiebildenden Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Angesichts des Verdrängens der tatsächlichen Schwäche und auch der unausgereiften Taktik der Linken in der Revolution durch das Abstellen auf ihre Lauterkeit im Kampf für den Fortschritt, erscheint Geschichte als determinierte, zumal da der Gegenpart der Linken, die MSPD- und Gewerkschaftsführer, in ähnlicher Weise, nur mit umgekehrten Vorzeichen dargestellt werden. Die Dialektik von

109 *Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Thesen . . .*, S. 18.

110 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, S. 186.

111 *A.a.O.*, S. 100.

Basis und Überbau wird in der Darstellung konkreter Geschichte nicht sichtbar. So werden die Entscheidungen der MSPD-Führung als Funktion eines gesetzmäßigen Zusammenhangs interpretiert, der sich 'offenbart', also starr festliegt und nur enthüllt zu werden braucht: „Die Hauptverantwortung für die Niederlage der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution trugen die rechten Führer der SPD und Gewerkschaften. Sie hatten sich mit den imperialistischen und militaristischen Todfeinden der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes verbunden, um die Revolution niederzuwerfen. Hierin offenbart sich der gesetzmäßige Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus". 112

Dieser gesetzmäßige Zusammenhang wird zwar an anderer Stelle weiter entfaltet, jedoch zeigt schon die Bildlichkeit – der Vergleich mit der Krankheit – eine Hilflosigkeit dem Phänomen gegenüber: „Arbeiteraristokratie, proletarische Kleinbürger und Arbeiterbürokratie bildeten die soziale Grundlage des Revisionismus. Unter den Bedingungen des Imperialismus kann die Bourgeoisie ihre Macht nicht mehr behaupten, wenn sie nicht innerhalb des Proletariats selbst Stützen besitzt: Diese Rolle übernahm der Revisionismus" . . . „Der Revisionismus breitete sich in der Arbeiterbewegung aller imperialistischen Länder wie ein Krebsgeschwür aus!" 113

Ebenso wie in der BRD 114 steht auch in der DDR die intensive Erforschung der Ursachen für die Handlungen des Rats der Volksbeauftragten noch aus. Bei der Kennzeichnung der Vorkriegssozialdemokratie wird in der DDR eine Unterscheidung zwischen Revisionismus und Reformismus nicht geleistet, und die Benennung einer sozialen Grundlage des 'Revisionismus' erklärt noch nicht hinreichend, warum sich dieser 'Revisionismus' in der ehemals revolutionären Sozialdemokratie – so zumindest wird sie für die Zeit vor 1900 in der DDR eingestuft – tatsächlich durchsetzen konnte. 115

Ein weiteres Indiz für die Schwäche der Analyse des rechten Flügels der SPD ist die Verbissertheit, mit der ein Verrat, also eine subjektiv beabsichtigte Schädigung der Arbeiterklasse durch die MSPD-Führung unterstellt wird. Die Geschichtsschreibung schafft hier personalisierend monströse Feindbilder. Der praktisch-politische Wert solcher Zurechnung liegt in der Betonung der Kontinuität des Verrats der SPD von 1918 zur Rolle der SPD in der Bundesrepublik. Dieser Akzent hängt von der jeweiligen politischen Lage ab. Hier zeigt sich wiederum, wie unmittelbar sich die jeweilige bündnispolitische Orientierung der SED in den Nuancierungen der Geschichtswissenschaft durchsetzte. Nach dem Scheitern der

112 *Illustrierte Geschichte* . . . , S. 352.

113 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 3, S. 55.

114 Als Ausgangspunkt hierzu: Erich Matthias, *Der Rat der Volksbeauftragten. Zu Ausgangsbasis und Handlungsspielraum einer Revolutionsregierung*, in: Eberhard Kolb, *vom Kaiserreich* . . . , S. 103–119. Verwiesen sei im weiteren Zusammenhang auf das Werk von Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Berlin 1973.

115 Anschauungsmaterial zu diesem Prozeß könnte die gegenwärtige Entwicklung der westeuropäischen kommunistischen Parteien geben.



Volksfrontpolitik der SED mit dem Eintritt der SPD in die große Koalition 1966 wurde die Kontinuität des Verrats der SPD besonders hervorgehoben: „Die rechten sozialdemokratischen Führer sprachen zwar viel über Demokratie und Sozialismus. Aber sie waren keine weltfremden Idealisten, sondern handelten sehr real und bewußt auf der Seite der Konterrevolution. Und wenn von der Kontinuität ihrer Politik von damals bis heute in Westdeutschland gesprochen wird, dann können wir sagen: Jawohl, es gibt eine solche Kontinuität von 1918 bis zur Rolle Brandts und Wehners in der imperialistischen Regierung Kiesinger/Strauß in Bonn. Sie besteht in der aktiven Rolle rechter Führer der deutschen Sozialdemokratie auf der Seite des Imperialismus, auf der Seite der Konterrevolution“. 116

Ende der sechziger Jahre verschärfte sich nicht nur die Kritik an der MSPD, auch die USPD wurde hart angegangen, ja als noch gefährlicher als die MSPD bezeichnet. Früher war die sehr disparate und vielschichtige USPD, über die westdeutsche Analysen ebenfalls nicht vorliegen, kaum differenziert der MSPD gleichgestellt worden in der Unterscheidung zwischen konterrevolutionären Führern und revolutionären, aber in parlamentarisch-demokratischen Illusion befangener Massenanhängerschaft. Ein präzise, kritische Darstellung der Taktik der USPD in der Revolution und der verschiedenen theoretischen Konzepte in der USPD-Führung gibt es bislang nicht.

Den aktuellen Zusammenhang des wachsenden Interesses an der USPD beschreibt Ernst Diehl so: „Auch die Auseinandersetzung mit der Politik und Ideologie der rechten Führer der USPD ist von nicht geringem aktuellen Interesse. Gerade heute, in einer Situation zugespitzten Klassenkampfes, da die imperialistischen Kräfte nicht offen, sondern unter pseudo-sozialistischen Losungen konterrevolutionäre Vorstöße gegen sozialistische Länder versuchen, werden ‘Argumente’ und Methoden wiederbelebt, die dem bankrotten Arsenal der rechten Führer der USPD entstammen. Der tiefe Gegensatz zwischen schönen Worten und Erklärungen für den Sozialismus und einer praktischen Haltung, die die Konterrevolution begünstigt, jener Gegensatz, der schon für die rechten Führer der USPD charakteristisch war, wiederholte sich im Auftreten revisionistischer Kräfte bei den jüngsten Ereignissen in der ČSSR in einer teilweise verblüffenden Weise“. 117

Gerade in der Interpretation der Geschichte der Arbeiterparteien – hier lassen sich politische Gegner mit bestimmten Traditionen verknüpfen – fließen die aktuellen politischen Fragestellungen ein. So wurde die USPD für manche Historiker in der DDR interessant, um die neu aufgetretene Alternative des demokratischen Sozialismus durch den Vergleich mit den „rechten“ USPD-Führern zu denunzieren. – Es wäre naiv zu verlangen, daß aktuelle politische Interessen nicht in die Fragestellungen der Geschichtswissenschaft eindringen dürfen, doch ist dabei ein selbstkritisches Miteinbeziehen dieser Interessen in die Analyse notwendig. Dies ist bisher in der Geschichtswissenschaft in der DDR – entgegen ihrem dialektisch-materialistischen Anspruch – nicht geleistet worden.

116 Ernst Diehl, *Die Bedeutung der Novemberrevolution 1918*, in: *ZfG*, Jg. 17 (1969), H. 1, S. 14–32. Fußnote zum Titel: An der Vorbereitung dieses Beitrages wirkten mit: Karl-Heinz Biernat, Roland Grau, Günter Hortschansky, Siegfried Ittershagen, Heinz Küster, Horst Naumann, Horst Schumacher. – Der Aufsatz ist als – neben der Einleitung zum Parteitageprotokoll – jüngster Gesamtüberblick repräsentativ für die derzeitige Interpretation der Novemberrevolution.

117 *A.a.O.*, S. 22.

### 8. Folgerung und Perspektive

Die Betrachtung der Erforschung der Novemberrevolution in der DDR läßt den Schluß zu, daß die in der Einleitung festgehaltene Bedingung eines wirklich dialektischen Theorie-Praxis-Verhältnisses, nicht gegeben ist, nämlich „die Fähigkeit der Theorie, der scheinhaften Kategorialität des naiven praktischen Verstandes und diese hierbei auflösend, kritisch zu begegnen, das heißt, sich in Gegensatz zur Praxis zu setzen“. <sup>118</sup> Die Geschichtswissenschaft in der DDR ist vielmehr den Bedürfnissen der Praxis, und das heißt, wie in diesem konkreten Fall an den Thesen von 1958 sowie an der Beurteilung der Räte und der Arbeiterparteien gezeigt, den Legitimations- und Herrschaftsinteressen der SED nachgeordnet. In diesem Sinne erfüllt die Geschichtswissenschaft oberflächlich ihre bewußtseinsbildende Funktion; von einer strategiebildenden Funktion kann allerdings – schon da widersprüchliche Positionen kaum zutage treten können – keine Rede sein. Zentrale Phänomene und Fragestellungen der Novemberrevolution – die Räte, die Fragen der Taktik des linken Flügels und der Ursachen für die Haltung des rechten Flügels der Arbeiterbewegung – werden verfehlt bzw. ignoriert. Verfehlt deshalb, weil eine Umkehrung des proklamierten Theorie-Praxis-Verhältnisses vorliegt: Die kritische Analyse von Geschichte hat keine Konsequenzen für die Praxis, sondern das in der DDR praktizierte sozialistische Modell wird undifferenziert auf die Geschichte angewendet, um Praxis zu affirmieren.

Aber auch auf die Positionsbestimmung der Geschichtswissenschaft, auf ihre Position der Theorie nach, blieb das reale Theorie-Praxis-Verhältnis nicht ohne Folgen. Die in den folgenden Sätzen dargestellten Anforderungen sind kaum harmonisierbar, so daß die Berufung auf den dialektischen Materialismus als methodologische Grundlage der Geschichtswissenschaft deklamatorisch erscheint: „Die marxistische Geschichtswissenschaft läßt sich bewußt von der Theorie des Marxismus-Leninismus, insbesondere vom dialektischen und historischen Materialismus leiten, der ihre weltanschaulich-methodologische Grundlage ist. Die marxistische Geschichtswissenschaft betrachtet sich als einen Bestandteil der sozialistischen Ideologie und erkennt auch für ihre Entwicklung die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse an“. <sup>119</sup>

Erklärbar wird die spezifische Ausprägung von Geschichtswissenschaft in der DDR, wenn man die Bedingungen betrachtet, unter denen das sozialistische System in der sowjetisch besetzten Zone bzw. der DDR durchgesetzt wurde:

- Die von der Geschichtswissenschaft in der DDR aufgestellte Abfolge einer bürgerlich-demokratischen und späterhin einer sozialistischen Revolution ist sehr formal. Eine Massenbasis für die eine oder andere Revolution war im nachfaschistischen Deutschland nicht vorhanden, da die Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus fast völlig liquidiert worden war, ein demokratisches Bürgertum dagegen noch nie bestimmend wirkte. Die gesellschaftliche Neuordnung wurde in beiden Teilen Deutschlands von den jeweiligen Siegermächten nach den je verschiedenen eigenen Gesellschaftsordnungen durchgesetzt.
- Infolge dieser Verhältnisse wurde der Sozialismus in der DDR in der Anfangsphase sehr stark, jetzt abgestufter, vom Leitbild des Sozialismus in der UdSSR bestimmt. Dies be-

<sup>118</sup> So formuliert bei Leo Kofler, *Stalinismus und Bürokratie*, Neuwied 1970, S. 78.

<sup>119</sup> Peter Bollhagen: *Grundlagen, Gegenstand und Aufgaben* . . . S. 37.



deutete und bedeutet bis heute die Dominanz der zentralistisch organisierten kommunistischen Partei.

- Das Außenverhältnis der DDR, d.h. vor allem, die existentielle Bedrohung durch die Bundesrepublik – sei es auch nur indirekt durch die aus verschiedenen Ursachen resultierenden besseren Lebensbedingungen in der BRD in den fünfziger Jahren – verstärkten alle Tendenzen zur Inflexibilität und zur Verteidigung des Primats der Partei. Der außenpolitische Druck ließ eine innenpolitische Liberalität nicht zustande kommen.

Diese – ergänzungsbedürftigen – Überlegungen sollen nicht andeuten, daß der Sozialismus in der DDR so und nicht anders entstehen konnte; es sollen nur einige Rahmenbedingungen der Entwicklung in der DDR nicht unterschlagen werden.

Mit der Konsolidierung der ökonomischen Verhältnisse, der damit verbundenen zunehmenden Selbständigkeit der DDR im Ostblock und bei dem entspannteren Verhältnis zur Bundesrepublik beginnt ein Wandel dieser Rahmenbedingungen, der langfristig auch neue Perspektiven für die Gesellschaftswissenschaften eröffnen mag. Die aus ökonomischen Gründen sich entwickelnde Dezentralisierung der Planung setzt zudem weitere Voraussetzungen für eine Einlösung des mit dem dialektischen Materialismus verbundenen emanzipatorischen Anspruchs. So avisieren Jiri Kosta und andere Autoren eine Machtverschiebung aus ökonomischen Gründen von Bürokraten zu Technokraten und damit verbunden neue Legitimationsmuster; nach dieser Zwischenstufe des Dominierens der Technokraten halten sie eine Rekonstruktion der Arbeiterselbstverwaltung für möglich.<sup>120</sup> In diesem Kontext könnten die derzeit verstellten Aspekte der Novemberrevolution in den Mittelpunkt des Interesses rücken.

Auch die verschiedenen Forschungsansätze in der Bundesrepublik lassen sich auf aktuelle Interessen zurückführen, sei es auf affirmative, auf solche des möglichst effizienten Systemmanagements oder auf emanzipatorische. Diese Interessen sind ebenfalls meist unbefragt und geben der historischen Analyse so oft einen voluntaristischen Aspekt. Durch die langsam in Fluß kommende Diskussion um das Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft, um ihre gesellschaftlichen Bedingungen und um ihre Funktion, die diese subjektiven erkenntnisleitenden Interessen befragbar macht, könnte die Interpretation der für die aktuelle Politik brisanten Fragen der Novemberrevolution erneut Bedeutung gewinnen.

120 Zu diesem Themenkomplex: Jiri Kosta, Jan Meyer und Sybille Weber; *Warenproduktion im Sozialismus*, Frankfurt/M. 1973, insbes. S. 211–220; Hans Magnus Enzensberger, *Zur Dialektik einer Sackgasse*, in: *Kursbuch* 23, Berlin 1971, S. 79–82; Elmar Altvater, *Rationalisierung und Demokratisierung. Zu einigen Problemen der neuen ökonomischen Systeme*, in: *Das Argument*, Jg. 8 (1966), Nr. 39, S. 265–289.

## ARBEITER, MITTELKLASSE UND DIE NSDAP

### RANDBEMERKUNGEN ZU ZWEI AMERIKANISCHEN STUDIEN \*

Von Henryk Katz

War die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei eine sozialistische und eine Arbeiterpartei? Im Empfinden von Millionen Zeitgenossen, besonders Gegnern der Nationalsozialisten, war die Antwort nie zweifelhaft: Der Name dieser Partei war betrügerisch. Die NSDAP, wie alle anderen faschistischen Bewegungen, richtete ihre Waffen und ihre ganze Macht in erster Linie gegen die vom Sozialismus geprägte Arbeiterbewegung, zerstörte ihre Institutionen und ermordete ihre Führer und aktivsten Mitglieder. Sie beraubte die Arbeiter vieler Rechte, die sie sich während eines Jahrhunderts in schweren Kämpfen erworben hatten. Es gab jedoch andererseits immer wieder Auffassungen, nach denen der Nationalsozialismus eine Art revolutionärer Bewegung der unteren Schichten war, die in der neuen Ära der „Herrschaft der Massen“ entstanden waren; daß Hitler einer der vielen demagogischen Führer war, die seit der Französischen Revolution immer zahlreicher auftraten, und in die gleiche Kategorie wie Danton und Lenin gehörte. Das neueste Erzeugnis auf diesem kontroversen Feld ist Max H. Keles Buch „Nazis and Workers“. Der vielversprechende Titel wird, wie üblich, durch den Untertitel eingegrenzt: „National Socialist Appeals to German Labor, 1919–1933“.

Von den mannigfachen Aspekten, die das Thema bietet, hat der Autor die Nazipropaganda gegenüber der Arbeiterklasse zum Gegenstand seiner Betrachtung gewählt („it is primarily a study of propaganda“, S. 9), und er glaubt, auf diesem Gebiete ein Pionier zu sein. An anderer Stelle definiert er seine Fragestellung viel weitergehend: „Das bescheidene Ziel dieses Buches ist, die Haltung [attitude] der Nazi-Partei gegenüber dem Arbeiter zu erklären wie auch die Versuche dieser Partei, die Arbeiter für die Sache des Nazismus zu gewinnen“ (S. 28). „Attitude“ bedeutet aber mehr als Propaganda. Der Begriff schließt das ganze Programm und den Bereich der politischen und organisatorischen Tätigkeit in bezug auf Arbeiterfragen, einschließlich der harten Kämpfe gegen die organisierte Arbeiterbewegung, ein. Kele ist sich bewußt, daß ein Studium der Propaganda viel zu wenig ergeben würde, und er verspricht in der Einführung, die Analysen der Parteimitgliedschaft, der sozialen Zusammensetzung der NS-Organisationen und der Wahlstatistiken heranzuziehen; doch unterstreicht er wiederum, daß er seine Hauptaufgabe in der Untersuchung und Auswertung der Nazipropaganda gegenüber den Arbeitern sieht. Das Buch, das chronologisch gegliedert ist und einen kleinen Exkurs über die Geschichte der Weimarer Zeit und besonders der NSDAP einschließt, befaßt sich auch mit anderen, viel grundsätzlicheren Problemen, besonders mit der Frage des Klassencharakters der NSDAP.

Keles Quellenbasis beschränkt sich auf die nationalsozialistische Presse; die reichhaltige sozi-

\* Max H. Kele, *Nazis and Workers. National Socialist Appeals to German Labor, 1919–1933*, The University of North Carolina Press 1972, IX, 243 S.

Walter Struve, *Elites against Democracy. Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany, 1890–1933*, Princeton University Press 1973, XI, 486 S.



alistische und kommunistische Presse vernachlässigt er völlig. Das Mißverhältnis zwischen der begrenzten Materialbasis und der Fragestellung, wie Kele sie behandelt, erklärt zum Teil die Schwächen dieses Buches.

Bei seiner Behandlung des gesamten Themas „Die NSDAP und die Arbeiterbewegung“ polemisiert Kele in dieser oder jener Einzelfrage mit den verschiedenen Betrachtungsweisen gegenüber dem Faschismusproblem. Seine Kritik an marxistischen Einschätzungen des Nationalsozialismus scheint uns auf Mißverständnissen zu beruhen, der Autor kämpft hier gegen Windmühlenflügel. Es ist vielleicht mehr als ein Mißverständnis, milder gesagt eine Naivität, wenn Kele feststellt: „According to Marxist analysis of socioeconomic and political development societies are divided into the bourgeoisie and the proletariat“. Kele zitiert mißbilligend Dimitrovs (eigentlich der Komintern) Definition des Faschismus: „Faschismus an der Macht ist die offene terroristische Diktatur der extrem reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Ähnlich wie viele andere Kritiker dieser sicher angreifbaren Definition bemerkt Kele nicht, daß hier eine Einschätzung des Klassencharakters einer Staatsmacht, nicht einer Bewegung gegeben wurde, und daß nur ein streng definierter Teil des Finanzkapitals damit einbegriffen ist. Kele hält diese Definition für „reine Polemik“ (sheer polemics), für eine propagandistische Auseinandersetzung mit dem Faschismus, zu dem die Marxisten auch den Nazismus rechnen, was Kele mißbilligt. Einschätzungen wie die von Dimitrov und auch subtilere und nuanciertere marxistische Urteile – wie zum Beispiel bei Franz Neumann in „Behemoth“ –, die vor allem den bürgerlichen, den „middle class“-Charakter der faschistischen Parteien unterstreichen, ignorieren, nach Kele, deren Anziehungskraft auf die Arbeiterschaft und ihren Anteil an diesen Parteien und Bewegungen. Nach Kele geben die Marxisten bestenfalls einen lumpenproletarischen Anhang zu. Ich glaube, daß Kele hier Dimitrov und andere Marxisten schlecht verstanden hat. In der Zwischenkriegsperiode wußte die gesamte Linke einschließlich der Kommunisten recht gut und gab es offen zu, daß ein bedeutender Teil der Arbeiter sich durch die Hitlerpartei und ihre Propaganda angezogen fühlte. Es gab ständige Versuche, diese Anziehungskraft zu überwinden, manchmal sogar durch Zusammenarbeit – wie im Berliner Verkehrsarbeiterstreik vom November 1932 – oder auch durch eine Übernahme nationalistischer Parolen, mit deren Hilfe die Nationalsozialisten die Massen angezogen hatten. Dimitrovs Referat enthält viele selbstkritische Einschätzungen der Schwächen der Kommunisten in dieser Hinsicht. Dasselbe gilt für eine weniger bekannte Broschüre von Wilhelm Pieck über die Geschichte der KPD wie auch für viele andere Publikationen.

Daß die große Masse der deutschen Arbeiter bis zu Hitlers Machtübernahme ihren traditionellen Parteien treu geblieben war (auch die KPD hatte eine Tradition in der 100jährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung) und daß die Veränderungen in den Jahren 1930/32 hauptsächlich in einer gewissen Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bestanden, ist unbezweifelbar und wird auch von Kele akzeptiert. Daß aber ein gewisser Teil der deutschen Arbeiter (wie auch der Arbeiter in anderen Ländern, in USA sogar überwiegend) immer auch nichtproletarische Parteien unterstützte und die intensiven Bemühungen der Nationalsozialisten ziemlich bedeutende Erfolge auch im Proletariat hatten, war immer eine offensichtliche Tatsache, die vielleicht ein detailliertes Studium und eine Interpretation benötigt, nicht aber einer „Entdeckung“ bedarf.

Kele stellt fest – und betrachtet dies als eine der Früchte seiner Studie –, daß die Nazis bei den Arbeitern mehr Erfolg erzielt hatten, als es früher erkannt wurde. Seine zweite Entdek-



kung scheint darin zu bestehen, daß es im Gegensatz zu den landläufigen Vorstellungen vor dem 30. Januar 1933 in der Nazi-Partei niemals zu einer entschlossenen Wendung nach Rechts gekommen sei. Und die dritte Revision: Nicht Gregor Strasser, sondern Josef Goebbels war die wichtigste Figur auf dem linken Flügel der Partei. Dieser letzten Frage scheint der Verfasser besondere Wichtigkeit beizumessen. Die „Legende“ von Gregor Strasser, so meint er, wurde durch dessen Bruder Otto in Umlauf gebracht, und viele Historiker haben sie unkritisch übernommen. Gregor Strassers Position wird von Kele einfach als „middle class“ eingeschätzt – wieder die Frage nach einem Klassencharakter, diesmal dem einer Figur und einer Tendenz in der Nazi-Partei. Doch ist Kele hierin nicht konsequent, denn an anderen Stellen erscheint Gregor Strasser als Verfechter der antikapitalistischen und arbeiterfreundlichen Tendenz in der Partei. Andererseits stimmt Kele manchen Autoren zu, die Goebbels als extremen Zyniker und Demagogen betrachten. Sollte man sein großes Einfühlungsvermögen in Denkweise und Empfinden der Arbeitermassen und seine oft erfolgreichen Versuche, eben dort anzuknüpfen, um die Massen zum Nazismus zu bekehren, als ein Zeichen seiner „linken“ Position betrachten? Der demagogische Charakter der nationalsozialistischen Propaganda, wie sie besonders von Goebbels vertreten wurde, wird von Kele doch zugegeben.

Trotz aller Tatsachen, die der Verfasser zum Verständnis des linken Flügels der NSDAP beibringt, sind die eigentliche Natur und der Charakter dieser Parteirichtung in ihren individuellen und ihren Gruppenkomponenten nicht wirklich erfaßt. Kele scheint unsicher in der Frage zu sein, ob und wie weit es sich dabei um ernste Anschauungen und echte Sympathien handelte, oder in welchem Maße es nur um Demagogie ging, die mit scheinsozialistischen Lösungen die Arbeitermasse ihren Parteien und ihren anderen Organisationen entfremden sollte. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß der „linke“ wie der rechte Flügel der NSDAP-Führung und vor allem der Parteibürokratie sich ein ziemlich großes Feld von eigenen Interessensphären geschaffen hatte. Zu denen der „Linken“ gehörten besonders die NS-Betriebszellen-Organisationen, ein Teil der Presse sowie Positionen in der SA. Es fragt sich, welche Wichtigkeit diese Sphäre von „vested interest“ hatte und welchen Einfluß auf die ideologisch-politische Einstellung dieses Flügels sie ausübte, zu welchen internen Spannungen sie führte und wie weit sie die gesamte Politik der Partei beeinflusste. Dies sind sicherlich wichtigere Probleme als die persönlichen Auseinandersetzungen, denen, wie in jeder politischen Organisation, oft alle prinzipiellen Gründe gefehlt haben können. Ich glaube nicht, daß Hitlers Toleranz und sogar seine Anerkennung gegenüber diesem „linken Flügel“ eine Entdeckung der Geschichtsforschung ist. War es nicht der „Führer“, der sich den Namen der Partei ausgedacht hatte? War nicht das Programm der NS-Bewegung links eingestellt? War nicht die NSDAP die einzige große Organisation der deutschen Gegenrevolution, die sich direkt an die breiten Massen der Arbeiterschaft wandte und sowohl langfristige als auch intensive Aktivitäten in dieser Richtung entfaltete? Es ist klar, daß der „linke Flügel“, der sich auf ganz spezifische Interessensphären konzentrierte, auch dem „Führer“, der sich als Schiedsrichter über die Flügel stellte, manche Sorge bereitete, besonders in Zeiten, in denen die antikapitalistische und Anti-„Reaktions“-Demagogie den Zufluß finanzieller Mittel hemmte. Ich suche in Keles Buch vergeblich eine Darstellung dieser Gegensätze in der besonders wichtigen Periode von Juni 1932 bis Januar 1933. Auf den wenigen Seiten (206 ff.), die dieser Periode gewidmet sind, finden wir längst bekannte Tatsachen – und nicht einmal alle, ja nicht einmal die wichtigsten. Schleichers Flirt mit Gregor Strasser und den Intrigen der zwei, drei Monate vor der Machtübernahme sind nur wenige Zeilen gewidmet. In William L. Shirers Buch über den Aufstieg und Zerfall des Dritten Reiches, das Kele pejorativ als „popular“ bezeichnet,



ist viel mehr Wissenswertes über diese Phase enthalten.

Was wir über den „Arbeitercharakter“ der NSDAP erfahren, sind neben den propagandistischen Anstrengungen besonders der „Linken“ in dieser Partei manche Zahlen, die nur schwerlich als eine statistische Analyse anerkannt werden können. Außer den allbekannten Wahlergebnissen und den Daten zur sozioökonomischen Schichtung Deutschlands in der Weimarer Zeit finden wir nur einige wenige Angaben über den Anteil der Arbeiter und Angestellten in der NS-Bewegung und -Wählerschaft. Auf der Basis dieser ziemlich mageren statistischen Daten versucht der Verfasser den Klassencharakter der NSDAP zu erfassen und damit eine Revision der bestehenden Anschauungen vorzunehmen.

Kele steuert manchen Fingerzeig zur Erkenntnis dieses Charakters bei. Die NSDAP in München – sagt er – habe, anders als die anderen „völkischen“ Gruppen in dieser Stadt, als eine „echte Arbeiterpartei“ (genuine workers' party) begonnen (S. 34). Der Werkzeugmacher Anton Drechsler und seine Arbeitskollegen hätten die Deutsche Arbeiterpartei gegründet. Dann kam Hitler, und die Partei nannte sich jetzt auch „nationalsozialistisch“. Sie marschierte hinter der roten Fahne, wenngleich der mit dem Hakenkreuz. Die Partei war auf die Rekrutierung von Arbeitern eingestellt. Ihre Mitglieder diskutierten über Fabrikangelegenheiten (factory politics) und waren instruiert, „nur 'progressive' Argumente bei Werbeaktionen in Werkstätten zu benutzen“ (S. 35). Da genaue Zahlen fehlen, stützt sich der Verfasser auf manche Berichte, denen zufolge die Zahl der Arbeiter, die an den Versammlungen der jungen Partei teilnahmen, 30 bis 35 % betrug. Die früheste Mitgliederliste vom 29. Mai 1920 gab an, daß von den 675 Parteigenossen 27 % Facharbeiter oder Handwerker und nur 2,9 % ungelernete Arbeiter waren.

Anhand dieser Feststellungen können wir uns ein Bild davon machen, welche Kriterien bei der Bestimmung des Klassencharakters einer Partei zu beachten sind: eine bedeutende Zahl von Mitgliedern und Anhängern, die einer Klasse zugehören, die unter ihnen erörterten Fragen (wie factory politics) sowie propagandistische Anstrengungen und Argumente gegenüber den Mitgliedern einer Klasse.

Die Nazipartei, die als eine Arbeiterpartei entstanden war, wandte sich später einer „Mittelklassenideologie“ zu (S. 39). Um 1923 beherrschten „Mittelklassenwerte“ (middle class values) die Ideologie der Bewegung (S. 65 f.). Die ganze Bewegung – sagt Kele – wurde „predominantly middle class“. Doch schließlich verwirft er die „middle class“-Interpretation für die gesamte Geschichte der Partei und betrachtet sie als eine Erfindung der Sozialdemokraten und Kommunisten. Er schreibt: „Because of their ideologies these parties could not admit that the 'fascistic' National Socialists were recruiting among the working class“ (S. 216). Wir kommen hier zu dem schon früher bemerkten Mißverständnis. Wir lesen bald weiter: „The fact that some of the earliest writing on national socialism came from the pens of scholars with Marxian or Socialist biases also partially explains the origin of the 'middle class interpretation' of the rise of nazism“. Der Autor benutzt mehrmals den Begriff „national socialism“ im Sinne einer von mehreren Spielarten eines breitgefächerten Sozialismus, andererseits nimmt er diese Ideologie nicht ernst. Er gibt zu, daß dieser Sozialismus „mystisch“ und „nebelhaft“ war, daß der nationalsozialistische Antikapitalismus oberflächlich war und sein demagogischer Charakter sich mehrmals entlarvte, wie etwa bei der Reichstagsabstimmung über die Nationalisierung der Banken im Oktober 1930.



Obwohl Kele manche Fakten der eigentlichen Arbeiterpolitik der NSDAP ans Tageslicht bringt, wird doch das ganze Feld dieser Politik von ihm nicht ernsthaft einer Analyse unterzogen. Die Nazis, wie die Faschisten überhaupt, waren Feinde einer sozialen Arbeitsgesetzgebung, den Acht-Stunden-Tag eingeschlossen. Sie waren prinzipielle Gegner von Streiks und haben viele streikbrecherische Aktionen unternommen, obwohl sie auf diesem Felde wegen ihrer Anhängerschaft unter den Arbeitern nie ganz konsequent waren und sein konnten. 1926 stimmten sie mit der ganzen konservativen Rechten in der Frage der Fürstenenteignung. Sie solidarisierten und identifizierten sich mit der Tätigkeit der italienischen Faschisten, die fast seit ihren Anfängen auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen eingestellt waren und dies nach der Machtübernahme auch blutig realisierten.

Es fehlt in Keles Buch nicht nur die Beantwortung, sondern sogar das Aufwerfen vieler Fragen, die das Thema „Nazis und die Arbeiter“ betreffen. Was waren die verschiedenen vertikalen und horizontalen Komponenten dieser Partei? Aus welchen ökonomischen Schichten, Berufsgruppen, geographischen, regionalen und Altersgruppen setzten sich die Arbeiter, die sich der Nazibewegung anschlossen, im Vergleich mit der Struktur der gesamten deutschen Arbeiterklasse zusammen? Welche objektiven und subjektiven Gründe bewogen sie zum Anschluß an die Partei? Das sind sicher sehr schwierig zu beantwortende Fragen, und ihrer genauen Untersuchung steht wahrscheinlich die Quellenlage entgegen. Doch leben noch viele Zeitgenossen, die detaillierte Auskunft zu derartigen Problemen geben könnten. Sollte man nicht von den Soziologen manche Befragungstechniken übernehmen, um so über die Grenzen einer konventionellen Monographie hinauszugelangen?

Viel fragwürdiger als der Begriff „Arbeiter“ ist der vielbenutzte Terminus „middle class“, und das besonders im Zusammenhang mit Untersuchungen und Feststellungen zum Themenkreis „Klassencharakter“, „Werte“, „Ideologie“, „Einstellung“ (attitude) der NSDAP, ihrer Flügel und Führer. Bei Kele wie auch bei anderen Autoren ist dieser Begriff sehr umfassend. Es handelt sich dabei nicht nur um die klassische „Bourgeoisie“, die Kapitalistenklasse; auch das Kleinbürgertum, die Intelligenz mit allen ihren beruflichen Sparten und die sogenannten „neuen Mittelschichten“ sind einbezogen. Unklar bleibt, ob nicht auch die Spitzen der Kapitalistenklasse, die Plutokratie, dazu gehören. Ist „middle class“ ein für historische Analysen nützlicher Begriff? Es ist sicher, daß die Nachteile, die er mit sich bringt, viel größer als sein Nutzen sind. Gerade die amerikanische Soziologie hat verschiedene Klassenstrukturmodelle und Begriffe geprägt, die durch ihre Nuancierung und Annäherung an die Realität sehr hilfreich sein können. Hierher gehören: lower middle class, middle middle class, upper middle class, white collar, executive class. Was Kele als „Mittelklasseninterpretation“ der Nazibewegung bezeichnet — eine Interpretation, die er verwirft —, betrifft bei den meisten Autoren ganz verschiedene soziale Gruppen, die sich in bezug auf die Mitglieder- oder Wählerbasis, auf die eigentliche Hierarchie der Partei oder auf die Geldgeber völlig unterschiedlich einordnen. „Mittelklassenwerte“? „Mittelklassenideologie“? Hierunter fallen die gegensätzlichsten Phänomene, wie zum Beispiel Freihandel und Protektionismus, Pressefreiheit und totalitäre Zensur. Es sind also Begrifflichkeiten, die nichts erklären. Anscheinend ist der Autor zu einem Gefangenen der „marxistischen“ Dichotomie von working class and middle class geworden, die er so heftig kritisiert und verachtet.

Auf einer gegensätzlich anderen Position steht der Verfasser einer weiteren Neuerscheinung, die sich mit der jüngeren deutschen Geschichte befaßt. Auch bei Walter Struves Buch



„Elites against Democracy“ gibt erst der Untertitel Aufschluß über den Inhalt: „Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany, 1890–1933“. Struves Studie behandelt die verschiedenen Theorien einer politischen Elite, die in der Wilhelminischen Ära nach Bismarck und in der Zeit der Weimarer Republik entstanden sind. Es geht hierbei nicht um alle Doktrinen, die eine Elitebildung oder eine „Avantgarde“ voraussetzen, denn dann hätten auch jakobinische oder marxistisch-leninistische Auffassungen behandelt werden müssen. Von diesen glaubt Struve jedoch absehen zu dürfen, weil sich das Problem der Eliteherrschaft in beiden Richtungen nur „temporär“ und nicht „beständig“ (only temporary, not perennial, S. 3) gestellt habe. Struve führt Theoretiker an, die voraussetzen, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht nur erhalten bleibt, sondern sich auch vervollkommen, und deren Modelle von einer Gesellschaft ausgehen, die durch eine Elite auf Dauer regiert wird. In diesem Sinne gehören die von Struve angeführten Theorien und ihre Vertreter zur Sphäre „des bürgerlichen politischen Denkens“ (bourgeois political thought) und der „bürgerlichen politischen Kultur“. Was sie von älteren Elitetheoretikern trennt, ist die Auffassung von einer „offenen – jedoch – autoritären Elite“ (open – yet – authoritarian elite). Dies entspricht einer spezifischen Art von Demokratie, der „Demokratie der Personalauswahl“ (democracy of personnel selection), die sich von der Konzeption einer „Demokratie des Entscheidens“ (democracy of decision making) oder einer effektiven Volkskontrolle abhebt. Es seien die besonderen deutschen Zustände in der fraglichen Zeit gewesen, die im Gegensatz zum Westen zu einer Häufung solcher Theorien führten.

Der Verfasser hat neun repräsentative Persönlichkeiten ausgewählt, die sich in „Neoliberale“ und „Neokonservative“ gliedern. Zu den Neoliberalen zählen: Friedrich Naumann, Max Weber, Walther Rathenau und Leonard Nelson. Die Neokonservativen sind: Oswald Spengler, Hermann Graf von Keyserling, Edgar Jung, Hans Zehrer und Ernst Jünger. Struve hatte sich die Aufgabe gestellt, mehr zu geben als eine konventionelle Schilderung der jeweiligen Theorien. Das Theoretisieren war bei den genannten Autoren unmittelbar mit ihrer politischen Aktivität verbunden, die mit zu berücksichtigen ist, um wichtige Quellen ihres „Elitismus“ festzuhalten. Hinzu kommt die Aufdeckung der „sozialen Situationen dieser Elitisten“ (S. 19). Unter solchen Aspekten ist das Werk als „eine Studie über die sozialen und politischen Zusammenhänge [context] der intellektuellen Geschichte“ zu verstehen. Der Autor sieht seine Aufgabe darin zu erklären, „wie Biographie zu einer sozialen und intellektuellen Geschichte werden kann“. Er verwirft jedoch die psychoanalytischen Auffassungen über die historische Biographie, wie sie neuerdings in den USA in Mode gekommen sind. Nach Struve werden die Ideengänge individueller Denker nur durch die Erforschung der sozialökonomischen sowie der politischen Wurzeln und Zusammenhänge zutage gebracht. Am Schluß seiner interessanten Einführung bekennt er sich zu einer Schwäche des Werkes: Er habe „den ökonomischen Zusammenhang zwischen der sozialen Geschichte und dem Einfluß [impact], den die Entwicklung der Institutionen des Monopolkapitalismus auf die bürgerliche politische und intellektuelle Kultur hatte“, nicht genügend in Rechnung gestellt. Diese Schwäche – oder eine Abweichung in die Richtung des „historischen Idealismus“, wozu sich der Autor selbstkritisch bekennt – ist durch den wenig zufriedenstellenden Zustand auf dem Gebiet der deutschen wirtschaftsgeschichtlichen Forschung erklärbar.

Struves Werk nimmt sich einer anderen wichtigen Aufgabe an. Die neoliberalen und neokonservativen Elitetheorien stehen in engem Zusammenhang mit einem wesentlichen Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie, nämlich mit deren eigenem Modell einer Elite-



herrschaft, die sich auch auf die Prinzipien einer „offenen – jedoch – autoritären Elite“ und einer „Demokratie der Personalauswahl“ stützt. So findet sich ein gemeinsamer und nicht unwichtiger Nenner bei Neoliberalen, Neokonservativen und Nationalsozialisten. Er beruht auf der Klassenbasis aller dieser Theorien und Bestrebungen. Wenn sich die Nazis zu einer „Demokratie der Personalauswahl“ statt zur Demokratie des Entscheidens bekannten, so geschah es wegen „der Anziehungskraft dieses Elitismus auf die Bourgeoisie und die Mittelklasse“ und noch aus einem tieferen Grunde: weil nämlich „die Nazis, so wie andere deutsche Elitisten, sich der deutschen Gesellschaft entgegenstellten, ohne mit den bürgerlichen Perspektiven gebrochen zu haben“ (S. 18). Ein längeres Kapitel über „die Quellen des nationalsozialistischen Elitismus“ ergänzt das Werk Struve, dem zu bescheinigen ist, daß er mehr als nur die Quellen des Elitismus behandelt.

Prüfen wir, wie der Verfasser seine methodischen Grundsätze anwendet, auf welche Weise nach den „sozialen und politischen Wurzeln“ der einzelnen Theoretiker geforscht wird. Die wichtigsten Wurzeln sieht Struve in den Klassegegensätzen und Klassenkonflikten des Kaiserreiches und der Weimarer Demokratie. Obwohl er seinen Blick nicht von den prinzipiellen Gegensätzen zwischen Proletariat und Bourgeoisie abwendet, richtet sich seine Aufmerksamkeit beim Erklären des Neoliberalismus auf die Beziehungen zwischen den verschiedenen Schichten der vermögenden Klassen, besonders zwischen dem Junkertum und der industriell-kommerziellen Bourgeoisie, sowie auf die Differenzen zwischen ihnen. Mit seiner differenzierenden Betrachtung der verschiedenen Klassen, Schichten, Stände, Berufs- und Statusgruppen widerlegt Struve, der bewußt die marxistische Geschichtsmethode anwendet, die Vorstellungen von Max H. Kele über eben diese Methode. Wir lernen – was so viele andere Geschichtsbücher schon berichtet haben –, daß sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwischen der Bourgeoisie und den Großagrariern ein Kompromiß herausgebildet hatte, der die seit langem existierende „Koalition“ dieser Klassen besiegelte. Aber die Debatten, die dem Kompromiß vorausgegangen waren, wurden von manchen bürgerlichen Politikern weitergeführt. Unter ihnen befand sich auch eine Anzahl Elitetheoretiker „neuen Typs“, die in dieser Diskussion für Interessen der Industrie eintraten und dadurch in ihren politischen Perspektiven beeinflusst wurden (S. 61). Ihr Denken wurde nicht nur von den Spannungen innerhalb dieser Koalition, sondern auch durch die Fortschritte der Arbeiterbewegung bestimmt; mitbestimmend war auch die „revisionistische Kontroverse“ innerhalb der Sozialdemokratie. Unter diesen neuen Elitisten trat neben Friedrich Naumann besonders Max Weber hervor, der „die Bourgeoisie von ihrer außergewöhnlichen Abhängigkeit von den Junkern und der Bürokratie zu befreien“ suchte (S. 147). Die Wandlungen, die bis zum Ende des Ersten Weltkriegs und nach dem Kriege im Denken der neoliberalen wie der neokonservativen Theoretiker entstanden sind, erklären sich durch die Veränderungen der sozialen Strukturen, aber auch durch andere Momente, etwa die Auswirkungen des Versuchs einer sozialen Revolution, die verschiedenen Krisen der Weimarer Republik und die beschränkten Möglichkeiten des deutschen Kapitalismus. Vor wie auch nach dem Kriege bemühten sich die elitistischen Denker um Einfluß bei bestimmten sozialen Gruppen. Die objektiven und subjektiven Wandlungen dieser Gruppen haben die Anziehungskraft (appeal) der Elitetheoretiker beeinflusst und je nach dem auch verändert, was die Entwicklung ihrer Theorien erklärt. Die Konzeptionen einer offenen Elite waren – nach Struve – ein „demagogisches Manöver“ zur Festigung der Hegemonie der Bourgeoisie (S. 17). In den Elitetheoretikern der Nachkriegszeit sieht der Verfasser Diener des „Monopolkapitals“, dessen Überleben und dessen Stärkung als Gesetz ihres Denkens den Inhalt ihrer Theorien bestimmt haben.



Wir halten es für weithin anerkannt, daß die Wurzeln intellektueller Schöpfung in den gesellschaftlichen Zuständen eines Landes und einer Zeit liegen. Besonders in den letzten Jahrzehnten sind wertvolle und interessante Studien zur Ideengeschichte entstanden, die auf der Basis eines reichen empirischen Materials in mühevoller Forschung und mit strenger Logik die vielseitigen gesellschaftlichen Zusammenhänge und auch eine Priorität der „objektiven“ (ökonomischen, sozialen, politischen) Zustände in ihrer Beziehung zur geistigen Kultur in allen ihren Bestandteilen festgehalten haben. Empirisch wurde oftmals bewiesen, daß die Gedankenschöpfer Menschen von Fleisch und Blut waren, daß sie verschiedenen Kreisen, Schichten, Klassen und Nationen und auch einer bestimmten Zeit angehörten, und daß all diese Faktoren bedeutenden Einfluß auf ihre Ideengänge ausübten wie auch auf den Inhalt, die Problematik und die Lösungen, auf ihre Arbeitsmethoden und auf die Grundsätze, denen sie huldigten. Historiker, die ihren Stoff so behandeln, stützen sich oft auf eine marxistische oder „historisch-materialistische“ Methodologie oder stehen unter deren Einfluß. Die besten ihrer Werke haben immer wieder bewiesen, wie kompliziert die oben angeführten Zusammenhänge sind. In der geistigen Kultur, in sämtlichen Bereichen des intellektuellen Schaffens, herrscht trotz aller gesellschaftlichen Wurzeln und Berührungspunkte mit den sozialökonomischen und politischen Sphären eine relative Autonomie der geistigen Schöpfung, auf die Marx und Engels oftmals hingewiesen haben. Innerhalb eines jeden Gebietes, sei es schöne Literatur, Philosophie, soziale Theorie, Geschichtswissenschaft, besitzen Traditionen, überliefertes Gedankengut, Begrifflichkeiten und die Technik des geistigen Schaffens ebenso eigenständige Bedeutung wie von Generation zu Generation sich weitervererbende Kontroversen, eine individuelle Argumentation, neue Entdeckungen von Tatsachen und theoretischen Einsichten. Jeder Schöpfer ist eine komplizierte autonome Natur mit individuellen Eigenschaften, Talenten und Bestrebungen, mit individuellen Verhältnissen und einer Lebensgeschichte, die teilweise von gesellschaftlichen Zuständen, aber auch von Biologie, von der Stärke des Intellekts oder vom Gefühlsvermögen bestimmt sein können. Ambivalenz, Schwankungen zwischen verschiedenen Gesichtspunkten, Gegensatz zur eigenen sozialen Schicht, Anziehungskraft des gegnerischen Standpunktes — all diese Phänomene sind mehr als nur seltene Ausnahmefälle. Hat nicht Marx von einer Autonomie der „Ideologen“ gegenüber ihrer Klasse und sogar von ihren Konflikten mit der eigenen Klasse geschrieben?

Ist es auch nicht ausgeschlossen, daß dieser oder jener Denker bewußt einer sozialen Gruppe oder einer politischen Sache dient und sein Schaffen dem unterordnet, so muß in jedem Fall das Beweismaterial dafür erbracht werden — Material, das die Frage nach den Gründen zu beantworten erlaubt und den besonderen Stellenwert dieser oder jener bewußten Absicht erkennen läßt. Wenn man dann den Klassencharakter und die „Funktion“ eines Denkers oder einer Theorie festzustellen versucht, muß man in einen anderen empirischen Bereich vordringen, in das Gebiet der gesellschaftlichen Rezeption. Immer bleibt nachzuweisen, wie diese oder jene Theorie funktionierte und weiterwirkte, in welchen Kreisen sie sich durchgesetzt hat, wo und in welchem Maßstabe sie akzeptiert und wo sie nicht beachtet oder bekämpft wurde. Man findet bei Struve nur sehr wenig von derartigem Material und solchen Beweisen. Wenn er die Zusammenhänge und Wurzeln des von ihm besprochenen intellektuellen Schaffens zu definieren versucht, gelangt er zu Hypothesen und Deduktionen, die auf einer Art intuitiven Denkens beruhen.

Gewiß haben die Schöpfer des Marxismus wie auch ihre Nachfolger, die großen und die kleineren, häufig auf ähnliche Weise Zusammenhänge erfaßt. Marx und Engels waren nicht nur



Schöpfer großer Theorien, sondern auch Propagandisten und Politiker. Oft traten sie, soweit es ihnen zweckvoll erschien, einfache Feststellungen oder äußerten Vermutungen über den soziologischen Charakter einer Strömung oder Ideologie, wobei sie sich auf eine unmittelbare Kenntnis dieser Erscheinungen, auf die praktische Berührung mit ihnen zu stützen vermochten. Dasselbe gilt für viele ihrer Nachfolger, bei denen nicht selten das Abstempeln mit einem bestimmten „Klassencharakter“ – zum Beispiel „kleinbürgerlich“ – in Partiekämpfen als Waffe nach außen und nach innen herhalten mußte. Doch es bleibt zu vermerken, daß innerhalb der sozialen und Geisteswissenschaften der sozialistischen Länder wie auch in marxistischen „Schulen“ außerhalb dieser Länder derart simple Methoden oft diskreditiert, abgelehnt und auch teilweise überwunden wurden zugunsten von seriöseren, subtileren und vielseitigeren Analysen, die einen Denker oder eine Doktrin nicht einfach als direkte Funktionen des Klassenkampfes ansehen.

Daß Struve eben diese Methode anwendet, wird noch sichtbarer bei seinen Versuchen, die Konzeptionen der verschiedenen Elitetheoretiker aus ihren jeweils individuellen „sozialen Situationen“ abzuleiten. Es scheint offensichtlich, daß die soziale Zugehörigkeit eines Walter Rathenau zur oberen Schicht der Bourgeoisie wie auch seine ganze Tätigkeit sein theoretisches Denken beeinflusst haben. Aber bis zu welchem Grade? Welche anderen bestimmenden Faktoren kommen in Betracht? Sein Modell einer Gesellschaft der Zukunft und einer Eliteherrschaft unterscheidet sich nicht so sehr von der Utopie Saint-Simons. Es fragt sich, inwieweit und in welchem Sinne seine Utopie von Klasseninteressen bestimmt war oder gar einen Klassencharakter trug. Struve indessen hat hier keinerlei Zweifel. Er schreibt gegen Ende seiner Betrachtungen über Rathenau: „His elitism served up fantasies to bolster the morale of the upper classes and fragmentary techniques for bringing to fruition the rule of the big bourgeoisie“ (S. 184).

Im Unterschied zu Rathenau, dessen elitäre Ordnung der „großen Bourgeoisie“ dienen sollte, beabsichtigte ein anderer „Neoliberaler“, Leonard Nelson, mit seiner theoretischen Konstruktion ein „Vehikel“ für die „gebildete Mittelklasse“ zu schaffen (S. 185). Die sehr komplizierte Lebens- und Geistesgeschichte dieses Mannes, seine Verbindungen und sein Einfluß bei gewissen Gruppen, all dies veranlaßt dazu, hinter Struves Einordnung mehr als ein Fragezeichen zu setzen. Nelson gründete in den zwanziger Jahren den Internationalen Sozialistischen Kampfbund und stand in Verbindung mit dem linken Flügel der Sozialdemokratie. Der ISK zählte zwischen 1000 und 2000 Mitglieder. Obwohl Nelson Gegner einer gewaltsamen Revolution war, stehen manche seiner Auffassungen der leninistischen Konzeption von der Rolle einer Elite beruflicher Revolutionäre ziemlich nahe, die einen gesellschaftlichen Umsturz anleiten sollen. Struve stellt aber fest, daß Nelsons „Elitismus“ „provided a coherent interpretation of the present and an optimistic vision of the future for small, but significant segments of the middle class“ (S. 214). Auf diese Art kommt auch Nelson unter das Dach und auf den gemeinsamen Nenner der „Mittelklasse“, nicht nur zusammen mit den anderen „Neoliberalen“ und „Neokonservativen“, sondern auch mit den Nationalsozialisten. Struve will uns glauben machen, daß die paar Tausend Anhänger Nelsons, die sich als Sozialisten ansahen, nicht nur der Mittelklasse angehörten, sondern zugleich Mittelklasseninteressen verfochten und nur „Perspektiven“ der Mittelklasse vor Augen hatten.

Die Modelle und Visionen einer Zukunftsgesellschaft, die eine Art Eliteherrschaft voraussetzen, gehören, ob sie von Rathenau oder Nelson, von Jünger, Zehrer und den anderen



stammen, die Struves Buch behandelt, zu den utopischen Schöpfungen, die so zahlreich in der Geistesgeschichte, besonders in gesellschaftlichen Krisenzeiten, aufblühen. Utopien sind Ideologien, die die existierende Wirklichkeit kritisch beleuchten und einer Sehnsucht bestimmter Individuen wie auch ganzer Gruppen eine idealisierte Form geben. Es ist aber normalerweise schwer nachzuprüfen, welches die sozialen Kräfte sind, die sich mit einer solchen Ideologie identifizieren. „Schwer“ bedeutet dabei nicht „unmöglich“. Es sind teilweise sozialökonomisch bestimmte Klassen und Schichten, religiöse oder ethnische Gruppen – zum Beispiel ein Teil der amerikanischen Neger mit ihrer „Zurück nach Afrika“-Utopie –, oft aber auch nur kleine, marginale und soziologisch schwer greifbare Gruppen, wenn nicht gar nur wenige Individuen, die sich einer solchen Ideologie ergeben. Außerhalb der soziologischen gibt es nicht unwichtige psychologische – manchmal: psychopathologische – Faktoren, die mit der Schöpfung und Verbreitung solcher Utopien verbunden sind und untersucht werden sollten. Eine Utopie kann sich mit der Zeit in ihrem soziologischen Charakter und in ihrer gesellschaftlichen Funktion wandeln. Als Marx und Engels das Kommunistische Manifest schrieben, hatten sie keinerlei Bedenken, Proudhon als einen „bürgerlich-konservativen“ Sozialisten und Sismondi als „kleinbürgerlichen“ Sozialisten zu bezeichnen. Sie vermieden es aber, den früheren utopischen Sozialisten: Saint Simon, Fourier und Owen einen bestimmten Klassencharakter zuzuschreiben, obwohl sie als Wurzel des Utopismus dieser drei das unentwickelte Stadium des industriellen Kapitalismus und des Proletariats ansahen. Bei der Funktion oder Rezeption utopischer Systeme handelt es sich meistens um kleine marginale Gruppen, deren Beweggründe vielschichtig und auch veränderlich sind. Wenn man Gesellschaftsmodelle oder Utopien als „bürgerlich“, „kapitalistisch“ oder sogar „monopolkapitalistisch“ bezeichnet, weil sie nicht sozialistisch sind, dann beruht das auf einer Tautologie, die nichts mit einer wissenschaftlichen Methode zu tun hat.

Wenn Struve alle von ihm angezogenen Theorien auf einen gemeinsamen Nenner bringt, der sich auf das Prinzip einer „offenen – jedoch – autoritären Elite“ stützt, dann versucht er damit einen wichtigen Faktor der Naziideologie und sogar die „Empfänglichkeit vieler Deutscher für den Nazismus“ zu erklären. Diese Verwandtschaft des Nationalsozialismus nicht nur mit dem Neokonservatismus, sondern auch mit dem Neoliberalismus wird häufig unterstrichen. Es sei das schon früher erwähnte Prinzip „der Demokratie der Personalauswahl“, das die Verwandtschaft zwischen dem deutschen Liberalismus und dem Nazismus bestimme und das sogar den Nazismus vom Liberalismus stark abhängig erscheinen lasse (S. 418 f.). Die Liberalen und die Nationalsozialisten – sagt Struve – strebten eine Elite an, die „innerhalb der Parameter der bürgerlichen Gesellschaft unausweichbar [ineluctably] funktionieren sollte“ und deren Mitglieder in Übereinstimmung mit den grundsätzlichen Werten dieser sozialen Ordnung auszuwählen waren (S. 419). An anderer Stelle greift der Verfasser die Tendenz mancher Historiker der deutschen Ideengeschichte an – zum Beispiel Klemens von Klemperer –, weil sie die Unterschiede und Gegensätze zwischen den Konservativen, Neokonservativen und den Nationalsozialisten „auf der Basis von Ideen, Aktivitäten und Personal“ unterstreichen, obwohl es in allen oder in den meisten Fällen an Unterscheidungskriterien fehle (S. 226). Dasselbe gilt auch für den deutschen Liberalismus des 20. Jahrhunderts. Alle diese Strömungen zeigten „grundsätzliche Ähnlichkeiten [basic similarities] in politischen Stellungnahmen, die, obwohl in Einzelheiten differierend, alle die eine oder andere Version der bürgerlichen Gesellschaft verfechten [assert]“ (S. 227). „One version or another of bourgeois society“? Man liest das mit Erstaunen. Ist „diese oder jene“, ist eine faschistische oder eine liberale „Version“ der bürgerlichen Gesellschafts-



ordnung gleichgültig für einen amerikanischen marxistischen Ideenhistoriker? Gilt nicht der Prüfstein der geschichtlichen Praxis für den Wert wissenschaftlicher Thesen? erinnert das nicht an den Standpunkt, daß Faschismus und Sozialdemokratie nur zwei Versionen der Herrschaft des Monopolkapitalismus sind?

Zu den Unterscheidungsmerkmalen gehören auch der Rassismus und besonders der Antisemitismus, die von den Neoliberalen und den Neokonservativen im allgemeinen nicht akzeptiert wurden. Struve gibt dies zu, jedoch schätzt er dieses Element der nationalsozialistischen Ideologie und Politik ziemlich gering ein. Nach Struve wurde der Antisemitismus, obwohl ein Prinzip der NS-Ideologie, nur pragmatisch angewandt. Als Beispiel hierfür dient ihm der zweifelhafte Fall von Erhard Milch, der wie andere mutmaßliche „Nichtarier“ in hoher Position verblieb (S. 422). Es werden noch weitere „Beweise“ angeführt, etwa Himmlers Anordnung in einem Brief vom 28. Juli 1942, eine Definition des Terminus „Jude“ zu vermeiden (S. 425). Daß mit oder ohne solche Definitionen Millionen von Menschen, Juden und Nichtjuden, dem Nazi-Rassismus zum Opfer gefallen sind, scheint von geringerer Wichtigkeit bei der Einschätzung dieser Frage zu sein.

Zweifellos gab es zwischen den Nazis und vielen Konservativen, die „Neokonservativen“ einbegriffen, in Ideologie und praktischer Politik zahlreiche Berührungspunkte. Hierzu gehörten die Verneinung der Weimarer Republik und der bürgerlichen Demokratie, der Drang zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung, ein extremer Nationalismus und eine imperialistische Außenpolitik. Diese Gemeinsamkeiten ergeben aber noch keine wesentliche Identität im sozialen und politischen Charakter. Bei manchen Denkern, die als „Neokonservative“ eingestuft werden, fehlen sogar die oben erwähnten Berührungspunkte, was aber den Verfasser nicht in Verlegenheit bringt. So wird zum Beispiel der Fall des Grafen Hermann von Keyserling mit echter Virtuosität behandelt. Keyserling war Verfechter eines verfeinerten Kosmopolitismus, der sich bei ihm mit einer Art romantischer Abneigung gegen die „Massengesellschaft“ verband. Um auch diesen Denker mit den Faschisten unter einen Hut bringen zu können, benutzt Struve die These, daß die „Rechte“ im 20. Jahrhundert nicht nur einem Nationalismus, sondern auch verschiedenen Formen des Internationalismus huldigte. Als wichtigen Zeugen hierfür zitiert er Lenin, der in seinem „Imperialismus“ darauf hingewiesen hat, daß der Monopolkapitalismus Tendenzen zur Entwicklung des bürgerlichen Internationalismus und Kosmopolitismus wie auch des Nationalismus begünstige. Ein anderes Zeugnis liefert Hannah Arendt mit der Feststellung, daß der Imperialismus auch zu solchen rechtsgerichteten Strömungen führen kann, die antinational oder internationalistisch sind. Es kommt noch Struves eigene Erkenntnis hinzu, daß die paneuropäischen Parolen der Nationalsozialisten im Laufe des Krieges nicht nur eine Finte waren, sondern auch Ausdruck ihrer tieferen Überzeugungen (S. 274 f.).

Nun trifft es zu, daß sich auf dem Boden und im Interessenbereich eines und desselben Systems oder einer sozialen Gruppe – in diesem Fall des Monopolkapitals – zwei oder noch mehr ideologisch-politische Tendenzen, die verschiedenartig oder sogar gegensätzlich sind, herausbilden können. Es ist auch wahr, daß Individuen wie gesamte Gruppen zwischen solchen gegensätzlichen Tendenzen zu schwanken oder eine ambivalente Haltung einzunehmen vermögen. Derartige Erscheinungen mit einer Verwandtschaft oder quasi einer Identität solcher Gegensätze zu verwechseln, die in der Wirklichkeit durch scharfe Auseinandersetzungen und Kämpfe bemerkbar werden, spricht für wahrhafte Meisterschaft in der Kunst



eines historischen Surrealismus.

Ein wichtiges Problem, mit dem Kele sich abringt, ist das Problem des Klassencharakters des Nationalsozialismus, der bei Struve a priori festgestellt wurde. Räumen wir ein, daß Struve sich bewußt ist, wie heterogen die Massenbasis der NSDAP war. Er setzt auch kein Gleichheitszeichen zwischen ihr und dem Monopolkapital. Er vermeidet es — hier ist er viel subtiler als bei seinen anderen Analysen —, den Nazismus bloß als eine Agentur oder ein Werkzeug der monopolkapitalistischen Kreise zu bezeichnen. Doch eines scheint ihm klar zu sein, und das ist der „Mittelklasse“- oder „Bourgeois“-Charakter der NSDAP. Wenn Kele diese Bezeichnung mit einem Fragezeichen versieht, so hat er hierfür zweifelhafte Indizien: politische Absichten und propagandistische Losungen, mit denen die Arbeiterklasse beeinflusst werden sollte, ferner die Tatsache, daß ein Teil dieser Klasse die Nazi-Partei unterstützte. Für Struve ist maßgebend, daß die Nazis die bürgerliche Gesellschaftsordnung grundsätzlich akzeptierten und dadurch, wie auch durch manche ideologischen Konzeptionen, auf ein und demselben Boden mit anderen bürgerlichen Strömungen standen. Kele, der dem Marxismus kritisch gegenübersteht, glaubt, daß die Marxisten die These vom „Mittelklassencharakter“ des Nazismus mit einer Analyse der gesellschaftlichen Kräfte rechtfertigen, die ihn unterstützten. Struve, der sich als Marxist ansieht, betont die dienende Funktion dieser Partei gegenüber dem kapitalistischen System, und hier gerade findet er all die Berührungspunkte mit dem Neoliberalismus und Neokonservatismus.

Es ist fraglich, ob die marxistische Theorie und Methodologie jeder Partei, jeder politischen Kraft oder Ideologie eine homogene klassenspezifische Bezeichnung anheften muß. Viele politische Parteien haben einen heterogenen Klassencharakter, obwohl bei aller Heterogenität eine bestimmte sozioökonomische — aber auch nationale, religiöse, regionale, stammesbestimmte usw. — Gruppe eine Priorität und Hegemonie erringen kann. Die Massenbasis einer Partei kann für ihren Charakter maßgebend sein, wenn der Mechanismus und die Regeln, von denen die Partei bewegt wird, es den Massen erlauben, ihre Bestrebungen im Programm der Partei und besonders in ihrer Politik zu realisieren. Bei oligarchischen und auf einem Führerprinzip aufgebauten Parteien sind die Parteiangehörigen oder die sie unterstützenden Massen von minderer oder größerer Wichtigkeit, sie bestimmen aber nicht die Parteilinie und die Parteipolitik. In der heutigen Zeit, wo die Politik zum Beruf wurde, sind die Politikerschichten von großer Bedeutung, und ihre autonomen Gruppeninteressen — als Apparatfunktionäre, Parlamentarier, Journalisten, Ideologen usw. — üben einen Einfluß auf die Tätigkeit der Partei aus, der aber in ein Gleichgewicht mit den anderen Interessen, denen der unterstützenden Massen und der Geldgeber, gebracht werden muß. Dieses „Gleichgewicht“ sieht in Arbeiter- und Bürgerparteien anders aus als in den auf Hierarchie und Gehorsam aufgebauten faschistischen Parteien. Die Mitglieder der führenden Schicht einer faschistischen Partei sind mehr als nur berufliche Politiker im Sinne irgendwelcher anderer, zum Beispiel sozialdemokratischer, liberaler oder konservativer Parteien. Sie sind berufliche Konterrevolutionäre.

Ebenso wie die Revolution sich zu einem Beruf herausbilden konnte — eine Möglichkeit, die Lenin in sein Konzept einer proletarischen Partei zu integrieren versuchte —, so ist es im 20. Jahrhundert der Fall mit der Konterrevolution. Es war nicht so zur Zeit der Französischen Revolution oder zur Zeit der Pariser Commune. Aber schon die Bekämpfung der Russischen Revolution hat die halbberuflichen Formationen der Schwarzen Hundertschaften geschaf-



fen. Der berühmte amerikanische Detektiv Pinkerton, der seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wirkte, hat Scharen von Streikbrechern organisiert und sie gegen Bezahlung Großindustriellen, Grubenbesitzern oder Eisenbahngesellschaften zur Verfügung gestellt. Zur Bekämpfung der Arbeiterschaft auf dem europäischen Kontinent nach 1918 hätten solche Pinkerton-Methoden nicht ausgereicht. Die Kräfte der traditionellen Reaktion waren in manchen Ländern in Wehrlosigkeit und Panik geraten. Die Programme, Losungen und Methoden der konservativ-großbürgerlichen Gegenrevolution hatten sich als veraltet und wirkungslos herausgestellt. Dafür boten Leute mit neuen Anschauungen und Methoden ihre Dienste an: ein Mussolini in Italien, ein Hitler in Deutschland. Die soziale Herkunft dieser Männer war weniger wichtig, als es ihre Bestrebungen waren. Man sollte Faschismus nicht als „Geschäft“ der Konterrevolution betrachten, so wie Pinkertons Agentur ein Geschäft der Streikbrecherei war. Die Faschisten waren die Pinkertons mit einer Ideologie. Pinkerton und seine Leute ließen sich mit einer guten Belohnung zufriedenstellen. Die Faschisten strebten danach, sich ihren Lohn selbst auszuzahlen. Dieser Lohn war die Macht. Sie haßten die Kommunisten und die Sozialdemokraten, verachteten Demokratie und Menschenrechte und verwarfen die gesamte humanistische Tradition. Doch sie wußten, wonach sie strebten. Wenn sie zur Macht, ja sogar zur Alleinherrschaft strebten, so wollten sie mit Hilfe dieser Macht ihr Land oder mehr noch, die ganze Welt, in Einklang mit ihren Vorstellungen von einer guten gesellschaftlichen und politischen Ordnung unter ihrer eigenen Führung bringen. Waren sie „Diener“ irgendwelcher Klasse der herrschenden Gruppe? Wenn sie sich auch einer solchen Gruppe – zum Beispiel dem Großkapital – verkauften und deren Interessen verfochten, vor oder nach einer Machtergreifung, so bestand doch keine Identität oder ein Unterordnungsverhältnis. Jene Männer, die im Januar 1933 einen Kontrakt mit den Nazis abgeschlossen hatten, dessen Einhaltung durch die Kräfteverteilung im Kabinett gesichert schien, wurden bald ihre Illusionen los. Dies schließt auf der anderen Seite nicht die Tatsache aus, daß das faschistische System überwiegend dem Großkapital von Nutzen war und nicht den mittleren und unteren Schichten der Bevölkerung; wobei die Parteiführerschicht auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in die leitenden Positionen kam.

Die Naziapartei kann man also nicht im selben Sinne als eine Klassenpartei ansehen, wie die deutsche Sozialdemokratie oder wie die englische Labour Party als eine Arbeiterpartei; auch nicht wie die englischen Liberalen vor hundert Jahren als eine Partei des Bündnisses des großen traditionellen Whig-Adels mit der emporkommenden industriellen Mittelklasse; oder wie die russischen „Kadetten“ als eine bürgerliche Partei. Oft führten in der Geschichte neuentstandene Funktionen zu neuen Berufen, deren Kraft und Wichtigkeit sich potenzierten und die eine Umwandlung des existierenden Gesellschaftssystems nach sich zogen. Die gesellschaftliche Struktur besteht nicht und bestand niemals bloß aus sozioökonomischen Klassen und ihnen untergeordneten Schichten, sondern auch aus verschiedenen anderen Gruppen, die autonom funktionierten, obwohl nicht ohne Relation zu dem gesamten Klassensystem. Um den soziologischen Charakter der Naziapartei zu erfassen, müßte man die Gemeinsamkeiten solcher zeitlich weit voneinander entfernter Phänomene wie: der römischen Prätorianer, der Kreuzzügler, der italienischen Kondottieri, der Jesuiten, der Mamelukken in Ägypten, einer chinesischen Provinzarmee, einer Mafia usw. genauer untersuchen, wobei man vielleicht auf einen gemeinsamen Nenner stoßen würde.

Es handelt sich auch um andere Merkmale, die zur Definition des Faschismus vielleicht wichtiger als die ideologischen und soziologischen Elemente sind. Die Konterrevolution,



wie die Revolution, beruht auf manchen prinzipiellen Werten, die mit den angestrebten Zielen, aber auch mit den Mitteln und Methoden in Zusammenhang stehen. Durch die Schärfe des Kampfes und unter den Bedingungen, die seit 1917/18 entstanden waren, wurden viele alte Hemmungen und Skrupel, alte Moralvorstellungen, als wertlos oder schädlich für die Sache abgeschüttelt. Neue Ansichten, Mittel, Methoden, Werte und ethische Prinzipien nahmen deren Platz ein; dazu gehörten politische Diversion, Betrug, Terror. Dies beeinflusste die Ziele und die ganze Ideologie, bildete die Moral der kämpfenden Scharen und besonders ihrer professionalisierten Offiziere und Generäle, die sich mit der Bewegung auf Leben und Tod verbanden. Nur so erklärt sich die totale Barbarei und zerstörende Unmenschlichkeit dieser Kraft, die für die historische Wirklichkeit von größerer Bedeutung als irgendwelche anderen, soziologischen oder ideologischen Merkmale waren.

Um das Phänomen des Nazismus und des Faschismus im allgemeinen völlig zu erörtern, muß man noch einen „Zeitgeist“, den Geist der Zwischenkriegsjahre, in Betracht ziehen. „Zeitgeist“? Gibt es so etwas? Man kann darauf dieselbe Antwort geben, wie sie der Engländer Dr. Samuel Johnson gab, als er über die Existenz der Gespenster befragt wurde. Die Antwort war: „Die Logik spricht vielleicht dagegen, aber unsere ganze Erfahrung spricht dafür.“

# WAS IST „LEGITIM“, WAS „ILLEGITIM“ „IM LICHT DER MARXSCHEN THEORIE“ ? BEMERKUNGEN ZU DEM AUFSATZ VON GUNNAR STOLLBERG ÜBER DIE FASCHISMUSSCHRIFTEN ROSENBERGS, SERINGS UND STERNBERGS \*

Von Helga Grebing

Das helle Licht Marxscher Theorie kann – so möchte ich im folgenden nachweisen – auch blenden: Gunnar Stollberg schreibt keine Theoriegeschichte – weder vom methodischen Ansatz her betrachtet noch im Hinblick auf die Ergebnisse. Seine Bemühungen bringen keinen Ertrag für die historische Problematik „Faschismus und Arbeiterbewegung“ und erklären aktuelle, der begrifflichen Verallgemeinerung sich noch sperrende Phänomene nicht. Stollberg liefert stattdessen eine prämissenreiche, von einer bestimmten Façon von Marx-Rezeption hergeleitete Kritik an Denkergebnissen, die unter bestimmten, von ihm aber nicht mitgedachten historischen Bedingungen zustandegekommen sind; diese Denkergebnisse werden oft verkürzt, mißverstanden und auch offensichtlich fehlerhaft rezipiert oder doch dargestellt. Was strikte Anwendung Marxscher Methode und Theorie zu sein verspricht, gerät auch wieder nur zu „Marxismus“.

*Was ist „Das Kapital“?*

Die nicht explizierte Prämisse des Verfassers – der Schlüssel für seine Kritik an den seiner Meinung nach sich mehr oder weniger legitimerweise als Marxisten bezeichnenden Rosenberg, Sering und Sternberg – ist der Stellenwert, den er dem „Kapital“ zuschreibt. Stollberg meint, daß „Das Kapital“ „die logische allgemeine Analyse einer Entwicklung ist, die sich historisch tendenziell vollzieht“. <sup>1</sup> In der Konsequenz eines solchen Verständnisses liegt: Da „Das Kapital“ ist, was es ist, kann dies realanalytisch eigentlich nicht mehr erschüttert werden, so daß die Momente, die eine kontrollierende Realanalyse konstituieren würden – Erfahrungen, Daten, Zahlen – nur noch zur Vereinnahmung durch die allgemeinen Kategorien der Entwicklungsgesetzlichkeiten des Kapitalismus vorgeführt werden, die historisch gewordene und werdende Realität entspricht so der kapitalistischen Entwicklungslogik, da sie ihr zu entsprechen hat. Die Empiriker haben nur noch den Vollzug der Entwicklungsgesetzlichkeiten rück- oder vorausblickend zu melden; die Ordnungshüter der Theorie (oder wie es in einer innermarxistischen Auseinandersetzung jüngst hieß: die phantasielosen Schulmeister und Theoriepolizisten) sorgen dafür, daß die Realität mit der Entwicklungslogik in Deckung sich zu halten hat, gehalten wird, da „Das Kapital“ doch recht hat. Und Geschichte wäre bloße Illustration für Marx gewesen?

Oder wenn dem nicht so wäre, wäre „Das Kapital“ dann etwa ein positivistisch auswertbares Geschichtsbuch? Ein solches Verständnis würde nur zu der spiegelverkehrten Version des gleichen Grundirrtums führen: als stünde Geschichte dem Theoretiker für seine jeweili-

\* Gunnar Stollberg, *Theorie und Erfahrung. Die Faschismusschriften Rosenbergs, Serings und Sternbergs im Lichte der Marxschen Theorie*, in: *IWK*, Jg. 10 (1974), H. 1, S. 1-39.

1 So in einem Brief des Verfassers an mich. G. St. wird über meine Kritik nicht überrascht sein, da er einen großen Teil meiner Einwände bereits vor der Veröffentlichung des Manuskriptes erfahren hat. Meine Ausführungen sind nicht gegen Gunnar Stollberg persönlich gerichtet; ich greife nicht ihn, sondern die Methode an, die nicht nur er verwendet. Daß dieser Angriff auch recht ironisch-polemische Züge trägt, hängt damit zusammen.



gen Interpretationsabsichten zur Disposition. Stollberg hat hingewiesen auf die ex- und impliziten Bemühungen in der Marxismus-Diskussion, nur scheinbar Marx zu folgen, indem man tatsächlich Engels nachlief. Wer Marx für einen Historiker hält, der Zukunft zauberhaft bereits zu Geschichte macht, wer „Das Kapital“ wie ein prospektiv-chronologisches Geschichtsbuch liest, der stellt sich unter den Zwang, nach substituierenden Faktoren suchen zu müssen, um auf diese Weise die Entwicklungsgesetzmäßigkeiten in Übereinstimmung zu bringen mit der Realität, der findet sich der Versuchung ausgesetzt, die Fortsetzung dieses Geschichtsbuches zu schreiben – oder ein neues.

Es gibt eine Alternative: nämlich Marx' Methode und „Das Kapital“ instrumentell und inhaltlich als „dialektische Einheit von Logischem und Historischem“ zu begreifen. „Logisch“ heißt: begreifende Erkenntnis, kategoriale Abstraktion, und „historisch“: die werdende Bewegung der Zusammenhänge von Gewordenem (und nicht Chronologie, Faktizität); Einheit ist nicht mißzuverstehen als summierendes Zusammenspannen (durch die imaginär-gewalttätige Kraft einer sogenannten Dialektik) von sich dichotomisch Sperrendem, sondern bedeutet schlicht: gegenseitige Bedingtheit.

Wenn dies so stimmt, dann ließen sich gute Gründe dafür anführen, daß Marx die tendenzielle Richtung der historischen Bewegung des Kapitalismus kategorial, gemessen am bisherigen Verlauf der Geschichte, zutreffend dargestellt hat. Dann läge es nahe, daß einem Bemühen, das auf eine systematisierende Erklärung von Daten und Fakten hinauswill, die sich durch optimale Realitätsdeckung ausweist, um als Voraussetzung für praktikable Strategien der Gegenwartsveränderung brauchbar zu werden, Marx' Methode nützen könnte, ohne „Das Kapital“ als Gesetzbuch zu befolgen und mit dem sicheren Bewußtsein, daß nicht verarbeitete Überhänge an Realität allenthalben post festum zu entdecken sein werden. Jedenfalls könnte man auf diese Weise die naiv-naseweisen oder oberlehrerhaft-besserwisserischen Benotungen „richtig“, „falsch“, die arroganten Zuteilungen an Legitimität und Illegitimität (der Anwendung der Marxschen Methode, wie sie beliebig bleibende Bezugsautoren nahelegen) loswerden.

### *Was ist „Theoriegeschichte“?*

Gerade ein solches Verfahren will unser Autor eben nicht; denn wie verfährt er? Er richtet drei Konten ein, schreibt darüber: Rosenberg, Sering, Sternberg, und trägt dann jeweils in die Soll- und Haben-Spalte ein, was er vorfindet: da wird die historische Entwicklung richtig wiedergegeben, dort nicht; da sind die theoretischen Ableitungen falsch oder doch problematisch, währenddessen dort zu Recht oder doch mit einigem Recht dieses oder jenes festgestellt worden ist; da gibt es schiefe Interpretationen Marxscher Theoreme, dort bleibt gegenüber dem Problembewußtsein (im Hinblick auf die Marxsche Theorie) die theoretische Verarbeitung zurück; hier und da entspricht etwas legitim Marxscher Methode, kann also bestätigt werden, anderes ist illegitim; manches widerspricht der Marxschen Theorie, anderes entspricht ihr, ist infolgedessen als richtige Erkenntnis zu bewerten. Rechnet man Soll und Haben gegeneinander auf und zum Schluß die Autoren untereinander, dann ist eben der eine mehr, der andere weniger illegitim bzw. falsch mit dem „Kapital“ umgegangen.

Soll diese oberbuchhalterische Attitüde der Registrierung und Verrechnung von Abweichungen, Ungereimtheiten, Fehlern, auch Übereinstimmungen, Entsprechungen, analogischer Verwendungen, Spuren fruchtbarer Anwendungen – in unserem Fall Marxscher Theorie im Lichte einer bestimmten vorgegebenen Rezeptionsform – „Theoriegeschichte“ sein ? Offenbar ja, wenngleich zur vollen Erklärung defizienter Rezeption von Marx noch – wie der Verfasser meint – „die sozioökonomischen Grundlagen“ der Theoriegeschichte mit hinzugenommen werden müßten.

Wenn mein gewiß beschränkter Kopf den schwierigen Marx wenigstens einigermaßen richtig verstanden haben sollte (vgl. S. 9, Anm. 25), so würde doch wohl eine materialistisch zu nennende Theoriegeschichte bedeuten, daß die materiellen Bedingungen der Gedanken in die Reflexion ihrer Bewegung immer gleich mit einzugehen hätten und nicht, daß „das Sozioökonomische“ irgendwann einmal als Nachtrag zur Bilanz hinzugefügt werden könnte.

Aber verbleiben wir einen Augenblick im uns offerierten Argumentationsrahmen: Welchen Erklärungswert hat die Konstatierung der Abweichungen von und der Übereinstimmungen mit der Marxschen Theorie, die immer nur normativ als ewig, als zeitlos richtiges Denken ihren Auftritt erhält und nicht in ihrer eigenen historischen Bedingtheit – und womöglich: Un-Vollkommenheit – reflektiert wird, für die historische Analyse der Fragestellung: Faschismus und Arbeiterbewegung ? Wenn überhaupt etwas für eine Theoriegeschichte, die als historisch-materialistisch verstanden werden soll, „notwendig“ ist, dann doch wohl, herauszufinden, warum, d.h. wie begründet und mit welchem Erkenntnisinteresse Rosenberg, Sering und Sternberg Marxsches analytisches und kategoriales Instrumentarium verwendend es gleichzeitig verändern und welches Maß an tendenzieller Realitätsdeckung (soweit Realität überhaupt rekonstruierbar) dabei erreicht wird und weshalb eventuell mehr oder weniger, als dies Marx selbst gelang.

Die Erklärung, die Stollberg anbietet, ist zu simpel: Hätten sie die richtige Rezeption der Marxschen Theorie vollbracht, hätten sie auch die richtige Strategie entwickeln können und die Realitätsdeckung ihrer Aussagen wäre optimal gewesen. Wer aber hat dies alles seinerzeit oder überhaupt je geleistet ? Und wenn es einen solchen Theoretiker gegeben haben sollte, warum hat sich das, was er dachte, historisch nicht durchgesetzt ? Warum ist das, was Rosenberg, Sering und Sternberg über den Faschismus gedacht haben, aus der Retrospektive nicht stimmig ? Warum gibt es Inkongruenzen zwischen Theorie und Praxis, Analyse und Strategie, die doch der Intention nach als Einheit gedacht waren ? Doch nicht, weil Marx nicht richtig rezepiert worden ist, sondern weil Wunschvorstellungen, Hoffnungen, Begrenzungen der Erfahrungsspielräume die analytische Schärfe offenbar minderten. Und selbst wenn man sich auf Stollbergs Argumentation einließe, also selbst wenn man so, wie er es möchte, einräumen würde, daß Rosenberg, Sering und Sternberg Marx falsch rezepiert hätten, so wäre doch zu fragen, warum dies geschah, d.h. welchen historischen Bedingungsrahmen eine so, genau so und eben nicht anders erfolgte Rezeption hatte (und warum man oder einige es heute besser, d.h. „richtig“ können). Anders zu verfahren, Rezeptionsgeschichte losgelöst von ihren materiellen Bedingungen zu betreiben, hieße, sie idealistisch mißzuverstehen und sie – vom historischen Erkenntniswert her gesehen – in der Konsequenz als *l'art pour l'art* zu schreiben.



Dies ist der traurige Schluß eines Verfahrens, das auf der impliziten Weigerung beruht, die eigene Position – wie jede andere Form von Marx-Rezeption – als auch wieder historisch kontingenten Marxismus zu reflektieren. Doch wer im Besitz der richtigen Rezeption ist, kann selbstredend kein „Marxist“ im abwertenden Sinne sein; er kann sich im Lichte der Marxschen Theorie höhensonnen, ungeachtet dessen, daß die „Richtigkeit“ der eigenen Rezeption nur scheinbar bewiesen, vielmehr nur behauptet wird durch den Bezug auf andere oder besser: die „richtigläubigen“ Autoren wie in diesem Falle Rosdolsky, Altwater, Neusüss, Bischoff.

Das Ende vom Lied ist ausgesprochene Arroganz; die höchste Qualifizierung, die ein Autor erlangen kann, ist, daß er genauso dachte wie die „heutigen marxistischen Theoretiker“, auf die Stollberg sich bezieht, auch. So ergelt es z.B. Sternberg (vgl. S. 18): Obgleich er von einer „schiefen Interpretation der Marxschen Reproduktionsschemata“ ausgeht, stellt er einen Problemzusammenhang her, „der erst jüngst wieder von marxistischen Theoretikern rekonstruiert zu werden beginnt. Christel Neusüss formuliert . . .“. Oder S. 17: Da werden Sternbergs Fragen (an Lenins Arbeiteraristokratie-These) für „methodisch berechtigt“ (im Sinne der richtigen Marx-Rezeption) erklärt, denn es handelt sich um „Fragen, die auch von heutigen marxistischen Kritikern dieser Theorie gestellt werden“.

Ja, erstaunlich, da hat Herr Sternberg doch vor über 4 Jahrzehnten Lenin und sogar ein bißchen von Marx genauso gut zu lesen verstanden wie heute Frau Neusüss. Vielleicht würde umgekehrt ein Schuh daraus? Vielleicht ließe sich die Frage nach der analytischen Kraft und der Befähigung zur methodologischen Reflexion der Faschismus-Analytiker, die Stollberg untersucht, aufwerfen? Vielleicht würde sich herausstellen, daß so Leute von heute die Denkergebnisse dieser Autoren nicht „bestätigen“, sondern schlicht nur wiederholen, überdies noch ausgestattet mit dem Vorteil der Nachtragsweisheit der Historiker. Vielleicht ließe sich auch die Möglichkeit erwägen, ob nicht eventuell ein Frageansatz gerade deshalb analytisch fruchtbar ist, weil er über eine Systematisierungsbemühung, die bloß Marxsche Theorie zu bestätigen hätte, hinausweist.

Nun gibt es nach Stollberg noch eine weitere positive Qualifikationschance für Rosenberg, Sering und Sternberg: in Übereinstimmung mit dem geschichtlichen Prozeß gedacht zu haben, von der Geschichte bestätigt worden zu sein. Seine Frage an die Autoren ist ja explizit: ob sie „das Phänomen ‘Faschismus’ in seinen zeitgenössischen erfahrbaren sozialen und politischen Ausformungen richtig erkannt haben“ (S. 2; vgl. auch S. 36 die Wendung: „die in seiner [Serings] Zeit erfahrbaren Probleme der kapitalistischen Entwicklung“): Was aber ist „erfahrbare“ Realität? Wer, was bestimmt im Nachhinein, was zeitgleich erfahrbar war? Die sehr oft vergebliche Anstrengung des Historikers, herauszubekommen, was wer erfahren haben könnte und weshalb gerade das so und nicht dies anders, kann doch nicht einfach durch eine naive Setzung „erfahrbare“ Realität – durch den nachtragsweisen Historiker normiert und kontingentiert – überflüssig gemacht werden. Was erfahrbar hätte sein können (was ja der Historiker auch nicht sicher weiß), und was einer erfahren konnte, erfahren hat, ist eben nicht dasselbe.

Daß eine Erkenntnis sich nachträglich als historisch richtig erweist, ist zwar schön für den, der sie einst aussprach (wenngleich er davon nun nichts mehr hat), aber es ist für den nicht bloß aus antiquarischem Interesse Forschenden nicht primär wichtig, daß sie durch die Ge-

schichte bestätigt wurde, sondern *wie* und *wodurch* subjektive Erkenntnisfähigkeit und der historische Vollzug kongruent wurden. Zumindest müßte bei dem Verfahren, historische Richtigkeit zu bestätigen, mitbedacht werden, daß der Historiker die Prämie der Nachtragsweisheit gegenüber dem denkend-handelnden Zeitgenossen besitzt und deshalb vielleicht leichter und etwas besser wissen kann, was historisch geschehen ist. Zumindest Sternberg war sich dieser Schwäche des Zeitgenossen gegenüber dem Nachbetrachter bewußt (und auch des Risikos, von der Geschichte nicht bestätigt zu werden): „Selbstverständlich wird ein späterer marxistischer Historiker feststellen, daß von zwei Wegen, die dem Zeitgenossen möglich schienen, der eine notwendig, der andere unmöglich war. Der jetzt Lebende dagegen kann – da er nicht alle Faktoren kennen kann – immer nur die *Möglichkeit* einer Entwicklung aufweisen . . . ”<sup>2</sup> Gewiß hat Sternberg den späteren marxistischen Historiker, den er gewissermaßen um das höhere Maß an Erkenntnis beneidet, damit nicht ermuntern wollen, ihm, Sternberg, womöglich vorzuwerfen, er habe 1934 die Forschungsstände von 1974 nicht antizipatorisch rezipiert.

Wie wertlos diese Persilscheine mit dem Stempel „historisch richtig“ sind, weiß auch Stollberg, so wenn er darauf hinweist, warum, z.B. bezogen auf die Weltwirtschaftskrise, eine Fehleinschätzung nahegelegt hat (S. 28) und daß man es noch aktuell mit defizienten Forschungsständen zu tun hat (S. 24), die das, was erfahrbar gewesen sein soll, doppelt zur Fiktion machen. Zweifelhaft ist auch das Verfahren, historische Bestätigungen auf der Basis von bloßen Verweisen auf Arbeiten auszusprechen, die in der einschlägigen Diskussion umstritten sind (z.B. S. 31 E. Schmidt, Schmidt/Fichter) oder völlig abstrakte Bemerkungen von Habermas, deren Bezug zum behandelten Fall historischer Realität gar nicht erörtert wird, gegen „sozialdemokratische Historiker“ auszuspielen und diese damit rasch noch unter Ideologie-Verdacht zu stellen (S. 32, Anm. 109).

Der Eindruck, der sicher entstanden ist, Stollberg messe seine Autoren blindwütig mit der Elle seines richtigen Rezeptionsverständnisses, muß korrigiert werden. Stollberg hat eine Begründung dafür, warum Rosenberg, Sering und Sternberg seiner Meinung nach ihrem eigenen Anspruch, marxistische Analysen zu liefern, nicht gerecht werden konnten: wegen ihrer Fixierung auf den Marxismus der Zweiten Internationale. Stollberg hat auch eine Erklärung für den bei seinem Verfahren auftretenden augenscheinlichen Widerspruch, daß eine falsche oder jedenfalls mangelhafte Rezeption von Marxscher Theorie nicht immer eine defiziente Verarbeitung von erfahrener Realität zur Folge hat, daß eine falsche kategoriale Rezeption offenbar einer historisch sich als richtig erweisenden Analyse von Fakten und Daten nicht im Wege steht: die politische Erfahrung sprengt die Beschränktheit des theoretischen Ansatzes.

*„Lediglich Epigonen“, nur Eklektiker ?*

Gewisse Formulierungen von Stollberg erwecken den Eindruck, als seien von Rosenberg, Sering und Sternberg nur Marx-Zitate rezipiert und paraphrasierend benutzt worden, als seien nur Begriffshülsen nachahmerisch übernommen worden, als sei manches Marx eben

2 Fritz Sternberg, *Eine Umwälzung der Wissenschaft? Kritik des Buches von Henryk Grossmann: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. Zugleich eine positive Analyse des Imperialismus*, Berlin 1930, S. 113.



so nachempfunden worden. Nur hier und da hat einer die richtigen, Marx' Methode adäquaten Ahnungen gehabt, hat versucht, über seinen eigenen (falschen) Ansatz hinauszuspringen, oder hat sogar mehr richtige marxistische Methodenprobleme im Kopf als Kraft zu ihrer kategorialen Verarbeitung gehabt. Nur selten, so behauptet Stollberg, hätten sich die Autoren überhaupt auf Marx, und ohnehin nur in dieser reduzierten Weise berufen. Ihre aus- und unausgesprochen positiven Bezugsautoren waren vielmehr Hilferding, Otto Bauer, Lenin, Rosa Luxemburg.

Nun ist aber gerade Sternberg auf den Plan getreten mit dem Anspruch, wieder mit Marx gegen Hilferding, Otto Bauer, Lenin, sogar Rosa Luxemburg und auch Engels zu denken. Stollberg gibt dies indirekt selbst zu, da er immer nur Sternbergs positive Bezugnahmen auf Marx notiert, weil sich anderes im großen und ganzen auch nicht notieren läßt. Dabei wirkt Stollberg in seinem Übereifer zumindest unfreiwillig komisch, wenn er herausfindet, Sternberg habe seinen Satz: „Bleibt das kapitalistische System erhalten, . . . dann zeigt der deutsche faschistische Kapitalismus den westeuropäischen kapitalistischen Staaten die weiteren Etappen der Entwicklung an“ „nach Marx'schem Vorbild formuliert“ (vgl. S. 13), das da lautet: „Das industriell entwickelte Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft“. <sup>3</sup>

Stollberg verwendet auch viel Spürsinn darauf, nachzuweisen, daß insbesondere Sering sich in einem deutlichen Abhängigkeitsverhältnis von Hilferding und von Otto Bauer (und z.T. auch von Lenin) befunden habe. Doch der Aufwand an „Philologie“, wie Stollberg sein Vorgehen nennt, mit dem dieser Nachweis geführt wird, steht in keinem lohnenden Verhältnis zum Ergebnis, zumal dieses durch die Ab-Fragehaltung determiniert wird. Nicht daß und in welchen Punkten Übernahmen und Verarbeitungen erfolgt sind, kann allein interessieren, sondern ob und wie differenziert, verändert, anders akzentuiert wurde. Mir scheint (ich muß es bei dieser vagen Aussage belassen und die Beweisführung andernorts versuchen), daß sich bei einem Vergleich zwischen Hilferding und Sering deutlich machen ließe, daß Sering die Hilferding'schen Zwangsläufigkeiten nicht teilt und immer genau die Bedingungen angibt, unter denen seine Analysen prognostischen Charakter gewinnen können, ganz abgesehen davon, daß auch der nachrevolutionäre Hilferding keinen gesetzmäßig bedingten Automatismus der Transformation behauptet hat.

Statt bloß Serings und Sternbergs beschränkte Marx-Rezeption in ermüdender Wiederholung vorzuführen, wäre es wohl auch angebracht gewesen, nachdrücklich auf die Intentionen der Faschismus-Theoretiker einzugehen. Namentlich Sternberg und Sering haben versucht, gegen andere zeitgenössische Theoretiker neue historische Tatbestände z.B. die globale Interdependenz des Kapitalismus, z.B. die Folgen der Oktoberrevolution, mit Marx'scher Methode in die Marx'sche Theorie einzubringen. Dabei lag ihnen nichts an einer eifrigen und eitlen „autoritativen Bestätigung allgemeinsten Entwicklungstendenzen“, sondern an dem Gewinnen neuer Handlungsspielräume, um katastrophischen Wandel vermeiden zu können. Im übrigen: es wäre angesichts der offenen oder versteckten Vorwürfe der „eklektischen Manier“ und das Beinahe—Plagiaten unabdingbar gewesen, die extrem ungünstigen

3 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, 3 Bde. (= MEW, Bd. 23 – 25), Berlin 1962 ff., hier: Bd. 1, Vorwort zur 1. Aufl. von 1867, S. 12.

Lebens- und Arbeitsbedingungen mitzubedenken, denen die von Stollberg kritisierten Autoren sich ausgesetzt fanden, als sie 1934/35 ihre Arbeiten schrieben. Sie waren schließlich keine Lebenszeitbeamten.

Scheinempirisch wird von Stollberg „nachgewiesen“, daß unsere Autoren sich auf Theoretiker der Zweiten Internationale bezogen haben und deshalb nicht das richtige Marx-Verständnis haben konnten, da jene es bekanntlich – so wird mehr oder weniger vorausgesetzt – auch nicht hatten. Diese epigonenhafte Beschränktheit hat, so erklärt uns Stollberg, u.a. darin ihre Ursache, daß Marx eben „schwierig verständlich“ ist. Dahinter steckt die Überzeugung, daß nur die richtigen Marx-Interpreten Marx bzw. „Das Kapital“ richtig verstehen (wozu andere womöglich zu dumm sind). Also: als analytische Kategorie taugt wohl der Begriff „Epigone“ nicht, und für denunziatorische Verwendung sollte er entbehrlich sein wie die Denunziation selbst. Wenn nicht, dann ließe sich darauf hinweisen, daß die geniehafte Attitüde „zurück zu Marx“ auch nicht gerade neu ist in der Geschichte des Marxismus und warum dann eigentlich nicht „epigonenhaft“? Was aber den Eklektizismus angeht, so könnten sich Rosenberg, Sering und Sternberg trösten: Marx selbst war ein großer und großartiger Eklektiker in dem Sinne, daß er Vorgefundenes auswählend zu Neuem verarbeitete.

### *Theorie oder Erfahrung*

Es kann nach Stollberg – davon war schon die Rede – jemand, der von falschen Voraussetzungen ausgeht, d.h. nicht legitimerweise Marxsche Kategorien anwendet, doch zu richtigen, durch die Geschichte bestätigten Einschätzungen gelangen: er kann es zustandebringen, sich trotz seines falschen Theorieansatzes in Übereinstimmung mit einem neueren marxistischen Theoretiker zu befinden, der doch den richtigen Ansatz hat. War also die Wirklichkeit falsch, die den Kategorien sich spernte? Oder die Kategorien, die die Wirklichkeit nicht aufnehmen konnten? Stollberg sieht das nicht so: Die Richtigkeit resultiert aus der unmittelbaren politischen Erfahrung, die Falschheiten gehen zu Lasten des mangelnden oder fehlerhaften Rückbezuges auf Marx selbst. Die Richtigkeit der konkreten Erfahrung, die nun nachträglich auch mittels richtigen Theorieansatzes bestätigt wird, hat sich erfolgreich durchgesetzt gegenüber der falschen Theorie.

Vergegenwärtigt man sich die wenigen Bemerkungen Stollbergs über die politischen Erfahrungen der Autoren (S. 13, 18, 32, 35), so fragt man sich, wieso Stollberg eigentlich so genau zu wissen meint, wie es um diese politischen Erfahrungen bestellt war? Gerade von dem doch sonst methodisch so puritanisch-strengen Verfasser werden nur Meinungen, Vermutungen über mögliche Erfahrungen ausgesprochen. Die Kategorie „Erfahrung“ bleibt im landläufigen Sinne verwendet, wird kein der Veri- oder Falsifizierung zugängliches Theorie-Element.

„Erfahrung“ wird einfach global als Erklärungszugang offeriert, ohne zu klären, welcher lebensgeschichtliche Horizont jeweils bezogen auf den einzelnen Autor hier mitgedacht werden müßte: 1914, bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges, war Rosenberg ein 25jähriger Privatdozent in Berlin, Sternberg ein 19 Jahre alter Student im 2. oder 3. Semester in Breslau, Sering ein 6jähriger Erstklässler; im November 1918 ist Sternberg ein gerade promovierter Nationalökonom und Soldatenrat in Breslau und Sering ist wohl eben erst aufs Gymnasium



gekommen — so wie wir ihn heute kennen, war er sicher ein kluges Kind, aber bei aller Hochschätzung dieses Faktors: sein Erfahrungshorizont war entscheidend anders geprägt als der von Rosenberg und Sternberg. Wenn also „Erfahrung“ als Kategorie einer Theorie, dann bitte schön auch logisch und historisch abgeleitet und nicht solche vagen „Ungereimtheiten“ (vgl. S. 9), die noch vager werden durch Einschränkungen wie: „offenbar“, „offensichtlich“, „eher“, „sicherlich“.

Überdies: angesichts des Stellenwerts, der der Erfahrung als Erklärungsmoment zugewiesen wird, sind die biographischen Angaben zu oberflächlich und ungleichgewichtig geraten. Sind Sering und Sternberg etwa keine Juden? War es im Falle Sering nötig, eine etwas peinlich wirkende Detektivarbeit zu leisten statt ihn selbst zu fragen?

Ein weiterer Punkt: Stollberg stellt fest, daß alle drei Autoren außerhalb der etablierten Organisationen der Arbeiterbewegung standen, als die Gefahr der faschistischen Machtergreifung sich abzeichnete. Diese gewichtige Feststellung bleibt für seine Thesenführung insofern folgenlos, als sie nur formalistisch-analogisch getroffen und nicht inhaltlich auf die Position der heutigen Neuen Linken bezogen erörtert wird; sie bleibt folgenlos auch insofern, als sie weder in einen präzise erklärenden Bezug zu den jeweiligen Aussagen der drei Autoren gesetzt noch als Erklärungsmoment für einen Vergleich der drei untereinander verwendet wird. Überhaupt erfolgen nur parallele Verrisse fast ohne inhaltliche Vergleiche: Der eine Autor ist eben weniger illegitim als der andere und am wenigsten illegitim ist der, der sich gar nicht erst auf den schwierigen ökonomischen Marx eingelassen hat, nämlich Rosenberg.

Offenbar soll mit dem Hinweis auf die politische Position assoziiert werden, daß alle drei Autoren sich befreit bzw. sich freigehalten haben von der Theorie-Blindheit und der Scheu der Etablierten vor revolutionärer, wenigstens revolutionierender Praxis. Dies mag so sein, doch nicht einmal die Frage wird gestellt, ob sich nicht aus der politischen Sonderstellung Begrenzungen der Erfahrungsspielräume ergeben haben könnten, die die intellektuelle Neigung zur Theorieabstraktion, zur Abschottung der Theorie von der Praxis gefördert haben; ob nicht der Mangel an Erfahrung zu theoretischen Abstraktionen und Systematisierungen führte, die wiederum Mängel an Realitätsdeckung aufwiesen.

An dieser Fragestellung wird Stollberg durch die Trennung von Theorie und Erfahrung gehindert: als vollzöge sich die zur Theorie führende Denkarbeit abgeschottet vom Bewußtsein, in das Erfahrung — vermittelt, gefiltert, gesteuert durch die unbewußten individuellen Identitätsstrukturen — aufgenommen ist; als setze sich spontaneistisch erworbene Erfahrung gleichsam naturwüchsig unvermittelt neben die Theorie, ja sich gegen sie durch. Wenn Stollberg behauptet, daß allen drei Autoren die Verbindung von allgemeiner Theorie und „erfahrbarer“ (sic!) Realität nicht gelungen sei, so trennt er den auf gegenseitiger Bedingtheit beruhenden Zusammenhang von Theorie und Erfahrung. Doch diese Trennung hat ihre Funktion: sie ergibt den logischen Grund für die Auflösung der pardon: Ungereimtheit, daß ein falscher (nur dem äußeren Scheine nach Marx folgender) theoretischer Ansatz zu richtigen (die historische Realität deckenden) Ergebnissen führen kann.

Damit soll nicht gesagt sein, daß Stollbergs Problemstellung „Theorie und Erfahrung“ keine begründbare Relevanz haben könnte. Es wäre nämlich zu fragen, ob überhaupt und wenn ja, welche und wie begründet möglich erscheinende Erfahrung Theorie und (aus ihr erarbeitete) Strategie verändert und wie dann in Handeln umgesetzte Strategie mit der Realität auch Erfahrung verändert. Es wäre weiter zu fragen, warum welche Erfahrung wodurch bedingt unvermittelt im Unbewußten verbleibt – wenngleich dies wohl eine kaum zu lösende Aufgabe für den Historiker ist. Ließe sich vielleicht nicht auch fragen, ob dann, wenn festgestellt ein der Vereinnahmung durch die Theorie sich sperrender Rest von Erfahrung vorliegt, nicht die der Erfahrung zugrundeliegende Wirklichkeit, sondern die Theorie defizient ist ?

### *Das Beispiel Fritz Sternberg*

Bisher wurde versucht, die Einwände gegen Stollbergs methodischen Ansatz und seine Verfahrensweise systematisiert ohne allzu viele und allzu eingehende Bezüge auf den Text vorzubringen. Im folgenden möchte ich das bisher Erörterte, um es vielleicht verständlicher zu machen, als es bisher möglich war, an dem Beispiel eines Autors, den ich vergleichsweise am genauesten, wenn auch längst noch nicht genau genug kenne, verdeutlichen: an Fritz Sternberg, der überdies einer von den beiden Autoren ist, die sich nicht mehr selbst zur Diskussion melden können.

Stollberg geht (S. 8) auf Sternbergs Zielvorstellung in seinem „Faschismus“-Buch ein und vergleicht sie mit der im „Imperialismus“; er behauptet, Sternbergs Anspruch sei nunmehr „bescheidener“ geworden. Liest man das Vorwort zum „Imperialismus“ ganz, so ergibt sich als entscheidender Punkt für Sternbergs Zielvorstellung nicht, einfach – arrogant wie junge marxistische Intellektuelle um 30 auch damals waren – „Das Kapital“ fortsetzen zu wollen, sondern: Marx' Aufforderung zu folgen, die „konkreten Formen der kapitalistischen Produktion“ darzustellen („Das Kapital“ also nur in dieser Hinsicht fortzusetzen) *und* die Modifizierung Marxscher Theoreme, die sich aus der Existenz „des stets vorhandenen nichtkapitalistischen Raumes“ den Marx vernachlässigt habe, ergäben, zu leisten: „Kein Problem des Marxismus bleibt unberührt; so sehr jedoch die Ergebnisse dieses Buches gewissen Formulierungen des *historischen* Marx widersprechen, so sehr glaubt es echter Marxismus zu sein, denn es will nichts anderes geben, als die systematische Einbeziehung von Marx vernachlässigter Tatbestände in die Analyse des kapitalistischen Prozesses, die systematische Einbeziehung unter marxistischer Methode. Auf die Übereinstimmung mit dem historischen Marx verzichte ich, kein Wort von Buchstaben-Philologie wird man hier finden. Den lebendigen Marx wünsche ich auf meiner Seite, den Marx, in dem das schöpferische Feuer so groß war, daß er sich nicht scheute, Irrtümer zu bekennen“, Sternbergs Intention ist also eine Marx' Denken immanente Revision von Marx; primär ist für ihn – im „Imperialismus“ – die Verarbeitung von neuen Tatbeständen für die allgemeine Theorie der kapitalistischen Entwicklung als Voraussetzung für das Gewinnen neuer Handlungsspielräume. Im „Faschismus“ dagegen geht es nur um die Herausarbeitung der Spielräume selbst (und der ihnen entgegenstehenden Faktoren). Der Anspruch ist im „Faschismus“ nicht „bescheidener“ geworden, sondern ein anderer.

Wenn Stollberg von seinen Autoren und von Sternberg insbesondere S. 18 sagt, sie seien nicht Marx, sondern den Theoretikern der Zweiten Internationale gefolgt, so ist das Sternberg Betreffende bereits ausgeführt. Da Stollberg offenbar seine These uneingeschränkt



durchziehen will, möchte er an Sternberg entdecken, daß dieser „eigene Gedanken nach Marx' Vorbild“ (und noch dazu nur „gelegentlich“) formuliert habe (S. 13), statt zumindest Sternbergs Intention zu diskutieren, Marx' Theorie und neue Tatbestände zu konfrontieren und diese kategorial zu verarbeiten. Sternbergs Intention war es nicht, Marx zu verbessern, ihm richtiges oder falsches Denken zuzumessen, sondern zu fragen, durch welche Momente die allgemeinen Entwicklungsgesetzlichkeiten, die Marx aufgestellt hatte, modifiziert werden und welche Konsequenzen sich daraus für das Verhältnis von objektiv gegebener „Sozialisierungsreife“ und subjektivem Bewußtsein in der Arbeiterklasse bezogen auf die Bereitschaft, den Transformationsprozeß revolutionär handelnd zu bewirken, ergeben. Sternbergs Springpunkt war also nicht, daß Marx etwa bei der Abstraktion „reiner Kapitalismus“ die jeweils historisch-kontingenten Modifikationen nicht mitgedacht hätte; Sternberg weist zeitlebens darauf hin, daß von Marx selbst die Modifikationsgebote stammen und dieser selbst Modifikationen angebracht habe; aber – und dies ist Sternbergs Punkt gewesen – diese Modifikationen, die Verzögerungen im Vollzug der Entwicklungsgesetzlichkeiten bedeuten, haben auch strategische Konsequenzen, die Sternberg mit bedenken wollte im Horizont der Marxschen Anforderung der Einheit von Theorie und Praxis.

Das Problem der nach Stollberg (vgl. S. 14, 28, 35) Marx von Sternberg unterstellten Theorie von der absoluten Verelendung, die Sternberg sich selbst dann während der Weltwirtschaftskrise zu eigen macht, ist so vereinfacht nur bedingt zutreffend dargestellt. Marx hat den Kapitalismus – so argumentiert Sternberg – unter der methodischen Voraussetzung untersucht, daß dieser nicht nur die vorherrschende, sondern die allein herrschende Produktionsweise ist. Nur unter dieser Voraussetzung – so immer noch Sternberg – hatte Marx im „Kapital“ formulieren können: „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschichte der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“. <sup>4</sup> Sternberg sah nun das Problem darin, daß zwischen der unter einer bestimmten Voraussetzung getroffenen gesetzesförmigen Aussage und dem im Verhältnis zu dieser Aussage modifizierten Verlauf des historischen Prozesses noch zu analysierende und zu systematisierende Zwischenglieder zu entdecken sein müßten, wie denn ja auch Marx selbst solche Modifikationen methodisch für möglich hielt und seine Aussage über das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation ergänzt hatte durch die Feststellung: „Es wird gleich allen anderen Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört“. <sup>5</sup> Die Problemlösung in diesem Punkt fand Sternberg in der „Schonzeit“ des Imperialismus.

4 Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, S. 673 f.

5 *A.a.O.*, S. 674.



Sternbergs Kritik richtet sich also gegen die Annahme, daß im historischen Kapitalismus eine absolute und relative Verelendung der Arbeiterklasse sich gesetzmäßig notwendig durchsetzen würde, und gegen die Versuche (u.a. auch Lenins), die historische Entwicklung als diese Annahme bestätigend zu interpretieren. Diese Interpretation namentlich durch Theoretiker der Zweiten Internationale ergibt sich nach Sternbergs Auffassung aus einem Mißverständnis der aus der Abstraktion „reiner Kapitalismus“ gewonnenen Folgerungen als logisch und zugleich historisch sich vollziehender Entwicklungsgesetzlichkeiten und wird durch gewisse Wendungen von Marx selbst nahegelegt. Nur dies hat Sternberg 1955 in „Marx und die Gegenwart“ (und auch in der 1965 nach seinem Tode veröffentlichten Schrift „Anmerkungen zu Marx – heute“) erneut unterstrichen.

Allerdings hat er – worauf Stollberg ja hinweist – schon im „Imperialismus“ (1926) und in allen folgenden Arbeiten bis einschließlich des „Faschismus an der Macht“ (1935) die Auffassung vertreten, daß jene Faktoren, die die den Kapitalismus unterminierenden Faktoren verzögert haben, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nicht mehr historisch wirksam sein würden, mit anderen (Sternbergs) Worten: daß der historische dem „reinen“ Kapitalismus immer ähnlicher werde. Daraus folgte für Sternberg, daß mit der Weltwirtschaftskrise der Kapitalismus in seine Niedergangsphase eintrat, jedenfalls gab es eine Reihe von „Symptomen“, die dies signalisierten; zu ihnen gehörte: „die absolute Verelendung der Arbeiterklasse tritt ein“. Ob jedes der festgestellten Symptome des Niedergangs auch Glied der Faktorenreihe im Prozeß des Niedergangs des gesamten kapitalistischen Systems sein würde, hat Sternberg nicht eindeutig behaupten mögen: er schloß nicht aus, daß der Kapitalismus (solange nichtkapitalistische Territorien bestehen) neue, seinen Niedergang verzögernde, aufschiebende Auswege aus der Krise finden könnte, wenn er dies auch, zumal dann mitten in der Weltwirtschaftskrise, für nicht sehr wahrscheinlich hielt; er war nicht der Auffassung, daß mit der Krise sicher auch die Revolution kommen werde, sondern daß vielmehr die Revolution verpaßt werden könnte, wenn nicht im rechten Moment einer objektiv reifen revolutionären Situation ein ihr adäquater subjektiver Wille der Arbeiterklasse hinzutritt. Der Schluß von Stollberg auf S. 15 (vgl. auch S. 18, 35), daß mit Grossmanns Erkenntnis, Rosa Luxemburgs verkehrte Zusammenbruchstheorie beruhe auf einer Fehldeutung des Marxschen Reproduktionsschemata (Problem des „unabsetzbaren Warenrestes“), „natürlich auch der Ansatz Sternbergs fällt“, der ja Rosa Luxemburgs Überlegungen weiterverfolgt habe, scheint mir ohne die Zwischenglieder der zeitgenössischen zähen und wütenden Diskussion über Sternbergs „Imperialismus“ zu kühn. In dieser Diskussion nahm der moderate Leninist Henryk Grossmann nur eine Position neben Helene Bauer, Alfred Braunthal, E. Goldenber, Hans Neißer, E. Ludwig, Arkadij Gurland ein. Außerdem müßte „natürlich“ erklärt werden, wieso und wie denn im Zusammenhang mit der Frage nach der immanenten Stimmigkeit oder Nichtstimmigkeit seines Ansatzes Sternberg „dennoch zu einer marxistischen Kritik der Leninschen Arbeiteraristokratie-Theorie. . .“ gelangt ist. Der Verweis auf seinen „schiefen“ Ansatz überspringendes Problembewußtsein für – Marx' Methode nach – berechnete Fragen ist als Erklärung für die angebliche Unterbilanz Sternbergs im Hinblick auf seine theoretische Verarbeitungskapazität dessen, was ihm als Problem „legitim“ bewußt war, unbefriedigend. Auf S. 36 findet sich die Bemerkung, Sternberg sei „gelegentlich“ über seinen Ansatz hinausgesprungen: es käme auf den systematischen Punkt in Sternbergs Überlegungen an, der den Spielraum für dieses angebliche Hinausspringen hergibt. Vielleicht kann er nicht angegeben werden, weil es ihn nicht gibt (ich gestehe, im Augenblick nicht mehr als diese Vermutung als Erklärungszugang bieten zu können) und Stollberg beharrt auf seiner dürftigen Erklärung, weil sie seine These deckt ?



Wenn S. 17 unter Hinweis auf die Erkenntnisse der Autoren des „Projektes Klassenanalyse“ behauptet wird, Sternberg habe nur eine Teilerklärung für den Reformismus der Arbeiterklasse vor 1914 gegeben, so muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß Sternberg sehr wohl und dies mehrfach im Zusammenhang mit der Reallohnbewegung auf das Ansteigen der Arbeitsproduktivität eingeht (allein im „Faschismus“ S. 80, 85 f., 88, 89, wenn auch nicht mit der wünschenswerten Präzision wie in früheren Arbeiten): Er hat den Faktor des Ansteigens der Arbeitsproduktivität, durch den die „unterschiedliche Stellung der Teile des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters im Reproduktionsprozeß objektiv begründet“ wird (so Projekt Klassenanalyse), in ein Verhältnis bringen wollen zu den Faktoren, die die anhaltende, sich auf *alle* Teile des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ beziehende Realloohnerhöhung erklären: die imperialistischen Surplusprofite (und in zweiter Linie erst die stärkere Position der Organisationen der Arbeiterbewegung).

Im übrigen ganz generell (und mit dem Versuch, unpathtisch zu bleiben) zu den Bemerkungen auf S. 18, die zumindest an den Intentionen Sternbergs vorbeigehen: der wollte nicht (jedenfalls im „Faschismus“ ganz gewiß nicht) – und verstand auch so Marxsche Methode nicht – seine Einsichten als Resultate abstrakter theoretischer, erklärungsarmer, Realitätsdeckung abweisender „Ableitungen“ verstanden wissen, er hat aber auch nicht bewußtlos-empiristisch-unverarbeitet „Erfahrungen“ präsentiert, sondern – Marx hin, Marx her – beides zusammenzubringen versucht. Es ging damals schließlich um mehr als um die „richtige“ Marx-Exegese. Daß Sternberg möglicherweise damals nicht auf der lichten Höhe heutiger Marx-Interpreten stand, interessiert jedenfalls mich nur sehr bedingt, insofern nämlich als mögliche Irrtümer signifikant sein könnten für eine konkrete historische Situation, deren bloßer Reflex ja Bewußtsein gerade nicht ist.

Auf S. 31 (vgl. auch S. 35) weist Stollberg auf die „voluntaristischen Züge“ in Sternbergs Strategievorschlägen hin, die darauf abzielen, den Abwehrkampf gegen den Faschismus mit dem revolutionären Kampf für den Sozialismus zu verbinden. In diesem Punkt bin ich endlich einer Meinung mit Stollberg; nur ist meine Erklärung eine andere als die Stollbergs, der auch Sternberg post festum gewissermaßen mit erhobenem Zeigefinger die Belehrung zuteilwerden läßt: Das kommt davon, daß ihr nicht dem richtigen Marx gefolgt seid. Denn dies nimmt Stollberg als Erklärung dafür, daß es Sternbergs Strategie an Plausibilität gefehlt habe (S. 35). Meine Erklärungsvorschläge stattdessen:

- 1.) Für Sternberg gab es die Gefahr des Verpassens der Revolution (weshalb für ihn das ihm zwar unterstellte, jedoch nur scheinbar Notwendige immer nur das unter angegebenen Bedingungen Mögliche war). In Deutschland, dem nunmehr schwächsten Glied in der Kette des Weltkapitalismus, war schon einmal, 1918/19, eine Revolution unvollendet geblieben. Sternbergs voluntaristische Ungeduld mag resultieren aus der Überlegung, daß wiederum eine revolutionäre Situation historisch nicht zum Tragen kommen und die Alternative „Rückfall in die Barbarei“ sich historisch durchsetzen würde.
- 2.) Sternberg teilte mit allen Theoretikern der sozialistischen Revolution, Marx eingeschlossen, das Manko, daß ihre Analyse der sozialen Lage und des Bewußtseins derer, die sie Proletariat nannten, nur eine Grobeinschätzung war und deshalb Schwächen aufweist, die sich wiederum auf die Einschätzung der historischen Rolle dieses Proletariats auswirkten. So besetzen auch bei Sternberg aufklärerisch-intellektuell-avantgardistische Postulate die weißen Flächen der Analyse.

3.) Die schon bei Marx beobachtete allgemeine emotionelle Sympathie mit den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterbewegung stand – in extremen, lebens- und existenzbedrohenden Situationen zumal – der erstrebten Wissenschaftlichkeit (hier im Sinne von logischer Stringenz gemeint) im Wege.

Sternberg hat bald seine Irrtümer (wie er es selber sah) korrigiert; die Korrektur bestand in der stärkeren Betonung der weltwirtschaftlichen Interdependenz, in der Analyse der Staatsfunktionen (Rüstung!), in der Deutung der Weltwirtschaftskrise als „niemals überwundene“ Krise – und in der schließlichen Abkehr von den Volksfrontbemühungen 1936/37. Daß Sternberg fortan einen dritten Weg (zum demokratischen Sozialismus) „propagiert“ habe (S. 38), kann man nicht sagen, wohl aber hat er versucht, dessen Möglichkeit permanent jeweils auf die historische Situation bezogen zu analysieren.

Im Gegensatz zu den abschließenden Überlegungen von Stollberg auf S. 35 würde ich formulieren: Sternberg hat sich intensiv auf Marx' kategoriales System rückbezogen (vielleicht wie in dieser Zeit nur noch Korsch), nicht in bestätigender Weise, sondern Marx' methodisch-analytisches Instrumentarium auch gegen Marx selbst wendend: den historischen Marx korrigierend, um den lebendigen auf seiner Seite zu haben.<sup>6</sup> Er hat dennoch dabei empirisch vorgefundene Sachverhalte zu überschußlos systematisiert, sich selbst unter den Zwang gestellt, Marx' System zur Deckung mit der Realität zu bringen und umgekehrt. Gewissermaßen gewollt-gewünschte Zwangsläufigkeiten, Gesetzmäßigkeiten – so man will: nicht zu wenig, sondern zu viel „Kapital“ – haben ihn daran gehindert, geleistete Differenzierungen besonders auch im Hinblick auf den subjektiven Faktor unverschiffen zu systematisieren, postulative Aufforderungen zu vermeiden. In dem gleichen Maße, in dem dies geschah, mußte die von ihm vorgeschlagene Strategie für die Praxis folgenlos bleiben.

### *Heilung durch Rückkehr zu Marx?*

Ich überlege es mir im allgemeinen sehr, ehe ich so grundsätzlich und angriffslustig eine Arbeit verreiße. Aber ich sah keine Alternative, anders zu handeln angesichts der Befürchtung, die ich mit anderen Kritikern der Neuen Linken teile: die gegenwärtig verbreitete Form dieser linken Theoriebildung, der auch Stollberg anhängt, bringt sich selbst außer Form, disqualifiziert sich selbst und dies in einer Situation, in der angesichts des Vorrückens des „aufgeklärten Konservatismus“ die gedankliche Präzision bei der Anwendung linker Kritik gesellschaftlich notwendiger denn je werden könnte. Nun mag es sein, daß ich die Ausführungen Stollbergs im Hinblick auf ihre intendierte pädagogische Funktion im Rahmen seminar-marxistischer Diskussionen (vgl. S. 37) unterschätze: vielleicht vermögen sie – wünschenswert wäre es – gängige marxistisch-leninistische Theoreme als überständig zu entwerfen und außer Kraft zu setzen. Nur scheint mir die empfohlene und wie Stollberg meint auch begründete Aufforderung zur Rückkehr zu Marx' „allgemeiner Kapitalismus-Theorie“ als dem Ausgangspunkt für eine „heutige materialistische Faschismustheorie“ auch nur schlicht voluntaristisch. Vor allem habe ich Zweifel und diese hier ausdrücken wollen, ob die demonstrierte Art und Weise dieser Rückkehr zu Marx geeignet ist zu erweisen, was Stollberg und ich gleichermaßen hoffen: „daß der Marxismus eine schöpferische Kraft ist, die noch weit in die Zukunft reicht“. <sup>7</sup>

<sup>6</sup> Fritz Sternberg, *Der Imperialismus*, Berlin 1926, S. 9.

<sup>7</sup> Fritz Sternberg, *Anmerkungen zu Marx – heute*, Frankfurt/M. 1965, S. 87.



## RUDOLF HILFERDING. BIBLIOGRAPHIE SEINER SCHRIFTEN, ARTIKEL UND BRIEFE

Von Minoru Kurata

Eine Bibliographie der Schriften von Rudolf Hilferding wurde 1962 von Wilfried Gottschalch<sup>1</sup> publiziert. Sie enthält aber nur die wichtigsten Veröffentlichungen Hilferdings. Die hier vorgelegte Bibliographie umfaßt einige bisher wenig bekannte Broschüren, mehr als 240 Artikel im „Neuen Vorwärts“, die unter Pseudonym erschienen, sowie unpublizierte Briefe von und an Rudolf Hilferding, die ich in Amsterdam und Bonn-Bad Godesberg einsehen konnte. Nicht aufgenommen wurden Artikel Hilferdings, die im „Vorwärts“ ohne seine Signatur erschienen sind, was in der Tat eine Schwäche der vorliegenden Arbeit ist. Aufgabe einer weiteren Studie mag es sein festzustellen, welche Artikel wirklich Hilferdings Werk sind.

Die Bibliographie basiert hauptsächlich auf dem Besuch folgender Institutionen: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (Amsterdam), British Museum (London), London School of Economics and Political Science (London), Friedrich-Meinecke-Institut an der Freien Universität Berlin (Berlin-West), Staatsbibliothek (Berlin/DDR), Bibliothek der Humboldt-Universität (Berlin/DDR), Staatsbibliothek (Wien), Universiteit van Amsterdam (Amsterdam), Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Berlin/DDR), Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie (Bonn-Bad Godesberg), usw. Vervollständigt wurde sie anhand der Durchsicht der Kataloge weiterer Bibliotheken, wie z.B. der Bibliothèque Nationale (Paris) und der Library of Congress (Washington). All diesen Instituten, Museen, Stiftungen, Universitäten und Bibliotheken gilt mein aufrichtiger Dank.

### *Abkürzungsverzeichnis*

|             |   |                                                                              |
|-------------|---|------------------------------------------------------------------------------|
| AA          | = | Abendausgabe                                                                 |
| FES         | = | Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg |
| IISG        | = | Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam                |
| (Karl Emil) | = | unter Hilferdings Pseudonym erschienen                                       |
| MA          | = | Morgenausgabe                                                                |
| NV          | = | Neuer Vorwärts                                                               |
| NZ          | = | Die Neue Zeit                                                                |
| (R. K.)     | = | unter Hilferdings Pseudonym „Dr. Richard Kern“ erschienen                    |
| ZfS         | = | Zeitschrift für Sozialismus                                                  |

1 Wilfried Gottschalch, *Strukturveränderungen der Gesellschaft und politisches Handeln in der Lehre von Rudolf Hilferding*, Berlin 1962, S. 268-273.

*Chronologisches Verzeichnis der Schriften, Artikel und Briefe von Rudolf Hilferding***1899**

- 1 L'inspection du Travail en Autriche. Traduit par Camille Polack, in: *Le mouvement socialiste*, Nr. 13, 15.7.1899, S. 101-111.

**1902**

- 2 Zur Geschichte der Werttheorie, in: *NZ*, Jg. 21 (1902/03), Bd. 1, S. 213-217.

*Briefe:*

- 3 An Karl Kautsky, April 23  
(IISG KDXII 580)
- 4 An Karl Kautsky, Mai 21  
(IISG KDXII 581)

**1903**

- 5 Der Funktionswechsel des Schutzzolles. Tendenz der modernen Handelspolitik, in: *NZ*, Jg. 21 (1902/03), Bd. 2, S. 274-281.
- 6 Das Zuckerkontingent. Ein Beitrag zum Staatskapitalismus, in: *Deutsche Worte*, Wien, Jg. 23 (1903).
- 7 Zur Frage des Generalstreiks, in: *NZ*, Jg. 22 (1903/04), Bd. 1, S. 134-142.

*Briefe:*

- 8 An Karl Kautsky, August 31  
(IISG KDXII 582)
- 9 An Karl Kautsky, September 7  
(IISG KDXII 583)
- 10 An Karl Kautsky, November 15  
(IISG KDXII 584)
- 11 An Karl Kautsky, Dezember 20  
(IISG KDXII 585)

**1904**

- 12 Karl Theodor v. Inama-Sternegg, Staatswissenschaftliche Abhandlungen (Rezension), in: *NZ*, Jg. 22 (1903/04), Bd. 2, S. 497-500.
- 13 Carus Stern, Werden und Vergehen (Rezension), in: *NZ*, Jg. 22 (1903/04), Bd. 2, S. 703.

- 14 L. Cossa, Die ersten Elemente der Wirtschaftslehre (Rezension), in: *NZ*, Jg. 22 (1903/04), Bd. 2, S. 703-704.

- 15 Zur Problemstellung der theoretischen Ökonomie bei Karl Marx (Besprechung von J. Rosenberg, Ricardo und Marx als Werttheoretiker, Wien 1903), in: *NZ*, Jg. 23 (1904/05), Bd. 1, S. 101-112.

- 16 Dr. W. Ed. Biermann, Staat und Wirtschaft (Rezension), in: *NZ*, Jg. 23 (1904/05), Bd. 1, S. 461-462.

- 17 Böhm-Bawerk's Marx-Kritik, in: *Marx-Studien*, Bd. 1, Wien 1904.

*Englisch:* Böhm-Bawerk's Criticism of Marx. Translated from the German by Eden and Cedar Paul, Glasgow [1919]; Karl Marx and the close of his system by Eugen von Böhm-Bawerk and Böhm-Bawerk's criticism of Marx by Rudolf Hilferding. Edited and with an introduction by Paul M. Sweezy, New York 1949, Reprint 1966. 2

*Briefe:*

- 18 An Karl Kautsky, April 27  
(IISG KDXII 586)
- 19 An Karl Kautsky, August 13  
(IISG KDXII 587)

**1905**

- 20 Karl Henckell, Mein Liederbuch. Neuland. Ausgewählte Gedichte (Rezension), in: *NZ*, Jg. 23 (1904/05), Bd. 1, S. 567.

- 2 *Böhm-Bawerk's Marx-Kritik* ist auch in polnischer und japanischer Übersetzung erschienen.



- 21 Dr. phil. Moritz Lindemann, Urbegriffe der Wirtschaftswissenschaft, Dresden 1904 (Rezension), in: NZ, Jg. 23 (1904/05), Bd. 1, S. 631.
  - 22 William Thompson, Untersuchung über die Grundsätze der für das menschliche Glück dienlichen Verteilung des Reichtums (Rezension), in: NZ, Jg. 23 (1904/05), Bd. 2, S. 389.
  - 23 Adolf Damaschke, Geschichte der Nationalökonomie (Rezension), in: NZ, Jg. 23 (1904/05), Bd. 2, S. 392.
  - 24 Neue Briefe von Ferdinand Lassalle. (Besprechung von: Intime Briefe Ferdinand Lassalles an Eltern und Schwester. Hrsg. von Eduard Bernstein, Berlin 1905), in: NZ, Jg. 23 (1904/05), Bd. 2, S. 774-775.
  - 25 Parlamentarismus und Massenstreik, in: NZ, Jg. 23 (1904/05), Bd. 2, S. 804-816. (Erschien auch in: Aus der Waffenkammer des Sozialismus, 1906, S. 32-45.)
- Briefe:*
- 26 An Karl Kautsky, März 14  
(IISG KDXII 588)
  - 27 An Karl Kautsky, April 3  
(IISG KDXII 589)
  - 28 An Karl Kautsky, Mai 27  
(IISG KDXII 590)
  - 29 An Karl Kautsky, Juli 4  
(IISG KDXII 591)
  - 30 An Karl Kautsky, August 9  
(IISG KDXII 592)
  - 31 An Karl Kautsky, August 28  
(IISG KDXII 593)
  - 32 An Karl Kautsky, September 29  
(IISG KDXII 595)
  - 33 An Karl Kautsky, Oktober 24  
(IISG KDXII 596)
  - 34 An Karl Kautsky, Oktober 30  
(IISG KDXII 594)<sup>3</sup>

- 35 An Karl Kautsky, November 14  
(IISG KDXII 597)
- 36 An Karl Kautsky, Dezember 18  
(IISG KDXII 598)

**1906**

- 37 (Karl Emil) Die Auflösung des Reichstags und die Klassegegensätze in Deutschland, in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 1, S. 388-393.
- Briefe:*
- 38 An Karl Kautsky, Februar und März 10  
(IISG KDXII 599)
  - 39 An Karl Kautsky, Juni 30  
(IISG KDXII 600)
  - 40 An Karl Kautsky, August 20  
(IISG KDXII 601)
  - 41 An Karl Kautsky, September 6  
(IISG KDXII 602)

**1907**

- 42 Anton Menger, Volkspolitik (Rezension), in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 1, S. 478-480.
- 43 Dr. jur. E. Herr, Der Zusammenbruch der Wirtschaftsfreiheit und der Sieg des Staatssozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika (Rezension), in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 1, S. 519-520.
- 44 (Karl Emil) Die Konferenz der Parteiredakteure, in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 1, S. 652-655.
- 45 Georgi Toscheff, Friedrich List und Henry Ch. Carey als Vorläufer der modernen Schutzzollbewegung (Rezension), in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 1, S. 757.
- 46 Die Gesellschaft, hrsg. von Martin Buber. Band 1: Werner Sombart, Das Proletariat. Band 3: Alexander Ular, Die Politik. Band 4: Eduard Bernstein, Der Streik (Rezension), in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 1, S. 853-855.

3 Dieser Brief wurde teilweise veröffentlicht in:  
*August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky.*  
Hrsg. von Karl Kautsky Jr., Assen 1971, S.375-377.

- 47 Paul Kampffmeyer, Das Proletariat (Rezension), in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 1, S. 853-855.
- 48 (Karl Emil) Die bürgerlichen Parteien und der Militarismus, in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 2, S. 132-134.
- 49 Die Konjunktur, in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 2, S. 140-153.
- 50 (Karl Emil) Die Wahlen in Österreich, in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 2, S. 209-211.
- 51 (Karl Emil) Antimilitarismus (Besprechung von Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, Leipzig 1907), in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 2, S. 241-245.
- 52 G. Maier, Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung (Rezension), in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 2, S. 299-300.
- 53 (Karl Emil) Alter und neuer Despotismus, in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 2, S. 409-411.
- 54 (Karl Emil) Der internationale Kongreß in Stuttgart, in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 2, S. 660-667.
- 55 Parvus, Die Kolonialpolitik und ihr Zusammenbruch (Rezension), in: NZ, Jg. 25 (1906/07), Bd. 2, S. 687-688.
- 56 Der Kampf – Sozialdemokratische Monatsschrift (Rezension), in: NZ, Jg. 26 (1907/08), Bd. 1, S. 46-47.
- 57 (Karl Emil) Der deutsche Imperialismus und die innere Politik, in: NZ, Jg. 26 (1907/08), Bd. 1, S. 148-163.
- Briefe:*
- 58 An Karl Kautsky, August 2  
(IISG KDXII 603)
- 59 An Karl Kautsky, Oktober 9  
(IISG KDXII 604)
- 1x Von Parvus und Leo Trotzki an Hilferding (ohne Datum)  
(IISG TH 1)
- 2x Von Trotzki an Hilferding, Juli 8  
(IISG TH 2)
- 3x Von Trotzki an Hilferding, [August] 31 (IISG TH 3)
- 4x Von Trotzki an Hilferding, September 5 (IISG TH 4)
- 5x Von Trotzki an Hilferding, September 19 (IISG TH 5)
- 6x Von Trotzki an Hilferding, [Dezember] (IISG TH 6)
- 1908**
- 60 Die Krise in den Vereinigten Staaten (Wirtschaftliche Rundschau), in: NZ, Jg. 26 (1907/08), Bd. 1, S. 526-533.
- 61 Die industrielle Depression (Wirtschaftliche Rundschau), in: NZ, Jg. 26 (1907/08), Bd. 1, S. 591-594.
- 62 (Karl Emil) Der Freisinn und unser Wahlkampf, in: NZ, Jg. 26 (1907/08), Bd. 2, S. 81-85.
- 63 Arbeiterklasse und Konsumvereine. Ein Vortrag arrangiert von der Propagandakommission für das Genossenschaftswesen (Verlag Adolf Ritter), Berlin 1908.
- Briefe:*
- 7x Von Trotzki an Hilferding, Februar 27 (IISG TH 7)
- 8x Von Trotzki an Hilferding, März 16 (IISG TH 8)
- 9x Von Trotzki an Hilferding, März 24 (IISG TH 9)
- 10x Von Trotzki an Hilferding, April 30 (IISG TH 10)
- 11x Von Trotzki an Hilferding, [Anfang Juli] (IISG TH 11)
- 12x Von Trotzki an Hilferding, [Juli] (IISG TH 12)
- 13x Von Trotzki an Hilferding, Juli 21 (IISG TH 13)
- 14x Von Trotzki an Hilferding, August 5 (IISG TH 14)



## 1909

- 64 Der Revisionismus und die Internationale, in: NZ, Jg. 27 (1908/09), Bd. 2, S. 161-174. (Erschien auch in der Leipziger Volkszeitung, 8.5.1909.)
- 65 Der Wahlrechtskampf in Preußen, in: Der Kampf, Jg. 3 (1909/10), Nr. 3. 4

*Brief:*

- 15x Von Trotzki an Hilferding, [nach März 7, vor Juni 20]  
(IISG TH 15)

## 1910

- 66 Barzahlung und Banktrennung, in: Der Kampf, Jg. 3 (1909/10), Nr. 7.
- 67 Die Maifeier und ihre Wandlung, in: NZ, Jg. 28 (1909/10), Bd. 2, S. 129-135.
- 68 Der Parteitag in Magdeburg, in: NZ, Jg. 28 (1909/10), Bd. 2, S. 892-900.
- 69 Der Parteitag von Magdeburg, in: NZ, Jg. 28 (1909/10), Bd. 2, S. 997-1001.
- 70 Stephan Großmann, Herzliche Grüße (Rezension), in: NZ, Jg. 28 (1909/10), Bd. 2, S. 992.
- 71 Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, in: Marx-Studien, Bd. 3, 1. Aufl. Wien 1910; Wien 1920; Wien 1923; Wien 1927; Neuausgabe Berlin/DDR 1947, mit einem Vorwort von Fred Oelssner; 2. Aufl. der Neuausgabe Berlin/DDR 1955; Frankfurt a.M. 1968, mit einer Einleitung von Eduard März.

*Englisch:* Auszugsweise Übersetzung in: Paul M. Sweezy, *The Theory of Capitalist Development*, London 1942, und in: D.K. Fieldhouse, *The Theory of Capitalist Imperialism*, London 1967.

*Französisch:* Le Capital Financier.

Traduit de l'allemand par Marcel Ollivier. Introduction par Yvon Bourdet, Paris 1970; auszugsweise Übersetzung von H. Carle in: *Études de marxologie*, 1959, hrsg. von M. Rubel. 5

*Briefe:*

- 16x Von Trotzki an Hilferding, [Juni] (IISG TH 16)
- 17x Von Trotzki an Hilferding, [Juli 25] (IISG TH 17)
- 18x Von Trotzki an Hilferding, [Dezember\*25] (IISG TH 18)

## 1911

- 72 Aus der Frühzeit der englischen Nationalökonomie (Besprechung von Thomas Mun, *Englands Schatz durch den Außenhandel*), in: NZ, Jg. 29 (1910/11), Bd. 1, S. 908-921.
- 73 Die Anfänge des Merkantilismus in England, in: Der Kampf, Jg. 4 (1910/11), Nr. 7.
- 74 Karl Diehl und Paul Mombert, *Ausgewählte Lesestücke zum Studium der Politischen Ökonomie*. Erster Band: *Zur Lehre vom Geld* (Rezension), in: NZ, Jg. 29 (1910/11), Bd. 2, S. 124-125.
- 75 Der Parteitag und die auswärtige Politik, in: NZ, Jg. 29 (1910/11), Bd. 2, S. 799-806.
- 76 Das Wahlgewitter, in: Der Kampf, Jg. 5 (1911/12), Nr. 1.
- 77 Aus der Vorgeschichte der Marx'schen Ökonomie, in: NZ, Jg. 29 (1910/11), Bd. 2, S. 572-581, 620-628, 885-894, Jg. 30 (1911/12), Bd. 1, S. 343-354.

4 *Der Kampf*. Sozialdemokratische Monatsschrift. Hrsg.: Otto Bauer, Adolf Braun, Karl Renner, später Friedrich Adler. Verlag von Georg Emmerling, später Verlag der Volksbuchhandlung, Wien.

5 *Das Finanzkapital* erschien außerdem in italienischer, spanischer, russischer, polnischer, ungarischer, tschechischer, serbokroatischer und japanischer Übersetzung.

*Briefe:*

- 19x Von Trotzki an Hilferding,  
[September 20] (IISG TH 19)
- 20x Von Trotzki an Hilferding,  
[Oktober - November]  
(IISG TH 20)

**1912**

- 78 Zur Theorie der Kombination,  
in: NZ, Jg. 30 (1911/12), Bd. 1,  
S. 550-557.
- 79 Die Gesamtpartei ist tot, es lebe  
die Gesamtpartei, in: Der Kampf,  
Jg. 5 (1911/12), Nr. 5.
- 80 Geld und Ware, in: NZ, Jg. 30  
(1911/12), Bd. 1, S. 773-782.
- 81 Richard Woldt, Das großindustrielle  
Beamtentum (Rezension), in: NZ,  
Jg. 30 (1911/12), Bd. 2, S. 132-  
134.
- 82 Sozialdemokratische Steuerpolitik,  
in: NZ, Jg. 30 (1911/12), Bd. 2,  
S. 221-225.
- 83 Mit gesammelter Kraft (Nach dem  
Chemnitzer Parteitag), in: NZ, Jg. 30  
(1911/12), Bd. 2, S. 1001-1006.
- 84 Ludwig v. Mises, Theorie des Geldes  
und der Umlaufmittel (Rezension),  
in: NZ, Jg. 30 (1911/12), Bd. 2,  
S. 1024-1027.
- 85 Der Balkankrieg und die Groß-  
mächte, in: NZ, Jg. 31 (1912/13),  
Bd. 1, S. 73-82.
- 86 Das, was war, in: NZ, Jg. 31 (1912/  
13), Bd. 1, S. 168-172.
- 87 Die Erneuerung des Dreibundes, in:  
NZ, Jg. 31 (1912/13), Bd. 1, S. 458-  
466.

*Briefe:*

- 21x Von Trotzki an Hilferding,  
[Dezember 1912 oder Januar 1913]  
(IISG TH 21)
- 22x Von Trotzki an Hilferding,  
[Anfang Oktober]  
(IISG TH 22)

**1913**

- 88 Totentanz, in: NZ, Jg. 31 (1912/13),  
Bd. 1, S. 745-749.
- 89 Taumel, in: NZ, Jg. 31 (1912/13),  
Bd. 1, S. 849-854.
- 90 Heinrich Dietzel, Kriegssteuer oder  
Kriegsanleihe (Rezension), in: NZ,  
Jg. 31 (1912/13), Bd. 2, S. 90-92.
- 91 Zum Parteitag, in: NZ, Jg. 31  
(1912/13), Bd. 2, S. 873-880.
- 92 M. Nachimson. Die Staatswirtschaft  
(Rezension), in: NZ, Jg. 31 (1912/  
13), Bd. 2, S. 943-944.

*Brief:*

- 93 An Karl Kautsky, September 15  
(IISG KDXII 605)

**1914**

- 94 Eine neue Untersuchung über die  
Arbeitsmittel, in: NZ, Jg. 32  
(1913/14), Bd. 1, S. 981-985.
- 95 Organisationsmacht und Staatsgewalt  
(Besprechung von Dr. Fritz Kest-  
ner, Der Organisationszwang. Eine  
Untersuchung über die Kämpfe zwi-  
schen Kartellen und Außenseitern,  
Berlin 1912), in: NZ, Jg. 32 (1913/  
14), Bd. 2, S. 140-156.

**1915**

- 96 Die Sozialdemokratie am Scheide-  
weg, in: NZ, Jg. 33 (1914/15),  
Bd. 2, S. 489-499.
- 97 Kritisches Mißverständnis oder miß-  
verständliche Kritik, in: NZ, Jg. 33  
(1914/15), Bd. 2, S. 716-717.
- 98 Sozialistische Betrachtungen zum  
Weltkriege (Besprechung von Max  
Adler, Prinzip oder Romantik? ),  
in: NZ, Jg. 33 (1914/15), Bd. 2,  
S. 840-844.
- 99 Historische Notwendigkeit und  
notwendige Politik, in: Der Kampf,  
Jg. 8 (1915), S. 206-215.



- 100 Ein neutraler Sozialist über die sozialistische Neutralität, in: *Der Kampf*, Jg. 8 (1915), S. 263-272.
- 101 Machtpolitik oder Demokratie. (Sollte in: *Der Kampf*, Jg. 8 [1915], Nr. 9, erscheinen, wurde von der Zensur unterdrückt.)
- 102 Arbeitsgemeinschaft der Klassen?, in: *Der Kampf*, Jg. 8 (1915), S. 321-329. (Erschien auch im *Vorwärts*, 12.-14.10.1915.)
- 103 Europäer, nicht Mitteleuropäer! (Besprechung von Naumann, *Mitteleuropa*, Berlin 1915), in: *Der Kampf*, Jg. 8 (1915), S. 357.
- Briefe:*
- 104 An Luise Kautsky, April 24 (IISG KDXII 607)
- 105 An Karl Kautsky, Juni 23 (IISG KDXII 608)
- 106 An Karl Kautsky, Juli 29 (IISG KDXII 609)
- 107 An Karl Kautsky, [Dezember 27] (IISG KDXII 610)
- 1916**
- 108 Der Konflikt in der deutschen Sozialdemokratie, in: *Der Kampf*, Jg. 9 (1916), S. 11-15. (Erschien auch im *Vorwärts*, 15.1.1916.)
- 109 Phantasie oder Gelehrsamkeit?, in: *Der Kampf*, Jg. 9 (1916), S. 54-63.
- 110 Die Vereinigten Staaten und der Krieg, in: *Der Kampf*, Jg. 9 (1916), S. 127-128.
- 111 Dr. Fritz Mender, Das moderne Zollschutzsystem (Rezension), in: *Der Kampf*, Jg. 9 (1916), S. 343-344.
- 112 (Karl Emil) Österreich und seine Landwirtschaft, in: *Der Kampf*, Jg. 9 (1916), S. 427-441.
- 113 Um die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung, in: *NZ*, Jg. 34 (1915/16), Bd. 2, S. 167-175.
- 114 (Karl Emil) Handelspolitische Fragen, in: *NZ*, Jg. 35 (1916/17), Bd. 1, S. 5-11, 40-47, 91-99, 118-126, 141-146, 205-216, 241-246.
- Briefe:*
- 115 An Karl Kautsky, Juni 14 (ohne Jahr) (IISG KDXII 626)
- 116 An Karl Kautsky, Juli 1, 5 und 12 (IISG KDXII 611)
- 117 An Karl Kautsky, Juli 3 (ohne Jahr) (IISG KDXII 625)
- 118 An Karl Kautsky, August 1 (IISG KDXII 612)
- 119 An Karl Kautsky, August 30 (IISG KDXII 613)
- 120 An Karl Kautsky, September 10 (IISG KDXII 615)
- 121 An Karl Kautsky, September 15 (IISG KDXII 616)
- 122 An Karl Kautsky, September 21 (IISG KDXII 617)
- 123 An Karl Kautsky, Oktober 4 (IISG KDXII 618)
- 124 An Karl Kautsky, Oktober 6 (IISG KDXII 619)
- 125 An Karl Kautsky, Oktober 25 (IISG KDXII 620)
- 126 An Luise Kautsky, November 12 (IISG KDXII 623)
- 127 An Karl Kautsky, November 21 (IISG KDXII 621)
- 128 An Karl Kautsky, Dezember 5 (IISG KDXII 624)
- 129 An Karl Kautsky, Dezember 7 (IISG KDXII 622)
- 130 An Karl Kautsky, Dezember 20 (IISG KDXII 627)
- 1917**
- Briefe:*
- 131 An Karl Kautsky, Januar 31 (IISG KDXII 628)
- 132 An Karl Kautsky, August 1 (IISG KDXII 629<sup>1</sup>)
- 133 An Karl Kautsky, August 2 (IISG KDXII 629<sup>2</sup>)
- 134 An Karl Kautsky, Oktober 13 (IISG KDXII 630)
- 135 An Karl Kautsky, Dezember 3 (IISG KDXII 631)

## 1918

- 136 Revolutionäres Vertrauen!, in: Die Freiheit, Jg. 1, Nr. 6, 18.11.1918, MA.
- 137 Klarheit!, in: Die Freiheit, Jg. 1, Nr. 15, 23.11.1918, MA.
- 138 Das Schuldbekenntnis, in: Die Freiheit, Jg. 1, Nr. 76, 27.12.1918, AA.

*Briefe:*

- 139 An Karl Kautsky, September 8  
(IISG KDXII 632)
- 140 An Karl Kautsky, Oktober 15  
(IISG KDXII 633)
- 141 An Karl Kautsky, Oktober 28  
(IISG KDXII 634)

## 1919

- 142 Aufbau des Rätesystems!, in: Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 63, 5.2.1919, MA.
- 143 Die Einigung des Proletariats, in: Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 71, 9.2.1919, MA.
- 144 Sozialistische und bürgerliche Steuerpolitik, in: Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 330, 14.7.1919, MA.
- 145 Steuern und Wirtschaftspolitik, in: Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 332, 15.7.1919, MA.
- 146 Indirekte Steuern, in: Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 336, 17.7.1919, MA.
- 147 Die Frage der Internationale. Referat auf der Generalversammlung der Bezirksorganisation Berlin-Stadt (USPD) am 28.9.1919, in: Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 471, 29.9.1919, MA.
- 148 Abschied (Zu Hugo Haases Tod), in: Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 551, 13.11.1919, MA.
- 149 Der Parteitag, in: Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 595, 8.12.1919, MA.
- 150 Taktische Probleme, in: Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 601, 11.12.1919, MA.
- 151 Quatsch, in: Die Freiheit, Jg. 2, Nr. 618, 20.12.1919, MA.

- 152 Franz Petry, Der soziale Inhalt der Marxschen Werttheorie, Jena 1916 (Rezension), in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (= Grünbergs Archiv), Jg. 8 (1919), S. 439-448.
- 153 Die Internationale, in: Der Kampf, Jg. 12 (1919), S. 517-524.
- 154 Taktische Probleme, in: Der Kampf, Jg. 12 (1919), S. 837 ff.
- 155 Zur Sozialisierungsfrage. Referat auf dem 10. Deutschen Gewerkschaftskongreß vom 30. Juni bis 5. Juli 1919 zu Nürnberg, Berlin 1919.
- 156 Die Krise der Internationale. Rede auf der Luzerner Konferenz der 2. Internationale 1919, in: Der Sozialist, Jg. 5 (1919), S. 694. 6
- 157 Annehmen oder Ablehnen! Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede. Mit Beiträgen von K. Kautsky, Eg. C. Graf, C. Ballod, A. Stein, R. Hilferding und H. Haase, Berlin 1919.

## 1920

- 158 Revolutionäre Politik oder Macht-illusionen? Rede gegen Sinowjew auf dem Parteitag der USPD in Halle, Berlin 1920.
- 159 Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen. Referat auf dem 1. Betriebsrätekongreß, gehalten am 5. Oktober 1920, Berlin 1920.
- 160 Gegen die Moskauer Diktatur! Rede des Genossen Dr. Rud. Hilferding auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens zu Leipzig am 12. September 1920, Leipzig [1920].

- 6 *Der Sozialist*. Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift. Hrsg. von Rudolf Breitscheid. Verlag T. Breitscheid, Berlin.



- 1921
- 161 Die Wiedergutmachung und das internationale Proletariat – Rede auf der internationalen sozialistischen Konferenz in Wien, in: *Der Sozialist*, Jg. 7 (1921), S. 200.
- 162 Die Einigung der deutschen Arbeiterklasse, in: *Der Kampf*, Jg. 14 (1921), S. 265-271.
- 163 George Douglas Howard Cole, Selbstverwaltung in der Industrie, Berlin 1921 (Einleitung). (Erschien auch in: *Der Sozialist*, Jg. 7 [1921], S. 1032-1041.)
- 1922
- 164 Neue Weltpolitik, in: *Die Freiheit*, Jg. 4, 1.1.1922.
- 165 Wandel in der Politik, in: *Frankfurter Zeitung*, 31.12.1922, 2. Morgenblatt, Nr. 937, S. 1 f.
- 1923
- 166 Die Weltpolitik, das Reparationsproblem und die Konferenz von Genua, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, Jg. 45 (1923).
- 167 Die Aufgaben der Reichsbank, in: *Vorwärts*, 9.8.1913.
- 1924
- 168 Martow und die Internationale, in: Julius Martow. Sein Werk und seine Bedeutung für den Sozialismus, Berlin 1924.
- 169 Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. Rede auf dem Berliner Parteitag der SPD 1924, in: *Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Berlin 1924*, Berlin 1924.
- 170 Für die soziale Republik, Berlin [1924].
- 171 Probleme der Zeit, in: *Die Gesellschaft*, Jg. 1 (1924), Bd. 1, S. 1-17.
- 172 Handelspolitik und Agrarkrise, in: *Die Gesellschaft*, Jg. 1 (1924), Bd. 1, S. 113-129.
- 173 Trusts und Kartelle in England, in: *Die Gesellschaft*, Jg. 1 (1924), Bd. 1, S. 296-305.
- 174 Realistischer Pazifismus, in: *Die Gesellschaft*, Jg. 1 (1924), Bd. 2, S. 97-114.
- 175 Karl Kautsky und sein Werk, in: *Vorwärts*, 16.10.1924.
- Briefe:*
- 176 An Karl Kautsky, Mai 30 (IISG KDXII 635)
- 177 An Karl Kautsky, Juli 19 (IISG KDXII 636)
- 178 An Karl Kautsky, August 14 (IISG KDXII 637)
- 179 An Karl Kautsky, Oktober 19 (IISG KDXII 638)
- 180 An Karl Kautsky, [November 6] (IISG KDXII 639)
- 181 An Karl Kautsky, Dezember 29 (IISG KDXII 640)
- 1925
- 182 Programmrede auf dem Heidelberger Parteitag, in: *Protokoll Sozialdemokratischer Parteitag Heidelberg 1925*, Berlin 1925.
- 183 Die Schicksalsstunde der deutschen Wirtschaftspolitik. Nach einem auf dem 2. AfA-Gewerkschaftskongreß in München (15. bis 17. Juni 1925) gehaltenen Referat, Berlin 1925.
- 184 Die „Aufwertungsfreundlichkeit“ der Sozialdemokraten. Eine vergessene Rede des Reichsfinanzministers a.D. Dr. Hilferding (gehalten 2. Mai 1923), Berlin 1925.
- 185 Gegen den Zollwucher! Kampfrede des Abgeordneten [R.] Hilferding im Reichstag am 27. Mai 1925, Berlin 1925.

*Briefe:*

- 186 An Luise Kautsky, Juli 5  
(IISG KDXII 641)
- 187 An Max Quarck, Oktober 5  
(FES, Nachlaß  
Max Quarck, Nr.50)

**1926**

- 188 Krieg, Abrüstung und Milizsystem,  
in: Die Gesellschaft, Jg. 3 (1926),  
Bd. 1, S. 385-398.
- 189 Politische Probleme. Zum Aufruf  
Wirths und zur Rede Silverbergs,  
in: Die Gesellschaft, Jg. 3 (1926),  
Bd. 2, S. 289-302.
- 23x Edward Alsworth Ross, Das Buch  
der Gesellschaft. Grundlagen der  
Soziologie und Sozialreform, Karls-  
ruhe 1926 (Übersetzung durch Rosa  
Hilferding; Original: Principles of  
Sociology, New York 1924).

*Briefe:*

- 190 An Karl Kautsky, Januar 8  
(IISG KDXII 642)
- 191 An Karl Kautsky, Juli 13  
(IISG KDXII 643)
- 192 An Karl Kautsky, Juli 21  
(IISG KDXII 645)
- 193 An Karl Kautsky, November 9  
(IISG KDXII 644)
- 194 An Karl Kautsky, Dezember 10  
(IISG KDXII 646)

**1927**

- 195 Theoretische Bemerkungen zur Agrar-  
frage, in: Die Gesellschaft, Jg. 4 (1927),  
Bd. 1, S. 421-432.
- 196 Die Aufgaben der Sozialdemokratie  
in der Republik. Rede auf dem Partei-  
tag der SPD zu Kiel, Berlin 1927.

*Brief:*

- 197 An Karl Kautsky, Oktober 6  
(IISG KDXII 647)

**1928**

- 198 Deutsche und internationale Ver-  
schuldung, in: Überseejahrbuch  
Hamburg, Bd. 5 (1928).
- 199 Adolf Weber, Hat Schacht recht?  
Die Abhängigkeit der deutschen  
Volkswirtschaft vom Ausland  
(Rezension), in: Die Gesellschaft,  
Jg. 5 (1928), Bd. 1, S. 181-184.
- 200 Nuevas tácticas para el nuevo  
capitalismo, Madrid 1928.

*Briefe:*

- 201 An Benedikt Kautsky, Januar 4  
(IISG KDXII 648)
- 202 An Hermann Müller, Juli 19  
(FES, Nachlaß  
Hermann Müller,  
Nr. 38)
- 24x Von Karl Kautsky an Hilferding  
(IISG KC 441)

**1929**

- 203 Diskussionsrede zum Bericht der  
Reichstagsfraktion auf dem Partei-  
tag der SPD in Magdeburg, in:  
Protokoll Sozialdemokratischer Par-  
teitag Magdeburg 1929, Berlin 1929.

*Briefe:*

- 204 An Karl Kautsky, Januar 13  
(IISG KDXII 649)
- 205 An Karl Kautsky, Mai 12  
(IISG KDXII 650)
- 206 An Karl Kautsky, Juni 25  
(IISG KDXII 651)
- 207 An Carl Giebel, Februar 1  
(FES, Nachlaß Carl  
Giebel, Kassette II,  
Nr. 13)

**1930**

- 208 Der Austritt aus der Regierung, in:  
Die Gesellschaft, Jg. 7 (1930), Bd. 1,  
S. 385-392.



- 209 In der Gefahrenzone, in: Die Gesellschaft, Jg. 7 (1930), Bd. 2, S. 289-297.
- 210 Handelspolitik am Scheideweg, in: Magazin der Wirtschaft, Jg. 1930, 1. Halbjahr.
- 1931
- 211 Léon Blum, Ohne Abrüstung kein Friede. Die französische Sozialdemokratie im Kampf um die Organisation des Friedens, Berlin 1931 (Einleitung).
- 212 Die Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Entwicklung, in: Kapital und Kapitalismus, hrsg. von Bernhard Harms, Berlin 1931.
- 213 Gesellschaftsmacht oder Privatmacht über die Wirtschaft, Referat gehalten auf dem 4. AfA-Gewerkschaftskongreß Leipzig 1931, Berlin 1931.
- 214 Die Entscheidung der deutschen Sozialdemokratie, in: Arbeiterzeitung, Wien, 5.7.1931.
- 215 Konsequenzen aus der deutschen Kreditkrise, in: Vorwärts, 28.8.1931.
- 216 Der Zusammenbruch (Englische Kreditkrise), in: Vorwärts, 21.9.1931.
- 217 Ein Irrweg. Die Inflation, das Interesse an der Sozialreaktion, in: Vorwärts, 4.10.1931.
- 218 In Krisennot, in: Die Gesellschaft, Jg. 8 (1931), Bd. 2. (Auch erschienen im Vorwärts, 2.7.1931, und in der Leipziger Volkszeitung, 6.7.1931.)
- 219 Hermann Müller, in: Die Gesellschaft, Jg. 8 (1931), Bd. 1.
- 220 Unheimliche Tage, in: Die Gesellschaft, Jg. 8 (1931), Bd. 2.
- 221 Probleme der Kreditkrise, in: Die Gesellschaft, Jg. 8 (1931), Bd. 2, S. 233.
- 222 Michael Farbman, „Piatiletka“. Der Fünfjahres-Plan. Die neue Offensive des Bolschewismus, Berlin 1931 (Übersetzung durch Hilferding; Original: Piatiletka. Russia's 5-Year-Plan, in: Economist, London).
- Briefe:*
- 223 An Karl Kautsky, April 15 (IISG KDXII 652)
- 224 An Karl Kautsky, Oktober 2 (IISG KDXII 653)
- 225 An Karl Kautsky, November 23 (IISG KDXII 654)
- 226 An Karl Kautsky, Dezember 21 (IISG KDXII 655)
- 1932
- 227 Nationalsozialismus und Marxismus. Referat am 11. Mai 1932.
- 228 Nach den Wahlen. Referat vor dem Parteiausschuß am 4. August 1932, Berlin [1932].
- 229 Unter der Drohung des Faschismus, in: Die Gesellschaft, Jg. 9 (1932), Bd. 1.
- 230 Sozialismus und Eigentum, in: Sozialistische Bildung, Jg. 1932.
- 231 Kampf um die Demokratie, in: Vossische Zeitung, 4.11.1932. 7
- Briefe:*
- 232 An Karl Kautsky, Februar 27 (IISG KDXII 656)
- 233 An Karl Kautsky, März 16 (IISG KDXII 657)
- 234 An Karl Kautsky, Dezember 1 (IISG KDXII 658)
- 235 An Karl Kautsky, Dezember 9 (IISG KDXII 659)
- 1933
- 236 Zwischen den Entscheidungen, in: Die Gesellschaft, Jg. 10 (1933), Bd. 1, S. 1-9.
- 237 (R.K.) Krieg, Abrüstung und die Internationale, in: Der Kampf, Jg. 26 (1933), S. 425-436.
- 238 Wir „Verbrecher“, in: Vorwärts, 26.2.1933.
- 7 Angabe nach Gottschalch. Der Artikel ist in der Vossischen Zeitung vom 4.11.1932 nicht aufzufinden.

- 239 Die Zeit und die Aufgabe, in: ZfS, Jg. 1 (1933/34), S. 1-11. 8
- 240 Totaler Staat – totaler Bankrott! Verantwortungslose Wirtschaft im Dritten Reich, in: NV, Nr. 1, 18.6.1933. 9
- 241 Sklaverei in den Betrieben, in: NV, Nr. 3, 2.7.1933.
- 242 Finanzielle Reichszerstörung, in: NV, Nr. 4, 9.7.1933.
- 243 Hitler ohne Maske, in: NV, Nr. 5, 16.7.1933.
- 244 Scheitern der Wirtschaftskonferenz, in: NV, Nr. 7, 30.7.1933.
- 245 Verschlechterte Finanzen – Verschlechterte Wirtschaft, in: NV, Nr. 9, 13.8.1933.
- 246 Thyssen besticht das Reich, in: NV, Nr. 10, 20.8.1933.
- 247 Schneckentempo, in: NV, Nr. 12, 3.9.1933.
- 248 Die Schlacht gegen die Arbeiter, in: NV, Nr. 13, 10.9.1933.
- 249 Kapitulation vor dem Bankkapital, in: NV, Nr. 14, 17.9.1933.
- 250 Keine Rechte – aber mehr Lasten, in: NV, Nr. 15, 24.9.1933.
- 251 Finanzen treiben ins Chaos, in: NV, Nr. 16, 1.10.1933.
- 252 Bahn frei der Inflation!, in: NV, Nr. 17, 8.10.1933.
- 253 Brauner Bettelstaat!, in: NV, Nr. 18, 15.10.1933.
- 254 Das amerikanische Experiment, in: NV, Nr. 19, 22.10.1933.
- 255 Reichsbank als Geldmaschine, in: NV, Nr. 20, 29.10.1933.
- 256 Thyssens klügster Streich, in: NV, Nr. 21, 5.11.1933.
- 257 Ein neuer Raubzug, in: NV, Nr. 23, 19.11.1933.
- 8 Der Artikel ist nicht gezeichnet, jedoch wird im Inhaltsverzeichnis Rudolf Hilderding als Verfasser angegeben.
- 9 Alle Artikel Hilferdings im *Neuen Vorwärts* und in der *Sozialistischen Aktion* sind unter dem Pseudonym „Dr. Richard Kern“ veröffentlicht worden.
- 258 Korporation, Stände und Monopol, in: NV, Nr. 25, 3.12.1933.
- 259 Das Reich wird ausgeplündert, in: NV, Nr. 26, 10.12.1933.
- 260 Befristetes Manneswort, in: NV, Nr. 28, 23.12.1933.
- 261 Nationalsozialistische Landwirtschaft, in: NV, Nr. 29, 31.12.1933.
- Briefe:*
- 262 An Karl Kautsky, April 13  
(IISG KDXII 660)
- 263 An Karl Kautsky, September 23  
(IISG KDXII 661)
- 1934**
- 264 (R.K.) Die Internationale vor der Entscheidung, in: Der Kampf, Jg. 27 (1934), S. 41-47.
- 265 (R.K.) Revolutionärer Sozialismus, in: ZfS, Jg. 1 (1933/34), S. 145-152.
- 266 (R.K.) Die deutsche Krise, in: ZfS, Jg. 1 (1933/34), S. 337-351.
- 267 (R.K.) Karl Kautsky (Zum 80. Geburtstag am 16. Oktober 1934), in: ZfS, Jg. 1 (1933/34), S. 369-375.
- 268 „Antikapitalismus“. Großkapital und Kleinbürgertum gegen Proletariat, in: Sozialistische Aktion, 14.1.1934.<sup>10</sup>
- 269 Herren und Sklaven, in: Sozialistische Aktion, 18.2.1934.
- 270 Nationalsozialismus und Antikapitalismus, in: NV, Nr. 30, 7.1.1934.
- 271 Finanzpolitik der Diktaturen, in: NV, Nr. 31, 14.1.1934.
- 272 Revolution der Wirtschaft, in: NV, Nr. 32, 21.1.1934.
- 273 Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: NV, Nr. 33, 28.1.1934. <sup>11</sup> (Er-
- 10 *Sozialistische Aktion* (illegal), Hamburg 1933-1938, erschien zweiwöchentlich, ab Juli 1935 monatlich. Siehe auch Anm. 9.
- 11 Es handelt sich um das „Prager Programm“ der SPD, dessen Hauptverfasser Hilferding ist.



- schien auch in: Sozialistische Aktion, 28.1.1934.)
- 274 Die gelbe Fratze der deutschen Diktatur, in: NV, Nr. 34, 4.2.1934.
- 275 Das Schicksal des Dollars, in: NV, Nr. 35, 11.2.1934.
- 276 Teure Agrarwirtschaft im Dritten Reich, in: NV, Nr. 36, 18.2.1934.
- 277 Krisenelend in Hitlerdeutschland, in: NV, Nr. 37, 25.2.1934.
- 278 Verworrene Wirtschaftspolitik, in: NV, Nr. 39, 11.3.1934.
- 279 Schacht in schweren Sorgen, in: NV, Nr. 40, 18.3.1934.
- 280 Das ist Hitlers Sozialismus!, in: NV, Nr. 41, 25.3.1934.
- 281 Die Krise der Reichsbank, in: NV, Nr. 41, 25.3.1934.
- 282 Das Schicksal der Mark, in: NV, Nr. 42, 1.4.1934.
- 283 Hitler rüstet – das deutsche Volk bezahlt, in: NV, Nr. 43, 8.4.1934.
- 284 Hitler braucht Dollars, in: NV, Nr. 44, 15.4.1934.
- 285 Gleichgeschaltete Statistik, in: NV, Nr. 45, 22.4.1934.
- 286 Kosten der Diktatur, in: NV, Nr. 46, 29.4.1934.
- 287 Wer bezahlt die deutsche Aufrüstung?, in: NV, Nr. 48, 13.5.1934.
- 288 Das Krankheitsbild der Wirtschaft, in: NV, Nr. 49, 20.5.1934.
- 289 Zwangswirtschaft ohne Plan, in: NV, Nr. 50, 27.5.1934.
- 290 Der Weg in die Inflation, in: NV, Nr. 51, 3.6.1934.
- 291 Ende der Transferkonferenz, in: NV, Nr. 53, 10.6.1934. 12
- 292 Staatsbankerott – Wirtschaftsbanke-  
rott!, in: NV, Nr. 54, 24.6.1934.
- 293 Franz Klühs vor Gericht, in: NV, Nr. 55, 1.7.1934.
- 294 Wie die Gangster das Reich aus-  
plündern, in: NV, Nr. 56, 8.7.1934.
- 295 Schachts Niederlage in England,  
in: NV, Nr. 57, 15.7.1934.
- 296 Der Zusammenbruch der Retter,  
in: NV, Nr. 58, 22.7.1934.
- 297 Wirtschafts-Ruin!, in: NV, Nr. 60,  
5.8.1934.
- 298 Schachts Wirtschaftsdiktatur, in:  
NV, Nr. 61, 12.8.1934.
- 299 Steigende Devisennot, in: NV,  
Nr. 63, 26.8.1934.
- 300 Steigende Unkosten – sinkender  
Absatz, in: NV, Nr. 64, 2.9.1934.
- 301 Der Kassierer der Gangster, in: NV,  
Nr. 65, 9.9.1934.
- 302 Hitlers Verrat an der Jugend, in:  
NV, Nr. 66, 16.9.1934.
- 303 Der „neue Plan“ des Hjalmar  
Schacht, in: NV, Nr. 67, 23.9.1934.
- 304 Die Geheimnisse des „Neuen Plans“,  
in: NV, Nr. 68, 30.9.1934.
- 305 Romantische Wirtschaftspolitik,  
in: NV, Nr. 69, 7.10.1934.
- 306 Kampf um Autarkie und Aufrü-  
stung, in: NV, Nr. 70, 14.10.1934.
- 307 Konflikte mit aller Welt, in: NV,  
Nr. 71, 21.10.1934.
- 308 Lerne kaufen, ohne zu zahlen!, in:  
NV, Nr. 72, 28.10.1934.
- 309 In der Schlinge des Monopolkapita-  
lismus, in: NV, Nr. 73, 4.11.1934.
- 310 Alles für die Kriegswirtschaft!, in:  
NV, Nr. 74, 11.11.1934.
- 311 Die Wiederkehr des Gleichen, in:  
NV, Nr. 75, 18.11.1934.
- 312 Der Kampf um die Preise, in:  
NV, Nr. 77, 2.12.1934.
- 313 Harmonie zwischen Diktatur und  
Kapital, in: NV, Nr. 79, 16.12.1934.
- 314 Preisschlacht gegen Verbraucher,  
in: NV, Nr. 80, 23.12.1934.

*Brief:*

- 12 Der Artikel ist mit „Dr. Richard Klinger“  
gezeichnet. Es muß sich um einen Irrtum  
handeln. Der Autor ist entweder „Dr.  
Richard Kern“ oder „Max Klinger“  
(= Pseudonym Curt Geyers).
- 315 An Karl Kautsky, Oktober 15  
(IISG KDXII 662)

- 1935
- 316 (R.K.) Das Londoner Abkommen, in: ZfS, Jg. 2 (1934/35), S. 561-568.
- 317 (R.K.) Macht ohne Diplomatie – Diplomatie ohne Macht, in: ZfS, Jg. 2 (1934/35), S. 593-604.
- 318 (R.K.) Das Ende der Völkerbundspolitik, in: ZfS, Jg. 2 (1934/35), S. 625-637.
- 319 Die nächste Erfahrung des Dr. Schacht, in: NV, Nr. 83, 13.1.1935.
- 320 Das Geheimnis des Dr. Schacht, in: NV, Nr. 84, 20.1.1935.
- 321 Wirtschaftliche Folgen der Saarrückgliederung, in: NV, Nr. 85, 27.1.1935.
- 322 Das enthüllte Geheimnis, in: NV, Nr. 86, 3.2.1935.
- 323 Mehr Autos, aber weniger Brot!, in: NV, Nr. 87, 10.2.1935.
- 324 Hitlerfett – das teuerste Fett der Welt, in: NV, Nr. 88, 17.2.1935.
- 325 Schwindsucht des Außenhandels, in: NV, Nr. 89, 24.2.1935.
- 326 Neue Fesselung der Arbeiterschaft, in: NV, Nr. 91, 10.3.1935.
- 327 Steigende Rüstung – gedrosselter Konsum, in: NV, Nr. 92, 17.3.1935.
- 328 Was kostet die deutsche Aufrüstung?, in: NV, Nr. 94, 31.3.1935.
- 329 Deutschland ohne Etat, in: NV, Nr. 95, 7.4.1935.
- 330 Die Gesetzmäßigkeiten der Kriegswirtschaft, in: NV, Nr. 96, 14.4.1935.
- 331 Wolken am braunen Wirtschaftshimmel, in: NV, Nr. 97, 21.4.1935.
- 332 Gedrückte Stimmung im Dritten Reich, in: NV, Nr. 99, 5.5.1935.
- 333 Danzig Probiertland für braune Inflation, in: NV, Nr. 100, 12.5.1935.
- 334 Hitler verstärkt die Rüstungen, in: NV, Nr. 101, 19.5.1935.
- 335 Fortwursteln – wie lang noch?, in: NV, Nr. 102, 26.5.1935.
- 336 Die Geldmacht und die Inflationsdrohung, in: NV, Nr. 103, 2.6.1935.
- 337 Spekulantensturm über der Wirtschaft, in: NV, Nr. 104, 9.6.1935.
- 338 Die Katastrophe von Danzig, in: NV, Nr. 105, 16.6.1935.
- 339 Die Schande von Danzig, in: NV, Nr. 106, 23.6.1935.
- 340 Fortschreitende Wirtschaftszerrüttung, in: NV, Nr. 107, 30.6.1935.
- 341 Hitlers geheime Goldreserve, in: NV, Nr. 109, 14.7.1935.
- 342 Zunehmende Inflationsangst, in: NV, Nr. 110, 21.7.1935.
- 343 Die Fahrt in den Abgrund, in: NV, Nr. 111, 28.7.1935.
- 344 Flucht aus dem Bankerott in den Krieg, in: NV, Nr. 112, 4.8.1935.
- 345 Danzigs Schicksal besiegelt!, in: NV, Nr. 113, 11.8.1935.
- 346 Danzig in polnischer Umklammerung, in: NV, Nr. 114, 18.8.1935.
- 347 Die Schuld des Dr. Schacht, in: NV, Nr. 116, 1.9.1935.
- 348 Die Inflationsfinanzierung geht weiter, in: NV, Nr. 119, 22.9.1935.
- 349 Vom Wirtschaftsführer zum Pogromführer, in: NV, Nr. 120, 29.9.1935.
- 350 Ausbau der Kriegswirtschaft, in: NV, Nr. 121, 6.10.1935.
- 351 Deutschland unter brauner Blockade!, in: NV, Nr. 122, 13.10.1935.
- 352 Fleischnot in Deutschland, in: NV, Nr. 124, 27.10.1935.
- 353 Fett und Freiheit, in: NV, Nr. 125, 3.11.1935.
- 354 Das braune Wirtschaftschaos, in: NV, Nr. 126, 10.11.1935.
- 355 Kriegsziele der Hitlerdiktatur, in: NV, Nr. 127, 17.11.1935.
- 356 Deutschlands Verschuldung, in: NV, Nr. 128, 24.11.1935.
- 357 Die Unzufriedenheit wächst!, in: NV, Nr. 130, 8.12.1935.
- 358 Zerrüttung der Agrarwirtschaft, in: NV, Nr. 131, 15.12.1935.
- 359 Frohe Weihnachten im Dritten Reich, in: NV, Nr. 132, 22.12.1935.



*Briefe:*

- 360 An Karl und Luise Kautsky, Juli 30  
(IISG KDXII 663)
- 361 An Karl Kautsky, August 18  
(IISG KDXII 664)
- 362 An Karl Kautsky, September 30  
(IISG KDXII 665)
- 363 An Karl Kautsky, Oktober 13  
(IISG KDXII 666)
- 364 An Karl Kautsky, November 16  
(IISG KDXII 667)
- 1936**
- 365 Wirtschaftsjahr 1935, in: NV, Nr. 134,  
5.1.1936.
- 366 Auf dem Weg zur braunen Wirtschaftskrise, in: NV, Nr. 135, 12.1.1936.
- 367 Die Kehrseite der Rüstungskonjunktur, in: NV, Nr. 136, 19.1.1936.
- 368 Das Volk hungert, in: NV, Nr. 137, 26.1.1936.
- 369 Die Höhe der Hitlerschulden, in: NV, Nr. 138, 2.2.1936.
- 370 Wendung gegen Westen, in: NV, Nr. 139, 9.2.1936.
- 371 Wachsende Sorgen – und kein Ausweg, in: NV, Nr. 140, 16.2.1936.
- 372 Bankerottstimmung in Deutschland, in: NV, Nr. 141, 23.2.1936.
- 373 Vom Welthandel ausgeschlossen, in: NV, Nr. 142, 1.3.1936.
- 374 Schacht gegen Hitler, in: NV, Nr. 143, 8.3.1936.
- 375 Der Weg in den totalen Krieg, in: NV, Nr. 144, 15.3.1936.
- 376 Das braune Täuschungsmanöver, in: NV, Nr. 145, 22.3.1936.
- 377 Der schwarze Etat, in: NV, Nr. 149, 19.4.1936.
- 378 Das Militär diktiert den Etat, in: NV, Nr. 152, 10.5.1936.
- 379 Diktatur über Europa, in: NV, Nr. 153, 17.5.1936.
- 380 Ablenkung von der Rohstoffnot, in: NV, Nr. 155, 31.5.1936.
- 381 Währungsorgen des Dritten Reiches, in: NV, Nr. 156, 7.6.1936.
- 382 Deutsch-amerikanischer Handelskrieg, in: NV, Nr. 157, 14.6.1936.
- 383 Englands falsche Rechnung, in: NV, Nr. 159, 28.6.1936.
- 384 Die Zerstörung der Sicherheit, in: NV, Nr. 160, 5.7.1936.
- 385 Wirklichkeit und – Chimäre, in: NV, Nr. 161, 12.7.1936.
- 386 Schachts Kopfschmerzen, in: NV, Nr. 163, 26.7.1936.
- 387 Hitlers Drang nach dem Balkan, in: NV, Nr. 164, 2.8.1936.
- 388 Die Mißwirtschaft Darrés, in: NV, Nr. 167, 23.8.1936.
- 389 Die Kosten der Rüstung, in: NV, Nr. 169, 6.9.1936.
- 390 Deutschland – die glücklose Lohninsel, in: NV, Nr. 170, 13.9.1936.
- 391 Der Fortschritt des Hungers, in: NV, Nr. 172, 27.9.1936.
- 392 Der Währungsfrieden, in: NV, Nr. 173, 4.10.1936.
- 393 Schacht lustlos, in: NV, Nr. 176, 25.10.1936.
- 394 Ein Kriegsplan, kein Wirtschaftsplan, in: NV, Nr. 178, 8.11.1936.
- 395 Grundlagen der auswärtigen Politik, in: NV, Nr. 179, 15.11.1936.
- 396 Die Politik der Sowjetunion, in: NV, Nr. 182, 6.12.1936.
- 397 Die Konstellation im Osten, in: NV, Nr. 184, 20.12.1936.
- Brief:*
- 398 An Karl Kautsky, April 29  
(IISG KDXII 668)
- 1937**
- 399 Wachsende Gegenkräfte. Die Abwehrtendenzen gegen die Kriegstreiberei, in: NV, Nr. 186, 3.1.1937.
- 400 Weltwirtschaft 1936, in: NV, Nr. 187, 10.1.1937.
- 401 Der Entscheidung entgegen!, in: NV, Nr. 188, 17.1.1937.
- 402 Mars regiert die Stunde, in: NV, Nr. 190, 31.1.1937.

- 403 Die Aussichten des deutschen Exports, in: NV, Nr. 191, 7.2.1937.
- 404 Die Vorbereitung des totalen Krieges, in: NV, Nr. 193, 21.2.1937.
- 405 England erkennt das Hitlersystem, in: NV, Nr. 194, 28.2.1937.
- 406 Die Enteignung des Auslandsbesitzes, in: NV, Nr. 195, 7.3.1937.
- 407 Die Absage an die Abrüstung, in: NV, Nr. 196, 14.3.1937.
- 408 Die innere Politik Léon Blums, in: NV, Nr. 196, 14.3.1937.
- 409 Unfröhliche Ostern, in: NV, Nr. 198, 28.3.1937.
- 410 Mobilisierung der Landwirtschaft, in: NV, Nr. 199, 4.4.1937.
- 411 Demokratie und Arbeiterschaft, in: NV, Nr. 200, 11.4.1937.
- 412 Im Zeichen der Kriegsvorbereitung, in: NV, Nr. 201, 18.4.1937.
- 413 Weltwirtschaft – mit autarken Diktaturen? , in: NV, Nr. 203, 2.5.1937.
- 414 Sorgen des Systems, in: NV, Nr. 205, 16.5.1937.
- 415 Brauner Schweinemord, in: NV, Nr. 207, 30.5.1937.
- 416 Die neue Friedensoffensive der Diktaturen, in: NV, Nr. 208, 6.6.1937.
- 417 Die Diktaturen vor der Entscheidung, in: NV, Nr. 209, 13.6.1937.
- 418 Umweg der englischen Politik, in: NV, Nr. 210, 20.6.1937.
- 419 Hitler – Kanonen gegen Gibraltar, in: NV, Nr. 216, 1.8.1937.
- 420 Vollendung der Zwangswirtschaft, in: NV, Nr. 217, 8.8.1937.
- 421 Die Sünde wider die Volksernährung, in: NV, Nr. 218, 15.8.1937.
- 422 Die Verelendung der deutschen Arbeiter, in: NV, Nr. 219, 22.8.1937.
- 423 Steigende Wohnungsnot, in: NV, Nr. 220, 29.8.1937.
- 424 Freiheit und Arbeiterinteresse, in: NV, Nr. 221, 5.9.1937.
- 425 Der Weg der Diktatur, in: NV, Nr. 222, 12.9.1937.
- 426 Mussolini in Berlin, in: NV, Nr. 223, 19.9.1937.
- 427 Das Dritte Reich in China, in: NV, Nr. 224, 26.9.1937.
- 428 Roosevelt gegen die Diktatoren, in: NV, Nr. 227, 17.10.1937.
- 429 Die weltpolitische Spannung, in: NV, Nr. 230, 7.11.1937.
- 430 England setzt auf Franco, in: NV, Nr. 231, 14.11.1937.
- 431 Die Expansion der Diktatur, in: NV, Nr. 232, 21.11.1937.
- 432 Das weltpolitische Dreieck, in: NV, Nr. 233, 28.11.1937.
- 433 Nach der außenpolitischen Krise, in: NV, Nr. 235, 12.12.1937.
- 434 Dreieck gegen England, in: NV, Nr. 236, 19.12.1937.
- Briefe:*
- 435 An Karl Kautsky, September 2 (IISG KDXII 668)
- 436 An Karl Kautsky, Oktober 15 (IISG KDXII 669)
- 437 An Karl Kautsky, November 5 (IISG KDXII 670)
- 1938**
- 438 Das Wirtschaftsjahr 1937, in: NV, Nr. 239, 16.1.1938.
- 439 Tragödie der Nutzlosigkeit, in: NV, Nr. 245, 27.2.1938.
- 440 Das Zahlentrommelfeuer, in: NV, Nr. 246, 6.3.1938.
- 441 Elend hinter der Fassade, in: NV, Nr. 247, 13.3.1938.
- 442 Der braune Raubzug, in: NV, Nr. 249, 27.3.1938.
- 443 Die Politik Chamberlains, in: NV, Nr. 250, 3.4.1938.
- 444 Der Block der Angreifer, in: NV, Nr. 256, 15.5.1938.
- 445 Die Wirtschaftswende, in: NV, Nr. 259, 5.6.1938.



- 446 Manöver der Achse, in: NV, Nr. 261, 19.6.1938.
- 447 Auf goldenem Thron oder Hochmut vor dem Fall, in: NV, Nr. 263, 3.7.1938.
- 448 Kredit oder Krieg, in: NV, Nr. 264, 10.7.1938.
- 449 Wer bezahlt die deutsche Rüstung? , in: NV, Nr. 264, 10.7.1938.
- 450 Die deutsche Handelsbilanz, in: NV, Nr. 268, 7.8.1938.
- 451 In der Sackgasse der Kriegswirtschaft, in: NV, Nr. 270, 21.8.1938.
- 452 Wirtschaftsaspekt der deutschen Mobilmachung, in: NV, Nr. 274, 18.9.1938.
- 453 Die Beute, in: NV, Nr. 278, 16.10.1938.
- 454 Der Stoß nach dem Westen, in: NV, Nr. 279, 23.10.1938.
- 455 Die neue Offensive, in: NV, Nr. 280, 30.10.1938.
- 456 Abrüstung oder Aufrüstung, in: NV, Nr. 281, 6.11.1938.
- 457 Der Weg zum Imperium, in: NV, Nr. 283, 20.11.1938.
- 458 Die Zwangslage des Systems, in: NV, Nr. 284, 27.11.1938.
- 459 Die Achse im Angriff, in: NV, Nr. 286, 11.12.1938.
- 460 Neuer Kriegswinter, in: NV, Nr. 287, 18.12.1938.
- 1939**
- 461 Die neue Krise, in: NV, Nr. 290, 8.1.1939.
- 462 Eine Freiheitsbotschaft, in: NV, Nr. 291, 15.1.1939.
- 463 Sturmzeichen, in: NV, Nr. 293, 29.1.1939.
- 464 Der Kampf um den Wirtschaftskampf, in: NV, Nr. 296, 19.2.1939.
- 465 Grenzen der Rüstung, in: NV, Nr. 297, 26.2.1939.
- 466 Im Rüstungswettlauf, in: NV, Nr. 298, 5.3.1939.
- 467 Deutsche Drohreden, in: NV, Nr. 299, 12.3.1939.
- 468 Ein neues Experiment, in: NV, Nr. 300, 19.3.1939.
- 469 Der Raubcharakter des Systems, in: NV, Nr. 301, 26.3.1939.
- 470 Hitler – Inflation, in: NV, Nr. 302, 2.4.1939.
- 471 Auf dem Höhepunkt der Gefahr, in: NV, Nr. 304, 16.4.1939.
- 472 Das Heer und das Gold, in: NV, Nr. 307, 7.5.1939.
- 473 Schicksalsmächte Europas, in: NV, Nr. 308, 14.5.1939.
- 474 Der Pakt der Angreifer, in: NV, Nr. 310, 28.5.1939.
- 475 Die baltischen Staaten und die Friedensfront, in: NV, Nr. 312, 11.6.1939.
- 476 Neue Verhandlungen, in: NV, Nr. 313, 18.6.1939.
- 477 Ein Alarmzeichen, in: NV, Nr. 313, 18.6.1939.
- 478 Die Abwehrfront, in: NV, Nr. 315, 2.7.1939.
- 479 An der Schwelle des Krieges, in: NV, Nr. 316, 9.7.1939.
- 480 Stalins Verantwortung, in: NV, Nr. 317, 16.7.1939.
- 481 Der unersättliche Moloch, in: NV, Nr. 318, 23.7.1939.
- 482 Systembankerott in der Landwirtschaft, in: NV, Nr. 319, 30.7.1939.
- 483 In der Periode der Vorbereitung, in: NV, Nr. 321, 13.8.1939.
- 484 Wenn Gangster wirtschaften, in: NV, Nr. 323, 27.8.1939.
- 485 Der Kurs der russischen Außenpolitik, in: NV, Nr. 324, 3.9.1939.
- 486 An das deutsche Volk, in: NV, Nr. 325, 10.9.1939.
- 487 Die Krönung des Verrats, in: NV, Nr. 327, 24.9.1939.
- 488 Die Wirtschaftslage bei Kriegsausbruch, in: NV, Nr. 328, 1.10.1939.
- 489 Der Umsturz im Osten, in: NV, Nr. 329, 8.10.1939.

- 490 Was kann Rußland liefern, in:  
NV, Nr. 331, 22.10.1939.
- 491 Europäische Machtverschiebung, in:  
NV, Nr. 332, 29.10.1939.
- 492 Der Krieg der Anderen, in: NV,  
Nr. 334, 12.11.1939.
- 493 Der Kampf gegen die Neutralen,  
in: NV, Nr. 336, 26.11.1939.
- 494 Ausdehnung des Krieges, in: NV,  
Nr. 338, 10.12.1939.
- 495 Der Sinn des Krieges, in: NV,  
Nr. 341, 31.12.1939.

## 1940

- 496 Finnland und die Folgen, in: NV,  
Nr. 343, 14.1.1940.
- 497 Vor einer neuen Phase, in: NV,  
Nr. 344, 21.1.1940.
- 498 Skandinavien und der Balkan, in:  
NV, Nr. 347, 11.2.1940.
- 499 Görings Angstschrei, in: NV,  
Nr. 349, 25.2.1940.
- 500 Die Skandinavische Neutralität, in:  
NV, Nr. 350, 3.3.1940.
- 501 Krise der Neutralität, in: NV,  
Nr. 351, 10.3.1940.
- 502 Nach dem finnischen Frieden, in:  
NV, Nr. 353, 7.4.1940.
- 503 Krieg und Wirtschaftsgestaltung, in:  
NV, Nr. 354, 14.4.1940.
- 504 Hitlers Niederlage im Eisenkrieg, in:  
NV, Nr. 356, 28.4.1940.
- 505 Die Niederlage Hitlers, in: NV,  
Nr. 357, 5.5.1940.
- 506 Die Kriegskosten, in: NV, Nr. 357,  
5.5.1940.
- 507 Von Narwik bis Alexandrien, in:  
NV, Nr. 358, 12.5.1940.

- 508 State Capitalism or Totalitarian State  
Economy, in: Socialist Courier, New  
York 1940; Wiederabdruck in: Modern  
Review, Vol. I, New York 1947, und  
auf deutsch in: Volksrecht, Zürich,  
Nr. 178, 1.8.1947.

## 1941

*Brief:*

- 509 An Jog [?] , Februar 2  
(FES, Verschiedene  
Originalbriefe und  
Dokumente, Nr. 42)

## 1954

- 510 Das historische Problem. Aus dem  
Nachlaß hrsg. und eingeleitet von  
Benedikt Kautsky, in: Zeitschrift  
für Politik, Jg. 1, Neue Folge (1954),  
S. 293 ff.

## Undatiert

- 511 Platons Gastmahl oder von der  
Liebe (Tarnschrift).

*Briefe:*

- 512 An Hermann Müller, August 29  
(ohne Jahr) (FES, Nachlaß Her-  
mann Müller, Nr. 38)
- 513 An Hermann Müller  
(FES, Nachlaß Her-  
mann Müller, Nr. 39)
- 514 An Karl Kautsky, April 13  
(ohne Jahr) (IISG KDXII 577)
- 515 An Karl Kautsky, September 10  
(ohne Jahr) (IISG KDXII 578)
- 516 An Karl Kautsky, Dezember 21  
(ohne Jahr) (IISG KDXII 579)



*Von Hilferding herausgegebene und redigierte Schriften*

Marx-Studien. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus. Hrsg. von Max Adler und Rudolf Hilferding. Wien 1904-1923.

Die Freiheit. Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Berlin 1918-1922.

Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Hrsg. von Rudolf Hilferding. Berlin 1924-1933.

Karl Kautsky zum 70. Geburtstag. Ein Sonderheft der „Gesellschaft“. Berlin 1924.

Zeitschrift für Sozialismus (zuerst unter dem Titel „Sozialistische Revolution“). Karlsbad/Prag 1933-1936.

*Personenregister*

- |                       |                                          |
|-----------------------|------------------------------------------|
| Adler, M. 98          | Hitler 243, 277, 280, 283, 284, 302,     |
| Ballod, C. 157        | 324, 334, 341, 355, 369, 374, 387,       |
| Bernstein, E. 24, 46  | 405, 419, 470, 504, 505.                 |
| Biermann, W.E. 16     | Inama-Sternegg, K.T.v. 12                |
| Blum, L. 211, 408     | Jog 509                                  |
| Böhm-Bawerk, E. v. 17 | Kampffmeyer, P. 47                       |
| Bourdet, Y. 71        | Kautsky, Benedikt 201, 510               |
| Buber, M. 46          | Kautsky, Karl 3, 4, 8-11, 18, 19, 26-36, |
| Carey, H.C. 45        | 38-41, 58, 59, 93, 105-107, 115-125,     |
| Carle, H. 71          | 127-135, 139-141, 157, 175-181, 190-     |
| Chamberlain 443       | 194, 197, 24x, 204-206, 223-226, 232-    |
| Cole, G.D.H. 163      | 235, 262, 263, 267, 315, 360-364, 398,   |
| Cossa, L. 14          | 435-437, 514-516                         |
| Damaschke, A. 23      | Kautsky, Luise 104, 126, 186, 360        |
| Diehl, K. 74          | Kestner, F. 95                           |
| Dietzel, H. 90        | Klühs, F. 293                            |
| Farbman, M. 222       | Lassalle, F. 24                          |
| Fieldhouse, D.K. 71   | Liebknecht, K. 51                        |
| Franco 430            | Lindemann, M. 21                         |
| Giebel, C. 207        | List, F. 45                              |
| Göring 499            | März, E. 71                              |
| Graf, E.C. 157        | Maier, G. 52                             |
| Großmann, S. 70       | Martow, J. 168                           |
| Grünberg 152          | Marx, K. 15, 17                          |
| Haase, H. 148, 157    | Mender, F. 111                           |
| Harms, B. 212         | Menger, A. 42                            |
| Henckell, K. 20       | Mises, L. v. 84                          |
| Herr, E. 43           | Mombert, P. 74                           |
| Hilferding, Rosa 23x  | Müller, Hermann 202, 219, 512, 513       |

Mun, T. 72  
Mussolini 426  
Nachimson, M. 92  
Naumann 103  
Oelssner, F. 71  
Ollivier, M. 71  
Parvus 55, 1x  
Paul, E. und C. 17  
Petry, F. 152  
Platon 511  
Polack, C. 1  
Quarck, M. 187  
Ricardo, D. 15  
Roosevelt 428  
Rosenberg, J. 15  
Ross, E.A. 23x  
Rubel, M. 71

Schacht, H. 279, 295, 298, 303, 319, 320,  
347, 374, 386, 393  
Schmoller 166  
Silverberg 189  
Sinowjew 158  
Sombart, W. 46  
Stalin 480  
Stein, A. 157  
Stern, C. 13  
Sweezy, P. M. 17, 71  
Thompson, W. 22  
Toscheff, G. 45  
Trotzki, L. 1x-22x  
Ular, A. 46  
Weber, A. 199  
Wirth 189  
Woldt, R. 81



## QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG IM STAATSARCHIV UND PERSONENSTANDSARCHIV DETMOLD \*

Von Peter Veddeler <sup>1</sup>

Das Staatsarchiv Detmold ist für den Regierungsbezirk Detmold zuständig, der 1947 im Zusammenhang mit dem Anschluß Lippes an Nordrhein-Westfalen durch Zusammenlegung des bis dahin selbständigen Landes mit dem preußischen Regierungsbezirk Minden gebildet wurde. Die Bestände des Staatsarchivs gliedern sich in folgende Gruppen:

L = Land Lippe (bis 1947), M = Regierungsbezirk Minden (1815 – 1947) <sup>2</sup>, D = Regierungsbezirk Detmold (seit 1947). Das dem Staatsarchiv Detmold angegliederte Personenstandsarchiv (P) ist für die Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster zuständig.

Material zur Arbeiterbewegung ist in allen Gruppen vorhanden; die folgende Übersicht berücksichtigt jedoch nur die Akten, die sich auf die Arbeiterbewegung im eigentlichen Sinne und die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter beziehen. Nicht ausgeworfen sind Akten, die allgemeine politische, soziale und wirtschaftliche Gegebenheiten und Vorgänge betreffen, und zwar über:

- Wahlen, Volksabstimmungen;
- Allgemeine politische Ereignisse, öffentliche Unruhen;
- Politische Polizei im allgemeinen;
- Armen- und Fürsorgewesen im allgemeinen;
- Gewerbeaufsicht und -statistik im allgemeinen, allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse;
- Zensur und Presse im allgemeinen.

Die Akten der Gerichte und Staatsanwaltschaften enthalten Prozesse gegen Arbeiter, Arbeitergruppen etc., die aber noch dem Persönlichkeitsschutz unterliegen und daher nicht einzeln aufgeführt werden können. Von Interesse sind auch die bei den Amtsgerichten erwachsenen Genossenschaftsakten, deren einzelne Aufführung nicht möglich ist.

Über die Bestände des Staatsarchivs Detmold informiert eine im Druck erschienene Kurzübersicht. <sup>3</sup> Für die Benutzung von Archivalien, die vor weniger als 30 Jahren entstanden oder abgeschlossen worden sind, ist eine besondere Genehmigung beim Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen einzuholen. Weitere Benutzungseinschränkungen treten ein, wenn die Rechte Dritter zu wahren sind. – Literatur zur Geschichte der lippischen Arbeiterbewegung ist in den regionalen Bibliographien nachgewiesen. <sup>4</sup>

\* Anschrift: 4930 Detmold, Willi-Hofmann-Straße 2.

1 Für die Mitarbeit beim Auffinden des Quellenmaterials möchte ich an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen des Staatsarchivs Detmold danken.

2 Die das Gebiet des ehemaligen Regierungsbezirks Minden betreffenden älteren Akten (vor 1815) befinden sich im Staatsarchiv Münster.

3 *Die Bestände des Staatsarchivs und Personenstandsarchivs Detmold* (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe Archivführer und Kurzübersichten, Heft 3), Detmold 1970.

4 Vgl. *Lippische Bibliographie*, bearbeitet von Wilhelm Hansen, Detmold 1957, Sp. 353, 1007 ff.; *Neues Schrifttum über das Lipperland und seine Bewohner*, Detmold 1967 ff. Besondere Erwähnung verdient die Arbeit von Hans Hüls, *Das Lipperland als Ausgangsgebiet saisonaler Arbeiterwanderungen in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts*, in: *Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde*, Bd. 40, Detmold 1971, S. 5-76.

*Übersicht*

## A. Fürstentum/Land Lippe

## I. Regierungsbehörden

1. Kabinetts-, Staatsministerium,  
Landespräsidium
2. Regierungsregistraturen  
(bis ca. 1911)
3. Regierungsregistraturen  
(bis ca. 1924)
4. Regierungsregistraturen  
(bis ca. 1947)
5. Reichsstatthalter für Lippe  
und Schaumburg-Lippe

## II. Parteien und Organisationen

1. Kreisleitung der NSDAP  
Detmold-Lemgo

## B. Regierungsbezirk Minden

## I. Bezirksbehörden

1. Regierung Minden

## II. Regionalbehörden

1. Landsratsamt Bielefeld
2. Landsratsamt Büren
3. Landratsamt Halle

4. Landsratsamt Halle/Amt Vers-  
mold

## 5. Landsratsamt Höxter

## 6. Landsratsamt Lübbecke

## 7. Landratsamt Minden

## 8. Landratsamt Warburg

9. Landratsamt Warburg/Amt  
Peckelsheim

## C. Regierungsbezirk Detmold

## I. Bezirksbehörden

1. Polizeiamt Herford
2. Gewerbeaufsichtsamt Bielefeld
3. Gewerbeaufsichtsamt Minden

## II. Regionalbehörden

1. Forstamt Altenbeken
2. Forstamt Böddecken

## III. Lokalbehörden

1. Stadt Detmold
2. Gemeinde Nienhagen

## D. Personenstandsrechtliche Quellen

*Bestände*

## A. FÜRSTENTUM/LAND LIPPE

## I. REGIERUNGSBEHÖRDEN

1. Kabinetts-, Staatsministerium, Landes-  
präsidium

L 75

I 1 Nr. 39 Bd. 1 Arbeitslosigkeit, Indus-  
trialisierung 1918-1919I 1 Nr. 39 Bd. 2 Zulagen für Arbeiter  
1918-1919II 4 Nr. 31 Dienstprämien für Staatsar-  
beiter 1925-1927IV 7 Nr. 24 Gesetz über gemeingefährliche  
Bestrebungen der Sozialdemo-  
kratie 1878-1914IV 7 Nr. 42 Überwachung der Anarchisten  
1898-1914

IV 9 Nr. 3 Gesindeordnung 1855-1930

IV 9 Nr. 20 Arbeiterkolonien, insbes.  
Wilhelmsdorf 1884-1918IV 9 Nr. 26 Bestrafung ländlicher Arbeiter  
wegen Kontraktbruchs  
1891-1910



- IV 15a Nr. 5 Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken 1858-1895
- IV 15a Nr. 18 Schutz der in Fabriken arbeitenden Frauen, Minderjährigen und Schulkinder 1874-1931
- IV 15a Nr. 31 Nächtliche Beschäftigung von Arbeiterinnen 1884
- IV 15a Nr. 32 Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in den Wäschefabriken der Konfektionsbranche usw. 1885-1913
- IV 15a Nr. 39 Petitionen des Zieglervereins u.a. wegen Abänderung der Gewerbeordnung und des Krankenkassengesetzes 1884-1886
- IV 15a Nr. 41 Mißstände bei der Zigarren- und Tabakfabrikation 1886-1930
- IV 15a Nr. 47 Verhandlungen über Arbeitseinstellungen 1873-1931
- IV 15a Nr. 57 Internationale Arbeiterkonferenz in Berlin 1890
- IV 15 a Nr. 59 Hausarbeitsgesetz 1910-1932
- IV 15a Nr. 61 Arbeitskammern, -gerichte 1907-1924
- IV 15a Nr. 63 Lippischer Arbeitsnachweis, Arbeitsamt für Lippe 1918-1928
- IV 15a Nr. 77 Arbeitsgerichtsgesetz 1920-1932
- IV 15b Nr. 9 Zieglergewerbe 1855-1931
- IV 15b Nr. 9a Doppelbesteuerung von Ziegelarbeitern und Wanderarbeitern 1899-1915
- IV 15b Nr. 9b Anforderungen bei Wanderarbeitern 1919-1932

## 2. Regierungsregistraturen (bis ca. 1911)

### L 77 A

- Fach 42 Nr. 9 Der Antrag des Magistrats zu Bartrup wegen Erbauung eines Arbeitshauses 1835
- Fach 48 Nr. 9 Die Einführung der Einlieger-, Professionisten-, Weberstuhlgelder im Amt Schwalenberg 1817-1818
- Fach 57 Nr. 9 Der Bau eines freiwilligen Arbeitshauses 1835-1836
- Fach 60 Nr. 4 Die in Antrag gebrachte Erhebung der Professionistenabgabe im Amt Schieder 1818-1819
- Fach 79 Nr. 20 Der Gerichtsstand der Dienstboten 1828
- Fach 87 Nr. 10 Die Weberstuhlgelder 1818-1831
- Fach 111 Nr. 44 Die politischen Vereine im hiesigen Land 1848-1863
- Fach 138 Nr. 21 Die Errichtung eines Handwerkervereins und einer damit verbundenen Herberge zu Schötmar, Oerlinghausen und Hohenhausen. Der unter den Zigarrenarbeitern zu Schötmar gegründete Verein zur gegenseitigen Unterstützung Erkrankter 1854-1871
- Fach 138 Nr. 23 Die Bildung eines Zigarrenarbeiter-Unterstützungsvereins zu Hohenhausen 1872-1880
- Fach 145 Nr. 1 Konzessionen als Ziegelboten 1773-1871
- Fach 145 Nr. 3 Wiederbesetzung der Ziegelbotenstelle für Groningen und Ostfriesland 1809-1870
- Fach 145 Nr. 5 Anstellung eines Boten für die auf den Torfstich nach Groningen und Westfriesland abgehenden Untertanen 1826-1844
- Fach 145 Nr. 6 Anstellung zum holländischen Boten 1797-1845
- Fach 145 Nr. 7 Varia: Ziegelboten und Ziegelarbeiter 1842 ff.
- Fach 145 Nr. 8 Anstellung eines Ziegelagenten für den 2. Bezirk 1852-1853
- Fach 145 Nr. 10 Nebenboten für die auf auswärtigen Ziegeleien arbeitenden hiesigen Untertanen 1815-1872
- Fach 145 Nr. 11 Anstellung eines Agenten für den 4. Ziegeleibezirk 1864-1871

Fach 145 Nr. 12 Die von den Ziegel-  
boten jährlich eingereichten  
Verzeichnisse der von ihnen  
angestellten Ziegelarbeiter  
1830-1870

Fach 145 Nr. 13 Das Arbeiten hiesiger  
Untertanen auf auswärtigen  
Ziegeleien 1830-1869

Fach 145 Nr. 14 Die Kranken- und Ster-  
bekassen der Ziegelarbeiter  
1854-1885

Fach 145 Nr. 15 Varia: Die Ziegela-  
gen-ten und Ziegelarbeiter  
1863-1877

Fach 146 Nr. 1 Die außerhalb des Lan-  
des arbeitenden Untertanen  
1778-1837

Fach 153 Nr. 8 Die monatlichen Berich-  
te über die Wirksamkeit der  
Gendarmen 1846-1866

Fach 156 Nr. 30 Sozialdemokratische  
Vereine 1878-1899

Fach 274 Nr. 13 Die Teilnahme des  
Schlossergesellen Plöger aus  
Lemgo an den Unruhen in Alten-  
burg im Sept. 1830 1831-1832

Fach 274 Nr. 19 Die Untersuchung gegen  
einige hiesige Untertanen wegen  
Teilnahme an revolutionären  
Umtrieben 1834-1838

### 3. Regierungsregistraturen (bis ca. 1924)

#### L 79 I Zentralregistratur

Fach 16 Nr. 6 Erhebungen über die Sai-  
sonarbeiter, welche sich an den  
Landtagswahlen 1908 nicht be-  
teiligen konnten 1908

Fach 118a Nr. 3 Bescheinigungen für  
Ziegelarbeiter pp. über die Her-  
anziehung zur hiesigen Klassen-  
steuer 1892

Fach 126 Nr. 1 Die Heranziehung lipp-  
ischer Ziegelarbeiter zu den Ge-  
meindesteuern andrer Staaten  
1891

Fach 160 Nr. 1 Gemeindedoppelbesteue-  
rung der Wanderarbeiter,  
Generalia 1909

Fach 160 Nr. 3 Vereinbarung zur Ver-  
meidung von Doppelbesteue-  
rung der Wanderarbeiter bei  
Heranziehung zu direkten Kom-  
munalsteuern im Königreich  
Preußen und im Fürstentum  
Lippe, Bd. 1 1909

#### L 79 II Gewerbe, Polizei etc.

Fach 104 Nr. 1 Die Zahlung eines Bei-  
trags zur Zentralstelle für Ar-  
beiterwohlfahrtseinrichtungen  
in Berlin, Generalia 1901

Fach 104 Nr. 2 Mitteilungen der Zen-  
tralstelle für Wohlfahrtseinrich-  
tungen 1902 ff.

Fach 104 Nr. 3 Bestrebungen des  
Hauptvereins für Wohlfahrt  
in Hannover 1905 ff.

Fach 153 Nr. 1 Bd. 4 Sozialdemokratische  
Vereine ab 1900

Fach 153 Nr. 2 Überwachung der anar-  
chistischen und sozialrevolutio-  
nären Bewegung ab 1898

Fach 153 Nr. 3 Verzeichnisse der auf  
Grund des Ministerbeschlusses  
vom 16. Dez. 1886 ausgewiese-  
nen Sozialdemokraten ab 1887

Fach 153 Nr. 4 Die in der sozialdemo-  
kratischen Bewegung Deutsch-  
lands irgendeine nennenswerte  
Rolle spielenden Reichsauslän-  
der ab 1903

Fach 174 Nr. 2 Vertragsbruch ländlicher  
Arbeiter, Generalia ab 1891

Fach 174 Nr. 3 Desgl., Spezialia  
ab 1892

#### L 79 IV Statistik

Fach 2 Nr. 10 u. 11 Zieglerstatistik 1919

Fach 4 Nr. 4 Zieglerstatistik 1900

Fach 16 Nr. 1 Beirat für Arbeiterstatistik  
1902

Fach 16 Nr. 2 Erhebungen über die Ab-  
wanderung von Wanderarbeitern  
und Landwirten 1913



- Fach 16 Nr. 3 Aufstellung über  
 1. die Zahl der Hauptunter-  
 stützungsempfänger,  
 2. die Zahl der Arbeitssuchen-  
 den und  
 3. die Zahl der Arbeitslosen

1932-1934

- Fach 17 Nr. 1 Arbeitseinstellungen  
 1886-1909

- Fach 31 Nr. 3 Statistik über die Teue-  
 rungsverhältnisse und Lohnsta-  
 tistik, Bd. 1 1919-1924  
 Desgl., Bd. 2 1927-1938

- Fach 43 Nr. 3 Statistik der Wohlfahrts-  
 erwerbslosen 1930-1936

#### L 79 V *Militär*

- Fach 31 Nr. 9 Sozialdemokratische Vor-  
 stellungen über Unterstützungs-  
 fragen 1916-1918

- Fach 59 Nr. 5 Beschimpfungen des Hee-  
 res und seiner Einrichtungen  
 durch die Presse der Sozialde-  
 mokratie 1906

- Fach 60 Nr. 12 Einsatz von Kriegsgefan-  
 genen zu gewerblichen und ge-  
 meinnützigen Arbeiten (besonders  
 in der Landwirtschaft), Generalia  
 1914-1918

- Fach 60 Nr. 14 Einsatz österreich-ungari-  
 scher Saisonarbeiter, Generalia  
 1915-1917

- Fach 60 Nr. 15 Einstellung, Beurlaubung  
 und Zwangsrückführung von pol-  
 nischen Arbeitern, Generalia/  
 Spezialia 1916-1918

- Fach 60 Nr. 17 Versicherung der in  
 Deutschland beschäftigten aus-  
 ländischen Arbeiter gegen Unfall,  
 Krankheit, Invalidität und Alter,  
 Generalia 1915-1917

- Fach 60 Nr. 23 Ermittlung hilfsdienstpflich-  
 tiger Facharbeiter in den Städten  
 und Ämtern 1917

- Fach 60 Nr. 25 Berichte der Ämter und  
 Magistrate über Maßnahmen zur  
 Behebung der Arbeitslosigkeit  
 1914, 1919

- Fach 60 Nr. 35 Organisation der Frauen-  
 arbeit im Kriege, Generalia  
 1917-1918

- Fach 60 Nr. 146 Beschlagnahme sozial-  
 demokratischer Friedens-Bitt-  
 schriften, enthält u.a.: Rund-  
 schreiben des ZK der USPD;  
 Nachrichtenaustausch über  
 Streiks und revolutionäre Un-  
 ruhen zwischen den Bundes-  
 staaten 1916-1918

- Fach 60 Nr. 149 Verbot von öffentlichen  
 politischen Versammlungen und  
 Referaten über die Kriegsfrage,  
 enthält u.a.: Beschwerden gegen  
 die „flaumacherischen Reden“  
 des Reichstagsabgeordneten Dr.  
 Neumann-Hofer, Generalia/  
 Spezialia 1914-1918

- Fach 60 Nr. 207 Rundschreiben zur  
 Einrichtung von Arbeiteraus-  
 schüssen 1916

#### 4. Regierungsregistraturen (bis ca. 1947)

##### L 80 I Pers. *Personalabteilung*

- I.I. 6 Nr. 5 Gemeinsamer Betriebsrat  
 der Landesregierung 1929-1934

##### L 80 L *Büro des Staatsministers*

- Nr. 42 Gleichschaltung bzw. Bestäti-  
 gung von Vereinsführern  
 1933-1937

- Nr. 78 Lippischer Konsumverein  
 1933-1935

##### L 80 I c *Medizinalwesen*

- I 6 Nr. 3 Unterstützungen der Deutschen  
 Arbeitsfront, Generalia 1936

- I 6 Nr. 8 Unterstützung ausgesperrter  
 Metallarbeiter (in Lipperode  
 und Cappel) 1928-1929

- I 11 Nr. 21 Arbeiter-Samariter-Bund  
 1924-1938

- II 32 Nr. 16 Regelung des Wanderarbeits-  
 stättenwesens in Lippe, Bd. 1  
 (1909) 1911-1931  
 Desgl., Bd. 2 1928-1953

- II 42 Nr. 49 Betreuung nicht einsatzfähiger ausländischer Arbeitskräfte 1944-1946  
 XLIII 71 Nr. 1 Statistik der Wohlfahrts-erwerbslosen 1928-1938  
 XLIII 71 Nr. 2 Neuregelung der Arbeitslosenhilfe, Generalia 1939-1945  
 LIII 1 Nr. 1-3 Reichsarbeitsdienst 1936-1944

**L 80 I d** *Mitwirkung der Abteilung I, Angelegenheiten anderer Abteilungen*

- I 10 Bau von Landarbeiterwohnungen aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ab 1921  
 I 11 Nr. 1 Förderung des Baues von Eigenheimen für ländliche Handwerker und Arbeiter sowie von Heuerlingswohnungen, Generalia 1935-1945  
 I 11 Nr. 2 Desgl., Spezialia 1936-1948  
 IV 25 Nr. 1 Siedlungssachen, Verschiedenes, u.a. Bauern- und Landarbeiter-räte 1919-1924

**L 80 I e** *Abteilung des Innern, Polizeiangelegenheiten*

- IV 3 Nr. 30 Aufenthalt von Ausländern in Deutschland, Ausländerpolizei-verordnung, polnische Zivilarbeiter, Zivilinternierte, Ausländerlager, Ausreisegenehmigungen, Generalia, Bd. 1 1887-1948  
 Desgl., Bd. 2 1914-1941  
 Desgl., Bd. 3 1942-1948  
 Anlageband: Polnische Zivilarbeiter 1940-1945  
 IV 3 Nr. 47 Beschäftigung ausländischer Arbeiter, Generalia 1901-1939  
 IV 3 Nr. 48 Desgl., Spezialia 1910-1938  
 IX 1 Nr. 28 Reichsarbeitsdienst, weibliche Jugend 1940-1944

**L 80 I e P** *Landespolizeidirektor und Führer der Landespolizei*

- Nr. 25 Maßnahmen zur Bekämpfung innerer Unruhen, Streiks u. dergl. (Bildung einer Bürgerwehr gegen spartakistische Umtriebe 1919; Umsturzbewegung März 1920; Kommunistische Umtriebe im März 1921; Streiks in der Möbelindustrie; Antisemitische Umtriebe), Bd. 1 1919-1932  
 Desgl., Bd. 2 1919-1922  
 Desgl., Bd. 3 1923-1931  
 Nr. 60 Richtlinien über die Aufsicht der wichtigsten Arbeitsvorschriften in gewerblichen Betrieben 1924-1925

**L 80 II a** *Landwirtschaft - Ernährungswirtschaft*

- I 28 Nr. 6 Landarbeiterfragen, Bd. 1 1905-1939  
 V 7 Nr. 7 Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920, Bd. 1 1917-1926  
 V 7 Nr. 8 Tarifverträge (Lohnbewegung) 1920-1939  
 V 7 Nr. 9 Bildung eines staatlichen Reichstarifverbandes, Bestellung von Treuhändern der Arbeit, Bd. 1 1931-1939  
 V 7 Nr. 10 Ausländische Arbeiter(innen), Bd. 1 1943  
 V 7 Nr. 11 Verordnung über die lagermäßige Unterbringung von Arbeitskräften während der Dauer des Krieges (Lagerverordnung) 1943-1944  
 V 8 Arbeitszeitregelung ab 1886  
 V 9 Beschäftigung Jugendlicher ab 1854  
 V 11 Arbeiterschutz, Gewerkschaften ab 1874  
 V 14 Nr. 1 Die Arbeiten der hiesigen Untertanen auf auswärtigen Ziegeleien (Wanderarbeiter), Bd. 11 1900-1936



- V 14 Nr. 21 Konsumvereine 1900-1948  
 XVI 1 Nr. 1 Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter, Generalia,  
     Bd. 1 1908-1924  
     Desgl., Bd. 6 1933-1941  
 XVI 1 Nr. 2 Desgl., Spezialia, Bd. 1  
     1908-1923  
     Desgl., Bd. 3 1929-1938

### L 80 II b Finanzabteilung

- II 1 Nr. 1 Die Verhandlungen in den Landtagen wegen der Landesbedürfnisse, besonders den Landkasse-Etat; Beiakte: 7. Beteiligung des Landes Lippe an den Kosten der Spruchkammer für Arbeitslosenversicherung 1913-1941

### L 80 III a Schulabteilung

- Tit. 38 Nr. 1 Beschäftigung von Schulkindern in Fabriken, enthält: Heranziehung von Schulkindern zu häuslichen Arbeiten seitens der Lehrer, 1871 ff. 1857-1915  
 Tit. 38 Nr. 2 Heranziehung der Schulkinder zur Hilfeleistung bei den Erntearbeiten und die dadurch bedingte Verlegung des Schulunterrichts 1896-1920  
 Tit. 38 Nr. 3 Gewerbliche Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren 1898-1903  
 Tit. 38 Nr. 4 Lohnbeschäftigung von Kindern im Haushalt sowie in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben 1904-1911  
 Tit. 38 Nr. 5 Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben; insbesondere Durchführung des Kinderschutzgesetzes,  
     Bd. 1 1903-1928  
     Desgl., Bd. 2 1906-1916  
     Desgl., Bd. 3 1933-1949  
 Tit. 38 Nr. 5a Kriegerarbeit der Kinder 1914-1918  
 Tit. 38 Nr. 5b Hilfsdienst in der Landwirtschaft 1939-1948

### L 80 III b Schulabteilung (Nachtrag)

- Nr. 48 Arbeitsdienst 1932-1947  
 Nr. 52 Arbeitslosenversicherungspflicht 1932

### L 80 IV a

- IV 1 Nr. 9 Nachweis über die an Wegearbeiter der Landesstraßen gezahlten Löhne (Stundenlöhne) 1913-1928  
 IV 14 Nr. 5 Freiwilliger Arbeitsdienst 1931  
 IV 14 Nr. 6 Das Arbeitsbeschaffungsprogramm 1932  
 IV 14 Nr. 7 Arbeitsbeschaffungsprogramm (Gereke-Programm) 1932  
 IV 14 Nr. 11 Arbeitsbeschaffungsprogramm (Resh-Programm) 1933  
 IV 14 Nr. 12 Winterarbeitsbeschaffungsprogramm, I. Teil, III. Arbeitsbeschaffungsprogramm (Reinhardt-Programm) 1933  
 IV 14 Nr. 13 Winterarbeitsbeschaffungsprogramm, II. Teil 1933  
 IV 14 Nr. 14 Winterarbeitsbeschaffungsprogramm, Finanzierung aus der Kraftfahrzeugsteuer 1933

### 5. Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe

#### L 76

- B Nr. 4a Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung 1933-1938  
 B Nr. 14a Verschiedene Gesuche um Arbeitsvermittlung und Hilfe in Privatangelegenheiten 1933-1938  
 C Nr. 14a Arbeitsvermittlung und Bewerbungen 1933-1938  
 C Nr. 14d Fürsorge- und Wohlfahrtsangelegenheiten 1936-1938  
 D Nr. 14a Arbeitsvermittlung, Fürsorge- und Wohlfahrtsangelegenheiten 1933-1938  
 E Nr. 1a Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 1933-1939

## II. PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

## 1. Kreisleitung der NSDAP Detmold-Lemgo

## L 113

- (Nr. 85)\* Arbeitsamt: Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen, Vermittlung von Stellen, Einsparung von Arbeitskräften 1937-1940  
 (Nr. 86-91) Arbeitsamt: Arbeitseinsatz 1941-1945  
 (Nr. 104-110) Deutsche Arbeitsfront 1936-1942 (1945)  
 (Nr. 182) Verordnungen des DAF-Rohstoffdienstes 1937  
 (Nr. 183) Nachrichtenblätter der Deutschen Arbeitsfront 1938  
 (III Nr. 10b) Feuergefecht mit Kommunisten in Rinteln 1933  
 (IV Nr. 14) Deutsche Arbeitsfront 1935-1943  
 (IV Nr. 26) Gleichschaltung von Vereinen 1933-1939

## B. REGIERUNGSBEZIRK MINDEN

## I. BEZIRKSBEHÖRDEN

## 1. Regierung Minden

## M 1 Pr. Präsidialregistratur

- Nr. 378 Wahrnehmung kommunistischer Bestrebungen 1846-1876  
 Nr. 383 Die Zigarren-Arbeiter-Vereine 1851-1873  
 Nr. 384a Polizeiliche Beaufsichtigung der Arbeitervereine, Ressourcen, Gesellschaften usw. (Streiks) 1851-1879

## M 1 I E Kommunalangelegenheiten

- Nr. 2837 Unterstützungen an verdienstlose Tabakarbeiter 1923-1924

\* Es handelt sich um vorläufige Signaturen.

## M 1 I G Gewerbeaufsicht, Gewerbeteknik

- Nr. 594 Erlasse und Verfügungen, enthält: Tarifrfragen, Saisonarbeiter, Bergarbeiter, Generalia 1934-1939  
 Nr. 33 Frauenarbeit im Kriege, Generalia 1916-1918  
 Nr. 34 Desgl., Spezialia 1917-1918  
 Nr. 35 Organisation der Frauenarbeit während des Krieges 1917-1918  
 Nr. 465 Hausarbeitsgesetz 1912-1930  
 Nr. 42 Gesetz über die Heimarbeit vom 23. März 1934, Generalia 1934-1939  
 Nr. 599 Desgl., Spezialia 1934-1944  
 Nr. 43 Heimarbeiter-Beihilfen 1936-1939  
 Nr. 510 Zum Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Gesundheit und Leben erlassene Polizeiverordnungen 1874-1929  
 Nr. 95 Die Sicherung der bei gewerblichen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter gegen Gefahren für Gesundheit und Leben 1872-1891  
 Nr. 511, 512 Schutz der Arbeiter gegen Krankheitsgefahr, Generalia 1855-1934  
 Nr. 96 Desgl., Spezialia 1895-1911  
 Nr. 100 Schutz der Arbeiter gegen Unfall, Generalia, Bd. 1 1886-1905  
 Nr. 101 Desgl., Generalia, Bd. 3 1930-1934  
 Nr. 99 Desgl., Generalia, Bd. 4 1934-1939  
 Nr. 102, 103 Desgl., Spezialia 1912-1934  
 Nr. 110 Arbeiterschutz in Gast- und Schankwirtschaften 1902-1933  
 Nr. 508 Desgl., Generalia 1902-1933  
 Nr. 74, 75 Arbeiter im Allgemeinen 1898-1934  
 Nr. 488 Desgl., Generalia 1874-1930  
 Nr. 76 Betriebsordnungen 1900-1923  
 Nr. 77 Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, Spezialia 1890-1930  
 Nr. 78 Arbeiterwohnungen 1898-1906  
 Nr. 79 Arbeitsschutz 1887-1931  
 Nr. 80, 81 Desgl., Spezialia 1887-1931



- Nr. 82 Arbeitsschutzgesetz 1926-1933  
 Nr. 492 Desgl. 1926-1930  
 Nr. 86 Betriebsratsgesetz 1920-1933  
 Nr. 491 Desgl. 1920-1933  
 Nr. 87 Durchführung des Betriebsratsgesetzes 1920-1927  
 Nr. 88 Betriebsräte 1933-1934  
 Nr. 89, 90 Ernennungen und Amtsenthebungen von Betriebsratsmitgliedern (NSBO) 1933  
 Nr. 91 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Arbeitsausschüsse 1916-1926  
 Nr. 92 Neuordnung der Arbeitnehmerverbände 1933  
 Nr. 93 Arbeiter- und Angestelltenausschüsse 1919-1931  
 Nr. 94 Schlichtungsausschüsse 1919-1929  
 Nr. 489 Auszeichnung gewerblicher Arbeiter 1899-1927  
 Nr. 499 Arbeitszeit, Generalia 1930-1944  
 Nr. 111, 112 Desgl., Spezialia 1930-1940  
 Nr. 113 Arbeitszeit im Bezirk des Gewerbeaufsichtsamtes Minden 1934-1938  
 Nr. 549 Desgl. 1938-1939  
 Nr. 114 Arbeitszeit im Bezirk des Gewerbeaufsichtsamtes Herford 1921-1932  
 Nr. 115-118 Arbeitszeit im Bezirk des Gewerbeaufsichtsamtes Bielefeld 1936-1940  
 Nr. 124-138 Arbeitspausen in verschiedenen Industriezweigen 1881-1927  
 Nr. 140-153 Überstunden 1904-1934  
 Nr. 166-189 Frauenarbeit, Arbeit Jugendlicher 1824-1933  
 Nr. 557 Jugendbetriebsarbeit (Gewerberat – Deutsche Arbeitsfront) 1938  
 Nr. 580 Jugendschutzgesetz, Generalia 1939-1942  
 Nr. 581 Desgl., Spezialia 1939-1945  
 Nr. 190 Kinderarbeit 1903-1926  
 Nr. 496 Desgl., Generalia 1903-1926  
 Nr. 191 Erhebungen über die Wohnverhältnisse der Arbeiterinnen in Bielefeld 1905-1910

- Nr. 192 Arbeitsbücher, Lohnzahlungsbücher 1854-1928  
 Nr. 193 Die Quittungsbücher und Löhnung der Fabrikarbeiter 1860-1869  
 Nr. 598 Tarifordnung 1936-1944  
 Nr. 194 Tarifverträge 1919-1931  
 Nr. 490 Desgl., Generalia 1919-1931  
 Nr. 196-248 Tarifverträge in den verschiedenen Industrie- und Gewerbebezügen 1919-1934

### M I I P *Polizei*

- Nr. 361 Die politischen Vereine 1848-1880  
 Nr. 362 Volksversammlungen und Vereine 1848-1891  
 Nr. 365 Vereine und Arbeiter 1850-1874  
 Nr. 422 Der kommunistische Katechismus 1845  
 Nr. 527 Hochverräterische Umtriebe, Generalia, enthält: deutsche Arbeitervereine in der Schweiz 1824-1902  
 Nr. 537-547 Anarchie und Kommunismus 1894-1929  
 Nr. 562-566 Bildung von Soldaten- und Arbeiterräten 1918-1931  
 Nr. 583-603 Kommunismus und Marxismus 1929-1936  
 Nr. 1067 Beschlagnahme des Vermögens der SPD, der sozialdemokratischen Zeitungen, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der freien Gewerkschaften und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1933  
 Nr. 1068 Die Auflösung kommunistischer und marxistischer Vereine 1933  
 Nr. 641 Inhaftierte KPD-Führer bzw. -Funktionäre 1933  
 Nr. 642-648 Politische Schutzhaftgefangene 1933-1938  
 Nr. 1520 Beschlagnahme staatsfeindlichen Vermögens, intus: Beschlagnahme des Vermögens der SPD, des Reichsbanners und der freien Gewerkschaften 1933 1933  
 Wiedergutmachungssachen 1945-1948

- Nr. 1573 Beschlagnahmtes und zu Gunsten des Preußischen Staates eingezogenes Vermögen der Arbeiterwohlfahrt 1933-1934
- Nr. 1504 Beschlagnahme und Einziehung von zwei Segelflugzeugen des Sozialen Dienstes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Gohfeld 1933-1934
- Nr. 1449 Beschlagnahme der gewerkschaftlichen Bildungszentrale in Brackwede 1933-1942
- Nr. 1450 Beschlagnahme und Verwertung des Sportplatzes „West“ des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Bielefeld 1933-1937
- Nr. 1415 Einziehung kommunistischen Vermögens im Kreis Höxter 1935-1936

#### **M I I S** *Sozialwesen*

- Nr. 491-493 Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen 1845-1892
- Nr. 295 Die Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf bei Bielefeld 1882-1932
- Nr. 296 Die Arbeiterkolonie im Kanton Borgholzhausen 1827-1930
- Nr. 356 Die Arbeiterkolonie im Wietingmoor (Krs. Diepholz) 1898-1903

#### **M I I U** *Handels- und Gewerbeaufsicht*

- Nr. 356 Die Veranstaltung einer Enquête über die Lehrlinge, Gesellen und Fabrikarbeiter-Verhältnisse 1875-1877
- Nr. 359 Lohnzahlung an jugendliche Arbeiter 1898-1916
- Nr. 360 Gewerbliche Kinderarbeit 1901-1913
- Nr. 424 Die Einstellung der Arbeit durch Gehilfen verschiedener Gewerbe 1857-1892
- Nr. 1661 Die Arbeitsausstellungen, Bd. 1 1870-1891
- Nr. 425-431 Desgl., Bd. 2-8 1892-1912

- Nr. 432 Die Schutzmaßnahmen, welche die Arbeitgeberverbände der Textilindustrie und des Baugewerbes pp. in Fällen von Arbeitsausständen, Aussperrungen und Betriebsstörungen getroffen haben 1907-1912
- Nr. 539 Unterstützung der Spinner und Weber im Ravensbergischen 1849-1869
- Nr. 540 Desgl. im Kreise Minden 1849-1857
- Nr. 541, 542 Desgl. im Kreise Lübbecke 1849-1870
- Nr. 543 Desgl. im Kreise Herford (ohne Amt Enger) 1848-1854
- Nr. 544 Desgl. im Amt Enger 1849-1866
- Nr. 545 Desgl. im Kreise Bielefeld (ohne Amt Brackwede) 1848-1879
- Nr. 546 Desgl. im Amt Brackwede 1848-1857
- Nr. 549 Desgl. im Amt Halle 1849-1854
- Nr. 550 Desgl. im Amt Borgholzhausen (Krs. Halle) 1848-1859
- Nr. 551 Desgl. im Amt Werther 1849-1853
- Nr. 552, 553 Desgl. im Kreise Wiedenbrück 1848-1857
- Nr. 554 Desgl. in Jakobsberg (Krs. Höxter) 1843-1855
- Nr. 1232 Das Koalitionsrecht der Arbeitgeber und -nehmer, Generalia 1863-1913
- Nr. 1233 Desgl., Spezialia 1863-1915
- Nr. 1250 Die Reform der Arbeiterversicherung 1908-1912
- Nr. 1255, 1256 Die Unfallversicherung der Arbeiter 1884-1906
- Nr. 1262 Desgl. 1881-1913
- Nr. 1263 Die Unfall- bzw. Krankenversicherung der Arbeiter, Generalia, Bd. 2 1886-1892
- Nr. 1264 Desgl., Bd. 4 1895-1903
- Nr. 1265 Die Krankenversicherung der Arbeiter, Spezialia, Bd. 2 1890-1895
- Nr. 1266 Desgl., Bd. 4 1901-1905
- Nr. 1267 Desgl., Bd. 5 1905-1922



- Nr. 1313 Die Sammel- und Sparkassen  
für Fabrikarbeiter 1865-1870
- Nr. 1330 Vereine für das Wohl der arbei-  
tenden Klassen in den Kreisen  
Wiedenbrück und Bielefeld  
1845-1846
- Nr. 1332 Die Unterstützungskassen für  
Handwerker und Fabrikarbeiter  
im Kreise Minden 1856-1887
- Nr. 1333-1335 Die Krankenversicherung  
der Arbeiter im Kreise Minden  
(Statuten) 1884-1911
- Nr. 1340 Die Unterstützungskasse des  
Arbeitervereins Böhlhorst (Krs.  
Minden) 1884-1897
- Nr. 1343 Die Unterstützungskassen für  
Handwerker und Fabrikarbeiter  
im Amt Hartum 1879
- Nr. 1344 Desgl. im Amt Hausberge  
1864-1885
- Nr. 1355, 1356 Die Unterstützungskassen  
für Handwerker und Fabrikar-  
beiter in Minden 1850-1898
- Nr. 1368 Desgl. in Petershagen und Gern-  
heim 1854-1885
- Nr. 1372 Desgl. im Amt Rehme und  
Gohfeld 1853-1898
- Nr. 1374 Desgl. im Kreise Lübbecke  
1856-1876
- Nr. 1380 Desgl. in Lübbecke 1846-1885
- Nr. 1382 Desgl. im Amt Oldendorf  
1851-1885
- Nr. 1383 Desgl. im Amt Rahden  
1852-1885
- Nr. 1385 Desgl. im Kreise Herford  
1856-1889
- Nr. 1392 Desgl. im Amt Bünde  
1880-1882
- Nr. 1397 Desgl. in Enger 1854-1884
- Nr. 1400 Desgl. im Amt Herford und  
Hiddenhausen 1854-1869
- Nr. 1402 Desgl. in Herford 1884-1885
- Nr. 1345, 1346 Die Krankenhausversiche-  
rung der Arbeiter in der Stadt  
Minden 1884-1905
- Nr. 1357 Die Unterstützungskassen für  
Tabaksfabrikarbeiter in Minden  
1853-1883
- Nr. 1375-1377 Die Krankenversicherung  
der Arbeiter im Kreise Lübbecke  
1884-1911

- Nr. 1378 Die Krankenzuschußkasse für  
Zigarrenarbeiter und -arbeits-  
rinnen zu Gehlenbeck und  
Eilhausen 1901-1937
- Nr. 1394 Die Invaliden- und Witwen-  
kasse der Zigarrenarbeiter im Amt  
Bünde 1905-1921
- Nr. 1401 Das Statut der Zigarrenarbeiter-,  
Invaliden-, Witwen-, Waisen-  
Pensionskasse des Amtes Her-  
ford-Hiddenhausen 1884-1931
- Nr. 1409 Die Familienunterstützungs-  
kasse für unverheiratete Zigarren-  
arbeiter in Herford 1905-1907
- Nr. 1247-1546 Sozialversicherung  
1817-1947

#### **M I I W Wohnungs- und Siedlungswesen**

- Nr. 115 Richtlinien für die Gewährung  
von Darlehen für Landarbeiter-  
wohnungen und Staatsbedienste-  
tenwohnungen 1926-1933
- Nr. 105 Bau von Landarbeiterwohnungen  
aus Mitteln der wertschaffenden  
Arbeitslosenfürsorge, Generalia  
1931
- Nr. 106 Wirtschaftliche Festigung von  
Landarbeitereigenheimen,  
Generalia 1932-1940

#### **M I II B Schulabteilung**

- Nr. 4349 Beschäftigung von Schülern  
in Fabriken 1890

#### **M I III E Wasserwirtschaft – Landwirtschaft**

- Nr. 1441 Erhöhung des tarifmäßigen  
Teuerungszuschlages für Verwal-  
tungsarbeiter, Beschäftigung  
von Wasserbauarbeitern, Lohn-  
zuschläge für Reinigungsfrauen  
1924-1929
- Nr. 515 Gewährung von Zuschlägen an  
Arbeiter der Preußischen Wasser-  
bauverwaltung 1935-1941
- Nr. 1438 Durchführung des Betriebsräte-  
gesetzes 1920-1933

- Nr. 548 Erlaß zur Durchführung des Betriebsrätegesetzes 1921-1941  
 Nr. 1464 Die ländlichen Arbeitsverhältnisse 1874-1931  
 Nr. 208, 209 Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter 1894-1922  
 Nr. 1446 Kontraktbruch der Landarbeiter 1922-1936  
 Nr. 1426 Arbeitslosenversicherung für die Landwirtschaft 1928-1936

## II. REGIONALBEHÖRDEN

### 1. Landratsamt Bielefeld

#### M 2 Bielefeld

- Nr. 576 Bedeutungsvolle Lohn- und Streikbewegungen 1922-1933  
 Nr. 587 Fabrikarbeiter, Spezialia 1876-1938  
 Nr. 290-299 Handels- und Gewerbepolizei, Spezialia 1873-1939  
 Nr. 457 Nachweisung der sozialdemokratischen Zeitungen, Vereine und Agitatoren, Spezialia 1888-1914  
 Nr. 456 Nachweisungen über Militärpflichtige, welche Anhänger der Sozialdemokratie sind, Spezialia 1900-1914  
 Nr. 455 Anarchismus und Sozialdemokratie, Spezialia 1900-1914  
 Nr. 438-453 Eigenhändige Sachen (Sonderregistratur über Geheimsachen) 1829-1898  
 Nr. 378 Strafsache gegen die Redakteure Groth, Hoffmann und Genossen zu Bielefeld 1891-1896  
 Nr. 328 Zeitschriften, Wochenblätter pp. 1863-1909  
 Nr. 327 Preßpolizei, Spezialia 1863-1909  
 Nr. 530 Ausnahmezustand 1923-1927  
 Nr. 222 Belagerungszustand 1918-1920  
 Nr. 213-219 Bekämpfung politischer Ausschreitungen 1930-1937  
 Nr. 211, 212, 529 Verordnungen zum Schutz der Republik 1922-1944

- Nr. 176-183 Ordnungs-, Sicherheits- und Sittenpolizei, enthält u.a. Sozialdemokratische Bewegung 1874-1938

- Nr. 412-424 Zeitungsberichte 1816-1912  
 Nr. 786 Pressenotizen 1919-1929

### 2. Landratsamt Büren

#### M 2 Büren

- Nr. 979 Verbotene und erlaubte Schriften 1835-1846  
 Nr. 776 Landarbeiterstreik 1923  
 Nr. 921 Maßregeln gegen sozialdemokratische und kommunistische Umtriebe 1878  
 Nr. 922 Zusammenrottungen, Tumulte pp. 1901-1931  
 Nr. 923 Polizeiliche Kontrolle der Druck- und Bildersachen 1817-1909  
 Nr. 924 Die im Kreis Büren erscheinenden periodischen Blätter 1854-1923  
 Nr. 925 Paßangelegenheiten, verbotene Bücher, Schriften usw. 1919-1929  
 Nr. 980 Beschlagnahmung von Druckschriften 1852-1865

### 3. Landratsamt Halle

#### M 2 Halle

- Nr. 129 Geheime Verbindungen 1835-1856

### 4. Landratsamt Halle/Amt Versmold

#### M 2 Halle/Amt Versmold

- Nr. 636 Untersuchungssache wider den Bürger Beckmann zu Versmold wegen Verstoßes gegen das Versammlungs- und Vereinigungsrecht 1860  
 Nr. 1318 Überwachung sozialdemokratischer und anarchistischer, auch national-polnischer Bewegungen,



intus: Freigabe von Theaterstücken  
1907/08; Verfügung zur Bekämpfung  
der Arbeitslosigkeit 1908  
1906-1908

- Nr. 588 Verordnungen zur Überprüfung der  
Handwerker- und Arbeiterverbindun-  
gen und -gesellschaften

1851-1857

- Nr. 517 Die Handwerkervereine in der  
Schweiz und deren Mitglieder,  
intus: Verzeichnis von deutschen  
Teilnehmern an den Handwerker-  
versammlungen in Zürich und  
Bern 1834/35 1834-1845

- Nr. 900 Verfügungen über verdächtige,  
besonders politisch tätige Per-  
sonen 1842-1908

- Nr. 973 Verfolgung von Verbrechern,  
auch politischen Personen, War-  
nung vor üblen Geschäftsprakti-  
ken 1828-1905

- Nr. 499 Steckbriefliche Verfolgungen, be-  
sonders von politisch Verdäch-  
tigen 1828-1838

## 5. Landratsamt Höxter

### M 2 Höxter

- Nr. 144 Gewerbliche Arbeiter, Sammel-  
akten 1901-1933  
Nr. 153 Land- und Forstarbeiter, Sammel-  
akten 1919-1932  
Nr. 160 Gesellen- und Arbeiterkranken-  
kassen und -vereine 1845-1870  
Nr. 209 Verbindungen unter den Hand-  
werksgesellen 1854-1886  
Nr. 188 Verbindungen und Unterstützungs-  
kassen der Gesellen 1849-1888  
Nr. 1204 Polizeiliche Untersuchung gegen  
die Redaktion der kommunisti-  
schen „Weserwacht“ zu Höxter  
im Strafverfahren wegen Beamten-  
beleidigung 1932-1934  
Nr. 237 Verbreitung verbotener Schriften  
und Zeitungen 1878-1928  
Nr. 97 Zensur der Druckschriften  
1849-1879  
Nr. 241 Berichte über politische Ver-  
sammlungen 1930-1932

## 6. Landratsamt Lübbecke

### M 2 Lübbecke

- Nr. 63, 64 Gegen den Staat und  
seine Einrichtungen gerichtete  
Bewegungen, Umsturzbewegung  
1898-1930  
Nr. 204 Ausnahmezustand, Generalia  
1923-1924  
Nr. 205 Desgl., Spezialia 1923-1925  
Nr. 202 Schutz der Republik, Generalia  
1922-1933  
Nr. 203 Desgl., Spezialia 1922-1932  
Nr. 62 Verbotene Schriften und Ab-  
bildungen 1895-1918  
Nr. 61 Preßpolizei 1888-1926  
Nr. 14 Zeitungsberichte 1896-1913  
Nr. 194, 195 Vereins- und Versammlungs-  
wesen 1897-1923  
Nr. 66 Bauernräte 1919-1922  
Nr. 130 Sozialpolitik, Volkswohlfahrt  
1908-1918  
Nr. 131 Arbeiterwohlfahrts-Einrichtun-  
gen 1901-1918  
Nr. 132-134 Beschäftigung jugendlicher  
Arbeiter in den Fabriken  
1853-1900  
Nr. 237 Arbeiter- und Angestelltenver-  
tretungen 1934-1937  
Nr. 65 Arbeiter- und Angestelltenaus-  
schüsse 1919-1933  
  
7. Landratsamt Minden  
  
M 2 Minden  
Nr. 254 Arbeiter- und Soldatenrat  
(Bauernräte, Wahlen, Mitglieder-  
listen etc.), Spezialia  
1918-1920  
B Nr. 74 Arbeiter- und Soldatenrat  
1918-1919  
B Nr. 80 Arbeiter- und Soldatenrat  
1918-1920  
A Nr. 16a Zeitungsberichte, Bd. 2  
1846-1852  
A Nr. 16b Desgl., Bd. 3 1853-1857  
A Nr. 17a Desgl., Bd. 4 1858-1861  
A Nr. 17b Desgl., Bd. 5 1862-1865  
A Nr. 17c Desgl., Bd. 6 1866-1871

- A Nr. 18a Desgl., Bd. 8 1874-1878  
 A Nr. 18b Desgl., Bd. 9 1878-1882  
 A Nr. 18c Desgl., Bd. 10 1882-1888  
 A Nr. 18d Desgl., Bd. 11 1888-1892  
 A Nr. 18e Desgl., Bd. 13 1897-1902  
 B Nr. 26 Desgl., Spezialia, Bd. 14 1902-1904  
 A Nr. 18f Desgl., Bd. 15 1905-1906  
 A Nr. 18g Desgl., Bd. 16 1906-1909  
 B Nr. 21 Desgl., Bd. 17 1909  
 B Nr. 20, 25 Zeitungsberichte der Unterbehörden 1909-1912  
 C Nr. 76 Meldungen über wichtige Ereignisse (Meldepflicht von Bränden, Unfällen, Streiks, Katastrophenfällen) 1915-1939  
 B Nr. 1, 3 Arbeitseinstellungen und Streiks 1909-1922  
 B Nr. 294 Geheimakten (Militaria, Bekämpfung der SPD, Ausweisung von Juden) 1909-1924  
 B Nr. 158 Anarchisten, Kommunisten, Unruhen, Belagerungszustand 1910-1922  
 C Nr. 82, 83 Gesetz zum Schutz der Republik (Überwachung der Agitation der Kommunisten, des Roten Frontkämpferbundes, des Stahlhelms und anderer politischer Organisationen und Verbände) 1924-1932  
 C Nr. 96 Roter Frontkämpferbund (Verbot und Auflösung) 1929-1930  
 C Nr. 112, 113 Verhaftung von staatsfeindlichen Personen (SPD- und KPD-Funktionäre u.a.) in Minden 1933-1934  
 C Nr. 114 Desgl. in Hausberge 1933-1934  
 C Nr. 115 Desgl. im Amt Rehme 1933-1934  
 C Nr. 116 Desgl. in Dützen 1933-1934  
 C Nr. 117 Desgl. in Petershagen 1933-1934  
 C Nr. 118 Desgl. in Windheim 1933-1934  
 C Nr. 120 Enteignung staatsfeindlicher Organisationen und Personen (KPD und marxistische Wirtschafts-, Sport- und Musikvereine) 1934-1936  
 C Nr. 121 Desgl. (Arbeiterturnvereine) 1936  
 C Nr. 122 Desgl. (Arbeitersportvereine, Gesangvereine) 1936-1937  
 C Nr. 123 Konsumvereine, Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Arbeitgeberverbände 1933-1935  
 C Nr. 124 Touristenverein „Die Naturfreunde“ (Maßnahmen wegen marxistischer Tendenzen) 1933-1934  
 C Nr. 126 KPD (Untertauchen von Kommunisten in Organisationen der NSDAP) 1933-1935  
 C Nr. 127 KPD-Flugblätter und KPD-Zeitschriften 1933-1934  
 C Nr. 128 Nebenorganisationen der KPD 1933-1935  
 C Nr. 129 Marxistische Vereine, Generalia 1933-1935  
 C Nr. 130 Maßnahmen gegen KPD und SPD im Amt Schlüsselburg 1933  
 C Nr. 131 SPD einschl. Nebenorganisationen 1933-1936  
 C Nr. 135 Zeitungen (Maßnahmen gegen die Zeitung „Westfälischer Beobachter“ wegen eines Artikels über KPD-Tätigkeit in Hausberge u.a.) 1933-1935  
 B Nr. 149 Vereine (auch politische Vereine), Generalia 1900-1906  
 B Nr. 159 Vereine und Versammlungen 1910-1930  
 A Nr. 28 Hollandgänger 1842-1843  
 B Nr. 113, 117, 122, 124, 125 Ausländische Arbeiter 1900-1943  
 Nr. 528 Erlaß eines Statuts über die Lohnzahlung an minderjährige Arbeiter, Spezialia 1915-1926  
 B Nr. 120 Arbeitsverordnungen in Fabriken 1909-1919  
 B Nr. 140 Die Handwerks- und Fabrikarbeiter-Unterstützungen, Generalia 1852-1897  
 P Nr. 1 Verdächtige Persönlichkeiten in Minden und Umgebung 1851-1852  
 P Nr. 4 Zigarrenarbeitervereine 1851-1853



## 8. Landratsamt Warburg

## M 2 Warburg

- Nr. 575 Revolution 1918, vor allem Verhältnis zwischen Verwaltung und den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten 1918-1921
- Nr. 2335 Sitzungsberichte des Arbeiter- und Soldatenrats 1918-1919
- Nr. 41-45 Zeitungsberichte, Spezialia 1847-1914
- Nr. 1119 Gewerkschafts- und Vereinswesen sowie genossenschaftliche Organisationen, Spezialia 1922-1937
- Nr. 1332 Arbeiterbewegungen (Streiks) und Betriebsstillegungen, Spezialia 1890-1933
- Nr. 604 Schlichtungskammer, Schlichtungsausschüsse und Streitsachen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Generalia 1919-1924
- Nr. 605 Desgl., Spezialia 1920-1923
- Nr. 701 Streit- und Schlichtungssachen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Landwirtschaft und Forstverwaltung, Spezialia 1919-1936
- Nr. 376 Gesindwesen 1863-1914
- Nr. 380 Desgl. 1910-1923
- Nr. 267 Überwachung von Staatsfeinden 1865-1890
- Nr. 293 Überwachung politischer Vereine, Generalia 1851-1901
- Nr. 295, 296 Die Sozialdemokraten, Spezialia 1876-1919
- Nr. 1220-1223 Überwachung politisch verdächtiger Personen und Vereinigungen sowie Auflösung und Verbot der letzten, Spezialia 1919-1938
- Nr. 1215-1219 Innen- und außenpolitische Polizeiangelegenheiten sowie die wirtschaftliche und politische Lage allgemein, Spezialia 1921-1936
- Nr. 1195 Allgemeine Polizeisachen sowie Sofortberichte über besonders wichtige Ereignisse, Spezialia, Bd. 1 1919-1935

Nr. 1197 Desgl., Bd. 3 1937-1938

## 9. Landratsamt Warburg/Amt Peckelsheim

## M 2 Warburg/Amt Peckelsheim

- Nr. 91 Arbeitsverhältnisse, Beschäftigung der Arbeiter 1900-1934
- Nr. 64 Desgl. 1900-1934
- Nr. 61 Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Gesinde 1900-1925
- Nr. 89 Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Bd. 1 1912-1932
- Nr. 90 Desgl., Bd. 2 1906-1918
- Nr. 60 Gesindewesen 1900-1925
- Nr. 86 Desgl. 1901-1920
- Nr. 56-59 Beschäftigung ausländischer Arbeiter 1906-1936
- Nr. 18 Zeitungsberichte 1900-1934
- Nr. 49 Landesvisitationen und Maßregeln gegen staatsgefährliche Bestrebungen, Generalia 1901-1932
- Nr. 50, 51 Desgl., Spezialia 1900-1932
- Nr. 77, 78 Verbotene Schriften 1901-1936
- Nr. 52 Vereinswesen und öffentliche Lustbarkeiten, Generalia 1900-1936
- Nr. 53, 54 Desgl., Spezialia 1901-1936

## C. REGIERUNGSBEZIRK DETMOLD

## I. BEZIRKSBEHÖRDEN

## 1. Polizeiamt Herford

## D 2 B

- Nr. 24 Überwachung der KPD, kommunistischer Nebenorganisationen und des Kommunismus verdächtiger Personen 1932-1937
- Nr. 29 Rundverfügungen und Verzeichnis flüchtiger Kommunisten und Marxisten 1937-1938
- Nr. 32 Beschlagnahme und Verwertung des Vermögens der SPD, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der ihnen an-

- geschlossenen Organisationen wie „Volkswacht“, Reichsbanner, Freie Volksbühne 1933-1934
- Nr. 35 Verfahren und Schutzhaft gegen Gewerkschaftssekretär Paul Volkmann, Gewerkschaftssekretäre Wilhelm Borchard, August Niemeier, Hans Binöder, Karl Heidbrink, August Oberdiek, Richard Meier, Julius Finke MdR (SPD) 1933-1934
- Nr. 37 Schutzhaft gegen KPD-Mitglieder 1933-1934

## 2. Gewerbeaufsichtsamt Bielefeld

### D 3 Bielefeld

- Nr. 68, 69 Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, Spezialia 1902-1927
- Nr. 70 Arbeitseinsatz und Arbeitsschutz von Frauen und Jugendlichen, Generalia 1939-1947
- Nr. 71 Beschäftigung von Jugendlichen und Arbeiterinnen in der Glasindustrie, Generalia 1913 1929-1932 1938
- Nr. 76 Arbeiter-Inspektionsbericht, Arbeitszeit, Unterbringung, Statistik, Generalia 1893-1931
- Nr. 87 Heim- und Hausarbeit in der Bekleidungsindustrie, Generalia/Spezialia 1930-1940
- Nr. 89 Arbeitsanweisung mit gleichzeitiger Lohnbemessung für Heimarbeiter im Bereich des Gewerbeaufsichtsamtes Bielefeld, Generalia 1938
- Nr. 90 Heimarbeit und ihre Lohnbemessungsgrundlage bei Betrieben, die nach der Bielefeld-Herforder-Herrenbekleidungsindustrie-Tarifordnung arbeiten, Spezialia 1934-1936
- Nr. 94 Arbeitszeitregelung durch Tarifverträge, auf Arbeiterversammlungen, durch Erlasse und Verfügungen, Generalia/Spezialia 1926-1929
- Nr. 96 Stellungnahme zur Arbeit an Feier- und Sonntagen, Generalia 1933-1947

- Nr. 99 Tarifordnung für die Bekleidungsindustrie, Generalia 1935-1936
- Nr. 101 Arbeitszeitbegrenzung, Vertrieb und Herstellung im Bäckereigewerbe, Generalia 1925-1939
- Nr. 109 Wirtschaftliche Lage der Arbeiter, Generalia, Bd. 1 1911 1919-1932
- Nr. 110 Desgl., Generalia, Bd. 2 1939-1946
- Nr. 111 Desgl., Bd. 1 1939-1946
- Nr. 112 Desgl., Spezialia, Bd. 1 1908-1925
- Nr. 113 Desgl., Spezialia, Bd. 3 1930-1935
- Nr. 114, 115 Arbeiterorganisationen, Generalia/Spezialia 1902-1946

## 3. Gewerbeaufsichtsamt Minden

### D 3 Minden

- Nr. 68 Kinderarbeit, Generalia 1937-1954
- Nr. 184 Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter, Generalia 1906-1937
- Nr. 26 Desgl., Generalia 1911-1932
- Nr. 126 Arbeiterinnen, Generalia 1932-1954
- Nr. 122 Desgl., Spezialia 1938-1953
- Nr. 64 Jugendliche Arbeiter, Generalia 1938-1953
- Nr. 66 Arbeiter, Generalia 1921-1934
- Nr. 1 Arbeitsordnungen, Generalia 1892-1926
- Nr. 65 Desgl., Generalia 1934-1949
- Nr. 44 Heimarbeit, Generalia 1893-1931
- Nr. 176 Desgl., Spezialia 1932-1954
- Nr. 177 Desgl., Spezialia 1935-1954
- Nr. 51 Hausarbeit in der Tabakindustrie, Generalia 1919-1931
- Nr. 75 Heimarbeit in der Tabakindustrie, Generalia 1925-1954
- Nr. 127, 128 Arbeitszeit, Generalia 1930-1953
- Nr. 147 Verstöße gegen die Arbeitszeitordnung, Spezialia 1930-1936
- Nr. 209 Lang- und Nachtarbeiter, Generalia 1939-1945



- Nr. 16 Sonntagsruhe und Sonntagsarbeit,  
Generalia 1893-1932
- Nr. 134 Sonntagsruhe, Generalia  
1932-1954
- Nr. 129 Desgl., Spezialia 1939-1955
- Nr. 23 Wirtschaftliche Lage der Arbeiter,  
Generalia 1907-1931
- Nr. 62 Desgl., Generalia 1937-1949
- Nr. 13 Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-  
organisationen, Generalia  
1907-1931
- Nr. 78 Arbeiterorganisationen und  
Lohnbewegungen, Spezialia  
1912-1937
- Nr. 180 Berufsgenossenschaften,  
Generalia 1918-1936
- Nr. 20 Arbeiterausstände und Aus-  
sperrungen, Generalia  
1898-1931

## II. REGIONALBEHÖRDEN

### 1. Forstamt Altenbeken

#### D 6 B Altenbeken

- Nr. 97 Arbeitsausschüsse, Kassenbeiträge,  
Tarifverträge, Schiedsgericht,  
Betriebsrat, Schirr- und Brenn-  
holzabgabe 1918-1925
- Nr. 430 Gefangenearbeit, Generalia/  
Spezialia 1916-1918

### 2. Forstamt Böddeken

#### D 6 B Böddeken

- Nr. 19 Einsatz und Versorgung von aus-  
ländischen Kriegsgefangenen in  
der Forstwirtschaft, Teilnahme  
einheimischer Waldarbeiter an  
einem Ausbildungslehrgang für  
Kolonnenführer, Generalia/Spezialia  
1941-1945

## III. LOKALBEHÖRDEN

### 1. Stadt Detmold

#### D 106 Detmold

- Nr. 116 Abhaltung von Volksversamm-  
lungen 1888
- Nr. 145, 146 Beschäftigung von jugend-  
lichen Arbeitern in den Fabriken,  
Spezialia 1855
- Nr. 203 Detmolder Zieglerverein 1891

### 2. Gemeinde Nienhagen

#### D 106 Nienhagen

- Nr. 87 Notstandsmaßnahmen zur  
Unterstützung von Sozial- und  
Kleinrentnern, von Erwerbslosen  
und durch den Ruhrkampf  
vertriebenen Wanderarbeitern  
1923-1924
- Nr. 88 Verbesserung der Lage der Ein-  
lieger (1849), enthält: Memo-  
randum des Lippischen Land-  
tags (1849)  
1873-1874

## D. PERSONENSTANDSRECHTLICHE QUELLEN

- P 1-10 Zivilstandsregister, Kirchenbuch-  
duplikate, Register von Juden  
und Dissidenten, Standesamt-  
liche Nebenregister der Regie-  
rungsbezirke Arnsberg, Detmold  
und Münster (1779)  
1808-1938

# FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE, XXI

Bearbeitet von Rita Klunkert

## Titelverzeichnis

### A. HILFSMITTEL

-----

### B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

-----

### C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER/ BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

- 2317 ENCKELL, Marianne (Genf/Schweiz):  
**Max Nettlau et l'historiographie de l'anarchisme.** — Thèse (science politique). — In Bearbeitung.
- 2318 RABINBACH, Anson G. (Amherst, Massachusetts/USA): **Passage to Politics: Ernst Fischer as Critic, Writer and Dramatist in the 1920's.** — (Die kulturpolitischen Aktivitäten Ernst Fischers während seiner Zeit beim „Arbeiterwille“, Graz, und bei der „Arbeiterzeitung“, Wien.) — Aufsatz. — Abgeschlossen. — Soll 1975 in der Zeitschrift „Modern Austrian Literature“ erscheinen.
- 2319 STOLLBERG, Gunnar (Bielefeld): **Zur politischen und wissenschaftlichen Entwicklung Richard Löwensthal's. Versuch über die Metamorphose eines marxistischen Intellektuellen seit Ende der Weimarer Republik.** — (L.s Entwicklung als Marxist von der Dissertation 1931 bis „Jenseits des Kapitalismus“ 1946, seine Abkehr von und seine heutige Haltung zur Marxschen Theorie, mit kritischer Würdigung.) — Aufsatz. — In Bearbeitung.

### D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

- 2320 MAEHL, William Harvey (Auburn, Alabama/USA): **August Bebel: Shadow Emperor of the German Workers.** A political biography. — (Schwerpunkt: B. als praktischer Parlamentspolitiker und Taktiker, der mehr als jeder andere Sozialdemokrat zum Wachstum und Erfolg der Vorkriegssozialdemokratie beitrug, vorwiegend allerdings durch seine großen marxistischen Ziele, die Begeisterung weckten. Quellenbasis: Archive in Zürich, Berlin, Amsterdam, Hamburg, Bonn-Bad Godesberg, Koblenz und die wichtigsten amerikanischen Bibliotheken.) — Monographie. — In Bearbeitung; Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1975.
- 2321 Van de KOLK, Paul Gerhard (Marburg): **Die Einschätzung der politischen Tätigkeit August Bebel's in der deutschsprachigen Geschichtsschreibung und politischen Publizistik seit 1914.** — (Ideologiekritische Untersuchung des „Bebel-Bildes“ in der Literatur; Frage nach den theoretischen und methodischen Implikationen der jeweiligen Darstellungen und den Vermittlungen zwischen bestimmten Geschichtsbildern und deren Wandlungen einerseits und gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten und Entwicklungen andererseits.) — Phil. Diss. (bei Prof. G. Fülberth). — In Bearbeitung; Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1976.



- 2322 MADER, Ursula (Berlin/DDR): **Walther Rathenau als Funktionär des Finanzkapitals. Beiträge zu einer politischen Biographie (1887–1917).** — Phil. Diss. — Abgeschlossen 1974. — Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 6, S. 620.
- 2323 HAWRANEK, Franciszek (Opole/Polen): **Franciszek Trąbalski (1870–1964). Biographie eines Führers der PPS in Preußen.** — (Anhand von Quellen aus den Archiven in Wrocław, Opole, Zabrze, Potsdam, Merseburg.) — Aufsatz. — Abgeschlossen. — Erscheint in Bd. 2 (1975) des Jahrbuchs „Klasa Robotnicza na Śląsku” im Verlag des Instytut Śląski, Opole.
- 2324 BARCLAY, David E. (Stanford, California/USA): **Social Politics and Social Reform in Germany, 1890–1933: Rudolf Wissell and the Free Trade Union Movement.** — (Sozialpolitische Auffassungen der freien Gewerkschaftsbewegung; Denken und Handeln W.s in diesem Zusammenhang als Gewerkschaftsfunktionär und als Reichsminister; „Sozialpolitik als Ersatz” oder Sozialpolitik als Erfüllung der Ideologie eines reformistischen Sozialismus? Quellen: Nachlässe und anderes unveröffentlichtes Material; Presse und sonstige Publikationen der freien Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie u.a.) — Phil. D. (bei Prof. Gordon A. Craig). — Ms.-Abschluß Ende 1974.
- E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG**
- I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume**
- 2325 Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. **Festschrift zum 100. Geburtstag Hans Böcklers.** — (Hrsg. und mit einem Vorwort von Heinz O. Vetter; Redaktion: Ulrich Borsdorf und Hans O. Hemmer. Aufsatzsammlung zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften, mit Beiträgen von Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde, Martin Martiny, Hans-Josef Steinberg, Kurt Koszyk, H. J. Wallraff, S.J., Hans Mommsen, Gerald D. Feldman, Dieter Schneider, Rudolf F. Kuda, Tim Mason, Dieter Schuster, Lutz Niethammer, Gerhard Beier, Gerhard Leminsky, Bernd Otto, Detlef Hensche, Hans O. Hemmer, Ulrich Borsdorf.) — Erscheint im Februar 1975 im Bund-Verlag, Köln.
- 2326 EVANS, Richard J. (Stirling, Schottland/GB): **German Social Democracy and the Emancipation of Women.** — (Politik der SPD in der Frauenfrage; Anfänge, Entwicklung und Struktur der sozialdemokratischen Frauenorganisationen unter dem Sozialistengesetz; Machtkämpfe innerhalb der Bewegung; Zerfall der Bewegung im 1. Weltkrieg; Verhältnis zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Frauenbewegung. Quellen: u.a. Clara Zetkin-Materialien im IML/ZPA Berlin, Staatsarchiv Hamburg und weitere Staatsarchive, IISG Amsterdam, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg, DZA Potsdam etc.) — Monographie. — Fortgeschrittenes Stadium der Bearbeitung; Abschluß bis Februar 1975. — Siehe auch den Nachtrag zu Nr. 1507 im Anschluß an dieses Titelverzeichnis.
- 2327 SAURIEN, Detlef (Erlangen-Nürnberg): **Zur Entwicklung der innerbetrieblichen Interessenvertretung der Arbeiter in Deutschland von der Wilhelminischen Epoche bis zur**

**Weimarer Republik.** — Magisterarbeit (bei Dr. U. Schmiederer). — Abgeschlossen.

- 2328 **HOMBURG, Heidrun** (Freiburg i. Br.): **Rationalisierungsmaßnahmen in ausgewählten Unternehmen der deutschen Industrie und deren Auswirkungen auf Unternehmensorganisation und Belegschaftsstruktur 1914–1933.** — (1. Die unternehmensinterne Diskussion um Rationalisierungsmaßnahmen; 2. die Diskussion dieser Maßnahmen und der damit verbundenen Änderungen am Arbeitsplatz etc. in den sozialistischen Arbeiterorganisationen in Deutschland. Quellen: Firmenarchive; Publikationen und sonstiges Material der SPD und der Gewerkschaftsverbände.) — Phil. Diss. (bei Prof. Heinrich A. Winkler). — In Bearbeitung.

## II. Darstellungen in zeitlicher Folge

### a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

- 2329 **BRANDENBURG, Alexander** (Münster): **Theoriebildungsprozesse der deutschen Arbeiterbewegung von 1835–1845.** — (Rolle der Arbeiterbewegung und ihrer Theorie, Verhältnis zum wissenschaftlichen Sozialismus.) — Staatsexamensarbeit. — Ms.-Abschluß Ende 1974.
- 2330 **NA'AMAN, Shlomo** (Tel Aviv): **Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei. Der 5. Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg 1868. Eine archivalische Untersuchung.** — (Die Untersuchung fußt auf den offiziellen Verlautbarungen des Vororts Leipzig des „Verbandes deutscher Arbeitervereine“, dem handschriftlichen Protokoll der Verhandlungen, dem Aktenband des Vororts über den Vereinstag und anderen Akten aus dem August-Bebel-

Archiv, Berlin. Die Dokumente ermöglichen es, ein genaueres und in vieler Hinsicht korrigiertes Bild des Vereinstages zu zeichnen.) — In Bearbeitung.

- 2331 **SACHS, Michael** (Hamburg): **Soziale Bindungen der Mitgliedschaft, innerparteiliche Demokratie und Stadt-Länd-Gegensatz der norddeutschen Sozialdemokratie 1863–1875.** — (Organisation, Versammlungstätigkeit und Meinungsbildung in ADAV und SDAP von der Gründung des ADAV bis zum Gothaer Parteitag.) — Phil. Diss. (bei Prof. Jochmann). — Ms.-Abschluß 1975.

### b) 1890 – 1914

-----

### c) Weltkrieg und Revolution

- 2332 **DREETZ, Dieter** (Potsdam): **Die Funktionen des Heimatheeres des deutschen Imperialismus während des ersten Weltkrieges und in der Novemberrevolution.** — Phil. Diss. — Abgeschlossen 1974. — Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 6, S. 620.

### d) Weimarer Republik

- 2333 **SCHUMANN, Peter B.** (Berlin-West): **Politischer Film in der Weimarer Republik.** — Monographie. — Anfangsstadium der Bearbeitung. — Soll im Herbst 1975 im Carl Hanser Verlag, München, erscheinen.
- 2334 **WEITKAMP, Paul-H.** (Münster): **Funktion und Strategie der offiziellen Volksbildung in der Frühphase der Weimarer Republik am Beispiel ausgewählter Städte des Ruhrgebietes.** — (Volksbildung zwischen politischer Notwendigkeit und ökonomischen Grenzen: Finanzierung und Interessen, Struktur und Legitimation, Träger und Rechtsform, didaktische und methodische Verfahren.



Quellenbasis: Archivmaterial und Periodika.) – Päd. Diss. (bei Prof. Weinberg, Münster, und Prof. Klönne, Bielefeld). – Ms.-Abschluß etwa Mitte 1975.

- 2335 KNILLI, Friedrich, und Wolfgang RÖHRER (beide Berlin-West): **Die Arbeiterradiobewegung 1923 – 1933.** – (Schwerpunkte: Zusammenarbeit von SPD und KPD, Erfindungen der Arbeiterradiobastler, Einflußnahme auf die Programmgestaltung. Quellen: Arbeiterradiopresse, Archivmaterial, Interviews mit ehemaligen Mitgliedern des Arbeiter-Radio-Bundes. Für Quellenhinweise sind die Vf. dankbar.) – Monographie. – In Bearbeitung. – Soll im Herbst 1975 im Anabas Verlag erscheinen.
- 2336 KRAMER, Jürgen (Düsseldorf): **Revolutionäre deutsche Kunst. Die „Assoziation revolutionärer bildender Künstler Deutschlands (ARBKD)“ 1928 bis 1933.** – (Herausarbeitung der erstmalig von den Kommunisten formulierten kulturpolitischen Grundsätze für die bildenden Künste, die sich in der Organisation der ARBKD niederschlugen, und der damit verbundenen Auseinandersetzung zwischen reformistischen, revisionistischen und kommunistischen Positionen.) – Monographie. – In Bearbeitung; Abschluß 1975 geplant. – Erscheint evtl. im Sommer 1975 im Oberbaumverlag, Berlin.

#### e) 1933 – 1945

- 2337 SIEGMANN, Paul (Saarbrücken): **Tagebuchauszüge Juni 1933 bis Januar 1935.** – (S. war Redakteur einer saarländischen Gewerkschaftszeitung und stand dem führenden Kreis der Einheitsfront nahe.) – Erscheint noch in diesem Jahr in „Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend“.

#### f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

- 2338 PFEIFER, Sylvia (Köln): **Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften 1946–1948.** – (Schwerpunkte: Einfluß der Alliierten und des Weltgewerkschaftsbundes auf die Gewerkschaftspolitik, Verlauf der Konferenzen und Gründe ihres Scheiterns. Die Arbeit basiert vorwiegend auf Archivmaterialien.) – Phil. Diss. (bei Prof. Oberländer). – In Bearbeitung; Abschluß voraussichtlich Juli 1976.
- 2339 KALBITZ, Rainer (Bochum): **Die Arbeitskämpfe in der BRD. Aussperung und Streik 1948–1968.** – Sozialwiss. Diss. – Abgeschlossen. – Liegt als Privatdruck (Bochum 1972, 279 S.) vor.
- 2340 GRANSOW, Volker (Berlin-West): **Zur kulturpolitischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis 1973.** – (Beschreibung und Untersuchung der DDR-Kulturpolitik im Kontext politisch-ökonomischer Entwicklungen.) – Phil. Diss. (bei Prof. Helge Pross und Prof. Urs Jaeggi). – Abgeschlossen im März 1974.

### III. Regionale und lokale Darstellungen

#### a) Regional

- 2341 HANKE, Hans (Marburg): **Die Arbeiterpresse in Hessen 1848–1850.** – (Anhand von Quellen aus dem Staatsarchiv Marburg.) – Aufsatz. – Abschluß voraussichtlich Oktober 1974.
- 2342 HENNE, Karl-Heinz (Bielefeld): **Die lippische Arbeiterbewegung im Kampf gegen Verelendung und Faschismusgefahr in den letzten Jahren der Weimarer Republik (1930–1933). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung Ostwestfalens.** – (Untersucht wer-

- den soziale, wirtschaftliche und politische Kämpfe der Arbeiterbewegung unter den Bedingungen abgechiedener Kleinstadtverhältnisse, wirtschaftlicher Rückständigkeit und einer überwiegend bäuerlich-kleinbürgerlich strukturierten Gesellschaft. Quellen: Staatsarchiv Detmold, DZA Potsdam und Merseburg, IML Berlin; Protokolle des Landtags und der Kommunalparlamente, Zeitungen, Nachlässe, Interviews.) — Phil. Diss. (bei Prof. Joachim Rohlfes). — Abschluß voraussichtlich Ende 1974.
- 2343 CALLESEN, Gerd (Kopenhagen): **Die Arbeiterbewegung in Nord-schleswig 1872–1878.** — (Organisatorischer Aufbau der ADAV-Gruppen; ihre Politik insbesondere in der nationalen Frage. Die Studie stützt sich hauptsächlich auf die zeitgenössische Presse.) — Aufsatz. — Erscheint 1975 in der „Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte“.
- 2344 KRACHT, H.-J.: **Der organisatorische Ausbau der Kolping-Bewegung in den Rheinlanden im 19. Jahrhundert (unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterbildung).** — Monographie. — Soll 1975 im Umfang von ca. 100 S. als Nr. 5 der Schriftenreihe „Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden“ im Verlag Einhorn-Press Peter Främcke, Wentorf b. Hamburg, erscheinen.
- 2345 SCHOLLE, Dietrich (Münster): **Der Ruhr bergarbeiterstreik von 1912.** — (Ursachen und Verlauf auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen Unternehmerschaft und Arbeiterschaft, des Konkurrenzkampfes der Bergarbeitergewerkschaften und der spezifischen Probleme der Bergarbeiterbewegung sowie der allgemeinen innenpolitischen Polarisierung der letzten Jahre vor dem 1. Weltkrieg. Quellen: Organe, Generalversammlungsprotokolle, Geschäftsberichte der Gewerkschaften und Unternehmerverbände des Ruhrbergbaus; einschlägige Akten im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf und Staatsarchiv Münster.) — Staatsexamensarbeit. — Abgeschlossen.
- 2346 SCHNEIDER, M.: **Die Sozialdemokratie in der Defensive. Thesen und Materialien zum Ruhr eisenstreik 1928/29.** — Monographie. — Erscheint noch in diesem Jahr im Umfang von ca. 100 S. als Nr. 4 der Schriftenreihe „Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden“ im Verlag Einhorn-Press Peter Främcke, Wentorf b. Hamburg.
- b) Lokal
- 2347 KLÖCKER, Michael (Köln): **Die Aachener Sozialdemokratie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg.** — Monographie. — Erscheint noch in diesem Jahr im Umfang von ca. 80 S. als Nr. 3 der Schriftenreihe „Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden“ im Verlag Einhorn-Press Peter Främcke, Wentorf b. Hamburg.
- 2348 HOOGLAND, Vincent (Münster): **Industrialisierung in Kleve am Beispiel typischer Industriezweige unter Berücksichtigung sozialer Veränderungen.** — (Entstehung der Industrie in K.; Auswirkungen der Industrialisierung auf Bevölkerungsentwicklung, Schulwesen, Gewerkschaftsgründungen.) — Staatsexamensarbeit (bei Prof. Kohl). — Abgeschlossen.
- 2349 BERS, Günter, und Michael KLÖCKER (beide Köln): **Die Sozialdemokratie im Kölner Raum 1890–1895.** — Monographie. — Er-



scheint noch in diesem Jahr im Umfang von ca. 250 S. als Nr. 2 der Schriftenreihe „Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden“ im Verlag Einhorn-Presse Peter Främcke, Wentorf b. Hamburg.

- 2350 ZWAHR, Hartmut (Leipzig): **Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution.** — Promotion B. — Abgeschlossen 1974. — Hinweis in ZfG 22 (1974), H. 6, S. 620.

- 2351 PANZERA, Donald (Evanston, Illinois/USA): **Soziale Betriebsverfassung und sozialer Konflikt des Steinkohlenbergbaubetriebs der Gutehoffnungshütte (Oberhausen), 1855–1914. Eine Fallstudie.** — (Zusammenhänge zwischen Betriebsführung, Organisation und sozialem Konflikt. Quellen: Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Staatsarchiv Münster.) — Ph. D. — Abschluß bis Juni 1975.

## F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

### Dänemark

- 2352 FEDERSPIEL, Søren (Kopenhagen): **Die Sozialdemokratie und die deutschen Parteidiskussionen (zwischen Lasalleanern und Eisenachern 1872).** — (5 Briefe u.a. von Adolf Hepner an Louis Pio betr. die Unterstützung der Kandidatur Hasenclevers in Apenrade-Flensburg 1872 durch die Dänen. Die Briefe stammen aus den Akten des Prozesses gegen Pio.) — Edition. — Abgeschlossen. — Erscheint in „Årbog for arbejderbevaegelsens historie“, Bd. 4 (1974).

## Frankreich

- 2353 KOLBOOM, Ingo (Berlin-West): **Die Streiksituation 1936 in Frankreich und ihre Folgen. Eine Studie zum sozialen System der Dritten Republik.** — (Die Streiks 1936 als Indikator und aktiver Wendepunkt der sozialen Struktur der französischen Gesellschaft. Problem der „blockierten Gesellschaft“ und ihrer Dynamisierung.) — Staatsexamensarbeit (bei Prof. Ernst Schraepfer). — Abgeschlossen Mai 1974.
- 2354 LOTH, Wilfried (Saarbrücken): **Sozialismus und Internationalismus. Theorie und Praxis sozialistischer Außenpolitik in Frankreich, 1940–1950.** — (Außenpolitische Theoriediskussion in der Résistance, der SFIO und in sonstigen nicht-kommunistischen Linksgruppen; Beitrag dieser Kräfte zur Entstehung der französischen Europapolitik.) — Phil. Diss. (bei Prof. Walter Lipgens). — Abgeschlossen 1974. — Veröffentlichung geplant.

## Italien

- 2355 HESSE, Heidrun-Ute (Berlin-West): **Die parlamentarische Fraktion der italienischen Sozialistischen Partei von 1913–1919 (XXIV. Legislaturperiode).** — (Beitrag zur Geschichte der Institutionen der italienischen Arbeiterbewegung, insbesondere zum Verhältnis von Fraktion und Partei in der Weltkriegszeit. Quellen: u.a. Staatsarchiv Rom, Feltrinelli-Institut Mailand, Nationalbibliothek Florenz.) — Phil. Diss. (bei Prof. Rürup). — Fortgeschrittenes Stadium der Bearbeitung; Ms.-Abschluß voraussichtlich Ende 1975.

## Niederlande

- 2356 VERBOOM, J.A.M. (Nijmegen/Niederlande): **De katholieken en het socialisme. Een studie over het tijdschrift „De Katholiek” in de periode 1860–1901.** [Die Katholiken und der Sozialismus. Eine Studie über die Zeitschrift „De Katholiek” in den Jahren 1860–1901.] – Kandidaatsscriptie (bei Prof. A. F. Manning). – Abgeschlossen.
- 2357 TERMEER, H.J.C. (Nijmegen/Niederlande): **De reactie van de SDAP op, en naar aanleiding van de gebeurtenissen in Oostenrijk, febr. t/m juli 1934.** [Die Reaktion der Sozial-Demokratischen Arbeiter-Partei auf die Ereignisse in Österreich, Februar–Juli 1934.] – Kandidaatsscriptie (bei Prof. A.F. Manning). – Abgeschlossen.

## Norwegen

- 2358 HOLM, Ingar (Oslo): **Syndikalismen i Norge ca. 1906–1914.** [Syndikalismus in Norwegen ca. 1906–1914.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.
- 2359 DAATLAND, Dan Dyrli (Bergen/Norwegen): **Holdningen til Moskva-prosessene i norsk arbeiderbevegelse.** [Haltung der norwegischen Arbeiterbewegung zu den Moskauer Prozessen.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung
- 2360 EIDSVÅG, Inge (Trondheim/Norwegen): **Reaksjoner på Finlands krisen i Arbeiderpartiets og Kommunistpartiets presse.** [Reaktionen auf die Finnlandkrise in der Presse der Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.

- 2361 KRISTENSEN, Brigt (Bergen/Norwegen): **NKP 1945–1954.** [Die Norwegische Kommunistische Partei 1945–1954.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.
- 2362 HERMANSEN, Hans Petter (Oslo): **Norsk arbeiderbevegelses holdninger til gjenopprustningen av Tyskland.** [Haltung der norwegischen Arbeiterbewegung zur deutschen Wiederaufrüstung.] – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.
- 2363 NIKOLAISEN, Helga (Oslo): **Arbeiderpartiets vei: Fra norsk trygghet til europeisk fellesskap?** [Der Weg der Arbeiterpartei: Von norwegischer Sicherheit zu europäischer Gemeinsamkeit?] – (Über die erste Phase der norwegischen EWG-Diskussion im April 1962.) – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.

## Rußland

- 2364 HAUMANN, Heiko (Freiburg i.Br.): **Staat und Kapital in Rußland während des Ersten Weltkriegs.** – (Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kapital in Rußland; zum Problem der „ursprünglichen Akkumulation”; Rüstungsproduktion vor dem Weltkrieg; Veränderungen in der Kapitalstruktur vor und im Weltkrieg; die einzelnen Kapitalgruppen, Agrarier und die Regierung im Krieg; Regierung, „Gesellschaft”, Masse des Volkes; zur Theorie des „staatsmonopol. Kapitalismus” und zu den Ausgangsbedingungen der Sowjetmacht. Vergleiche mit anderen Ländern, insbesondere Deutschland. Berücksichtigung der Arbeiterbewegung.) – Habil.schrift (bei Prof. G. Schramm). – Ms.-Abschluß Ende 1975 geplant.



# G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

2365 Van LOOSBROEK, C.M. (Nijmegen/Niederlande): **Samenwerking en conflict in de Socialistische Ar-**

**beiders Internationale, 1931–1935.** [Zusammenarbeit und Konflikt in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, 1931–1935.] – Doctoraal scriptie (bei Prof. A. F. Manning). – Abgeschlossen.

## Nachträge zum Titelverzeichnis

### Heft 6, Nr. 774

Die Arbeit von Wolfgang NEUGEBAUER, die 1969 von der Phil. Fak. der Universität Wien als Dissertation angenommen wurde (siehe Nachtrag in IWK 14, S. 68), wird unter dem Titel „Bauvolk der kommenden Welt. Die Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich, 1894–1945“ im Herbst 1974 als Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung im Europa Verlag, Wien, erscheinen.

### Heft 11/12, Nr. 1361

Die Studie von Jean Helen QUA-TAERT wurde unter dem Titel „The German Socialist Women's Movement 1890–1918: Issues, Internal Conflicts and the Main Personages“ als Dissertation von der University of California, Los Angeles, angenommen. Sie ist über University Microfilms, A Xerox Company, Ann Arbor, Michigan/USA, erhältlich.

### Heft 11/12, Nr. 1385

Das Vorhaben von Detlef SAURIEN über „Die Politik der Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften (ADG) von 1935 bis 1940“ wurde aufgegeben. (Vgl. statt dessen Nr. 2327 des vorliegenden Titelverzeichnisses.)

### Heft 11/12, Nr. 1387

Die Dissertation von Wolfgang Jean STOCK (Erlangen-Nürnberg) über „Das sozialistische und kommunistische deutsche Exil in der Schweiz 1933–1946“ steht kurz vor ihrem Abschluß. Eine Arbeits-skizze erschien unter dem Titel „Schweizer Flüchtlingspolitik und exilierte deutsche Arbeiterbewegung 1933–1943“ als einleitender Aufsatz in Karl Hans Bergmann, „Die Bewegung 'Freies Deutschland' in der Schweiz 1943–1945“, München 1974 (Carl Hanser Verlag).

### Heft 13, Nr. 1507 (auch Heft 18, Nr. 1950)

Die Arbeit von Richard J. EVANS wurde im November 1972 von der University of Oxford als Dissertation angenommen und wird etwa in einem Jahr unter dem Titel „The Feminist Movement in Germany, 1894–1933“ in der Reihe „Studies in Twentieth Century History“, hrsg. von W. Laqueur und G.L. Mosse im Auftrag des Institute for Contemporary History in London, erscheinen. Dissertation und kommende Buchveröffentlichung behandeln ausschließlich die bürgerlich-liberale Frauenbewegung, vornehmlich anhand der Akten des Bundes Deutscher Frauenvereine. (Vgl. dagegen Nr. 2326 des vorliegenden Titelverzeichnisses.)

## Heft 13, Nr. 1562

Die Studie von Karl R. STADLER und Inez KYKAL wird unter dem Titel „Odyssee eines Rebellen. Richard Bernaschek und der 12. Februar 1934“ im Frühjahr 1975 als Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung im Europa Verlag, Wien, erscheinen.

## Heft 17, Nr. 1907

Die Dissertation von P.F. MAAS ist in überarbeiteter Fassung unter dem Titel „Social-Democratische Ge-

meentepolitiek in Katholiek Nijmegen, 1894–1927“ [Sozial-Demokratische Gemeindepolitik im katholischen Nijmegen, 1894–1927], Nijmegen 1974, erschienen.

## Heft 19/20, Nr. 2122

Das Dissertationsvorhaben von Karl-Friedrich MÜLLER (Freiburg i.Br.), das ursprünglich „Politik und Organisation der KPD in den westlichen Besatzungszonen 1945–1948“ zum Gegenstand hatte, wird sich auf die Entwicklung im Lande Südbaden beschränken.



## NEUE LITERATUR

Årbog for Arbejderbevaegelsens Historie, udgivet af Selskabet til forskning i arbejderbevaegelsens Historie. – (Jahrbuch für Geschichte der Arbeiterbewegung, hrsg. von der Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung), Bd. 3, 1973, 188 S. – Kopenhagen: Verlag GMT.

Das Jahrbuch erscheint im dritten Jahr in leicht veränderter und erweiterter Gestalt in einem neuen Verlag. Dem visuellen Zeitalter entsprechend, sind den einzelnen Aufsätzen historische Illustrationen und faksimilierte Reproduktionen wichtiger Texte beigegeben. Aber nicht nur äußerlich hat sich das Jahrbuch entwickelt: Es ist aktueller und theoriebewußter geworden.

Zu dieser inhaltlichen Entwicklung tragen vor allem die Aufsätze von Gerd Callesen und Norbert Fluger bei. Unter dem Titel „Om revolutionaer taktik“ (Um revolutionäre Taktik) hat Gerd Callesen einen wichtigen Briefwechsel aus den Jahren 1885–1893 zusammengestellt und kommentiert. Es handelt sich dabei um die Korrespondenz zwischen Friedrich Engels und den dänischen Linksozialisten Gerson Trier und Nikolay L. Petersen. Zusätzlich zu dem bekannten Brief Engels' vom 18.12.1889 (abgedruckt in „MEW“, Bd. 37, S. 326–328) hat Callesen in der Zeitung „Arbejdere“ eine Antwort an Petersen entdeckt, die in der Ausgabe der „Werke“ bislang fehlt. Vor allem enthält Callesens Beitrag 15 Briefe von der Hand Triers und Petersens, die sich im Amsterdamer IISG befinden und noch nicht veröffentlicht wurden. Dazu müssen einige Antworten von Engels als verloren gelten. Aber auch so bietet der Briefwechsel einen aufschlußreichen Einblick in Fragen parlamentarischer und revolutionärer Taktik im Übergang zu den neunziger Jahren mit ihren Revisionismusdebatten.

Beherrschenswert ist in diesem Zusammenhang eine Passage von Engels, die lautet: „Es gehört zum Leben und Gedeihen einer jeden Partei, daß in ihrem Schoß gemäßigte und extremere Richtungen sich ent-

wickeln und selbst bekämpfen, und wer die extremeren kurzerhand ausschließt, befördert dadurch nur ihr Wachstum. Die Arbeiterbewegung beruht auf der schärfsten Kritik der bestehenden Gesellschaft, Kritik ist ihr Lebenselement, wie kann sie selbst der Kritik sich entziehen, die Debatte verbieten wollen? Verlangen wir denn von anderen das freie Wort für uns bloß, um es in unsren eigenen Reihen wieder abzuschaffen?“ Das gehört zur ungeschriebenen Vorgeschichte des Luxemburgschen Wortes von der Freiheit der Andersdenkenden.

Norbert Fluger unternimmt den ehrgeizigen Versuch, auf nur 33 Seiten die Geschichte der Austromarxisten (1904–34) zu schreiben. Im Gegensatz zur DDR-Literatur versteht Fluger unter Austromarxismus keine revisionistische Anschauung, sondern eine „zentristische Richtung im Streit zwischen Revisionisten und Orthodoxen in dem Sinne, daß er [der Austromarxismus] sich gegen beide Richtungen wandte, aber auch viele Argumente beider Richtungen gebrauchte, um die Aufgaben der Zeit zu lösen“. Freilich dient diese Definition dem Autor nicht als Basis seiner weiteren Ausführungen. Er hält sich vielmehr an die Wiener Ausgaben der „Marx-Studien“ von Karl Renner, Otto Bauer, Rudolf Hilferding, Georg Eckstein und Max Adler, um in locker biographischer Erzählweise eine Einführung in den Austromarxismus zu geben. Flugers erklärtes Ziel ist es, das traditionelle Theorie-Defizit der dänischen Arbeiterbewegung aufzuarbeiten. So problematisch seine Methode wissenschaftstheoretisch auch sein mag, theoriendidaktisch ist sie gewiß geeignet, sein Publikum aufgeschlossener zu machen.

Nur für Spezialisten der nordischen Arbeiterbewegung sind Aufsätze von Bent Behrendt Jørgensen (Det danske socialdemokratiske syn på forsvaret 1929–35) und Hans Kirchhoff (Strejkerne i Middelfart og Nyborg august 1943). Den Abschluß

des Bandes bilden eine Reihe kompetenter Rezensionen zu dänischer und internationaler Literatur. Um die Rezeption ausserhalb Dänemarks zu erleichtern, sind den Beiträgen deutsche und englische Zusammenfassungen beigegeben.

Gewiß ist es für die kleine Schar der Herausgeber nicht leicht, das Jahrbuch auf dem erreichten Niveau zu halten, zumal der dänische Markt nur einen geringen Absatz garantiert. Umso nachdrücklicher sei auf dieses Jahrbuch hingewiesen, das auch für die deutsche Forschung immer wieder wichtige Beiträge bringt, die anders nicht zugänglich wären.

Gerhard Beier

THALHEIMER, August: **Einführung in den dialektischen Materialismus.** — Hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik. — Bremen: Kuhlmann 1973, 191 S.

Dieser Neudruck einer Reihe von Vorträgen über den dialektischen Materialismus, die Thalheimer 1927 an der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau gehalten hat, hat wenig Berechtigung; es sei denn, als ein Dokument zur Ideologie der Dritten Internationale. Was Thalheimer seinen chinesischen Hörern hier unterbreitete, ist eine weitere Verflachung des schon von Plechanow und Lenin verflachten, sich auf Engels stützenden dialektischen Materialismus, als einer alles in sich einbeziehenden „modernen Weltanschauung“. Da die Dialektik nach Thalheimer „selbst eine dialektische Entwicklung durchmachte“, verfolgt er diese in der Religionsgeschichte, der griechischen-, indischen- und chinesischen Philosophie, um schließlich — über Hegel und Feuerbach hinaus — ihre vollendete Form bei Marx und Engels darzustellen.

Thalheimer zufolge ist die Dialektik den Menschen angeboren, wenn es auch recht lange dauerte, um zu dieser Erkenntnis zu kommen. Es handelt sich hier um „die Summe der allgemeinen Bewegungsgesetze der wirklichen materiellen Welt und der diesen Gesetzen entsprechenden Denkweise

im Kopfe der Menschen, d.h. die wirkliche materielle Welt ist dialektisch, befolgt die Gesetze der Dialektik, und diese Dialektik findet sich auch im menschlichen Kopf vor, weil der menschliche Kopf auch ein Bestandteil der materiellen Welt ist“. Mit der Dialektik im Universum und im Kopf wird ersichtlich, daß sich alles aus Gegensätzen entwickelt und diese wieder eine Einheit bilden: z.B. „der Gegensatz zwischen Tag und Nacht ist in dem Begriff des vierundzwanzigstündigen Tages aufgehoben“. In der gleichen verblüffenden Weise, in der Thalheimer hier die Negation der Negation anschaulich macht, erklärt er auch das Umschlagen von Quantität in Qualität am Beispiel der Verdampfung des Wassers bei zuviel Hitze und seiner Vereisung bei zunehmender Kälte. Damit ergibt sich schließlich aus dem Gegensatz von Arbeit und Kapital unweigerlich und mittels zunehmender Klassenkämpfe die Revolution und der Sozialismus.

Obwohl Thalheimer zufolge die Dialektik einerseits schon im Kopfe steckt, so ist sie andererseits doch „nicht jedem, wie er steht und geht, angeboren. Sie ist eine Kunst, die gelernt und geübt sein will“. So gibt es gute und schlechte Dialektiker; eine wahre und eine Scheindialektik. Während wahre Dialektik „die theoretische Grundlage dafür ist, wie man Geschichte macht“, drückt sich die Scheindialektik darin aus, „daß zwischen dem Alten und dem Neuen eine Verständigung, ein Kompromiß versucht wird; man versucht, das Alte mit dem Neuen zu vereinigen, *ohne das Alte aufzuheben*“. Daraus ergeben sich „opportunistische“ und „anarchistische“ Entstellungen der Dialektik, oder praktisch: linke und rechte Abweichungen von der in der Parteilinie verkörperten wahren Dialektik.

Ohne Zweifel bildeten die Hegelsche Dialektik und der bürgerliche Materialismus den Ausgangspunkt der Marxschen Geschichtsbetrachtung. Diese aber hat mit dem von Thalheimer dargelegten dialektischen Materialismus nichts zu tun. Auch



die Engels'sche Verwässerung des Marxismus zu einer Weltanschauung ragt noch weit über Thalheimers Darstellung hinaus und ist dieser vorzuziehen. Dennoch läßt gerade die Primitivität des Thalheimer'schen Buches die Hoffnung aufkommen, daß es seine Leser nicht nur in diese Art dialektischen Materialismus ein-, sondern auch zugleich wieder hinausführt.

*Paul Mattick*

**BRENNER, Otto: Aus Reden und Aufsätzen.** — Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1973. 165 S. (=Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, 1).

Der Sammelband eröffnet die Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung und ist zugleich dem Andenken des großen Metallers gewidmet. Nicht ohne Wehmut muß der Historiker registrieren, daß nach dem Tod Fritz Opels und dem Wechsel Dieter Schneiders zur Gewerkschaft ÖTV ein historiographischer „Dreibund“ nicht mehr besteht, der das Geschichtsbewußtsein der deutschen Metallarbeiterschaft doch in einmaliger Weise geformt hat. Aber der vorliegende Band ist noch ganz von der forschenden, schreibenden und redenden Kooperation dieser drei Kollegen geprägt.

In seiner biographischen Einleitung nennt Loderer den verstorbenen IGM-Vorsitzenden einen „Brückenbauer zwischen der alten und der neuen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“ (S. 7). Es hieß auch, Brenner sei „fast zwanzig Jahre lang ein lichter Leuchtturm über dem oft gekrümmten Gewerkschaftsterrain des Taktierens und des Nur-weiter-Verwaltens“ (S. 7) gewesen. In Karikaturen wurde Brenner viel aggressiver als feuerspeiender Vulkan dargestellt. Mitarbeiter dagegen betrachteten ihn als „Eisblock“, weil der die kollegiale Kumperei nicht mitmachte. Der einschlägige Slogan „Kein Brandt ohne Brenner“ versetzte das Besitzbürgertum in Schrecken und signalisierte den vertrauensvollen Arbeitern Hoffnung. Diese geschichtliche Konstellation hat sich schneller verflüchtigt als Akteure und Beobachter ahnten. Die vorliegende Sammlung der Brenner-Re-

den ist damit nicht nur in ihren historischen Teilen, sondern auch in den überwiegend aktuellen Beiträgen bereits zur Geschichte der Arbeiterbewegung geworden.

Die einzelnen Auszüge aus Reden und Aufsätzen erstrecken sich zeitlich von der Mitte der fünfziger Jahre bis 1971. Sie sind in Blöcke geordnet nach Themen wie: Partei und Gewerkschaft, Streik und Aussperrung Mitbestimmung, Eigentumspolitik, technischer Fortschritt, europäische Integration, multinationale Gesellschaften, Entwicklungsprobleme.

Als zentral können drei Beiträge zur Diskussion um das Düsseldorfer Grundsatzprogramm des DGB von 1963 gelten. Dort heißt es zusammenfassend, daß „1. eine Wirtschaft der übergeordneten Planung bedarf, wenn sie den Arbeitnehmern die Sicherheit der Beschäftigung und allen die bestmögliche Erfüllung ihrer Bedürfnisse bringen soll; 2. der Arbeitnehmer durch Mitbestimmung in allen Wirtschaftsbereichen und -stufen dem Arbeitgeber gleichgestellt werden muß, wenn man eine lebensfähige Demokratie aufbauen will, und 3. die Überführung wirtschaftlicher Schlüsselstellungen in Gemeineigentum notwendig ist, um die Ausübung politischer Macht auf der Grundlage wirtschaftlicher Macht zu unterbinden“ (S. 121). Otto Brenner wollte, wie er immer wieder sagte, das alte Grundsatzprogramm von 1949 nicht „verwässern“, sondern „verbessern“.

Editionstechnisch ist einiges gegen die vorliegende Ausgabe einzuwenden: Es fehlt ein Personen- und Sachregister. In den einzelnen Auszügen sind die verschiedenen Auslassungen und leichte Varianten gegenüber den Erstveröffentlichungen nicht gekennzeichnet. Die Quellennachweise könnten exakter sein. Vor allem fehlen die Titel der erstveröffentlichten Fassungen. Schließlich kommt es zu einigen Überschneidungen mit früheren Veröffentlichungen aus dem gleichen Verlag (Vgl. die Rezension in „IWK“ Jg. 7 (1971), H. 13, S. 93), ohne daß darauf hingewiesen wird.

*Gerhard Beier*



RJAZANOV, David B.: *Marx und Engels nicht nur für Anfänger*. Nachwort von Bernd Rabehl. — Westberlin: Rotbuch Verlag 1973. 190 S. (= Rotbuch 105).

Diese Darstellung der Marxschen Theorie im Zusammenhang der internationalen Arbeiterbewegung setzt sich aus einer Reihe von Vorträgen zusammen, die Rjazanov 1922 in Moskau gehalten hat. Sie sind „nicht nur“ für Anfänger in dem Sinne, daß die einfache Art des Vortrags nicht auf Kosten des theoretischen Inhalts erreicht wird, obwohl dieser selbst notwendigerweise in bestimmten Grenzen gehalten ist. Sie haben die Form einer Doppelbiographie im Lichte der von Marx und Engels erlebten gesellschaftlichen und geschichtlichen Situationen. Rjazanov hält es für notwendig, hervorzuheben, daß es wohl nicht richtig sei, die Rolle der Massen im geschichtlichen Geschehen zu untertreiben, um der der Persönlichkeiten eine überaus große Bedeutung zuzumessen und bemüht sich, dieser Tendenz entgegenzuarbeiten.

Die biographischen und geschichtlichen Daten sind aus vielen ähnlichen Arbeiten weitgehend bekannt. Doch mißt Rjazanov Marx eine größere organisatorisch-praktische Rolle in der Arbeiterbewegung zu, als es gewöhnlich der Fall ist. Die intellektuelle Entwicklung von Marx und Engels wird — im engsten Zusammenhang mit den politischen Ereignissen von der großen Französischen Revolution bis zum Revolutionsjahr 1848 — aus deren Kritik an Hegel und Feuerbach abgeleitet. Oft vernachlässigte Momente in der Geschichte des Marxismus werden hervorgehoben und bezeugen Rjazanovs Bestreben nach Objektivität. So verweist er z.B. auf die Haltung der „Neuen Rheinischen Zeitung“, die sich ausschließlich als „Organ der Demokratie“ verstehen wollte, auch um den Preis eines Konfliktes mit den mehr ausgesprochen proletarischen Bedürfnissen, wie sie im Kölner Arbeiterverein vertreten wurden. Rjazanov scheut sich auch nicht, die internationalen Londoner Zusammenkünfte, die schließlich zur Ersten Internationale führten, als Unternehmen zu be-

zeichnen, die „unter Beteiligung und Ermunterung der Bourgeoisie und der herrschenden Klassen vor sich gingen“. Obwohl nachträglich eingeladen, hatte Marx selbst keinen Anteil an der Bildung der Internationale.

Obwohl Rjazanov die Rolle der Massen in der Geschichte nicht untertreiben möchte, hat er als Marxforscher doch wenig Respekt für die akademisch ungebildeten Vertreter sozialistischer Ideen. Mit Bezug auf Weitling und Proudhon schreibt er, „der Autodidakt hat es, wie man sagt, immer darauf abgesehen, aus seinem eigenen Kopf etwas extra-neues herauszufinden, irgendeinen ausgeklügelten Aspekt zu finden, wobei er häufig in die Lage kommt, unter großem Kräfteverschleiß ein längst entdecktes Amerika zu entdecken“. Dies ist offensichtlich kein Privileg der Autodidakten, sondern auch unter den Gelehrten eine weitverbreitete Erscheinung. Dem Autodidakten Proudhon schreibt Rjazanov weiterhin eine „menschewistische Taktik“ zu, d.h. das Bemühen, „legale Möglichkeiten auszunutzen“. Aber diese „Taktik“ war auch dem gebildeten Menschewisten Rjazanov bis zum August 1917 nicht fremd und wurde später gegen ihn ausgenutzt, um ihn in die Verbannung und den Tod zu schicken. Bernd Rabehl tut in einem Nachwort, wenn auch in kleinerem Maßstab, was Rjazanov in diesem Buch für Marx und Engels tat.

*Paul Mattick*

MANDEL, Ernest und George NOVACK: *The Marxist Theory of Alienation. Three Essays*. — New York: Pathfinder Press 1973. 94 S.

ROBERTS, Paul Craig: *Alienation and the Soviet Economy. Toward a General Theory of Marxian Alienation, Organizational Principles, and the Soviet Economy*. — Albuquerque: University of New Mexico Press 1971. VIII. 121 S.

Im Zusammenhang mit der Zerstörung und Selbstauflösung der revolutionären Arbeiterbewegung vor dem und im Gefolge des Zweiten Weltkriegs und angeregt durch



die verspäteten Veröffentlichung der Marxschen Frühschriften, wie der Vorarbeiten zum „Kapital“, vollzog der akademische Marxismus eine rückläufige Bewegung durch die Vernachlässigung des „alten“ zugunsten des „jungen“ Marx. Marx' Weg führte von der Philosophie zur Ökonomie – als Ausdruck der fetischisierten kapitalistischen Produktionsweise – und zur historischen Spezifizierung des von Hegel aufgeworfenen Problems der *Entfremdung* des Menschen von seinem wahren Wesen durch die Aufzeigung der konkreten Entfremdung oder Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln und der sich daraus ergebenden Beherrschung der Produktion und Verteilung durch das Kapital. Die erneute Hervorhebung der philosophisch-ethischen Ausgangspunkte von Marx machte die Entfremdung wieder zu einem allgemein-menschlichen Problem dem, unabhängig von Klassenverhältnissen und Klassenauseinandersetzungen, nachgegangen werden konnte. Damit wurde eine Art „Marxismus“ für den scheinbar krisenlosen Wohlfahrtsstaat entwickelt, der sich auch gut im ideologischen Kampf gegen den „unmenschlichen Marxismus“ der staatskapitalistischen Systeme verwenden ließ. Jedenfalls entstand eine kaum noch übersehbare Literatur zur Entfremdung, die für einige Zeit den ganzen Inhalt des Marxismus auszumachen schien.

Die populären Essays von Mandel und Novack geben einen kurzen Überblick über die der Entfremdung gewidmeten Literatur und ihre Beurteilung vom Standpunkt des trotzkistischen Leninismus. Die Autoren sehen die Entfremdung als ein reales Problem jeder Klassengesellschaft, das nur im Sozialismus zu seinem Ende kommen kann. Allerdings stellt sich die Frage, weshalb Entfremdung auch in den „sozialistischen“ Gesellschaftssystem weiter besteht. Nach Mandel und Novack liegt das an den noch unterentwickelten Produktivkräften und dem der Übergangsperiode entsprechenden Widerspruch zwischen der sozialistischen Produktionsweise und der weiterbestehenden bürgerlichen Distribution

– ganz im Gegensatz zu der Marxschen Auffassung, wonach sich die Distribution nur aus der Produktion erklären läßt. Nach Mandel ist der Schlüssel zur Beendigung der Entfremdung in der Abschaffung der notwendigen, schematischen und mechanistischen Arbeit zu suchen und in der Herausbildung einer menschlicheren schöpferischen Tätigkeit, die nicht mehr als Arbeit im alten Sinne gewertet wird. Obwohl es demzufolge mit dem Ende der Entfremdung noch gute Weile hat, bleiben ihre jetzigen Formen doch beklagenswert und möglicherweise wenigstens teilweise aufhebbar. Die kapitalistische Verdinglichung aller menschlichen Beziehungen und die „sozialistische“ Beibehaltung proletarischer Machtlosigkeit müßten politisch bekämpft werden, was denn auch eine der Aufgaben des Trotzkismus ist.

P.C. Roberts „Entfremdung in der Sowjetunion“ ist ein bei weitem interessanteres Buch. Es unternimmt einen Vergleich der sowjetischen Realität mit den dem Marxismus zugrundeliegenden Prinzipien einer sozialistischen Wirtschaft. Roberts kommt zu dem Schluß, daß die russische Wirtschaft nichts mit dem Marxismus zu tun hat und auch keine Planwirtschaft ist, sondern lediglich eine ideologisch verkleidete Marktwirtschaft. Er hält eine Planwirtschaft überhaupt für unmöglich und damit den Sozialismus für eine Utopie. In seiner Auffassung beinhaltet der Begriff Entfremdung für Marx nichts weiter als die Marktwirtschaft selbst. Der Warenfetischismus und die Wertrelationen machten für Marx den Inhalt der politischen Ökonomie aus, die damit im Sozialismus zu ihrem Ende kommt. In den diesbezüglichen Thesen Bucharins und der politischen Praxis Lenins – der die ganze Gesellschaft in eine große Fabrik zu verwandeln trachtete – sieht Roberts einen ernsthaften Versuch, die Marxschen sozialistischen Vorstellungen zu realisieren. Dieser Versuch, später abfällig als Kriegskommunismus bezeichnet, mußte bald wieder zugunsten des unerläßlichen Preis- und Geldsystems aufgegeben werden.



Nach Roberts sind für Marx nicht das Privateigentum, die Arbeitsteilung und die Mehrarbeit die Charakteristika des Kapitalismus, sondern die Produktion von Tauschwerten für den Markt. Da die Warenproduktion auch in Rußland existiert, ist das System von einem konsequenten Marxistischen Standpunkt aus als Warenwirtschaft zu betrachten, die den früheren Bestrebungen zur Zeit des Kriegskommunismus direkt widerspricht. Roberts zufolge begriff der Pragmatiker Lenin sehr schnell das Utopische der ursprünglichen bolschewistischen Politik und wandte sich der rationalen Marktwirtschaft zu. Auch Trotzki überzeugte sich, daß es – ganz unabhängig von der Frage der Ausweitung der russischen zur Weltrevolution – notwendig wäre, die zentralgeleitete Naturalwirtschaft zugunsten rationellerer Wirtschaftsmethoden aufzugeben.

Roberts zufolge übersteigt die optimale Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit und Produktion die Möglichkeiten der Planung und bedarf der durch den Markt gegebenen Preis- und Profitsignale. Da die russische Wirtschaft ebenfalls an die Kriterien von Preis und Profit gebunden ist, erscheint ihm die gleichzeitige Planung als völlig überflüssig. Was die Planungsbehörden anstreben, vollzieht sich auch ohne sie. Sie simulieren nur einen Zustand, der sich aus den Marktrelationen von selbst ergibt. Die „geplante Warenproduktion“ sei ein Widersinn, der sich nur aus einem ideologischen Bedürfnis erklären lasse. In Wirklichkeit kontrolliert der Markt den Plan, nicht umgekehrt, was sich aus den fortwährenden Planveränderungen ergibt. Die Planungsbehörden lösen nur die Probleme, die sich aus ihrer eigenen Existenz ergeben.

Da Rußland keine Planwirtschaft hat, kann eine solche auch nicht aufgegeben werden. Was Roberts vorschlägt, ist, alle diesbezüglichen Versuche zu unterlassen. So wendet er sich gegen alle Theorien, vornehmlich die von Oskar Lange, die Markt und Planung zu verbinden trachten. Roberts stellt allerdings fest, daß es sich hier nicht um reale Probleme handelt, sondern nur um rein

theoretische Differenzen zwischen Ökonomen: um die logische Konsistenz von wirklichkeitsfremden Modellen der Marktsimulation. Diese Gleichgewichtsmodelle gehen von den Tauschrelationen der Warenproduktion aus, nur um nachzuweisen, daß sich diese auch planen lassen. Nach Roberts läuft dies auf nichts weiter als den Versuch hinaus, dem Markt ein sozialistisches Vokabular anzuhängen.

Gegenüber Lange und Konsorten ist Roberts mit der Behauptung im Recht, daß sich die bürgerliche Markttheorie nicht mit einer sozialistischen Planwirtschaft in Einklang bringen läßt und ebenfalls mit dem Nachweis, daß die Marxschen Vorstellungen einer sozialistischen Gesellschaft nichts mit den russischen Zuständen gemeinsam haben. Diese Feststellungen bleiben wahr, auch wenn sie von einem radikalen *laissez-faire* Standpunkt aus vorgetragen werden. Roberts ist hier völlig konsequent. Wie ihm die Planungsversuche und die russische Revolution selbst als sinnlos erscheinen, so wendet er sich auch gegen alle zentralen Wirtschaftseingriffe in den kapitalistischen Ländern. Die große Krise von 1929 ist für ihn ein Produkt von Fehleingriffen der Regierungen in den sonst krisenlosen Marktmechanismus. Aber dieser Mechanismus war und ist nicht weniger illusorisch, wie die Illusionen einer sozialistischen Marktwirtschaft und genau so ideologisch bestimmt wie das sozialistische Etikett des russischen Staatskapitalismus. Dem Pseudo-Markt der russischen Planwirtschaft steht die Pseudo-Planung des privatwirtschaftlichen Kapitalismus gegenüber, da sich die bürgerliche wie die bolschewistische Ideologie nicht mit der Wirklichkeit verträgt.

Paul Mattick

**Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge.** Hrsg. von Heinrich August Winkler. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1974. 223 S. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 9).



Der Band enthält – mit einer Ausnahme – ausgearbeitete Beiträge zu einer Arbeitsgemeinschaft des Regensburger Historikertages von 1972, die z.T. in Kurzform bereits in der „GWU“ (Beiheft, 1973) publiziert worden sind.

Von Winkler, Kocka und Wehler wird zunächst eine Theorie des Organisierten Kapitalismus in Anlehnung an Hilferding und in von der deutschen Geschichte zwischen etwa 1880 und 1914 abstrahierender Hypothesenform entwickelt, an der orientiert die übrigen Autoren die entsprechenden Aspekte in Frankreich, England, Italien und den USA untersuchen.

Winkler verfolgt eingangs das Theorem des Organisierten Kapitalismus in den Schriften Hilferdings von 1915 bis 1927: mit zunehmender Kapitalkonzentration werde der anarchische **Kapitalismus vom Organisierten Kapitalismus** abgelöst, die Krisen und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterklasse könnten so gemildert, der Gegensatz von Kapital und Arbeit auf wirtschafts-demokratische Weise gelöst und durch Staatsinterventionen die privaten den gesellschaftlichen Interessen untergeordnet, der Sozialismus verwirklicht werden. Hätte es die dogmatisch-marxistische Kritik (Varga, Leontjew u.a.) leicht gehabt, Hilferdings Ansichten als durch die Weltwirtschaftskrise falsifiziert anzusehen, sei die Theorie des Organisierten Kapitalismus, schreibt Winkler, eigentlich erst auf den keynesianischen Staatsinterventionismus voll anwendbar. Mithin desavouiere der Sieg des Faschismus in Deutschland keineswegs das Prinzip der liberalen Demokratie. Ungelöst sei das Problem einer Kontrollform der Wirtschaftsmacht, die sich nicht verselbständige. So habe etwa Naphthali, auf Hilferdings Theorem des Organisierten Kapitalismus aufbauend, die Gefahren einer Kontrollbürokratie unterschätzt, und sogar Marx habe einen funktionalen Pluralismus ansatzweise anerkannt, als er die Arbeitsaufsicht und -leitung auch als postrevolutionär notwendig bezeichnet habe (S. 14 f. nach „MEW“ Bd. 25, S. 397).

Anschließend stellt Kocka die Momente einer Theorie des Organisierten Kapitalismus zusammen: die Monopolisierung, die zunehmende Bedeutung der Manager im Betrieb und der Angestellten in der Gesellschaft, die Entstehung sozialer Koalitionen und die Ausbildung bzw. Erweiterung staatlicher Funktionen im ökonomischen und sozialen Bereich. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus unterscheide sich von der des Organisierten Kapitalismus erstens in der These von der Verschmelzung von Staat und Monopolen, die dessen relative Selbständigkeit ebensowenig wie Konflikte zwischen Einzel und Gesamtkapital oder die Rolle der Bürokratie adäquat erfassen könne, und zweitens lasse die Theorie des Organisierten Kapitalismus offen, ob sich der Kapitalismus so weit reformieren könne, daß ein liberal-demokratisch-parlamentarischer Sozialstaat von Bestand sein könne. In dieser Frage vermische die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zu leicht die Differenz von liberaler Demokratie und Faschismus.

Wehler leitet von den theoretischen Diskussionen zu ihrer Verifizierung am historischen Gegenstand über und faßt in knapper Form seine Forschungsergebnisse über das deutsche Kaiserreich zusammen. Als Thesen bzw. Gesichtspunkte für die weitere Erforschung des Organisierten Kapitalismus im 20. Jh. führt er erstens das Stabilisierungs- und Legitimationsproblem des Kapitalismus an. Zweitens sei der Staatsinterventionismus keineswegs systemfremd. Der Organisierte Kapitalismus habe in Deutschland autoritäre Strukturen und auch die Bürokratie gestärkt, da liberale Traditionen zu schwach gewesen seien. Die Machteliten seien geschrumpft. Sozialdarwinismus und imperialistische Ideologie seien dem Organisierten Kapitalismus adäquate Bewußtseinsformen. Schließlich sei der Organisierte Kapitalismus „politisch sozusagen polyvalent“ (S. 52), er führe nicht notwendig zum Faschismus, stehe allerdings auch für Bedingungen, die eine sozialstaatliche Massendemokratie erschwerten. Im staatlich regulierten Kapita-



lismus seien jedoch „Domänen“ privater Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Investitionen bei „Sozialisierung der Verluste“ nicht mit der (nicht nur materiellen) Wohlfahrt der Mehrheit vereinbar, Wehler beruft sich recht häufig auf Marx, der wie Max Weber auf ein angemessenes Koordinatensystem für historische Theorien in industriellen Gesellschaften abgezielt, dessen Kategorien Mandel als universell gültig mißdeutet, der die Wirtschaft stets als sozialen Interaktionsprozeß gedeutet, auf die Bedeutung des fixen Kapitals verwiesen und sogar die undogmatisch-liberale Auffassung vertreten habe, daß der Staat den Wettbewerb gegen die Monopole erhalten müsse (S. 55 Anm. 25, nach „MEW“ Bd. 25, S. 454) u.a.m.

Auf Wehlers Beitrag folgen historische Einzelstudien. Hans Medick betrachtet Großbritannien 1873–1914 mit dem Ergebnis: „Der Sozialstaat entsteht vor 1914 in England nicht auf der Basis eines entwickelten Organisierten Kapitalismus, sondern gerade weil diese Basis weitgehend fehlt. Dort, wo der Organisierte Kapitalismus sich in Ansätzen . . . entwickelt, wird auch eine tendenzielle Gefährdung des Übergangs zum Sozialstaat sichtbar“ (S. 59 f.). Medick kritisiert Wehlers These von der politischen Polyvalenz des Organisierten Kapitalismus, da sie ohne krisentheoretische Dimension sei.

Volker Sellin arbeitet heraus, daß es in Italien vor wie nach dem take-off 1896 kaum einen anderen als staatlich organisierten Kapitalismus gegeben habe. – Gerd Hardach stellt die auch von sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern betriebene, höchst unternehmerfreundliche französische Rüstungspolitik 1914–1918 dar und resumiert: „Die Kriegswirtschaft rechtfertigt weder Hilferdings reformistischen Optimismus noch die ihm zugrunde liegende ökonomische Theorie“ (S. 113).

Bernd-Jürgen Wendt sieht als Folgen des „War Socialism“ in England die Forcierung der Monopolisierung und der technischen Neuerungen einschließlich der Stärkung der neuen Industrien, die Einbezie-

hung der Gewerkschaftsführung in die Regelung sozialer Konflikte und in deren Folge die Stärkung betrieblicher Basis-Organen (shop-stewards), aber auch den Fehlschlag sozialstaatlicher Programme (housing-programm) in den Jahren 1921/22.

Gerald D. Feldman betont gegenüber Wehlers Periodisierung des deutschen Organisierten Kapitalismus (seit etwa 1873) die stets spannungsreichen Beziehungen zwischen Regierung und Industriellen zur Zeit des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik. Nach 1924 sei wenig von der Staatsintervention übriggeblieben. Erst die keynesianische Wende habe das Verhältnis Staat–Wirtschaft bedeutsam verändert.

Hans-Jürgen Puhle charakterisiert die US-amerikanische Entwicklung zum Organisierten Kapitalismus als schubweise von den Jahren 1898 bis 1935 erfolgend. – Charles S. Maier betrachtet die Phase des vieldimensionalen Gleichgewichts von 1924 bis 1928, die Epoche kapitalistischer Stabilität, als in vieler Hinsicht ähnlich der Situation nach 1948.

In seinen Schlußbemerkungen geht Winkler kurz auf drei Diskussionspunkte ein: Erstens ziele Hilferdings Konzeption des Organisierten Kapitalismus auf die Staatsintervention zur Stabilisierung des Kapitalismus, nicht zur Starthilfe ab. Zweitens sei der Organisierte Kapitalismus erst mit antizyklischer Konjunkturpolitik als vollendet anzusehen. Drittens sei die unterschiedliche Entwicklung in den Nationalstaaten vor allem durch die unterschiedliche Bedeutsamkeit vorindustrieller Faktoren bestimmt.

Die Bedeutung dieses Bandes liegt zweifellos in der vergleichenden Analyse des Verhältnisses von Ökonomie und Politik in einigen europäischen Staaten und den USA zu Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die einzelnen Beiträge bieten einen meist klaren Überblick über den Forschungsstand und weisen auf dessen Lücken hin. Die Relevanz der Thematik für die sozialwissenschaftliche und auch die politische Diskussion bedarf wohl kei-



ner Erörterung: Wehler mokiert sich zuerst über die Bismarcksche Bündnis- und die Brünningsche Krisenpolitik als gewohnte Gegenstände historischer Forschung in Deutschland (S. 53 Anm. 1). Die deutsche Historie zur Sozialwissenschaft auszubauen, ist unstrittiges Verdienst der „modernen deutschen Sozialgeschichtsschreibung“, wie sie sich hier und in anderen Bänden der Reihe „Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft“ sowie der „Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek“ findet. Die Erweiterung und Korrektur der politischen Historie um die und mit den ökonomischen, sozialen und sozialpsychologischen Dimensionen darf als Verdienst eben dieser „Schule“ auch dann nicht unterschätzt werden, wenn deren Bemühungen um eine Theorie der Gesamtgesellschaft oder der „Totalität der Epoche“ (Wehler S. 51) wenig geglückt erscheinen.

So geht Winkler, wie aufgezeigt, von einem Theorieelement („Organisierter Kapitalismus“) Hilferdings aus, erwähnt zwar dessen Konnex mit Hilferdings an Marx anknüpfender Theorie des „Finanzkapital“, isoliert aber dieses Element vollständig von der Gesamtheorie. Auf diese Weise wird zwar Hilferdings Optimismus hinsichtlich der Krisenfestigkeit des Kapitalismus sowohl deutlich als auch – mit und nach Keynes – scheinbar gerechtfertigt, seine Revision der Marxschen Theorie wird aber als solche unkenntlich und scheint sogar Marx eher adäquat zu sein als etwa die heutige Marx-Renaissance. Das Theorem des Organisierten Kapitalismus wird seines – wie immer problematischen – Zusammenhangs mit der Marxschen Theorie von der kapitalistischen Totalität und ihrer tendenziellen Selbstauflösung beraubt und mit der heutigen politischen Praxis der Sozialdemokratie identifiziert.

Differenzierter und mit weniger Anspruch auf Allgemeingültigkeit argumentiert Kocka gegen die StamoKap-Historiker, gegen den heuristischen Wert der StamoKap-Theorie hinsichtlich der Erfassung historischer Phänomene. Für eine Diskussion seines Ansatzes müßte, wie er selbst betont, sein neuestes Werk „Klassengesellschaft im

Krieg“ (Göttingen 1973) als case study zum Organisierten Kapitalismus herangezogen werden.

Wehler fordert als Resultat seiner Darlegungen eine neue Politische Ökonomie und fragt nach der Berechtigung privater Gewinnmännchen etc. im staatlich regulierten Kapitalismus. Die Antwort auf diese Frage ebenso wie eine auch den heutigen Verhältnissen angemessene Politische Ökonomie könnte er unschwer der Lektüre der Marxschen Werke abgewinnen, beachtete er stärker den Gesamtzusammenhang der Marxschen Analyse, statt sich auf deren Elemente in Details zu berufen (Bedeutung des fixen Kapitals, Wirtschaft als gesellschaftlicher Prozeß etc.), ohne den Kern, die Mehrwert- und damit die Ausbeutungs- und Krisentheorie zu erwähnen. Letzteres hat Medick bereits angedeutet. Marx' Liberalismus hinsichtlich der Monopole wäre dann als Aspekt seiner Theorie des kapitalistischen Gesamtprozesses erkenntlich, dessen Verwertungsmoment durch Monopole tendenziell bedroht wird (vgl. etwa „MEW“ Bd. 25, S. 869). Wehler nutzt Marx jedoch in eklektischer Weise als Steinbruch, wenn er etwa in Anm. 19 „MEW“, Bd. 24, S. 161, 185, 462 und passim“ als Belege für die Bedeutung des Anstiegs des fixen Kapitals für die Industrialisierung angibt: das „passim“ sei unbestritten, S. 161 hat aber wesentlich definitorischen Charakter, S. 185 benennt den Zusammenhang von Erneuerung des fixen Kapitals und Krisenzyklus, S. 462 reflektiert u.a. das fixe Kapital als Moment der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion. Bei Wehler erscheint Marx als im Grunde liberaler Geschichts- oder sozialwissenschaftlicher Theoretiker der Industrialisierung dazu (vgl. dazu auch Heinz-Dieter Kittsteiner, „Theorie und Geschichte. Zur Konzeption der modernen westdeutschen Sozialgeschichte,“ in: „Das Argument“, Jg. 1972, Nr. 75, S. 18–32), [= Sonderband: „Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft 2]) als Schaf im Wolfspelz. Den Wolfscharakter seiner Methode (um im Bilde zu bleiben) wahrzunehmen, wäre gewiß nicht nur für Kockas Kritik der StamoKap-Theo-



rie dienlich, sondern auch für die Geschichtswissenschaft insgesamt, wenn sie sich anschickt, das Phänomen „Kapitalismus“ zu untersuchen.

*Gunnar Stollberg*

KÖLLNER, Lutz: *Wirtschaftswissenschaft versus politische Ökonomie*. — Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz: 1973. 140 S.

Als Vertreter der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft wendet sich Köllner in dieser Streitschrift gegen die gegenwärtige Wiederbelebung der politischen Ökonomie, die von Adam Smith und David Ricardo entwickelt wurde. Er richtet sich besonders gegen die neu-marxistischen Vertreter dieser Richtung und weist darauf hin, „daß Marx' Hauptwerk den Untertitel 'Kritik der politischen Ökonomie' trägt, was doch eher einen Abschied von ihr nahezu legen scheint, als sie im Namen neu- und spät-marxistischer Ökonomie . . . noch einmal in Anspruch zu nehmen“.

Soviele Beschwerden — so viele Mißverständnisse. In der Tat hat der Marxismus mit der politischen Ökonomie nur soviel zu tun, als er sie mit der bürgerlichen Produktionsweise abzuschaffen gedenkt. Die Wiederbelebung der klassischen Ökonomie geht nicht vom Marxismus aus, auch wenn sie von manchen Neu-marxisten begrüßt werden mag, sondern von der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft, die sich durch ihren gegenwärtigen Bankrott auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen sieht. Insofern als der Neumarxismus daran beteiligt ist, hat er aufgehört, Marxismus zu sein, und muß als Teil der heutigen kapitalistischen Wirtschaftswissenschaft verstanden werden.

Als Ausdruck der aktuellen kapitalistischen Krise, stellt die gegenwärtige Krise der bürgerlichen Ökonomie alle Annahmen und Schlußfolgerungen der neuklassischen Theorie infrage und führt notwendigerweise zu der sich noch mit gesellschaftlichen Problemen befassenden klassischen Theorie zurück. Wenn auch in unzulänglicher Weise, war dem schon durch die sogenannte Key-

nessche Revolution vorgegriffen worden. Aber diese Theorie ist nun selbst außerstande, die Realität adäquat zu reflektieren. So geht es weiter zurück, zum Neuricismus und zur Einbeziehung des Problems der Distribution in die ökonomische Analyse, in der Hoffnung, die kapitalistische Wirtschaft durch weitere Reformen lebensfähig zu halten. Von da ist es nur noch ein Schritt, um zu einer Art „bürgerlichen Marxismus“ zu gelangen, was wohl auch der Grund dafür ist, daß manche Neumarxisten in der Rückkehr zum Ausgangspunkt der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie einen begrüßenswerten Fortschritt der Wirtschaftswissenschaft sehen wollen.

All dies ist Köllner höchst zuwider. Er hält an der wertfreien, politisch-neutralen Wirtschaftsauffassung fest und setzt seine Hoffnung auf die „operationellen Pragmatiker und Ingenieure der Wirtschaftstheorie“, wie sie der Marginalismus der neuklassischen Theorie hervorgebracht hat. Die mit der Rückkehr zur politischen Ökonomie verbundene „Marx-Renaissance“ ist ihm umso unverständlicher, als die jüngst entwickelte bürgerliche „ökonomische Wachstumstheorie . . . , wie die um komplexe Strukturen ringende Systemtheorie, zwei besonders interessante Versuche sind, die wirtschaftliche Entwicklung außerhalb der vom 19. Jahrhundert vorgezeichneten Bahnen darzustellen“. Er bemerkt nicht, daß bei diesen Versuchen nichts herausgekommen ist, und daß sie der kapitalistischen Wirklichkeit genauso fremd gegenüberstehen wie die Wirtschaftstheorien des 19. Jahrhunderts. Köllner ist jedoch bereit anzuerkennen, daß die sozialen Bezüge stärker als bisher betont werden müßten, und glaubt diese Haltung in der Theorie der „sozialen Kosten“ und des „Kosten-Nutzen-Vergleichs“ verwirklicht zu sehen.

Der Marxismus erscheint Köllner als eine „ärgerliche Vereinfachung“ der vieldimensionalen gesellschaftlichen Vorgänge, die sich nicht auf die „Grobteilung“ in zwei Klassen reduzieren lassen. Die Entwicklung hat nichts mit Klassen zu tun, son-



dern mit Generationen. Die Produktion nichts mit der Ausbeutung, sondern mit dem Inaneinandergreifen mehrerer Produktionsfaktoren, bei dem jeder, seinem Anteil entsprechend, bezahlt wird. Die Marxsche Werttheorie sei nicht nur falsch, sondern trage auch die Züge ihres Verfassers, als eines „Zukurzgekommenen“, dem etwas „vorenthalten“ wurde. Trotzdem bemüht sich Köllner, die Werttheorie auch wissenschaftlich zu widerlegen. Allerdings hat er nicht die geringste Ahnung, worum es hier geht, was schon aus folgender Bemerkung ersichtlich ist: „Die Arbeitswertlehre steht und fällt mit der bekannten Theorie des Bevölkerungsdruckes“. Da Köllner die Werttheorie nicht kennt, versteht er auch nicht die sich auf sie beziehende Marxsche Akkumulations- und Krisentheorie, was ihn jedoch nicht hindert, sie als irreführend zurückzuweisen. Alles in allem, bleibt das Buch empfehlenswert, eben weil es den völligen Bankrott der modernen Wirtschaftstheorie so grell beleuchtet.

*Paul Mattick*

**MONZ, Heinz: Karl Marx, Grundlagen und Entwicklung zu Leben und Werk.** — Trier: NCO-Verlag (Neu & Co.) 1973. 458 S.

Die Stadt Trier kann sich rühmen, daß in ihren Mauern der bedeutendste revolutionäre Denker der Neuzeit das Licht der Welt erblickte. Karl Marx verbrachte die ersten sieben Jahre seines Lebens in seiner Heimatstadt und empfing dort entscheidende geistige und soziale Impulse. Es ist daher von hohem Interesse, über das intellektuelle Klima, die politischen Verhältnisse und die sozioökonomische Situation Triers in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts genaue und zuverlässige Informationen zu erfahren.

Der Trierer Forscher Heinz Monz, dem wir eine Anzahl aufschlußreicher und gediegener Quellenstudien über die Herkunft und die gesellschaftliche Lage der Familie Marx sowie über die Sozialstruktur der Moselstadt verdanken, hat in seinem neuen Werk zahlreiche Funde verarbeitet. Der Band ist

eine Erweiterung und Vertiefung seiner 1964 erschienen, heute vergriffenen Arbeit „Karl Marx und Trier“. Obwohl der junge Marx und seine Familie im Vordergrund stehen, handelt es sich faktisch um eine Gesamtdarstellung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation Triers im Vormärz, einschließlich der Revolution von 1848. Das materialreiche und gut illustrierte Buch ist für jeden unerlässlich, der sich über Kindheit und Jugend des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus orientieren will.

Trier zählte zur Jugendzeit Marx' etwa 12.000 Einwohner, von denen etwa drei Viertel katholisch waren; die jüdische Gemeinde machte 1 % der Stadtbevölkerung aus. Nach zwanzig Jahren französischer Herrschaft wurde die Stadt, zusammen mit dem größten Teil des Rheinlands, auf dem Wiener Kongreß — drei Jahre vor Marx' Geburt — an Preußen angeschlossen. Die neuen Herren, die die wenig Industrie aufweisende Stadt mit hohen Steuern belasteten, zurücksetzten und ihren Untertanen keine politischen Rechte zugestanden, waren bei den großenteils republikanisch und demokratisch gesinnten Einwohnern verhaßt. Als 1830 die französische Julirevolution ausbrach, erhofften zahlreiche Trierer Befreiung von Frankreich und nahmen an den Aufstandsbewegungen des Rheinlands lebhaften Anteil. Auch 1848 entsandte Trier den radikalen Demokraten Ludwig Simon in die Frankfurter Nationalversammlung.

Heinrich Marx, Karls Vater, gehörte zu den liberalen Stadthonoratioren; er hielt an den Grundsätzen der französischen Revolution — Aufhebung der Privilegienordnung, Gleichheit vor dem Gesetz und gewählte Volksvertretung — zeitlebens fest. 1817 war er zur Taufe gezwungen, um seinen Beruf als Advokatanwalt weiter ausüben zu können. Auch seine Familie trat 1824 und 1825 zum evangelischen Glauben über; dennoch hielt Heinrich Marx engen Kontakt zu den jüdisch gebliebenen Verwandten, insbesondere zu seinem Bruder, dem Rabbiner Samuel Marx. Die wirtschaftliche Lage des Anwalts war keineswegs rosig; es war infor-



ge der Teuerung und der hohen Steuern schwierig, die große Familie standesgemäß zu ernähren. Von den acht Geschwistern Karls starben fünf in jungem Alter.

Marx lernte also in seiner Jugend sowohl wirtschaftliches Elend als auch politische und soziale Spannungen kennen. Am Trierer Gymnasium, an dem er die Grundlagen seiner Bildung erhielt, waren der Direktor Wytttenbach, der Marx fünf Jahre lang unterrichtete, und einige andere Lehrer fortgeschritten gesinnt. Der Autor macht uns nicht nur mit der geistigen Atmosphäre der Lehranstalt bekannt, sondern berichtet auch ausführlich über die Leistungen des Schülers Marx; die Arbeiten aller Fächer, in denen Marx im August 1835 zum Abitur antrat, werden in vollem Wortlaut gebracht.

Zu den interessanten Neuentdeckungen von Monz gehört der Nachweis der Verwandtschaft zwischen Marx und Heine. Der Ururgroßvater Heines mütterlicherseits, Simon Presburg (gest. 1719) war der Ururgroßvater von Marx. (Diese Forschungsergebnisse hat Monz im „Jahrbuch für Deutsche Geschichte“ der Univ. Tel Aviv, Bd. 2, 1973, S. 199–207, zuerst veröffentlicht).

Abschließend ist festzustellen, daß die Studie, die mehrere Vorurteile und falsche Vorstellungen anderer Biographen überzeugend widerlegt, nicht nur die Kenntnisse des Lesers über die Persönlichkeitsentwicklung von Marx bereichert, sondern auch darlegt, weshalb er in seiner Jugend von der Veränderbarkeit und Veränderungsbedürftigkeit der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse überzeugt wurde.

*Walter Grab*

MAYER, Gustav: **Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie.** Hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Hans-Ulrich Wehler. — Frankfurt/M.: Suhrkamp 1969. 195 S.

DERS.: **Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat.** Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler. — Bonn–Bad Godesberg; Neue Gesellschaft 1972. 192 S. (Schriftenreihe des For-

schungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 92).

Nachdem Gustav Mayers Biographie von J.B. von Schweitzer, die jahrelang schwer zu erreichen war, durch reprographischen Neudruck wieder zugänglich ist, wie auch die sechsbändige Nachlaßausgabe Lassalles, sind die umfangreichen Werke Gustav Mayers wieder im Bereich jedes Forschers, denn die monumentale Engelsbiographie war ja noch nach dem Zweiten Weltkrieg beim Verlag vorrätig. Nun hat Hans-Ulrich Wehler es unternommen, „alle wichtigen kleineren Studien“ zu sammeln, die er als „wissenschaftliche Abhandlungen und biographische Skizzen — alle aber immer aus den Quellen gearbeitet und informativ bis heute“ charakterisiert.

Die Aufteilung des Stoffes auf zwei Bände — im ersten zwei bahnbrechende Aufsätze, die, wie Wehler richtig bemerkt, „Mayers wissenschaftlichen Ruf mitbegründet“ haben, der eine über die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland im vormärzlichen Preußen (1913); im zweiten Aufsätze, meist kleineren Umfangs und späteren Datums, scheinen nicht mehr als Buch- und Druckschicksal zu sein, denn zweifellos wäre bei einer geplanten Edition von G. Mayers Aufsätzen eine chronologische Anordnung befolgt worden, die der Logik des historischen Stoffes mehr entsprochen hätte als die vorliegende Gruppierung um Sammelnamen, die, wie jeder leicht feststellen kann, austauschbar sind: Der erste Band könnte den Titel des zweiten tragen und umgekehrt. Dazu paßt, daß das „Nachwort“ zum ersten Band textgleich der „Einleitung“ zum zweiten ist.

Das „Nachwort“, das mithin auch „Einleitung“ ist, gibt zu einer weiteren Überlegung Anlaß: Wehler befaßt sich darin mit einer biographischen Skizze, die zugleich die wissenschaftlichen Anliegen Mayers deutet und dem Leser näherbringt, und das ist sicherlich verdienstvoll. Wer aber die fast unbeachtete aufschlußreiche Biographie Mayers kennt und schätzt, wird fragen, ob es nicht besser gewesen wäre,



gerade diese „Erinnerungen“ neu aufzulegen, und Wehler sein bedeutendes Editionstalent einer adäquaten Kommentierung der Mayerschen Texte gewidmet hätte. Mayers Aufsätze sind allerdings musterhaft annotiert, aber doch nur entsprechend dem Wissensstand seiner Generation; der heutige Student darf aber erwarten, daß man ihn auf nunmehr erschlossene Archive hinweist, auf Neuauflagen verschollener Schriften und selbst auf wichtige Sekundärliteratur. Um nur eins zu nennen: Wieviel früher schwer erreichbares Material ist allein in den Bänden der monumentalen MEW-Edition verarbeitet! Diejenigen Studenten, die noch auf Quellenstudium aus sind, verdienen, daß man sie gegenüber den Studenten von Mayers Generation nicht benachteiligt.

Wehler nennt Gustav Meyer betont einen „Überzeugungsrepublikaner“ und stellt ihn, was Sympathie für die Arbeiterbewegung und demokratische Überzeugung angeht, in berechtigten Gegensatz zu den meisten Historikern der Weimarer Zeit. Daraus folgt, daß es lohnt, Mayers Geschichtswerk in doppelter Hinsicht zu analysieren, einmal in Bezug auf sein Forschungsthema, aber dann auch im Hinblick darauf, was es in Stil, Terminologie, Schulmeinungen, Wahl der Thematik und „Ideologie“ für Kaiserzeit, Republik und Faschismus aus der Sicht der linksbürgerlichen Intelligenz aussagt. Wehler deutet an, wie wichtig eine derartige Analyse sein könnte, und es ist ihm beizupflichten, nur muß dazu eine Bedingung erfüllt sein: Der Leser muß sich über Veröffentlichungszeit, -ort und -medium vollkommen klar sein, und daran fehlt es gerade bei zehn von den achtzehn abgedruckten Aufsätzen, nämlich denen, die Wehler dem Sammelbändchen „Aus der Welt des Sozialismus“ entnommen hat, die in dieser Hinsicht besonders aufschlußreich sind. Auf S. 187 von „Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat“ befindet sich ein „Verzeichnis der ersten Druckorte“ und alle die obigen Aufsätze gelten als „Aus der Welt des Sozialismus“ entnommen und als ihr Erscheinungsjahr gilt dementsprechend 1927. Das mag vom

Standpunkt des Urheberrechts berechtigt sein, nur muß der Leser sich wundern, was Mayer bewogen haben mag, im Jahre 1927 z.B. über „Lassalle und die Monarchie“ Rechenschaft abzulegen. Verständlich und selbst bedeutungsvoll wird die Sache, sobald man weiß, daß dieser Aufsatz, und zwar unter anderem Titel, im Jahre 1911 erschienen ist. Das Gleiche gilt dann auch für den Aufsatz „Marx und die Bolschewiki“, der im Februar 1918 in der „Frankfurter Zeitung“ erschienen ist.

Wäre das Bändchen „Aus der Welt des Sozialismus“ leicht zugänglich, so könnte hier ein Hinweis auf Mayers „Nachwort“ zu dieser Aufsatzsammlung genügen, weil in ihm die uns fehlende Information enthalten ist. Dieses Nachwort schließt mit der Bemerkung, daß die eine oder andere Wendung in diesen „historischen Aufsätzen“ heute selbst schon als historisch gelten müsse. Indirekt ist das eine Aufforderung diese Texte historisch-kritisch zu betrachten und eine Warnung, der Wehler nicht entsprochen hat, die Umstände der Entstehung der Aufsätze zu beachten. Wir dürfen dieses Nachwort nicht missen, und es sei deshalb hier abgedruckt:

#### Nachwort

Von den hier gesammelten kleinen Aufsätzen erschien „Karl Marx' Lebensweg“ in den „Sozialistischen Monatsheften“ vom 1. Mai 1918, „Der Jude in Karl Marx“ in den „Neuen Jüdischen Monatsheften“ vom 25. April 1918. „Marx und Lassalle im Urteil der Sozialdemokratie“ wurde zuerst gedruckt in „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ vom 27. März 1923, „Das Jahr 1848 und die deutsche Arbeiterbewegung“ Mitte Juni 1923 in der gleichen Korrespondenz. „Marx' letzter Aufenthalt in Berlin“ stand zuerst im Frühling 1923 in einem Spezialkatalog des Berliner Antiquariats R. L. Praeger. „Lassalle und Heinrich Heine“ erschien bisher nur erst in holländischer Sprache in „Het Volk“, Amsterdam, am 17. Juni 1922. „Lassalle und die Monarchie“ ist eine verkürzte Bearbeitung einer Abhandlung, die 1911 im ersten Band des „Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiter-



bewegung" unter dem Titel „V. A. Huber Lassalle und die Monarchie" veröffentlicht wurde. „Wilhelm Liebknecht" erschien im Feuilleton der „Frankfurter Zeitung" vom 30. März 1926, „Die Ostmark und die Klassiker der deutschen Sozialdemokratie" in der „Neuen Zeit" vom 8. Oktober 1920, „Friedrich Engels und der Weltkrieg" in der Sonntagsbeilage des „Vorwärts" vom 27. Oktober 1918, „Marx und die Bolschewiki" im Feuilleton der „Frankfurter Zeitung" vom 24. Februar 1918.

Für den Zweck dieser Sammlung wurden die einzelnen Aufsätze einer leichten stilistischen Überarbeitung unterzogen und auch kleine Hinzufügungen oder Streichungen an einzelnen Stellen vorgenommen. Doch sollte damit nicht etwa die Illusion geweckt werden, als ob das Jahr der Veröffentlichung auch das Jahr der Entstehung wäre. Der Verfasser bittet im Gegenteil den Leser, zu beachten, daß die eine oder andere Wendung in diesen „Historischen Aufsätzen" heute selbst schon als historisch gelten muß.

Berlin-Lankwitz, Ende Januar 1927.

Gustav Mayer.

Nach genauer Durchsicht dieses Nachworts wird der Leser an Wehler die Frage stellen, warum von allen Aufsätzen allein dem Aufsatz „Die Ostmark und die Klassiker der deutschen Sozialdemokratie", der 1920 in der „Neuen Zeit" erschienen ist, der Wiederabdruck versagt wurde. Alle Texte wurden gewogen, und nur dieser zu leicht befunden? Es geht nicht um diesen Aufsatz, sondern um den richtigen Ansatz zur Kritik der Aufsätze, und bei richtigem Ansatz ist gerade dieser Aufsatz unerlässlich, wie schon seine verfängliche Benennung, die vermutlich Wehler vom Abdruck abgehalten hat, beweist.

Gustav Mayer hat die Übergänge vom Kaiserreich zur bürgerlichen Republik, und von der Republik zum Faschismus miterlebt und unter deren Signatur geforscht und publiziert. Der Leser wird selbst zu entscheiden haben, ob Kontinuität oder Umbruch stärker auf Mayer eingewirkt ha-

ben, jedenfalls wird er versucht sein, von ihm auf einen Kreis von Intellektuellen, für den er vielleicht repräsentativ sein könnte, zu schließen. Man untersuche in dieser Hinsicht Mayers Aufsätze aus den letzten Kriegsmonaten, bedenke die historische Situation einerseits und Gedankengut, Terminologie und Wertungen andererseits; man lese in dieser Sicht aber auch Mayers letzte Arbeiten, die auch Wehler abdruckt, die Einführung zu einer Quellenedition, die Mayer „Bismarck und Lassalle" (1928) nannte, die Wehler aber „Lassalle und Bismarck" tauft, und seine abschließende Betrachtung über Lassalle „Zum Verständnis der politischen Aktion Lassalles", die 1938 im holländischen Exil erschien. Seit 1928 war Mayer mit den letzten Abirrungen Lassallescher Taktik vertraut, und doch unternimmt er weder 1928 noch 1938 den Versuch, Lassalles bonapartistische Demokratievorstellungen und putschistische Taktiken als das zu entlarven, was die objektiv waren, nämlich als erste Regungen eines Protofaschismus.

Wenn auch zu bedauern ist, daß die vorliegende Edition dem forschenden Leser überläßt, den Anmerkungsapparat für seine Zwecke selbst aufzubereiten, so ist doch erfreulich genug, daß dieser nicht mit aufreibender Spürtätigkeit nach den Aufsätzen selbst belastet wird. Genußreiche Lektüre in den formschönen Essays und ernste Seminararbeit an aufschlußreichem Material sind durch diese Editionen in den Bereich des Möglichen gerückt.

Erfreulich ist auch, daß beide Editionen fast frei von Druckfehlern und auch sonst sorgfältig und geschmackvoll bearbeitet sind. Es sei nur auf einen sinnstörenden Fehler hingewiesen, weil er schwer zu entdecken ist: Marx hat sich von Berlin unter Scherzen und nicht unter Schmerzen getrennt („Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat", S. 61); dieser Schmerz ist ihm erspart geblieben.

*Shlomo Na'aman*



ANGRESS, Werner T. : **Die Kampfzeit der KPD 1921–1923.** – Düsseldorf: Droste 1973. 547 S.

In der Vorbemerkung zur deutschen Ausgabe des 1963 unter dem Titel „Stillborn Revolution“ erschienenen Werkes von Werner T. Angress lobt Hermann Weber das Buch als „eine fundierte Studie von hohem Rang“ (S. 8), die, vergleicht man sie mit den Arbeiten ostdeutscher Historiker, beweise, „daß bei allen individuellen Unterschieden der Bewertung die westliche KPD-Forschung über die historische Problematik unvoreingenommener berichten kann“ (S. 9). Während Bücher wie das von Arnold Reisberg über die KPD in den Jahren 1921/22 trotz ihrer Orientierung an den Auffassungen der SED wertvoll sein können, besitzen Arbeiten wie die von Angress, so legt Weber nahe, die Vermutung der Objektivität von vornherein für sich. Die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Forschung, auf die Weber anspielt, garantiert jedoch nur, daß staatliche Eingriffe in den Wissenschaftsprozess und die wissenschaftliche Meinungsäußerung nicht stattfinden oder besser: nicht stattfinden sollten. Sie garantiert keineswegs die Richtigkeit der Erkenntnis. Hinter scheinbar von jedem Zwang freier wissenschaftlicher Arbeit können sich erkenntnisleitende Interessen verbergen, deren politisch-materieller Gehalt durch kritische Analyse aufzudecken ist.

Die Analyse des Angress'schen Buches wird ausgehen von der Frage nach dem methodischen Zugang und den Erkenntnismöglichkeiten, die sich aus ihm ergeben. Das Ergebnis muß konfrontiert werden mit dem aktuellen Forschungsstand, um beurteilen zu können, ob die Übersetzung eines inzwischen 10 Jahre alten Buches gerechtfertigt ist und schließlich soll auf zwar weniger gravierende, aber nicht unwichtige Dinge wie Qualität der Übersetzung und Stil der Darstellung eingegangen werden.

Das Schlüsselwort – von Kategorie kann man hier nicht sprechen – das Angress im Vorwort zur amerikanischen Ausgabe

selbst hervorhebt und das in der deutschen Ausgabe zum Buchtitel avanciert ist, ist das der „Kampfzeit“. Darunter versteht Angress die Periode in der Geschichte der KPD, in der sie ernsthafte Versuche unternommen hat, die Macht durch gewaltsame Aktionen zu erobern und in der die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder am größten war. Diese Bestimmung von „Kampfzeit“ führt ihn zu dem Schluß, daß der „deutsche Kommunismus am dynamischsten [war], bevor er sich zu einer regelrechten politischen Partei zusammenschloß, nämlich zur Zeit des Spartakusbundes“ (S. 513).

An dieser Bestimmung der „Kampfzeit“ der KPD fällt dreierlei auf: einmal die Begrenzung des Begriffes „Kampf“ auf insurrektionelle Aktivitäten, zweitens das Hervorheben von subjektiven Qualitäten (Opfermut etc.) und drittens, und das ist das wichtigste, das Aussparen des gesellschaftlichen Bezugfeldes, in dem sich dieser Kampf abgespielt hat. Wie hoch Angress die subjektive Seite in der Geschichte der KPD veranschlagt, zeigt sich in der zu Beginn (S. 15) und am Schluß des Buches (S. 515) gemachten Behauptung, u.a. sei die „absinkende Qualität der Parteiführung“ für das Fehlschlagen der KPD-Politik verantwortlich zu machen. Worin diese absinkende Qualität begründet ist, macht Angress an keiner Stelle deutlich. Die Kriterien scheinen zu sein, daß sie eine andere Politik gemacht haben, als sie Angress an ihrer Stelle betrieben hätte und daß sie sich gegenüber Moskau als zu wenig standhaft erwiesen. Die Frage aber, warum Paul Levi, Heinrich Brandler und Ernst Reuter-Friesland in bestimmten Fragen sich nicht haben durchsetzen können, wird nicht beantwortet. Der Hinweis auf den Einfluß der Komintern kann nicht überzeugen, da in allen Fällen entscheidend war, daß sich eine Mehrheit in der deutschen Partei gegen sie wandte. Die Schwankungen in der Politik der KPD und die sich ändernden Stimmungen und Einschätzungen ihrer Mitglieder können nur zureichend erklärt werden, wenn die gesamte soziale und politische Situation in



Deutschland und ihre Entwicklung analysiert wird. Dieser Mühe unterzieht sich Angress nicht. Auch die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei vermag Angress nicht überzeugend zu analysieren, da ihm soziologische und sozialpsychologische Fragestellungen völlig fremd sind. Wenn die Mitglieder eine andere Meinung als ihre Führung haben, sind es „revolutionäre Fanatiker“ (S. 46), wenn nicht gar „Vagabunden und kriminelle Elemente“ (S. 42). Die Kommunisten insgesamt erscheinen häufig als „unbotmäßige Elemente“ (S. 356) oder einfach als „Mob“ (S. 192).

Als ob er fürchte, daß bei solchen Qualifizierungen ihm die Seriosität des Untersuchungsgegenstandes abhanden komme, versichert Angress auf S. 121, daß die KPD „trotz ihrer vielen Unzulänglichkeiten. . . schließlich keine Bande von Rabauken“ gewesen sei, betont dann aber gleich auf der folgenden Seite, daß ihr „noch genügend Raufbolde“ verblieben seien, so daß zu fragen ist, ob Reuter-Friesland, der in diesem Zusammenhang angeführt wird, auch als ein solcher anzusehen ist, obschon er auf S. 256 als einer der „fähigsten, hingebendsten und ehrlichsten Führer“ bezeichnet wird, allerdings nach seinem Rechtswenken.

Kein Wunder also, daß sich laut Angress schon 1919 bei der „Mehrheit der deutschen Arbeiter“ „wachsener Unmut gegen den nicht aufgehörenden Radikalismus der linken Extremisten“ breitmacht (S. 41) und der KPD öfter „eine unmißverständliche Zurückweisung seitens der organisierten Arbeiterbewegung“ (S. 265) erteilt wird, womit Angress zugleich zu verstehen gibt, daß er die KPD nicht zur organisierten Arbeiterbewegung zu zählen geneigt ist.

Wie kommt es dann aber, daß die SPD 1919/20 rapide an Einfluß verliert, die USPD sich immer stärker nach links entwickelt und große Teile mit der KPD fusionieren und man 1923 ernsthaft diskutieren kann, ob die Mehrheit der Arbeiter hinter der KPD gestanden hat (S. 393 f.)? Bleibt man auf Angress angewiesen,

so muß dies ein Rätsel bleiben. Auf die Analyse der sozialen Situation, aus der heraus die Verzweiflung und die Radikalisierung großer Teile der Arbeiterklasse erklärt werden kann, verzichtet Angress weitgehend. Er kann daher diesen Prozeß nur als Kriminalisierung begreifen (s. z.B. S. 42, 52 f. und S. 184; vgl. auch S. 155, wo Bela Kun als Verbrechertyp vorgestellt wird). Ebenso unterläßt er es, die Haltung der SPD kritisch zu untersuchen, obwohl dies unumgänglich ist, um die Politik der KPD zu verstehen. Stattdessen liefert Angress einige Charakterisierungen der SPD, die das tatsächliche Bild der Geschichte von 1918 bis 1923 stark verzerren. Während er das Verhalten der KPD mit drastischen Ausdrücken belegt, ist er bei der SPD bestrebt, ihre Politik zu verharmlosen und sie als demokratische, verantwortungsbewußte Partei herauszustellen. So schreibt er auf S. 57, das gewaltsame Vorgehen der Kommunisten habe auf die Arbeiterklasse abschreckend gewirkt, ohne zu bemerken, daß sich die SPD im Interesse der Machtbehauptung nicht gescheut hat, Gewalt gegen die Arbeiter anzuwenden, die ihrer Linie nicht zu folgen bereit waren. Sie stützte sich dabei auf die reaktionärsten Elemente der am 9. November gestürzten Ordnung. Angress hat dafür keinen stärkeren Ausdruck als den des „scharfen Durchgreifens“ (S. 61), das ihm wohl gerechtfertigt erscheint, denn „während die Sozialdemokraten die Sozialisierung im Interesse der Demokratie aufgaben, waren die Kommunisten darauf ausgegangen, im Interesse einer proletarischen Diktatur die Demokratie zu vernichten“ (S. 120). Hier wird die Tatsache unterschlagen, daß die entscheidenden Weichenstellungen in Richtung einer sozialen Demokratie vor den Wahlen zur Nationalversammlung hätten erfolgen können. Selbst wenn man das Demokratieverständnis der sozialdemokratischen Führung akzeptiert und die Konzeption der Diktatur des Proletariats ablehnt – die ja zumindest in der Luxemburgschen Form nicht undemokratisch ist, sondern gegenüber der bürgerlich-parlamentarischen Auffassung einen anderen Legitimationsbe-



zug herstellt – bleibt zu fragen, was die sozialdemokratische Führung in der Phase zwischen der revolutionären Beseitigung des Kaiserreichs und der Konstituierung der Weimarer Republik für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft getan hat. Und da zeigt sich, daß sie alles getan hat, um die traditionellen Machtstrukturen zu erhalten: Weder wurde die Macht des Kapitals gebrochen noch der Verwaltungsapparat von monarchistischen Beamten gesäubert noch die Demokratisierungsbestrebungen im Heer gefördert. Die Mehrheitssozialdemokraten im Rat der Volksbeauftragten und in den Länderregierungen haben sich vielmehr energisch solchen Bestrebungen widersetzt, auch dann, wenn sie von Mitgliedern der eigenen Partei vorgetragen wurden.

Dem grenzenlosen Mißtrauen gegenüber allen Aktivitäten links vom Parteivorstand entsprach ein ebenso grenzenloses Vertrauen in die Loyalität der monarchistischen „Fachleute“ in Heer und Verwaltung.<sup>1</sup> Das Drängen gegenüber der USPD auf möglichst rasche Wahlen zur Nationalversammlung entsprang nicht der Besorgnis um die Aufrechterhaltung demokratischer Prinzipien, sondern der Furcht vor einer sozialen Umgestaltung Deutschlands. Die SPD-Führung hat die Sozialisierung nicht gewollt, sondern die Frage dilatorsch behandelt, um die Arbeitermassen hinzuhalten. Als die Erwartungen, nach den Wahlen würde nun auch die soziale Reform energisch in Angriff genommen werden, enttäuscht wurden und stattdessen der Abbau der in der Revolution errungenen Positionen (Rätesystem, Volkswehrkonzeption usw.) beschleunigt fortgesetzt wurde, verlor die SPD einen sehr großen Teil ihrer Anhängerschaft unter den Arbeitern. Daß dieser Vertrauensverlust nicht in vollem Umfange der KPD zugute kam, liegt in Struktur und Politik dieser Partei begrün-

det, an ihrer bolschewistischen Orientierung, jedoch keineswegs in dem Sinne, wie es Angress darstellt. Für Angress erschöpft sich das Problem des Bolschewismus in der deutschen Partei vor der eigentlichen, von der KPD selbst als „Bolschewisierung“ gekennzeichneten Periode, in der politischen Abhängigkeit von Moskau. Damit bleibt ihm eine tiefere Erkenntnis des Bolschewismus als spezifische Auffassung vom revolutionären Prozeß und einer spezifischen innerparteilichen Herrschaftstechnik verschlossen. Dies zeigt sich z.B. in seiner Interpretation des zweiten (Heidelberger) Parteitages der KPD. Der Hinweis auf die linke Opposition war ein bolschewistisches Spaltungsmanöver allererster Güte. Auf S. 68 kommt Angress zwar nicht umhin zuzugeben, daß Levi auf die Parteispaltung aus war und diese mit nicht ganz fairen Mitteln durchsetzte – was Angress ausdrücklich für „vernünftig“ hält – aber ca. 150 Seiten weiter, in der Hoffnung, der flüchtige Leser habe bereits vergessen, was der Autor zu Anfang ausgeführt hatte, schreibt Angress in Anmerkung 25 auf S. 211, Levi habe auf dem Heidelberger Parteitag keine Säuberung durchgeführt (wie dies Angress' Meinung nach mit den „Leviten“ nach dem März-Debakel von 1921 geschah), sondern er habe die „linken Extremisten“ in eine so unhaltbare Position gedrängt, daß sie aus eigenem Entschluß die Partei verließen. Zu dieser Auffassung kann Angress nur kommen, indem er einen taktischen Trick Levis, nämlich die gesamte Opposition mit der Richtung Wolffheim/Laufenberg zu identifizieren, zur wissenschaftlichen Wahrheit erhebt (S. 68) und indem er sich großzügigerweise erspart, die Quelle, in diesem Falle den Bericht über den Parteitag, genau zu lesen.<sup>2</sup> Dort hätte er auf S. 43 ff. finden können, daß ein Teil der Deliquenten aus Protest gegen das Überrumpe-

1 Für den Bereich der Militärpolitik hat dies Ulrich Kluge in seiner überaus gründlichen Dissertation *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19*, Phil. Diss. FU Berlin 1972, nachgewiesen.

2 Angress geht bei der Behandlung des Heidelberger Parteitages nicht, jedenfalls nicht ausgewiesen, auf die Primärquelle zurück, sondern zitiert nach Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1969 (S. 68, Anm. 75). Auch an anderen Stellen begnügt er sich mit Sekundärliteratur als Beleg, z.B. S. 339, Anm. 57.



lungsverfahren durch die Zentrale gegen die Leitsätze gestimmt hat und natürlich Mitglied der KPD bleiben wollte. Sie wurden jedoch zum Austritt gezwungen, indem die Mehrheit ihnen den Zutritt zu den weiteren Tagungen verwehrte.<sup>3</sup>

Nicht nur in seiner Spaltungsbereitschaft war Levi durchaus „leninistisch“, auch in seiner Einschätzung der politischen Situation unterschied er sich kaum von Lenins Position, wie sie in der Schrift über die „Kinderkrankheiten“ niedergelegt ist. Der Grund für den Ausschluß Levis aus der Partei lag nicht in der sachlichen Differenz zur Komintern, sondern in der Differenz zur Mehrheit in der KPD und in der Tatsache, daß Levis Art, die Auseinandersetzung zu führen, nach sozialdemokratischen und bolschewistischen Kriterien als „partei-schädigend“ eingestuft werden mußte.

Die Rolle der Komintern ist für Angress eindeutig: Sie war „von ihrer Entstehung an dazu ausersehen, in erster Linie den Interessen des russischen Staates zu dienen“ (S. 76). Als Beweis dient die Tatsache, daß die Zentrale der Dritten Internationale ihren Sitz in Moskau erhielt. Hier wird die simplifizierende Verfahrensweise von Angress besonders deutlich. Da sich nicht bestreiten läßt, daß die Komintern zum Instrument der sowjetrussischen Außenpolitik wurde, glaubt Angress berechtigt zu sein, dies als von Anfang an beabsichtigt zu unterstellen. Er unterschlägt damit den Entwicklungsprozeß, den zu analysieren doch eigentlich die Aufgabe des Historikers sein sollte. Aber dazu hätte sich Angress auf eine Analyse der gesellschaftlichen und politischen Gesamtsituation Rußlands nach der Oktoberrevolution einlassen müssen, ein Verfahren, das er, wie wir gesehen haben, nicht einmal für seinen speziellen Un-

suchungsgegenstand Deutschland anzuwenden bereit ist. Er hätte so herausfinden können, daß die Komintern sich von einem Instrument der Weltrevolution, die notwendig war, um den sozialistischen Charakter der Oktoberrevolution zu retten,<sup>4</sup> gewandelt hat zu einem Instrument der Außenpolitik eines Landes, das von sich behauptete, den Aufbau des Sozialismus ohne fremde Hilfe vollbringen zu können und das das Schicksal der Weltrevolution von seinem eigenen Schicksal abhängig machte. Hinter dieser Verschiebung der ideologischen Rechtfertigung verbirgt sich der Prozeß, den Rosa Luxemburg als das Ummünzen der historischen Fatalität in politische Tugend befürchtet hat.<sup>5</sup> Bei Angress selbst kommt der Widerspruch zwischen revolutionärer Aufgabe und staatlicher Selbsterhaltung bei der Schilderung der Ereignisse gleichsam gegen den Willen des Autors zum Vorschein, so auf S. 298, wo die Rede ist von dem „ungelösten Gegensatz zwischen den unmittelbaren Interessen der Sowjetunion und der hartnäckigen revolutionären Zielsetzung der Komintern“, ein Gegensatz, der gar nicht hätte auftreten dürfen, nachdem Angress eingangs den instrumentellen Charakter der Komintern hervorgehoben hatte.

Das Kernstück des Buches befaßt sich mit der Schilderung und Interpretation der Politik der KPD in den Jahren 1921 bis 1923. Aber auch hier wird der Leser nicht belehrt, sondern verwirrt. Die Politik der KPD ist, folgt man Angress, mit rationalen Kriterien nicht zu fassen. Er demonstriert dies an dem zentralen Problem der KPD-Politik dieser Zeit, an der Auseinandersetzung um die Einheitsfrontpolitik. Nach Angress werden in der Einheitsfrontpolitik zwei „grundsätzlich unvereinbare Ziele“

3 Dies hätte er im übrigen bei Hans-Manfred Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus 1918–1923*, Meisenheim/Glan 1969, S. 225 und indirekt auch bei Olaf Ihla, *Die Roten Kämpfer*, Meisenheim/Glan 1969, S. 3, Anm. 1, nachlesen können. Beide Arbeiten gibt Angress im Zusammenhang mit dem Spaltungsparteitag als weitere Lektüre an (S. 69, Anm. 78).

4 Die Äußerungen Lenins dazu sind zahlreich. Vgl. Wladimir I. Lenin, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, 40 Bde, Berlin 1961–1964, Bd. 26, S. 465, Bd. 27, S. 148 und S. 221 f., Bd. 29, S. 42 und S. 300, Bd. 30, S. 195 f.

5 Vgl. Rosa Luxemburg, *Die Russische Revolution*, hrsg. und eingeleitet von Paul Levi, Berlin 1922, S. 118.



mit einander in Einklag zu bringen versucht, nämlich den „Einfluß auf die organisierte Arbeiterschaft zu verstärken und die revolutionären Ideale der Partei unvermindert weiterzuverfolgen“ (S. 278). Für Angress ist es nur möglich, den Einfluß auf die Arbeiterschaft zu verstärken, wenn die revolutionäre Zielstellung aufgegeben wird. Diese Forderung wird umso dringender, als Angress keinen Grund für Revolution entdecken kann, „Vernunft und Revolution vertragen sich selten miteinander“ (S. 69). Konsequenterweise sieht er „das Unglück der KPD und darüber hinaus auch der Weimarer Republik“ darin, „daß die deutschen Kommunisten außerstande waren, die Endgültigkeit ihrer Niederlage“ nach dem Januar 1919 „hinzunehmen“ (S. 513 f.).<sup>6</sup> Die Bemerkungen über die Einheitsfronttaktik und die damit zusammenhängenden Probleme des Verhältnisses von ökonomischem und politischen Kampf (vgl. neben der schon angeführten Stelle noch S. 389 und S. 411) zeigen, daß Angress sich mit marxistischer Revolutionstheorie nicht beschäftigt hat. Es ist schon erstaunlich, daß jemand ein halbes Tausend Seiten über eine Partei schreiben kann, ohne sich mit ihren ideologischen Grundlagen auseinandergesetzt zu haben. Da Angress im Grunde gar nicht weiß, wovon er spricht, müssen seine kritisch gemeinten Bemerkungen völlig ins Leere gehen. Die Beschränkung durch den bürger-

lichen Horizont<sup>7</sup> macht es ihm unmöglich, die Argumentation der KPD nachzuvollziehen, die in der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise die Möglichkeit und letztendlich auch die Notwendigkeit der Revolution sah und deshalb versuchen mußte, auf die Arbeiter einzuwirken, ohne die revolutionäre Zielsetzung aufzugeben. Wenn jedoch die bürgerliche Gesellschaft in ihrer parlamentarisch-demokratischen Verfassung als nicht mehr überschreitbares Maß menschlicher Freiheit angesehen wird, dann können revolutionäre Anstrengungen nur als absurd empfunden werden.

Die Schwächen, die sich aus Angress' methodischem Zugang ergeben, sind, glaube ich, deutlich geworden: Die personenbezogene Darstellung der Organisationsgeschichte der KPD, die nur minimal und oberflächlich in den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang des untersuchten Zeitraums einbezogen wird, verhindert eine überzeugende wissenschaftliche Erklärung des Entwicklungsgrades und läßt dafür umso mehr Platz für unausgewiesene, subjektive Einschätzungen. Man kann gegen diese Beurteilung einwenden, daß sie Angress insofern nicht gerecht wird, als sein Buch zu einer Zeit veröffentlicht worden ist, in der die Aufgeschlossenheit für sozialhistorische Fragestellungen in der repräsentativen Geschichtswissenschaft nicht sehr stark entwickelt war und

6 Auf S. 37 meint Angress sogar, Rosa Luxemburg hätte schon im Dezember 1918 einsehen müssen, „daß ihre Schlacht verloren war“. Aber weit entfernt davon, „den Kampf um die Revolution aufzugeben“, sei sie dazu übergegangen, das Programm ihrer Gruppe in der „Roten Fahne“ zu verkünden.

7 Eine Analyse der sprachlichen Ausdrucksweise kann das Eindringen bürgerlicher Vorurteile zeigen. Nur ein Beispiel: auf S. 320 schreibt Angress im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Inflation: „Ehrbare alte Leute,

die von ihren Ersparnissen lebten, wurden über Nacht Unterstützungsempfänger“. Angress identifiziert sich hier voll mit dem ideologischen Bewußtsein, das den ökonomischen Abstieg des Mittelstandes ins Proletariat begleitet, nämlich diesen Abstieg als „unehrenhaft“, als Schande zu empfinden. Ein ökonomischer Prozeß verwandelt sich in subjektive Schuld, wodurch die Einsicht in die Zusammenhänge versperrt und eine richtige politische Konsequenz unmöglich gemacht wird.

ein merklicher Wandel erst in den zehn Jahren nach Erscheinen der amerikanischen Originalausgabe eingetreten ist. Dieser Einwand würde zutreffen, wenn es sich bei der deutschen Ausgabe um nichts weiteres handeln würde, als um die Übersetzung einer sonst unverändert gebliebenen Arbeit, so wie z.B. auch Ossip K. Flechtheims „Die KPD in der Weimarer Republik“ unverändert wiederaufgelegt worden ist, da sie trotz des inzwischen eingetretenen Fortschritts in der Forschung noch wertvolle Dienste leisten kann.<sup>8</sup> Obwohl es sich *faktisch* bei der deutschen Übersetzung des Angress'schen Buches in der Tat um nichts anderes handelt als um eine deutsche Ausgabe des amerikanischen Werkes, ist der im Vorwort zur deutschen Ausgabe formulierte Anspruch weiter gesteckt, nämlich Teile des Buches aufgrund der inzwischen erschienenen Literatur einer Revision unterzogen zu haben, und zwar insbesondere das Kapitel über die Novemberrevolution. Zu einschneidenden Änderungen im Hauptteil des Buches habe jedoch „aufgrund der seit 1963 erschienenen Materials keine Veranlassung“ vorgelegen (S. 11).

Die Überarbeitung sieht so aus, daß z.B. die Schilderung des persönlichen und politischen Lebensweges von Radek aufgrund der 1970 erschienenen Biographie Warren Lernalers ausführlicher ausgefallen (S. 78 ff.) und daß zur „Frage der KPD-Opposition neues Material“ (S. 11) beigelegt worden ist.<sup>9</sup> Die Revision des Abschnittes

über die Revolution 1918/19 erfolgt in der Weise, daß die Interpretation der Originalausgabe, nach der Ebert „eine benommene verwirrte Nation“ (S. 35, in der amerikanischen Ausgabe S. 13 f.) wieder in eine vernünftige Ordnung geführt habe, beibehalten wird und die neuerschienene Literatur als Aufzählung in Anm. 17 auf S. 33 f. „verarbeitet“ wird. Dabei kann man sich noch nicht einmal darauf verlassen, wenigstens eine Zusammenstellung der wichtigsten Literatur zu bekommen. So wird die nun wirklich entbehrliche journalistische Arbeit von Walter Görnitz aufgeführt, aber nicht die im gleichen Jahr auf deutsch erschienene Studie von I. S. Drabkin.

Der ganze erste Teil des Buches ist durch den Fortgang der Forschung wertlos geworden. Für die Revolution 1918/19 hält man sich besser an die im Anschluß an die Arbeiten von Eberhard Kolb und Peter von Oertzen erschienene Literatur, für den Kapp-Putsch und seine Folgen an die Bücher von Erhard Lucas. Bleibt der Zeitraum von 1921 bis 1923, für den es noch keine vergleichbare zusammenfassende Darstellung gibt.<sup>10</sup> Aber wenn man sich nicht mit einer Zusammentragung der Fakten begnügen will, die für eine wissenschaftliche Studie „von hohem Rang“ in keiner Weise ausreichend ist, dann kann die Arbeit von Angress nur eine Herausforderung sein, über diesen Zeitraum eine neue, bessere vorzulegen.

8 Neben den Büchern von Edward Hallet Carr und der von Willy Brandt und Richard Löwenthal verfaßten Biographie Ernst Reuters führt Angress Flechtheims Arbeit als „wertvolle Übersicht“ (S. 15 und S. 530) an, wirft ihm aber eine z.T. fragwürdige Quellenbasis und teilweise Sympathien mit der KPD vor. Der Tenor der Kritik, der sich auch darin äußert, daß Flechtheim der Beantwortung einiger Fragen „ausweiche“ (vgl. S. 371 Anm. 52 und S. 452 Anm. 94) ist unangebracht, wenn man sich die schwierige wissenschaftliche Situation vergegenwärtigt, in der Flechtheim sein Buch schrieb. Zweifellos ist das Bemühen Flechtheims, innerhalb gegebener

10 Von der Geschichtsschreibung in der DDR ist hier abgesehen worden. Zwar wäre eine Erörterung ihrer Vor- und Nachteile im Vergleich mit Angress sehr lohnend, zumal die Bemerkung Webers in der Einleitung dazu auffordert, doch würde dies den Rahmen einer Rezension sprengen.

Wertvorstellungen zu einer möglichst objektiven Darstellung zu gelangen, weitaus größer als dies bei Angress der Fall ist.

9 Angress meint natürlich nicht „KPD-Opposition“, sondern Opposition in der KPD, ein feiner, aber wesentlicher Unterschied.



Zum Schluß seien noch einige Anmerkungen über Übersetzung angefügt. Der Darstellungsstil von Angress ist vielleicht schon durch die Zitate deutlich geworden, so daß hier nicht eigens darauf eingegangen werden muß. Der Übersetzer Heinz Meyer hat sich zweifellos „große Mühe gegeben, . . . [die] oft eigenwilligen englischen Wendungen in lesbares Deutsch zu übertragen“, wie Angress im Vorwort schreibt (S. 13). An einigen Stellen hat er, sicherlich nicht gegen die Absicht des Verfassers, die polemische Schärfe des Originals verstärkt. So wird aus „such a group“ (S. 20 der amerikanischen Ausgabe) „ein solcher Haufen“ (S. 43), ein „free-wheeling radical“ (S. 131) zu einem „anarchistisch angehauchten Radikalinski“ (S. 167). Der Übersetzer hegt offenkundig auch eine Vorliebe für Fremdwörter, ohne sich der Bedeutungsschattierungen immer bewußt zu sein. Wenn Angress ausdrücken will, daß die Unzufriedenheit zunimmt, dann heißt das bei Meyer „progressive Unzufriedenheit“ (S. 140). Wenn die bekannte Studie von Schorske als durchdringende Untersuchung gelobt werden soll, dann schreibt Meyer „die weitaus penetranteste Untersuchung“ (S. 529 und dito S. 533).

Der Räteverlag hat 1974 einen Raubdruck des hier besprochenen Buches herausgebracht, getreu seiner begrüßenswerten Absicht, wichtige Werke zu erschwinglichen Preisen zugänglich zu machen. In diesem Fall aber, scheint mir, hat er übersehen, daß die prohibitive Funktion hoher Preise auch einmal nützlich sein kann.

Frank Dingel

GROSZ, George: **Das Gesicht der herrschenden Klasse und Abrechnung** folgt! — Frankfurt/M.: Makol 1973. 119 S. (Nachdruck der 1921 und 1923 im Malik-Verlag erschienenen Ausgaben. Der Beitrag „Statt einer Biografie“ wurde entnommen aus George Grosz und Wieland Herzfelde, „Die Kunst ist in Gefahr. Drei Aufsätze“, Berlin, Malik-Verlag 1925; künftig zitiert: I).

DERS.: **Der Spießer-Spiegel und Das neue Gesicht der herrschenden Klasse**. — Frankfurt/M.: Makol 1973. 124 S. (Nachdruck des „Spießer-Spiegels“ nach der 1932 im Carl Reissner Verlag erschienenen neuen, veränderten Ausgabe; „Das neue Gesicht der herrschenden Klasse“ nach der 1930 im Malik-Verlag, Berlin, erschienenen 1. Aufl.; künftig zitiert: II).

Obwohl die Aufarbeitung der verschiedenen, die Arbeiterbewegung begleitenden kulturpolitischen Strömungen in der Bundesrepublik noch immer weitgehend Desiderat ist, hat sich die Situation an einzelnen Punkten erstaunlich gewandelt. Beispielhaft hierfür ist das ständig wachsende Interesse am Werk George Grosz'. In neuen Lese- und Arbeitsbüchern für den Deutsch- und Religionsunterricht sind Grosz — Bilder der 20er Jahre durchweg aufgenommen. Die Wiederentdeckung Grosz' ergreift Kunsteditionen, Sachbuchverlage, Massenzeitschriften (vgl. „Der Stern“ vom 21.2.74) und nicht zuletzt die wissenschaftliche Debatte. Der Rowohlt-Verlag plant für den Herbst 1974 die Wiederauflage der seit langem vergriffenen Autobiographie.<sup>1</sup> Dumont, Propyläen und Rowohlt sind im Wettlauf um termingerechtes Erscheinen ihrer Grosz-Monographien auf dem Höhepunkt des Grosz-Booms. In den USA sind schon drei Dissertationen zum Thema George Grosz veröffentlicht, in der Sowjetunion drei im Entstehen, in der BRD sind

1 George Grosz, *Ein kleines Ja und ein großes Nein. Autobiographie*, Hamburg 1955 (künftig zitiert: Kleines Ja).

ebenfalls einige wissenschaftliche Abhandlungen angekündigt.

Die Grosz-Welle in der BRD entbehrte weitgehend ihres wesentlichsten Antriebes: Einer breiten Öffentlichkeit ist es bislang nicht möglich gewesen, Grosz' Werk überhaupt kennenzulernen, da die Originalausgaben seiner Zyklen als Raritäten nur unter Schwierigkeiten zu erlangen sind. Das Unternehmen des Makol-Verlages, das Werk in Reprints wieder vorzulegen, ist deshalb unbedingt zu begrüßen. Auch wäre es zu bedauern, wenn die dort angekündigte Publikation eines umfassenden Grosz-Readers – wie es heißt – nun doch nicht erfolgen wird. Stattdessen soll ebenfalls als Reprint der Zyklus: „Über alles die Liebe“ von 1930 erscheinen.

Fragen wir zunächst, wie Grosz selber verstanden werden wollte. In dem im ersten Reprint übernommenen Vorwort „Statt einer Biografie“ sagt Grosz (1925) über sich selbst: „Es war mir wesentlicher, Erkenntnisfaktoren und allgemein gültige Forderungen aufgrund der Erfahrungen meines Lebens auszusprechen, als all die dummen, äußerlichen Zufälligkeiten meines Lebens aufzuzählen, wie da sind: Geburtstag, Familientradition, Schulbesuch, erste Hose . . . usw.“ (I, S. IX). Wesentliche Elemente der dergestalt begriffenen Bildungsgeschichte Grosz' waren weniger der Besuch der konservativen Malakademie in Dresden (wo er das Kopieren antiker Statuen und Aktzeichnen übte), mehr schon die Ausstellungen der seinerzeit mächtig vordringenden Expressionisten, am stärksten wohl das intensive Erleben der Großstadtatmosphäre Berlins: Menschenvielfalt, Boulevard-Cafes, immer wieder irritierende und faszinierende Vergnügungswelt – und hinter der glitzernden Fassade oftmals unübersehbar das nackte Eiend.

Entscheidend wird für Grosz das Erlebnis des Ersten Weltkrieges: „Krieg, das war alles andere als die anfängliche Begeisterung, es wurde Dreck und Läuse, Stumpfsinn, Krankheit und Verkrüppelung“ (Kleines Ja, S. 101). Berliner Kriegsatmosphäre er-

lebte Grosz 1916 bei seiner vorübergehenden Entlassung aus dem Kriegsdienst. Er traf hier im „Cafe des Westens“, dem Treffpunkt fortschrittlicher Intellektueller, u.a. mit Theodor Däubler zusammen, dem Mitarbeiter der „Weißen Blätter“, in welchen – den Umständen entsprechend verschleierte – gegen den Krieg und für Völkerverständigung geworben wurde. „Untauglich“ endgültig aus dem Kriegsdienst entlassen, kehrte Grosz 1916 erneut nach Berlin zurück. Er und sein Freund Wieland Herfelde übernahmen die Zeitschrift „Neue Jugend“ und machten sie zu einem Organ der literarischen und politischen Opposition. Aus diesem Unternehmen ging der berühmte Malik-Verlag hervor.

Die in der Endphase des Krieges aufbrechende revolutionäre Bewegung zog die Freunde zunehmend in ihren Bann. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts durch Militärs vertiefte ihren eigenen Worten zufolge den Einblick in das zunächst nur undeutlich erkannte System nachhaltig. Sie paßten ihre Kunst, die schon immer diffuse Oppositionsgefühle artikuliert hatte, dem nun geschärften Blick für die Ursachen der chaotischen Zustände an. Ihr „Dadaismus“ (W. Herzfelde verwahrt sich in dieser einen Beziehung nicht ganz zu Unrecht gegen diese Zuordnung) unterscheidet sich von den übrigen Dada-Zirkeln durch zunehmend eindeutiger werdendes politisch-oppositionelles Engagement. Die stürmische Zersetzung traditioneller Kunstformen geht bei ihnen einher mit der Ausbildung eines klaren politischen Auftrages an den Künstler. So ruft Grosz 1925 unter dem Titel „Die Kunst ist in Gefahr“ den Künstlern zu: „Geht in ein Proletariermeeting und seht und hört, wie dort die Leute, Menschen wie ihr, über eine winzige Verbesserung ihres Lebens diskutieren. Begreift, diese Masse ist es, die an der Organisation der Welt arbeitet. Nicht ihr. Aber ihr könnt mitbauen an dieser Organisation. Ihr könnt helfen, wenn ihr nur wollt!“ (I, S. VIII).



1921 entsteht der erste Zyklus „Das Gesicht der herrschenden Klasse“. An den sehr wichtig genommenen Untertiteln arbeitet er gemeinsam mit W. Herzfelde. 1922 reist Grosz in die UdSSR, wo er mit Lenin, Lunatscharski und Tatlin zusammentrifft. Stolz berichtet er: „Er [Lenin] soll meine Arbeiten geschätzt haben, besonders mein Buch 'Das Gesicht der herrschenden Klasse'“ (Kleines Ja, S. 174).

Als 1923 die Nachkriegskrise in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht, Inflation und wirtschaftliche Not besonders für die Arbeiterklasse ein unerträgliches Ausmaß annehmen, veröffentlicht Grosz eine seiner stärksten Arbeiten „Abrechnung folgt“. 1925 – eine Phase relativer Stabilisierung läßt den Mythos der Goldenen 20er Jahre entstehen – karikiert Grosz in dem Zyklus „Spießier-Spiegel“ die selbstzufriedene Grimasse derjenigen, denen die Prosperisierung am meisten zu Kopfe gestiegen ist.

Grosz unternimmt Reisen nach Paris und Südfrankreich, ohne der – niemals wirklich beseitigten – Krise entgehen zu können, die sich in der Folgezeit ständig ausweitet. Grosz ahnt das Ende der bürgerlichen Demokratie in Deutschland voraus. Er geht 1932 in die Vereinigten Staaten. Immer wieder waren seine Werke Angriffsziel des bürgerlichen Justizapparates gewesen (1920, 1924, 1928). Er bindet sich jedoch nicht umso fester an seine Organisation, die Kommunistische Partei, sondern versucht einen individuellen Standpunkt zu wahren – eine Position, die in Deutschland jedoch historisch nicht mehr zu halten war. Die antifaschistische Aussage seines Werkes bleibt auch in der Folgezeit erhalten, aber eine klare Aussage – wie früher – darüber, wie's weitergehen soll, gelingt ihm nicht mehr.

Die hier aufgezeigte Tendenz seines Werkes (die prägnante sozialkritische Aussage, die – nach der Anfangsphase – sein frühes Werk stilistisch prägt, will sich ab Ende der 20er Jahre immer seltener einstellen und geht im Exil weitgehend verloren) wird in den nun wieder vorliegenden Bänden dokumentiert.

In den frühen Zyklen ist das 'Gesicht der herrschenden Klasse' nicht als solches und für sich aussagekräftig, sondern es zeigt seine Widerwärtigkeit dadurch, daß es im Gesicht der ausgebeuteten Klasse gespiegelt wird. Betrachten wir zum Beispiel die Illustrationen „Wo die Dividenden herkommen. . .“ und „. . . wo sie hinkommen“ (I, Bild 13 u. 14): Der dividendenschaffende Bergarbeiter, der ständig tödlicher Gefahr ausgesetzt ist, entlarvt das Gesicht der herrschenden Klasse in der Konfrontation mit den ungefährdet prassenden 'Herrschenden'. Eine weitere Steigerung erfährt die zeichnerische Ausdruckskraft Grosz' in dem Zyklus „Abrechnung folgt“ (1923). Titelfigur ist der kampfbereite Proletarier, der auf Trümmern und Gräbern des Kriegs und der niedergemetzelten Revolution mit erhobener Faust die 'Abrechnung' androht.

Im 1925 erschienenen „Spießierspiegel“ (Walter Mehring bezeichnet Grosz daraufhin als „Spießierbiologen“) knüpft er enger an die satirischen Traditionen wie z.B. die des „Simplizissimus“ an. Grosz skizziert darin immer wieder den groß- und kleinbürgerlichen, den technokratischen oder den 'verklemmten' Spießier. Zwar sind auch hier den „Spießern“ in einigen Illustrationen diejenigen gegenübergestellt, die sich über ihren Status keine Illusionen machen können, aber die Konfrontation bleibt hier beziehungslos: zwei nebeneinanderherlebende Schichten des Volkes, die unbittlich getrennt, statisch polarisiert und doch beide ausweglos dem Untergang geweiht sind; dem physischen die einen, dem moralischen die anderen. Dieses Sezieren der Spießier-Physiognomie wird von vielen Interpreten als Grosz' größte zeichnerische Leistung gewertet. Jedoch zu Unrecht, weil der aggressive Zynismus dieser Zeichnungen schon nicht mehr unter die Oberfläche dringt, vielmehr wirkliche Ursachen des Spießerdaseins übergeht, bzw. dem Vorwissen des kundigen Betrachters überläßt. Es finden sich einige Bilder, in denen nichtssagend – feiste Stiernacken und dumpf-sinnliche Gesichter den Anspruch des analysierenden Spießier-„Biologen“ als ungerechtfertigt erscheinen lassen.



Im „Neuen Gesicht der herrschenden Klasse“ (1930) wird dieser Wandel noch deutlicher. Das Blatt „Shopping“ z.B. (II, S. 76), eines der ganz wenigen, in denen die herrschende Klasse vor dem Hintergrund der Beherrschten dargestellt wird, verharmlost den Gegensatz zwischen werktätiger Klasse und den 'Rentiers' auf die Darstellung eines elegant „Präsentpäckchen“-schwingenden Pärchens, das sich arrogant-angewidert dem Anblick der „Drecksarbeit“ entzieht.

Gefährlich wird diese Tendenz zur Verharmlosung bei einem Hitlerbild in dieser Serie. Während etwa Hearfield zur gleichen Zeit den aufkommenden Faschismus in seinen Fotomontagen schonungslos geißelt, zeichnet Grosz Hitler als „germanische Ulkfigur“ mit Fellumhang, Zahnkette und tätowiertem Hakenkreuz am Oberarm. Das Analysierend-Zersetzende, die messerscharfe Pointierung, der berühmte scharf-„genähte Strich“, stumpft hier zur nicht überzeugenden Tageskarikatur ab.

So dokumentieren die beiden vorliegenden Bände jene Wandlung Grosz', die bereits in den 20er Jahren die Phase des Schaffens ankündigte, in der seinem Werk die frühere spezifische Ausdruckskraft verlorenging und er – im Wechsel von hoffnungsvollem Neuanfang und deprimierter Einsicht in die Vergeblichkeit – eine klare Tendenz nicht mehr zustande brachte. Ob damit das letzte Wort über die späte Phase gesprochen sein kann, wird erst nach der umfassenden Dokumentation der Werke gerade dieser Zeit entschieden werden können.

*Helgard Neumann*

**KALBITZ, Rainer: Die Arbeitskämpfe in der BRD. Aussperrung und Streik 1948–1968.** – Bochum: Sozialwiss. Diss. 1972. Privatdruck 279 S.

Unter den sozialgeschichtlichen Gebieten, deren empirisch-quantitative Erschließbarkeit und amtlich-statistische Erschlossenheit der Historiker gerne unterstellen möchte, rangiert die Geschichte der Arbeitskämpfe mit ihren Zahlen und Daten obenan. Schließlich haben sowohl das Statistische Reichsamt als auch die Generalkommission

der Gewerkschaften darüber seit Ende des vorigen Jahrhunderts eindrucksvolle Tabellen vorgelegt. Wer wollte vermuten, daß die Bundesstatistik diese Ansätze nicht erfolgreich weiterentwickelt hätte? Von Dunkelziffern für die Zeit der Hitlerherrschaft und des bizonalen Interregnums einmal abgesehen, schien hier ein Bereich mit eindeutigen und zuverlässigen Daten vorzuliegen – jedenfalls seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Wie selbstverständlich wurden die amtlichen Daten seit Anfang der fünfziger Jahre in wissenschaftliche Arbeiten übernommen (u.a. Kurt Salabas Marburger Diss. von 1955). Mit einem Blick auf die vergleichende Streikstatistik ließen sich immer wieder Diagnosen über typisch „deutsches“ oder „britisches“ Streikverhalten treffen. Jahr für Jahr gingen „Zahlenbilder“ durch die Presse, in denen ein eindrucksvolles Streikgefälle zwischen den westeuropäischen Staaten aufgezeigt wurde, das offensichtlich in reziproker Proportion zum jeweiligen Lohnniveau stand. Das Phänomen der „wilden Streiks“ seit 1969 ließ sich zu statistisch untermauerten Theoremen über einen folgeschweren Wandel in der Strategie von Arbeitskämpfen heranziehen.

All das läßt sich nun nicht mehr so einfach fortschreiben, denn Rainer Kalbitz hat die westdeutsche Streikstatistik endlich einer kritischen Analyse unterzogen. Nachdem Jürgen Kuczynski bereits 1961 (im „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“) die älteren Streikstatistiken radikal überprüfen konnte – mit z.T. erschütternden Resultaten über deren Fehlerhaftigkeit – kommt Kalbitz nun zu der Feststellung, daß die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land in der OECD und darüber hinaus ist, „das die Zahl seiner Arbeitskämpfe, d.h. Streiks und Aussperrungen als absolute Zahlen nicht nennen kann“ (S. 242). Der junge Bochumer Sozialwissenschaftler hat die amtlichen Statistiken mit Hilfe gewerkschaftlicher Unterlagen revidiert und kommt zu Abweichungen bis zu 72 %. Nur wenige Angaben liegen innerhalb einer normalen Fehlertoleranz.



Insgesamt zeigt sich das Bild eines lang-jährigen „Irrtums mit Tendenz“ (S. 32).

Die berichtigten Daten liegen nun in einer neuen Tabelle vor (S. 30), an der keine wissenschaftliche Arbeit über Streiks in der Bundesrepublik vorbeisehen darf. Freilich muß Kalbitz vermuten, daß auch seine berichtigten Werte „ebenfalls nur Partialgrößen darstellen“ (S. 31), die wirklichen Daten also noch höher liegen. Wieweit eine weitere Verbesserung möglich wäre, muß offenbleiben, solange die entsprechenden Unterlagen der Unternehmerorganisationen nicht bekannt sind. An dieser Stelle beginnt das wissenschaftliche Dilemma, vor dem Kalbitz' weitere Ergebnisse zu bewerten sind. Seine Kritik der amtlichen Statistik schlägt zurück, indem sie – abgeschwächt – auch auf seine Tabellen anzuwenden ist. Zudem fehlt einigen Aufstellungen das letzte Raffinement, mit dem moderne statistische Methoden lückenhaftes Material aufzuschlüsseln vermögen. Vor der Berechnung von Korrelationskoeffizienten und dem Einsatz von EDV hat der Autor offenbar haltmachen müssen.

Gleichwohl gelangt er zu einigen eindrucksvollen Ergebnissen bei der Interpretation seiner Daten:

1. Die Zahl der Ausfalltage, die durch Streiks in Italien oder England entsteht, ist beträchtlich niedriger zu veranschlagen als die Zahl der Ausfalltage, die in Deutschland durch zusätzliche offizielle Feiertage verursacht werden.
2. Die Streikaktivität in der Bundesrepublik erreichte in den Jahren 1959 bis 1963 ihr Minimum, ist seither wieder gestiegen, blieb aber unter dem langjährigen Mittel.
3. Die Zentralisierung und Konzentration des Tarifsystems führt zu einzelnen, herausragenden Streiks, denen dann wieder Tarifrube folgt. Die Intensität der wenigen Streiks liegt weit über dem internationalen Durchschnitt.
4. Die Bundesrepublik hat im Vergleich zur Weimarer Republik und zum Kaiserreich „ein Maximum sowohl für die Streikgröße

als auch für die Streikintensität erreicht“, steht aber seit 1950 im Zeichen sinkender Intensität und Streikgröße.

5. Spontane Streiks hat es auch vor 1969 in beträchtlicher Zahl gegeben, nur wurden sie vorher weniger beachtet und nicht im Zusammenhang interpretiert.

6. Der Anteil der spontanen Streiks hat sich im Untersuchungszeitraum verdoppelt. Dieses Wachstum folgt aber keinem einheitlichen Trend in den verschiedenen Organisationsgebieten und Industriezweigen.

7. Die Entwicklung spontaner Streiks korreliert nicht mit gewerkschaftlicher Inaktivität und ökonomischem Druck.

8. Es gibt eine eigene Tradition spontaner Streiks, die in der Bundesrepublik ungebrochen ist, aber von Gegnern und Anhängern ignoriert wird mit dem Resultat folgenswerer Fehleinschätzungen.

9. Aussperrungen sind seltener als Streiks, aber häufiger als offiziell verlautbart. Sie haben eigene quantitative und qualitative Merkmale und sind keineswegs als „Reflex“ auf Streiks anzusehen, sondern entwickeln sich unabhängig.

10. Die Zahl der Aussperrungen ist gleichermaßen angestiegen wie die der spontanen Streiks, hat sich also verdoppelt.

11. Ein Vergleich von Aussperrung und Streik zeigt, daß Aussperrungen im Durchschnitt größer sind. Die Zahl der Betroffenen und der Ausfalltage liegt erheblich höher als bei Streiks.

12. Zwischen Streiks und Aussperrungen öffnet sich eine „Schere“ zu Ungunsten der Streiks.

Diese Feststellungen, die hier nicht in ihrer ganzen Differenziertheit wiedergegeben werden können, korrigieren sowohl die bequemen partnerschaftlichen Vorstellungen vom sozialen Klima in der Bundesrepublik, zwingen aber auch die Apologeten der „wilden Streiks“ zur Überprüfung ihrer Thesen. Kalbitz leistet damit

einen wesentlichen Beitrag zur Versachlichung der Streikdiskussion. Freilich bleiben viele Fragen offen, die in der älteren Streikstatistik jedenfalls teilweise beantwortet wurden: Wie hoch war der Anteil der Abwehr- und Angriffstreiks? Lassen sich zuverlässige Daten über die Erfolgsrate ermitteln? Welche Kosten entstanden den Gewerkschaften und den Unternehmen? Gibt es eine Relation zwischen Organisationsgrad und Streikaktivität in einzelnen Branchen?

Dazu kommen neuere Fragestellungen, die für die Entwicklung seit 1945 besonders aufschlußreich wären: Wie wirken sich dauerndes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und hohes Lohnniveau auf das Streikverhalten aus? Lassen sich Unterschiede zwischen mitbestimmten Betrieben und Branchen gegenüber Bereichen feststellen, die nur dem Betriebsverfassungsgesetz unterliegen? Sind über die Rechtssprechung hinaus wesentliche staatliche Eingriffe erfolgt? Hat der wachsende Gasterbeiteranteil Auswirkungen auf das Streikverhalten gehabt?

All diese offenen Fragen, deren Beantwortung von einer einzelnen Studie gar nicht erwartet werden durfte, zeigen nur, wie wichtig eine Fortführung der empirischen Streikforschung wäre. Vordringlich scheint dabei eine radikale Neuorientierung der amtlichen Statistik zu sein. Zwar läßt sich nicht mehr mit Sicherheit ermitteln, was vor zwanzig Jahren war, aber verbesserte Daten über die gegenwärtigen Verhältnisse erlauben neue Rückschlüsse und schaffen auf Dauer jene Unterlagen, die für eine rational und wissenschaftlich zu führende Diskussion unentbehrlich sind.

Die Verbände müssen lernen, daß Aufklärung in diesen Fragen ihren Interessen auf längere Sicht mehr dient als taktische Verschleierung. Die Mäzene der Wissenschaft müssen einsehen, daß derart wichtige Grundlagenforschung in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften einen Arbeitsaufwand erfordert, der mit den üblichen zweijährigen Stipendien nicht zu leisten ist. Schließlich sind Defizite aufzuarbeiten,

die durch jahrzehntelanges Fehlverhalten ganzer Behörden aufgehäuft wurden.

Schon jetzt greifen sozialwissenschaftliche Institute voreilig nach jenen Daten, deren Problematisierung Kalbitz' wichtigste Leistung ist. Aber Kalbitz' fundamentale Kritik der Streikstatistik darf nicht am Anfang eines nur verbesserten sozialwissenschaftlichen Schlendrians stehen. Vielmehr kommt es vorrangig darauf an, eine neue aussperrungs- und streikstatistische Praxis zu begründen, auf deren Basis die Anstrengungen des Begriffs zu einer Theorie des Arbeitskampfes führen kann, die weniger in der Gefahrenzone konfliktorischer Spekulation schwebt als bisher.

Gerhard Beier

BARTSCH, Günter: *Anarchismus in Deutschland*. Bd. 2/3, 1965–1973. – Hannover: Fackelträger Verlag 1973. 423 S.

Pünktlich sind die beiden von Günter Bartsch geschriebenen bzw. herausgegebenen Bde zur Geschichte des deutschen Anarchismus nach 1945 erschienen. Sie setzen jene Publikation inhaltlich wie chronologisch fort, in der vom gleichen Autor die anarchistische Bewegung in Deutschland 1945–1965 dargestellt worden ist.<sup>1</sup> Entgegen der ursprünglichen Ankündigung wurden allerdings die beiden noch ausstehenden Bde in einem Buch vereinigt. Der Dokumentenband ist an den Schluß gesetzt worden, obwohl dieser eigentlich als Nachschau auf den ersten und Vorschau auf den dritten geplant war.

Das zentrale Thema des zweiten Bandes ist die Entstehung einer radikalen gesellschaftskritischen Jugendbewegung nach 1965, die – nach Bartsch – nicht nur anarchoide Züge trug, sondern direkt als anarchistisch gekennzeichnet werden kann. Zudem wird deren Verhältnis zum traditionellen Anarchismus in der Bundesrepublik behandelt:

1 Vgl. hierzu meine Besprechung in dem Literaturbericht: *Probleme der Anarchismusforschung. Kritische Anmerkungen zu einigen Neuerscheinungen*, in: *IWK* Jg. 9 (1973), H. 19/20, S. 125–144.



Die Konflikte und Einigungsversuche zwischen altem und neuem Anarchismus ziehen sich als roter Faden durch das Buch.

Einleitend nimmt Bartsch in Bd. 2 noch einmal die von ihm schon in Bd. 1 beantwortete Frage auf: „Wer ist Anarchist?“ Zu Recht schreibt er, daß es nötig sei, „den Begriff des Anarchisten und seine Merkmale noch klarer herauszuschälen“. Doch das Ergebnis der analytischen Bemühungen von Bartsch ist leider dürftig, trägt mehr zur Verwirrung bei, als daß Probleme geklärt werden. Hatte Bartsch Anarchismus ursprünglich definiert als „eine soziale, aber antipolitische, antiparteiliche und anationale Bewegung“, die primär die Aufhebung des Staates und seine Ersetzung durch ein föderalistisch-anarchistisches Selbstverwaltungsmodell zum Ziel habe,<sup>2</sup> so reiht er jetzt fast ein Dutzend Merkmale – man möchte sagen wahllos, nämlich ohne expliziten Bezug zueinander und ohne jede Gewichtung – aneinander: „Der Anarchist ist in der Regel organisationschreu, funktionsfeindlich, apparatfeindlich, autonomistisch, föderalistisch, antiparteilich, antinational, gegen jede Verstaatlichung der Produktionsmittel, mißtrauisch gegen die moderne Technik, strikt gegen die Eroberung der politischen Macht, aber für die geistige Revolution als Voraussetzung oder Begleiterscheinung der sozialen, die in der Abschaffung des Staates sowie in der Begründung einer herrschaftslosen Ordnung bestehen soll, und Anhänger der direkten Aktion als dem methodischen Modell der Herrschaftsüberwindung“ (S. 14 f.). Auch die Versicherung des Autors, diese „erweiterte Darstellung“, nämlich die modifizierte und ergänzte Definition von Anarchismus, habe drei Anarchisten vorgelegt („zwei jungen und einem der mittleren Generation“), läßt den umschriebenen Begriff noch längst nicht zu einer analytischen Kategorie werden, sondern weist im Gegenteil auf dessen Schwäche hin: Diese Definition gibt bestenfalls – und auch hier

wären Bedenken anzumelden – das Selbstverständnis der anarchistischen Bewegung wieder; verharret subjektiv bei anarchistischen Methoden und Zielsetzungen, formuliert hingegen keine Kriterien, um Anarchismus im Medium von Gesellschaft und Zeit je konkret (d.h. in der jeweiligen historischen Situation) zu analysieren. So verkommt der Begriff des Anarchismus endgültig zu einem Allerweltsetikett, das man nach Belieben jeder gesellschaftskritischen Bewegung aufheften kann. Dies demonstriert Bartsch sogleich auf der ersten Seite seiner Abhandlung, indem er darauf hinweist, daß bis in das 19. Jahrhundert hinein in den „Umstürzbewegungen der Agrargesellschaft“ kommunistische und anarchistische Forderungen oft gleichzeitig auftauchten, nämlich „Einführung der allgemeinen Gütergemeinschaft und Sturz aller Obrigkeiten“. „Wir erwähnen hier nur den toskanischen Bauernaufstand (1303–07), den englischen Bauernaufstand (1381), die hussitischen Taboriten (1420–21) und die deutschen Bauernkriege (1518–25)“. Sind Anarchismus und Kommunismus demnach soziale Bewegungen des europäischen Mittelalters wie der Neuzeit? Haben sie mithin überhaupt nichts zu tun mit der Industrialisierung, mit dem Entstehen der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates? Nach Bartsch ist das Unterscheidungskriterium zwischen Anarchismus und Kommunismus darin zu sehen, daß die Anarchisten – eben im Gegensatz zu den Kommunisten – „keine allgemeine Gütergemeinschaft, sondern eine genossenschaftlich organisierte Gesellschaft, in der die Arbeiter zu ihren eigenen Unternehmern werden sollten“ erstrebten.

Wie wenig diese Art geistesgeschichtlich-abstrakter Definition zur sozialwissenschaftlichen Analyse geeignet ist, zeigt sich in der Darstellung der „Neuen Anarchisten“, die Bartsch „Anarchos“ nennt, „um sie von den früheren zu unterscheiden“, aber auch „weil diese Bezeichnung sich schon etwas eingebürgert hat“ (S. 76). Auf die Anarchos träfen, so meint Bartsch die von ihm genannten elf Merkmale zu.

2 Vgl. Günter Bartsch, *Anarchismus in Deutschland. Bd. 1: 1945–1965*, Hannover 1972 S. 12 f.



Zu ihnen zählt er nicht nur „Neue Anarchisten und solche Rätekommunisten, die eine Räteordnung ohne Parteierrschaft wollen“, sondern der Begriff „umfängt ferner den Anarcho-Pazifismus und einen Teil der Subkulturellen“ (S. 219). Letztlich schlägt Bartsch aber alle aus dem SDS hervorgegangenen Gruppen und Sekten den Anarchos zu. Dutschke und Rahehl, die Mitarbeiter der Göttinger Studentenzeitschrift „politikon“, die Hippies und die Kommunarden, ja selbst die Maoisten, Trotzisten und Marxisten-Leninisten. Trotz Bedenken, die Bartsch gekommen zu sein scheinen und zwischen den Zeilen erkennbar sind, schlägt er auch Wolfgang Dreßen<sup>3</sup> ins Allerweltslager der Anarchos: Sind bei diesem Autor zentralistisch-autoritäre Elemente nicht so stark, daß auf ihn nun wirklich die von Bartsch selbst genannten elf Merkmale nicht mehr zutreffen? Es wäre weiter zu fragen: Wenn die von Bartsch genannten elf Merkmale auf den Alten wie Neuen Anarchismus zutreffen – worin unterscheiden sich dann beide Strömungen? Liegt hier nur ein Generationskonflikt vor? Wäre allein aus dem Generationskonflikt zu erklären, daß beide Strömungen der – nach Bartsch – doch letztlich *einen* Bewegung nie zusammengekommen sind? Einige Hinweise auf ideologische Differenz zwischen Alt- und Neoanarchismus hat Bartsch über sein Buch verstreut, doch ist das von uns angesprochene Problem an keiner Stelle systematisch angegangen worden. Vollends verzweifelt der auf argumentativ-systematischen Gedankengang bedachte Leser, wenn er zum Schluß des zweiten Bandes erfährt, daß – wie im ersten Band – nicht nur zwischen organisiertem und geistigem Anarchismus zu unterscheiden sei, sondern jetzt müsse noch „der spontane, entristisch und einzelkämpferische“ hinzugefügt werden. Spontan ist der unbewußte Anarchismus vieler Organisationen. Entristisch die bewußte Mitarbeit selbst in feindlichen Parteien. Einzelkämpferisch

die stille Wirksamkeit in Randbereichen abseits von der Öffentlichkeit oder auch in der *Höhle des Löwen*“ (S. 216). Abgesehen von den Widersprüchen in diesem Satzgebilde (arbeitet der „Einzelkämpfer“ in der Höhle des Löwen“ nicht „entristisch“? „Spontaner Anarchismus“ wird durch „unbewußten Anarchismus“ erklärt) ergibt sich diese These über die drei neuen Versionen des Anarchismus nicht aus dem vom Vf. ausgebreiteten empirischen Material, sondern steht ziemlich apodiktisch und unvermittelt da.

Die Vorzüge der Arbeit von Bartsch sollen keineswegs geleugnet werden: Sie liegen in der detaillierten Beschreibung der Studentenbewegung 1965–1973 sowie der altanarchistischen Gruppen. Der Vf. hebt in seinem Buch damit an, die neue Strömung im Anarchismus aus der Geschichte des SDS an den bundesrepublikanischen Universitäten in vier Phasen – von der Rezeption der kritischen Theorie bis zur Fraktionierung des Studentenbundes – darzustellen. Studentenbewegung und linke Sektiererei werden in ihrem ideologischen und organisatorischen Wirrwarr nachgezeichnet. Den Höhepunkt des Neu-Anarchismus sieht Bartsch offensichtlich in jener Phase, in der der alte SDS endgültig zerfiel und lokal je verschiedene Organisationen an seine Stelle traten. Hierzu gehören Anarcho-Kommunen in West-Berlin, anarchistische, syndikalistische und rätekommunistische Gruppen in Göttingen, Wilhelmshaven und Hamburg. Dabei werden die verschiedenen Publikationen der Gruppen und Grüppchen – Raubdrucke, Broschüren, Zeitschriften – wenn nicht vollständig, so doch in großer Zahl aufgelistet.

Zum Zeitpunkt der buntesten Blüte des Neo-Anarchismus war der Alte Anarchismus aus seinem Tiefschlag, in dem er am Beginn der Studentenrevolte 1965/66 noch lag, zwar aufgewacht, wurde durch die universitäre Herausforderung jedoch in zwei Lager zerrissen; Die einen lehnten die Studentenbewegung grundsätzlich ab, da ihr – man erinnerte sich der Verfolgung der Anarchisten in der DDR – eine kommunistische Tendenz innewohne. Die anderen

<sup>3</sup> Vgl. Wolfgang Dreßen, *Antiautoritäres Lager und Anarchismus*, Berlin 1968 (= Rotbuch 7).



bejahten die Studentenbewegung, sahen z. T. in ihr eine Chance zur Wiederbelebung der eigenen Bewegung. Allerdings konnten Alt- und Neuanarchisten bis 1970 weder in theoretischen Diskussionen noch organisatorisch auch nur den Ansatz einer gemeinsamen Basis finden: So etwa stand der anarchistische Weltkongreß in Carrara 1968 ganz unter dem Eindruck einer vor den Türen des Kongreßsaales ausgetragenen Auseinandersetzung zwischen Daniel Cohn-Bendit und einigen Altanarchisten. Ein von 130 Teilnehmern aus 25 Gruppen besuchtes Pfingsttreffen 1970 in Hamburg hatte zunächst hochgestochene Erwartungen geweckt, daß nämlich beide Strömungen im deutschen Anarchismus – Altanarchisten und Anarchos – eine gemeinsame Grundlage finden und ein Koordinationsbüro einrichten könnten, doch zerschlugen sich alle Hoffnungen an dem schon traditionellen und hier wieder voll aufbrechenden Konflikt zwischen reinen Anarchisten und Marxisten.

Die folgenden Jahre signalisierten nur den Niedergang des Anarchismus. Nicht nur scheiterten alle Versuche eine – wenn auch noch so lockere – Verbindung zwischen Anarchos und Alt-Anarchisten herzustellen, sondern beide Richtungen waren außerdem in sich zerstritten, der Spaltpilz der Sektiererei tat sein Werk. Die Hamburger um Otto Reimers riefen in ihrer Zeitschrift „neues beginnen“ (seit September/Oktober 1971 „Zeitgeist“) zur Unterstützung der Regierung Brandt-Scheel auf – arbeiteten also nicht auf den Sturz der Bundesregierung (und die Abschaffung des Staates) hin, sondern unterstützten aus Furcht vor CDU/CSU die sozial-liberale Koalition. Waren dies überhaupt noch Anarchisten? Während die Hamburger gerade die Ostpolitik der Regierung willkommen hießen, fand die Gruppe um Alfred Weiland in Berlin diese beschämend, weil die schon unter Adenauer begonnene Politik der Aufweichung durch den Osten so verstärkt fortgesetzt würde. Das „Demokratische Zentrum“ wurde von Weiland und seinen Freunden gegründet, um diesen Tendenzen Einhalt zu gebieten. Man ver-

öffentlichte u.a. die alten Reden und Schriften Willy Brandts gegen SED, FDJ und Ulbricht. Auch hier drängt sich – die von Bartsch nicht gestellte – Frage auf: Was hat das noch mit Anarchismus zu tun?

Im Schlußkapitel schildert der Vf. den Zerfall des Neoanarchismus: Die Anarchos experimentierten mit verschiedenen – kurzlebigen – Organisationsmodellen, nur vorübergehend fanden noch einige von ihnen publizierte Zeitschriften – „883“, „fizz“, „Schwarze Protokolle“, „MAD“ – Anklang. Im Oktober 1972 gab es in 55 Städten 70 Anarcho-Gruppen mit etwa 1.000 – 1.500 Angehörigen. Diese Gruppen hatten durchschnittlich 10 – 20 Mitglieder. Sie waren über ein Koordinationsbüro anarchistisch-rätekommunistischer Gruppen zusammengefaßt. Kurz geht der Vf. an dieser Stelle (wie später etwas ausführlicher in der Dokumentation) auf die Rote Armee Fraktion ein, meint aber, sie gehöre – da sie sich als marxistisch begreife – eigentlich nicht zu den Anarchos. Warum dann auf dem Umschlag des Buches die Bilder von Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe prangen, ist völlig unverständlich. Hat der Verlag hier den Autor autoritär überfahren, um die Absatzchancen des Bandes zu verbessern?

So vorzüglich die detaillierte Schilderung der Studentenbewegung auch gelungen sein mag, so bleibt doch die Frage offen – sie wird nicht einmal gestellt – warum gerade zu diesem Zeitpunkt und aufgrund welcher Bedingungen der Anarchismus eine Renaissance erlebt hat. Immerhin schreibt der Vf., die Studentenrevolte sei eine jugendliche Protest- und Kampfbewegung gegen alle als patriarchalisch empfundenen Formen der Autorität gewesen – hier werde der große Einfluß der Psychoanalyse deutlich. Diese Protest- und Kampfbewegung habe von vornherein eine antikapitalistische Tendenz gehabt (warum eigentlich?), und daher habe Marx die Aufschlüsse geboten, die diese zu ihrem Selbstverständnis benötigte. Jedoch habe der Staat zu Marxens Zeit noch nicht jene überwältigende Macht erlangt, „welche die Jugend zur Auflehnung reizte. Daher schien nicht nur eine Verschmelzung der Grundgedanken von Marx



und Freud, sondern auch eine Ergänzung des Marxismus durch prinzipiell staatsfeindlichen Anarchismus geboten" (S.217). Diese Thesen können durchaus dazu beitragen, die (teilweise) Wendung der Studentenbewegung zu anarchistischen Gedankengängen zu erhellen, doch erklären sie nicht – am „Patriarchalismus“ allein wird es kaum gelegen haben – warum die Studentenbewegung überhaupt entstanden ist. Welche politischen (Bildung der Großen Koalition ? Krise der Universitäten ?) und sozialen (Depression 1968 ? Revolte des Bildungsbürgertums ?) Ursachen lagen ihr zugrunde ? Erst wenn diese Fragen beantwortet sind, wird sich auch sagen lassen, ob die Studentenbewegung überhaupt als „anarchistische“ zu charakterisieren ist. Bartsch gibt, das sei ausdrücklich hervorgehoben, einen Hinweis auf die soziale Zusammensetzung der durch das Koordinationsbüro der anarchistisch-rätekommunistischen Gruppen Zusammengefaßten: Im Oktober 1972 bestanden die „Anarchos“ zu 52 % aus Schülern und Studenten, zu 22 % aus Lehrlingen, zu 19 % aus Arbeitern und zu 7 % aus Angestellten und Freiberuflern. Doch können diese Daten erst dann analytisch Aussagekraft gewinnen, wenn sie in einem Zusammenhang gestellt werden, in dem nach den Ursachen für das Entstehen der Studentenbewegung gefragt wird.

Der Leser des zweiten Bandes des „Anarchismus in Deutschland“ bleibt – trotz aller Informationen, die er durch die Lektüre erhält – schließlich unbefriedigt. Dies liegt, so meine ich, vor allem daran, daß viele Fragen, die sich bei der angeschnittenen Thematik fast automatisch stellen, entweder überhaupt nicht formuliert oder nur völlig unzureichend in ihrer Problematik entfaltet werden. Dazu gehören: Ist die Studentenbewegung am Ende der sechziger Jahre und Anfang der siebziger Jahre überhaupt anarchistisch gewesen ? Verkürzt Bartsch die Geschichte der Anarchos nicht auf die Geschichte des SDS und seiner Nachfolger ? Sind Anarchos und Altanarchisten Teil einer gemeinsamen gesell-

schaftskritischen Bewegung, d.h. vertreten sie nicht nur gleiche oder ähnliche Inhalte, sondern sind ihre Organisations- und Aktionsformen, besonders aber die Ursachen für ihre Konstitution als sozialkritische Bewegung verwandt ? In welchem Verhältnis steht der Neanarchismus – jenseits verbalradikaler Deklamationen – zur organisierten Arbeiterbewegung und nichtorganisierten Arbeiterschaft ? Ist das „Umkippen“ der Studentenbewegung aus einer antiautoritären Phase in eine rigider zentralistisch-autoritärer Organisation, in der Leninismus und Stalinismus Urständ feiern, Zufall oder ist dies Konsequenz antiautoritärer Resignation, fehlte also den Anarchisten theoretisch wie praktisch-organisatorisch der „lange Atem“ ? Woher nimmt Bartsch die – in seiner Zusammenfassung des zweiten Bandes aufgestellte, hoffnungsgetränkte – Prognose, vor allem der russische Anarchismus dürfe mit grosser Wucht wiederkehren, das Zentrum der Auseinandersetzung zwischen Anarchismus und Kommunismus könne sich überraschend schnell aus dem Westen in den Osten verlagern (S. 221) ?

Der zweite Bd. ist mit 16 Illustrationen versehen. Bd. 3, „Dokumentation“, gibt einen Einblick in die Arbeit anarchistischer Gruppen, Zirkel und Personen 1945–1973. Er ist in folgende sechs Abschnitte gegliedert: 1. Der Altanarchismus von 1945–1965; 2. Versuch einer Synthese von Altem und Neuem Anarchismus; 3. Die Herausbildung des Neuen Anarchismus (bis Mai 1970); 4. Die Entfaltung des Neuen Anarchismus (Mai 1970 bis Sommer 1973); 5. Stellungnahme von alten und neuen Anarchisten zur Roten-Armee-Fraktion; 6. In eigener Sache und Sprache (u.a. ein Interview mit Augustin Souchy). Leider fehlt für Bd. 2 und 3 ein Personenregister, wie es noch Bd. 1 angefügt war.

Mit dem Werk von Bartsch liegt die erste Gesamtdarstellung des deutschen Anarchismus nach dem Zweiten Weltkrieg vor. Bei aller Kritik, die an dieser Stelle vorgebracht wurde, darf nicht übersehen werden, daß die Schwächen dieser Publikation



nicht allein dem Autor anzulasten sind, sondern das bisherige Defizit der Anarchismusforschung getreu wiedergegeben. Im übrigen wird die künftige Forschung dankbar das von Bartsch aufbereitete Material benutzen können.

*Peter Lösche*

FLANNER, Karl: **Widerstand im Gebiet Wiener Neustadt 1938–1945.** — Wien: Europa-Verlag 1973. 352 S.

Wiener Neustadt, respektables Industriezentrum und wichtiger Verkehrsknotenpunkt in Niederösterreich, hat in der Geschichte des österreichischen Widerstandes insofern besondere Bedeutung, als diesem Gebiet auch in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung eine wesentliche Rolle zukommt. Schon 1865 — zwei Jahre vor der Gründung des Ersten Allgemeinen Arbeiterbildungsvereins in Wien-Gumpendorf im Jahre 1867 — gab es in Wiener Neustadt bereits einen Arbeiterverein Lassaleanischer Prägung. Bei den vor hundert Jahren in Neudorf (heute Burgenland, damals Ungarn) stattgehabten Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich („Neudörfler Parteitag“ 5.

/6. April 1874 gingen von dem nahegelegenen Wiener Neustadt beachtliche Impulse aus und das dort erscheinende Arbeiterblatt „Gleichheit“ wurde zum Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich erklärt. Im Juli 1914 wandte sich der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in einem eigenen Flugblatt (Aufruf) an die Arbeiterschaft von Wiener Neustadt, das sich gegen den drohenden Krieg mit Serbien richtete. Der Aufruf mündete ein in dem leidenschaftlichen Mahnruf, mitzuhelfen, den Frieden zu sichern. Und im großen Jännerstreik des innerösterreichischen Proletariats im Jahre 1918, waren es abermals die Arbeiterschaft des Industriegebietes um Wiener Neustadt und die Wienerneustädter Arbeiterschaft selbst, die an vorderster Front standen, in dem Bemühen, dem furchtbaren Völkermord Einhalt zu gebieten. Diese Stadt, in der Gesinnung immer groß geschrieben wur-

de, wurde von 1938 an in eine Waffenschmiede des Großdeutschen Reiches umgewandelt; der braunen Flut aber hielt sie in bemerkenswerter Weise Stand.

Karl Flanner hat es mit dem vorliegenden Buch unternommen, eine authentische Dokumentation des Widerstandes gegen den Hitler-Faschismus im Gebiet Wiener Neustadt zu geben. Es war ein schwieriges Unterfangen, da vor allem die Archive und Registraturen der Sondergerichte und Volksgerichte — „so skeptisch man auch den Ermittlungen nazistischer Polizei- und Gerichtsbehörden begegnen muß“ — noch gesperrt sind und auch sonst nur sehr wenig schriftliche Unterlagen vorzufinden waren. So war der Autor zum Teil auf eigene Erfahrungen (er verbrachte von 1934 an als politischer Häftling insgesamt sechs Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern) zum Teil, wie er selbst sagt, „auf die Schilderungen von Widerstandskämpfern und Opfern des Faschismus angewiesen, die damals der furchtbaren Gefahr trotzend, tapfer vor die Reihen der Entmutigten, Zögernden und Benommenen getreten sind, sowie auf die wichtigen Zeugnisse und Belege, welche sie mir überließen“. Die Anzahl dieser Belege ist beachtlich, die Angaben sind, von jedem Beiwerk entkleidet und auf den wesentlichen Kern reduziert, gravierend!

Wie Flanner es versteht, die Konfrontation der Gesinnung mit der Propagandaflut, den zunehmenden Druck der sich straffenden Diktatur, die Häufung nazistischer Gewalttaten, den anwachsenden Terror und die sich allmählich vollziehende Organisation passiven und aktiven Widerstandes darzulegen, zeugt von seinem Wissen und von seiner Fähigkeit, die soziologischen Aspekte richtig zu werten. Flanner bedauert es, daß es ihm unmöglich gewesen sei „das Schicksal jedes einzelnen dieser Freiheitskämpfer zu schildern“. Das ist verständlich. Es ist ihm aber gelungen, an Hand von exemplarischen Lebensläufen dem Leser pars pro toto erschütternden Einblick in das Wesentliche solcher Schicksale zu geben. Er macht die politischen Motive dieses Wider-



standes erkennbar und er legt darüber hinaus auch die neuralgischen Punkte der Gewaltherrschaft bloß, wenn er zum Beispiel das Verhalten der Arbeiterschaft in den Wiener Neustädter Großbetrieben (Flugzeugwerke, Rax-Werke, Eisenbahnbetriebe) untersucht und die tausende von kleinen oder größeren Aktionen mitteilt, die alle mit dem Ziel in die Wege geleitet wurden, aufklärend und aufmunternd zu wirken und vor allem Sand in das Getriebe der Kriegsmaschinerie zu streuen. Hierher gehören auch das Abhören von Feindsendern und Weitergabe der Nachrichten, Herstellung und Verbreitung von Flugblättern und Streuzetteln, Schmieraktionen, Kontakte mit Zwangsarbeitern und ähnliches mehr.

In ihrer nüchternen Sachlichkeit ebenso aufschlußreich sind Flanners Beispiele für die gegen Ende des Krieges einsetzenden bewaffneten Widerstandsaktionen wie etwa im Raume Pernitz-Hohe Mandling, Hohe Wand und Dürre Wand, wobei insbesondere die Hohe Wand – der Hausberg Wiener Neustadts – als „politischer Berg“ galt, weil dieses Gebiet zuvor von der sozialdemokratischen Naturfreundebewegung erschlossen worden war. Hier ist auch auf die erfolgreiche Abwerbung von deutschen Soldaten während ihres Heimaturlaubes zu verweisen; gemeinsam mit örtlichen Widerstandskämpfern versteckten sie sich nach Partisanenart in den Bergen und Wäldern und richteten auch Sabotageakte gegen militärische Objekte. Das unbedingte und alle Widerstandskämpfer einigende Ziel war zuletzt: Schluß mit dem Krieg! Weltanschauliche und konfessionelle Aspekte traten weitestgehend in den Hintergrund. So fanden sich Sozialdemokraten, Kommunisten, ehemalig Christlichsoziale sowie Angehörige aller Konfessionen oder Berufsgruppen in einer Front vereinigt.

Wiener Neustadt fiel am 2. April 1945, die Nazibonzen hatten sich nach dem Westen abgesetzt, zurück blieb eine Stadt, die mit 58 % Bombenschäden die am meisten zerstörte Stadt Österreichs war. –

Karl Flanner gelang es ohne Pathos, fernab von jedem Versuch einer Heroisierung, sei-

ne Darlegungen zu Mitteilungen zu machen, die überzeugen und erschüttern. Er selbst ist der Auffassung, daß die Geschichte des österreichischen Widerstandes gegen den Hitler-Faschismus in ihrem gesamten Umfang noch nicht vorliegt. Seine Dokumentation, die den Widerstand im Wiener Neustädter Gebiet umfassend darzustellen versucht, stellt einen notwendigen und wichtigen Beitrag dar. Denn erst dann, wenn es eine ganze Reihe lokaler und regionaler Darstellungen geben wird, wird auch die Voraussetzung gegeben sein, eine Gesamtdarstellung des österreichischen Widerstandes in Angriff zu nehmen. Und wenn an dieser Stelle die Schlußsätze des Autors aus dem Vorwort stehen, die über den Sinn des Buches Auskunft geben, so deshalb, weil sich der Rezensent mit dem Geist, der daraus spricht, konform erklären kann:

„Sie alle [die Freiheitskämpfer] die bewußt zum Kampf um den Sturz der Hitlermacht angetreten sind, folgten den hohen Idealen, ihrer politischen und weltanschaulichen Überzeugung oder ihrem religiösen Glauben. Sie mögen voneinander abweichende Zielvorstellungen gehabt haben – in einem fand ihr Wirken und ihr Kämpfen den Gleichklang: in der Wiederaufrichtung der österreichischen Heimat. Dieser Kampf erfuhr durch die Zerschmetterung des Nazismus und die Proklamation der Unabhängigkeit im April 1945 seine volle Rechtfertigung“.

*Ernst K. Herlitzka*

MADSEN, Carl: *Flygtning 33. Strejflys over Hitlers Danmark*. (Flüchtling 33. Streiflichter über Hitlers Dänemark). – Kopenhagen: Stig Vendelkaers Forlag 1972. 399 S.

Nach Helmut Müsseners Geschichte der deutschsprachigen Emigration in Schweden gehört eine wissenschaftliche Geschichte der dänischen Emigration zu den wichtigsten Desideraten der Emigrationsgeschichte. Die Erforschung ist dadurch erschwert, daß die dänische Emigration – ähnlich wie die französische – nach dem deutschen Einmarsch in alle Welt verstreut



wurde. Hinzu kommen gewisse Tabu-Schranken, die mit dem Problem der Zusammenarbeit, der „Kollaboration“ zwischen dänischer Regierung, Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit der deutschen Besatzungsmacht nur angedeutet werden können.

Wenig hilfreich sind in dieser schwierigen Forschungssituation die Kampfschriften des Kopenhagener Rechtsanwaltes (landretssagfører) Carl Madsen. Aus einer Front- und Fragestellung heraus, die sich als „altstalinistisch“ kennzeichnen läßt, will er ein historisches Problem lösen, das für ihn ebenso lange unlösbar bleibt, als er in dieser Einstellung verharret.

Freilich hat Madsen viel Geschichte miterlebt, lange Jahre recherchiert und schließlich auch Aktenmaterial aus dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED erhalten. Aus einem Fundus von über tausend Aktenstücken hat Madsen jetzt ein geschwätziges Buch zusammengeschrieben, das mehr über sein verwinkeltes politisches Denken und historisches Advokamentum aussagt als über Struktur und Entwicklung der deutschen Emigration in Dänemark. Gleichwohl fand sein Buch rasch Beachtung bei deutschen Rezensenten (Jan Peters, in *ZfG*, H. 8/1973, S. 995–997; Gerd Callesen, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XIII/1973, S. 712–713). Zwar wird dabei auf die Mängel des Madsenschen Buches hingewiesen, doch bleibt die Kritik esoterisch.

Gewiß ist Madsen beizupflichten, wenn er sich unschuldiger Opfer annimmt, die durch die Verhältnisse, aber auch durch Versagen und Verrat zugrundegegangen sind. Aber es entsteht der fatale Eindruck, daß es ihm nicht um diese Menschen, sondern um Beweismaterial im Zusammenhang eines anderen erkenntnisleitenden Interesses geht: Er zielt offenbar auf eine späte Rechtfertigung jener Theorie, derzufolge die Sozialdemokratie als „Zwillingsbruder“ des Faschismus anzusehen war. Seine Methode ist polit-kriminologischer Art: Er fahndet nach Spuren der verborgenen Zusammenarbeit zwischen dänischem Parteivorstand

deutscher Emigration, faschistischer Gestapo und britischem Secret Service. Er findet Verdachtsmomente, aber keine Beweise. Aus einer gewissen Frustration heraus kreiert er einen Sündenbock: Richard Hansen, den er sowohl für die frühere Kollaboration als auch für die neuere Beweisnot verantwortlich macht. Madsen täte besser daran, sich an jene zu halten, die Hansens Ruf seit Jahrzehnten zu schädigen suchen, ohne dafür die Beweise zu liefern. Konkret: Er hätte sich an Otto Buchwitz halten sollen, der zuerst gegen Hansen polemisierte. Dort liegt die Beweislast. Gegen Hansen läßt sich allenfalls der Vorwurf des Antikommunismus und einer gewissen Überkorrektheit in der Geschäftsführung erheben. Aber sein Verhalten war von unerschütterlicher Integrität.

Übrigens irrt Madsen, wenn er vorgibt, allein ihm wäre ein Interview mit Richard Hansen gelungen. Kieler Studenten konnten vor Jahren eine mehrstündige Bandaufnahme machen, die gelegentlich zu veröffentlichten ist. Daraus geht auch hervor, daß die sowjetische Botschaft in Stockholm schließlich die Ausreise des gefährdeten Richard Hansen über die Sowjetunion nach Amerika (USA) ermöglicht hat. Ob Madsen daraus neue Verdachtsmomente schöpfen wird?

Was Madsens Buch für die Wissenschaft ärgerlich macht, ist der unsystematische, an persönlichen Episoden haftende Gedankengang, die undurchsichtige Gliederung, das miserable Register, die schludrige Dokumentation und unhistorische Illustration. Der umfangreiche Band enthält vereinzelte Reproduktionen nach Aktenstücken. Aber es fehlen alle Aktensignaturen, Hinweise auf Fundorte oder Anmerkungen, die zur Erläuterung dienen könnten. Zitate werden grundsätzlich nicht nachgewiesen. Ferner enthält das Buch keinerlei bibliographische Angaben. Einige angehängte Angaben zu Personen (von Carl Erik Bay) bleiben mehr als dürftig. Demnach war Richard Krebs ein „Gestapospion“, Philipp Scheidemann ein „deutscher Opportunist“, Herbert Wehner ein „Renegat“.

Insgesamt ist Madsens Buch eine misratene Mischung aus politischem Kolportageroman und rotem Braunbuch. Leider hat der Autor dazu einen zweiten Band angekündigt, so daß die Fehlinformationen

über die deutsche Emigration in Kopenhagen noch zunehmen werden, bevor eine wissenschaftliche Aufarbeitung in Sicht ist.

*Gerhard Beier*

Autoren dieses Heftes:

Alexander Decker, Studienreferendar, 87 Würzburg, Leutfresserweg 11.

Dr. Helga Grebing, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Göttingen, 34 Göttingen, Frieseweg 10.

Dr. Henryk Katz, Professor für Politik und Geschichte am Lancaster Polytechnic, Priory Street, Coventry CV1 5FB, England.

Minoru Kurata, Dozent am Institut für Wohlfahrtspflege der Keio Universität, Edogawa 4 - 8, Edogawa - ku, Tokio, Japan.

Dr. Peter Veddeler, Staatsarchivrat, 4930 Detmold, Willi-Hofmann-Str. 2.











